CDU

Bundesparteitag Mainz 1969 17/18. November

17. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Niederschrift

Mainz, 17./18. November 1969

Herausgeber:
Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Nassestraße 2

Druck:
Thenée Druck KG, Bonn

Fotos:
Josef A. Slominski, Essen-Heisingen, Am Hagenbusch 5

Verlag:
Union Betriebs GmbH - Bonn

Montag, 17. November 1969

Eröffnung in der Rheingoldhalle, Mainz, 9 Uhr

1. Plenarsitzung

Dr. Kiesinger: Meine Damen und Herren, ich eröffne den 17. Bundesparteitag der CDU und heiße Sie alle, Freunde und Gäste, herzlich willkommen. Als ersten Akt dieses Parteitages haben wir die Wahl des Parteitagspräsidiums vorzunehmen. Wir haben also das Präsidium unseres Parteitages zu wählen. Bundesvorstand und Bundesausschuß schlagen dem Parteitag zur Wahl als Präsident den Landesvorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes Rheinland-Pfalz, unseren Parteifreund Herrn Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl vor. Ich stelle fest, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind. Als weitere Mitglieder des Parteitagpräsidiums schlagen die beiden Gremien vor: Herrn Ernst Benda, Dr. Norbert Blüm, Jürgen Echternach, Frau Annemarie Griesinger, Frau Lieselotte Pieser, Dr. Burkhard Ritz, Dr. Gerhard Stoltenberg, Friedrich Vogel.

Darf ich feststellen, daß der Parteitag mit diesen Vorschlägen einverstanden ist. Ich stelle fest, daß dies der Fall ist und bitte den Parteitagspräsidenten und das Parteitagspräsidium seines Amtes zu walten.

Präsident Dr. Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Parteifreunde, liebe Gäste der Union. Ich darf namens meiner Kolleginnen und Kollegen im Präsidium des Parteitages für Ihr Vertrauen sehr herzlich danken und unseren gemeinsamen Wunsch zum Ausdruck bringen, daß diese 2 Tage eines wichtigen Geschehens im Leben unserer Partei in Mainz von unserem gemeinsamen Wollen getragen sind, möglichst zügig, intensiv und gut miteinander zu beraten.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung wollen wir unserer heimgegangenen Freunde gedenken. Ich darf für die vielen, die seit dem letzten Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands aus unseren Reihen geschieden sind, zwei besonders verdiente Parteifreunde nennen: den langjährigen Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Deutschlands, unseren Freund Landrat a. D. Walter Jansen und den Mitbegründer der CDU in Berlin, Herrn Prof. Dr. Emil Dovifat. Sie stehen stellvertretend

für die vielen, die in den über 2 Jahrzehnten als Männer und Frauen der Union in Deutschland für dies unser Land Verantwortung getragen haben und ihren Beitrag zu dieser jungen deutschen Demokratie leisteten. Ich darf Sie um ein stilles Gebet für unsere heimgegangenen Freunde bitten. – Ich danke Ihnen. Meine Damen und Herren, ich darf nun zunächst um Ihre Zustimmung bitten zur Wahl der Antrags- und Redaktionskommission. Der Bundesvorstand und der Bundesparteiausschuß schlagen Ihnen vor, folgende Damen und Herren zu benennen: als Vorsitzenden unseren Generalsekretär Dr. Bruno Heck, als Stellvertreter Dr. Konrad Kraske, als Mitglieder Herrn Jürgen Echternach, Herrn Wilfried Hasselmann, Heinrich Köppler, Egon Lampersbach, Dr. Hanna-Renate Laurien, Heinrich Lummer, Herrn Adolf Müller, Remscheid, Hermann-Josef Russe, Dr. Manfred Schäfer, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Josef Stingl, Dr. Bernhard Vogel, Dr. Richard von Weizsäcker und Olaf von Wrangel.

Ich darf Sie fragen: werden weitere Vorschläge gemacht? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Wird geheime Abstimmung gewünscht? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Wer der Kommission in der vorgeschlagenen Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. Ich bitte um die Gegenprobe. Enthaltungen. Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen dann zur Wahl der Mandatskommission. Bundesparteivorstand und Bundesparteiausschuß schlagen vor, als Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission Herrn Staatssekretär Heinrich Holkenbrink und die Herren Joachim Kalisch, Gerold Rummler und Martin Schiestl. Werden weitere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Wird geheime Abstimmung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer den genannten Herren seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe. Enthaltungen. Damit ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Wird zur Tagesordnung das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über die Tagesordnung. Wer der Tagesordnung in der vorliegenden Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. Enthaltungen. Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, es liegt Ihnen im Wege des Umdrucks die Verfahrensordnung für den Parteitag vor. Diese Ihnen heute wieder vorgelegte Verfahrensordnung entspricht der Verfahrensordnung, die wir uns auch auf dem Berliner Parteitag gegeben haben. Ich darf in Übereinstimmung mit meinen Kollegen im Präsidium Sie darauf hinweisen, daß wir die Absicht haben, den Absatz 7 dieser Verfahrensordnung, in dem eine Ausnahmeregelung vorgesehen ist, so zu interpretieren, daß wir nach Maßgabe des Ablaufs, vor allem des zeitlichen Ablaufs der Diskussion hier im Saal die Absicht haben, auch einigen Mitgliedern beispielsweise der Bundestagsfraktion, die nicht stimmberechtigte Teilnehmer sind, zu Sachfragen das Wort zu geben. Darüber hinaus besteht ein ähnlicher Wunsch aus Kreisen unserer Freunde des Rings Christlich-Demokratischer Studenten und der Jungen Union. Diese Ausweitung, wenn ich so sagen darf, gilt selbstverständlich nicht für die Satzungs- und die Personaldebatten. Sind Sie mit dem Verfahren so einverstanden, dann darf ich zur Abstimmung kommen über die Verfahrensordnung. Wer dem Vorschlag von

Bundesvorstand und Bundesausschuß über die Verfahrensordnung zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich darf nun noch darauf hinweisen, daß es der Wunsch und zwar der verständliche Wunsch der Antragskommission ist, daß Anträge bis heute 18.00 Uhr schriftlich hier beim Präsidium des Parteitags eingereicht werden.

Ich darf dann noch einen kurzen Hinweis über den technischen Ablauf des Parteitages geben. Wir haben die Absicht, heute zu tagen bis 13.00 Uhr und dann in die Mittagspause zwischen 13.00 und 15.00 Uhr einzutreten. Die Plenarsitzung am Nachmittag soll dauern von 15.00 bis 20.30 Uhr. Am heutigen Vormittag ist geplant, zunächst das Referat des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs und daran anschließend eine Aussprache. Wir wollen weiterhin darauf hinweisen, daß wir je nach dem Gang der Aussprache beabsichtigen, die Tagesordnungspunkte 11, 13 und 14 wenn möglich noch im Laufe des heutigen Spätnachmittags hier zu erörtern, um möglichst viel Zeit morgen für die Wahlhandlung zu gewinnen.

Ich darf in diesem Zusammenhang mit Ihrem Einverständnis darauf hinweisen, daß der Landesverband Rheinland-Pfalz für heute gegen 21.00 Uhr in das Kurfürstliche Schloß zu einem fröhlichen Abend bei guten Gesprächen und, wie ich hoffe, noch besserem Wein eingeladen hat.

Zum Ablauf des morgigen Tages darf ich ankündigen, daß wir pünktlich um 9.00 Uhr beginnen und daß dann das Referat unseres Freundes Rainer Barzel sein wird und anschließend wieder die Aussprache. Nach etwa 1stündiger Aussprache morgen wollen wir auf alle Fälle mit der Wahlhandlung beginnen und die Aussprache, wenn möglich, zwischen den einzelnen Wahlgängen fortsetzen. Meine Damen und Herren, Sie haben alle hier am Rednerpult den Hinweis auf ein Postscheckkonto entdeckt. Es handelt sich hier um die Bausteinaktion für unser neues Parteihaus in Bonn.

Unser Freund Schmücker, unser Bundesschatzmeister, wollte jetzt einen Appell an Sie richten, diese Bausteinaktion nachdrücklich zu unterstützen. Wie Sie wissen, geht es darum, daß sich die CDU möglichst rasch und angesichts der jetzt gebotenen Situation als Oppositionspartei möglichst entschlossen der Errichtung einer besseren und den Verhältnissen entsprechenden Geschäftsstelle zuwendet, dazu gehört auch der Bau dieses neuen Hauses. Die entsprechenden Bausteine werden Ihnen angeboten in den verschiedensten Größenordnungen, ich darf Sie sehr herzlich und dringend bitten, diese Tage hier in Mainz auch dazu zu benutzen, diesen Akt der Solidarität zur Zukunft unserer gemeinsamen Partei zu üben und möglichst intensiv diese Bausteinaktion zu unterstützen.

Unser Freund Schmücker kann leider hier diese Begründung selbst nicht geben, da er durch einen plötzlichen Todesfall, seine Tochter ist gestern tödlich verunglückt, leider verhindert ist, am Parteitag teilzunehmen. Ich setze Ihr Einverständnis voraus, daß ich unserem Freund Schmücker zu diesem schweren und schlimmen Verlust unser aufrichtiges Beileid übermittle.

Meine Damen und Herren, ich darf dann unsere Gäste begrüßen, zunächst begrüße ich keinen Gast, sondern unseren Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, unseren Freund Dr. Kurt Georg Kiesinger. Herr Bundeskanzler, ich darf Sie hier sehr herzlich in Mainz auf diesem Bundesparteitag begrüßen, ich darf die Gelegenheit gleich vorweg benutzen, Ihnen für Ihren leidenschaftlichen Einsatz für die Sache der Union, vor allem in dem zurückliegenden Wahlkampf, unseren aufrichtigen und herzlichen Dank zu sagen. Wir wissen, daß Sie in beispielhafter Weise auch für viele der Jüngeren in der Union in diesen entscheidenden Wochen sich für unsere Sache geschlagen haben. Wir wissen auch, daß Sie in diesen letzten Wochen bittere Stunden, wie viele von uns, erlebt haben. Ich finde, wir sollten Ihnen Dank sagen für das, was Sie für diese unsere Partei getan haben und getragen haben und wir sollten Ihnen wünschen, mit uns gemeinsam, daß wir diese Zeit, die wir jetzt hinter uns gebracht haben, in der Tat in einer vernünftigen und in einer in die Zukunft blickenden Weise bewältigen, und Sie dürfen sicher sein, die Solidarität der Partei ist Ihnen gewiß.

Ich begrüße sehr herzlich unseren Ehrenvorsitzenden, unseren Freund, Professor Ludwig Erhard. Lieber Herr Professor Erhard, mit Ihrer Persönlichkeit ist ein Stück deutsche Geschichte, ist ein Stück Geschichte der Christlich Demokratischen Union verbunden. Mit Ihrer Persönlichkeit ist auch verbunden ein großartiges Stück Aufbau der deutschen Demokratie. Sie stehen dafür, daß wir nicht am Anfang der deutschen Demokratie stehen, sondern mitten in einer wichtigen Periode dieses demokratischen Staates.

Ich begrüße sehr herzlich unseren Freund, den Generalsekretär Dr. Bruno Heck. Meine Damen und Herren, wer weiß und miterlebt hat, welch Maß von Arbeit, von Verdruß und Verantwortung auf den Schultern des Generalsekretärs einer Partei von der Struktur der CDU ruht, weiß, in welchem großen Umfang wir Bruno Heck unseren gemeinsamen Dank schulden. Und dies soll nicht eine Floskel sein, sondern ein selbstverständlicher Anspruch und Ausspruch einer Partei, die weiß, was Dankbarkeit und was selbstverständliches Miteinandertragen bedeutet.

Ich begrüße sehr herzlich meine Damen und Herren, unseren Freund, den Bundestagspräsidenten, Kai-Uwe von Hassel. Lieber Herr von Hassel, wir freuen uns, daß Sie auch in dieser Legislaturperiode wieder das wichtige Amt des Parlamentspräsidenten der Bundesrepublik Deutschland inne haben. Mit Ihrer Wahl ist ein aufrechter Demokrat wieder in dieses Amt gekommen, und diese Wahl zeigt mehr als viele Worte, daß die Christlich Demokratische und Christlich Soziale Union die stärkste politische Kraft der Bundesrepublik Deutschland ist. Ich begrüße sehr herzlich hier den Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion Dr. Rainer Barzel. Lieber Herr Barzel, Sie haben gerade nach den Ereignissen der letzten Wochen ein besonders schwieriges und verantwortliches Amt in unserer Partei übernommen. Sie haben mit großem Geschick und großer Tatkraft bereits in wenigen Tagen versucht deutlich zu machen, daß wir als die stärkste Oppositionspartei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auch als Oppositionspartei im nationalen deutschen Parlament im Bundestag die prägende Kraft der deutschen Politik bleiben wollen. Meine Damen und Herren, ich begrüße sehr herzlich meine Kollegen, die Ministerpräsidenten der

Bundesländer, die immerhin ja noch die Mehrheitspositionen in der Bundesrepublik Deutschland für die Union repräsentieren. Ich begrüße alle Landesminister und die Parlamentarier aus Bund und Ländern alle zusammen, und Sie haben Verständnis, wenn ich die einzelnen Namen nicht nenne, sie sind uns alle aufs herzlichste willkommen.

Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich als Gast unserer Schwesterpartei, anstelle des verhinderten Vorsitzenden, unseren Freund, den Generalsekretär der CSU, Max Streibe, und mit ihm den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags, unseren Freund, Dr. Richard Jäger. Ich begrüße sehr herzlich den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, unserer gastgebenden Stadt, Herrn Oberbürgermeister Jockel Fuchs. Herr Oberbürgermeister, ich darf die Gelegenheit gleich benutzen und für die großartige Gastfreundschaft, die Sie einmal mehr hier heute, in diesem Falle der CDU erweisen, zu danken. Es ist ein ganz erfreuliches Zeichen demokratischer Gesinnung, daß wir hier eine so gastliche Aufnahme gefunden haben, und auch – wenn ich das mal so ganz allgemein formuliert sagen darf – in so großzügigem Rahmen unsere Probleme regeln können.

Meine Damen und Herren, ich darf nun die ausländischen Gäste begrüßen.

Ich begrüße ganz besonders herzlich Herrn Mario Scelba, den Präsidenten des Europäischen Parlaments. Ich begrüße sehr herzlich Baroness Evelyn Emmet, für die Konservative Partei Großbritanniens. Ich begrüße aus Finnland den Reichstagsabgeordneten Pekka R. Haarla. Ich begrüße aus Holland unseren Freund, Herrn van der Stee. Ich begrüße sehr herzlich auch aus Italien unseren Freund Angelo Bernassola und Herrn Storchi, und darf gleichzeitig aus einem Grußwort unseres Freundes, des neuen Generalsekretärs der italienischen Christlich-Demokratischen Partei, Forlani, den herzlichen Wunsch nach Solidarität und Freundschaft seiner Partei mit diesem Kongreß der Union in Deutschland und mit allen ausländischen Freunden zum Ausdruck bringen. Er wünscht dieser Tagung von Herzen einen guten Erfolg.

Ich begrüße aus Luxemburg den Vizepräsident der Kammer, Herrn Jean Wolter. Von unseren österreichischen Freunden darf ich sehr herzlich begrüßen, Herrn Staatssekretär Karl Pisa. Aus Schweden begrüße ich das Mitglied des Reichstags Herrn Carl-Wilhelm Lothigius. Aus der Schweiz begrüße ich ganz besonders herzlich Herrn Reinhardt und als Vizepräsidenten der EUCD, Herrn Dr. Martin Rosenberg. Ich begrüße sehr herzlich Herrn Konrad Sieniewicz, den Generalsekretär der UCDEC und den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, unseren Freund Illerhaus und Herrn Professor Furler, den Präsidenten des Europäischen Parlaments. Sie haben sicherlich Verständnis, daß ich damit die Liste der ausländischen Freunde abschließe. Ich begrüße sehr herzlich noch den Vizepräsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, unseren Freund Dr. Hellwig, und als Vertreter des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft Herrn Staatssekretär Dr. Walter Strauß.

Mit besonderer Freude begrüße ich die Vertreter der Kirchen, voran Herrn Bischof Kunst für die evangelische Kirche in Deutschland. Für die katholische

Kirche darf ich sehr herzlich Herrn Prälat Wöste begrüßen. Unser herzlicher Gruß gilt für den Zentralrat der Juden in Deutschland Herrn Dr. van Dam. Und ich begrüße hier, als Delegierten unserer Rheinischen Landespartei, aber doch in einer ganz besonderen Eigenschaft, Herrn Dr. Konrad Adenauer, den Sohn unseres unvergessenen ersten Bundesvorsitzenden und Bundeskanzlers.

Wir freuen uns sehr, daß so eine große Zahl von namhaften Persönlichkeiten aus dem Bereich der Gewerkschaften zu uns gekommen sind. Zunächst darf ich für den Deutschen Gewerkschaftsbund Herrn Bernhard Tacke zugleich für die Einzelgewerkschaften des DGB begrüßen. Für den Deutschen Beamtenbund begrüße ich Herrn Alfred Krause sehr herzlich. Ich begrüße die namhaften Vertreter der Deutschen Angestelltengewerkschaft und des Christlichen Gewerkschaftsbundes in Deutschland. Ich heiße sehr herzlich willkommen die Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Bauernverbandes, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Bundesverbands der Freien Berufe, des Deutschen Bundeswehrverbandes, des Bundes der Vertriebenen, des Bundes der Mitteldeutschen, der Deutschen Kolpingsfamilie, der Evangelischen Arbeitnehmerschaft in Deutschland, des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentnern in Deutschland, des Reichsbundes der Zivil- und Kriegsbeschädigten, der Sozialrentner und Hinterbliebenen.

Ich heiße ganz besonders herzlich willkommen und begrüße die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städtebundes, des Deutschen Gemeindetags. Ich begrüße die Vertreter der Europa-Union, des Deutschen Bundesjugendrings, des Verbandes Deutscher Soldaten und des Zentralkomitees Deutscher Katholiken. Ich begrüße die Vertreter der diplomatischen Missionen und ich begrüße sehr herzlich den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, unseren Freund Josef Stingl.

Mein ganz besonders herzlicher Gruß gilt den Vertretern von Presse, Funk und Fernsehen, vor allem auch den hier anwesenden Intendanten. Ich darf hier besonders nennen unseren Freund Dr. Hans Bausch, Herrn Hans Abich, unseren Freund Helmut Hammerschmidt, Herrn Werner Heß, unseren Freund Prof. Dr. Karl Holzamer, unseren Freund Dr. Franz Mai und unseren Freund Dr. Franz Thedieck. Sie alle seien sehr sehr herzlich begrüßt. Ich hoffe sehr, daß manches von dem, was das Verhältnis der Union und das Verhältnis der Massenmedien ganz allgemein gesprochen, in dieser Hinsicht in den letzten Jahren strapaziert hat, bis in die letzten Monate hinein, als ein Ausfluß der neuen Rolle der Union sich jetzt wesentlich unkomplizierter gibt und daß wir heute vielleicht mit diesem Mainzer Parteitag einen neuen Beginn an diesen Punkten machen. Meine Damen und Herren, Sie haben Verständnis, wenn ich das hier auch noch sage, ich begrüße ganz besonders und herzlich meinen langjährigen Vorgänger im Amt als Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz und den langjährigen Regierungschef dieses Landes, unseren Freund Dr. Peter Altmeier.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treten damit in die Tagesordnung ein und kommen zu Punkt 9: Grußworte der Gäste. Ich darf zunächst das Wort geben dem Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Herrn Oberbürgermeister Fuchs.

Jockel Fuchs: Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, sehr verehrter Herr Bundestagspräsident, hoch verehrte Gäste, meine Damen und Herren, ich muß offen gestehen, das ist meine erste Rede, die ich vor einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union halte, aber ich darf hier in allem Freimut sagen, daß ich diese Begrüßungsworte gerne spreche, weil wir wissen, daß wir als Demokraten untereinander und als demokratische Parteien in unserer Demokratie keine politischen Feinde, sondern politische Gegner sind, die um die politische Macht miteinander ringen. In diesem Sinne darf ich ihnen ganz herzlich die Grüße der Bevölkerung der Landeshauptstadt Mainz übermitteln. Wir freuen uns sehr, daß Sie mit Ihrem Parteitag zu uns nach Mainz gekommen sind.

Es stehen viele bewegende Fragen in diesen Tagen auf der Tagesordnung, und wenn man in der Mainzer Geschichte liest, haben die Mainzer auch manche harte und schwere Stunden durchmachen müssen, aber auch manches mit einer gewissen Aufgeschlossenheit gelöst. Wir sind sehr stolz darauf, daß in Mainz die Buchdruckerkunst durch Johannes Gutenberg erfunden wurde. Und als Johannes Gutenberg in seinem Alter in große soziale Not geraten ist, da hat ihm der Mainzer Erzbischof bis zu seinem Lebensende pro Tag eine Flasche Wein verschrieben als sozialen Ausgleich. Und, meine Damen und Herren, mögen Sie das als kleines Zeichen auffassen, als Gruß dieser Stadt. Wir hoffen, daß Sie neben der ernsten Arbeit, die Sie hier zu bewältigen haben, auch die Zeit finden, die Gastfreundschaft der Menschen am Rhein, die Gastfreundschaft der Mainzer Bevölkerung kennenzulernen. Herzlichen Dank!

Präsident Dr. Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Herrn Oberbürgermeister Fuchs sehr herzlich für dieses kurze Grußwort danken. Ich freue mich, daß, wie Sie sehen, als Christen wissen wir das, wir sind immer unterwegs, auch der Landesvorsitzende der SPD – das ist er in Personalunion – dabei ist. Grußworte und Parteitagsreden der CDU zu lernen, ist immer ein gutes Zeichen. Und lieber Herr Fuchs, das mit dem Wein muß ich jetzt doch noch sagen, ich bin sehr dafür, daß Sie diese Sitte bei einem CDU-Parteitag wieder aufnehmen. Aber ich bin nicht dafür, daß Sie anschließend die Kasse über den kommunalen Finanzausgleich dann beim Land anzapfen, sondern daß das die Stadt wirklich bezahlt. Meine Damen und Herren, ich darf nun als nächsten in der Reihenfolge der Grußredner unseren Freund Max Streibl, den Generalsekretär der CSU, bitten.

Max Streibl: Herr Vorsitzender, Herr Bundeskanzler, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Ich habe die Freude, Ihnen die Grüße der Christlich Sozialen Union und ganz besonders die besten Grüße unseres Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß zu übermitteln.

Die CSU wünscht ihrer Schwesterpartei, der CDU, daß dieser Parteitag zeigt, wie geeint und gestärkt und mit welchen klaren Zielen die Union nun die Zukunft zu gestalten gewillt ist mit dem klaren Willen, diese für Deutschland gefährliche Bundesregierung zu bekämpfen und wieder abzulösen. Die CDU/CSU wird wie bisher in dieser Auseinandersetzung mit der CDU Schulter an Schulter kämpfen. Wir in der CSU wissen ganz genau wie Sie, daß die Opposition uns vor schwierige und neue Probleme stellt. Und daher ist es richtig, wenn Sie auf

Ihrem Parteitag über Reformen sprechen oder besser über Erneuerungen, ein Überdenken und eine Erneuerung der Organisation unserer Partei ist sicher nötig. Ebenso müssen wir neue Formen des Kontakts zu unserer Bevölkerung, vor allem zur Jugend und zur Arbeitnehmerschaft finden.

Aber ich glaube, eines wäre doch nicht das Richtige, nämlich das, was wir jetzt nicht gebrauchen könnten, nämlich Kleinmut und Kleingläubigkeit. Die Union, die CDU wie die CSU, ist aus diesen Wahlen als Sieger hervorgegangen und hat das Vertrauen der Mehrheit unseres Volkes. Wir von der CSU stehen nicht an, Herrn Bundeskanzler Kiesinger dafür zu danken, daß er mit die Hauptlast dieser Auseinandersetzung getragen hat. Noch zu keiner Zeit der Nachkriegsgeschichte war die Union für unser Volk nötiger als heute. Noch nie mußte über unsere Lebensinteressen sorgfältiger gewacht werden.

Diese neue Regierung handelt schnell und nicht immer überlegt, wie wir gesehen haben. In kürzester Frist wurde die DM aufgewertet, ohne daß die schwerwiegenden Folgen für die Landwirtschaft, Industrie, Fremdenverkehr usw. geregelt und beachtet werden konnten. Überhastet soll der Atomsperrvertrag unterzeichnet werden ohne Klärung fundamentaler Fragen der Sicherheit, der Wissenschaft und der Wirtschaft. Und schon in den ersten Tagen sah man, daß ein Konzept für Europa nicht mehr vorhanden ist. Daß dafür aber in hektischer Eile eine Umorientierung unserer Außenpolitik nach dem Osten vorgenommen wurde. Ganz abgesehen davon, daß man sehr oft in diesen Tagen den Eindruck hatte, daß die Unterstützung sozialistischer Regierungen, ich denke vor allem an England, eines der Hauptinteressengebiete der neuen Regierung zu sein scheint.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen sicher unsere Ziele neu formulieren und vor allem anschaulich formulieren und wir sollten nicht das Vokabular der anderen Seite übernehmen. Sicher geht es um Reformen, aber wir sollten Reformen auf den Gebieten vorantreiben, wo unser Volk sie am nötigsten hat und nicht dort, wo sie der SPD in erster Linie zugute kommen. Und ich glaube, wir sollten eines sehen, daß wir wieder wagen, uns kritisch und mutig und ständig mit der SPD auseinanderzusetzen. Ein Grund dafür, daß die Union den Ruf zukunftssicherer Modernität nicht mehr in der Weise hat wie früher, ist sicher das permanente Kritisieren, Abwerten und Miesmachen von der anderen Seite her. Während wir uns oft durch eigene Zurückhaltung daran gewöhnt haben, abgewertet, verlacht und verhöhnt zu werden, während es wegen unserer Zurückhaltung auch bei den Massenmedien langsam zum guten Ton gehört, die Union zu belächeln, gibt es heute noch in den eigenen Reihen Leute, die jede Kritik an dem politischen Gegner als unfair und unserlös ansehen.

Ich glaube, wir sollten uns wieder daran gewöhnen, mit dem festen Willen zum Sieg unsere Meinung und unsere Kritik auch am politischen Gegner klar zu formulieren und vorzutragen. Ich wünsche Ihrer Partei und ich wünsche unserer Partei, daß es uns gelingt, unsere Ziele klar und anschaulich zu formulieren, daß wir vor allem durch unsere Persönlichkeiten und durch die besseren Sachlösungen der Bevölkerung vor Augen führen können, daß in der Politik unsere Vorstellung vom Menschen und von der Welt von Morgen die bessere ist. Dazu wünsche ich Ihrer Partei und unserer Partei viel Kraft und Gottes Segen!

Präsident Dr. Kohl: Lieber Herr Streibl! Ich darf Ihnen für den Parteitag der Christlich Demokratischen Union sehr herzlich für Ihr Grußwort danken. Ich darf Ihnen auch vor allem danken für dieses Bekenntnis zum gemeinsamen Tätigsein zwischen CDU und CSU, einem Tätigsein, das ja von manchem nicht immer als angenehm empfunden wird. Wir haben längst begriffen, und ich als Pfälzer darf das vielleicht eher als andere sagen, daß wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, die CDU und die CSU.

Die Erfahrungen der Weimarer Republik, ich kenne auch das Beispiel der Deutschen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei, schrecken. Wir denken nicht daran, nicht bereit zu sein, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, und das heißt, wir werden gemeinsam die Sache der Union in Deutschland vorantreiben.

Meine Damen und Herren, als nächster hat nun das Wort der Präsident des Europäischen Parlaments, Herr Mario Scelba.

Mario Scelba: Herr Präsident, Herr Generalsekretär, liebe Freunde! Die CDU gehört von Anfang an zu den überzeugten Pionieren der Europäischen Integrationsbewegung. Politiker, wie die große demokratische Persönlichkeit der deutschen Wiedergeburt, Konrad Adenauer, wie Alcide de Gasperi und Robert Schumann, waren in der Nachkriegszeit die größten Verfechter der europäischen Einigung mit dem Ziel der Vereinigung der demokratischen Staaten Westeuropas in einer wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft.

Eine beispielhafte Gemeinschaft, aus dem freien Willen ihrer Völker geboren, freiheitlich regiert, friedlich und mit dem Ziel geschaffen, die Menschen von Angst, Not, Krieg und Tyrannei zu befreien. Diese großen Männer wußten, daß es ohne Freiheit und Demokratie keinen Frieden und keinen wirklichen sozialen, politischen Fortschritt geben konnte. Um zu ihrer Vervollkommnung zu gelangen, wird die Politik der Gemeinschaft die Hilfe der großen politischen Bewegungen, vor allem die der Christdemokraten, benötigen. Die Christlich Demokratische Union war und bleibt eine der wichtigsten Komponenten für die Zukunft der Gemeinschaft. Aus diesen Gründen werden Sie verstehen, wie groß das Interesse ist, das ich als Präsident des Europäischen Parlaments und als Christlicher Demokrat Ihrem Treffen entgegenbringe, und wie ich Ihnen zu Ihrer Arbeit meine besten und herzlichsten Wünsche überbringen möchte.

In wenigen Tagen wird in Den Haag die Gipfelkonferenz stattfinden, um über die Zukunft der europäischen Gemeinschaft zu entscheiden. Das Europäische Parlament hat eine Entschließung angenommen, in der die nötigen Maßnahmen zur Wiederbelebung der wirtschaftlichen und politischen Integrationspolitik genannt werden. In der integralen Verwirklichung der Verträge verlangen wir, daß diese Politik gleichzeitig diesen drei Wegen folgt: der Vervollständigung, der Festigung und der Erweiterung der jetzigen Gemeinschaften. Diese Entschließung ist sehr wichtig, weil sie von allen politischen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten angenommen worden ist.

Bei der Eröffnung eines neuen europäischen Kulturwerks in Marseille am 13. November habe ich an die demokratischen Parteien unserer sechs Staaten appelliert, bei Ihren Regierungen das Europäische Parlament zu unterstützen,

und vor allem auf die direkten Wahlen zu diesem Parlament hinzuwirken. Ich möchte diese Appelle hier wiederholen und hoffe, daß diese Ihre Unterstützung finden, damit die Gipfelkonferenz in Den Haag eine glückliche Etappe auf dem Weg der wirtschaftlichen und politischen Einheit der demokratischen Staaten Europas darstellen wird.

Präsident Dr. Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf dem Herrn Präsidenten Scelba auch in Ihrem Namen sehr herzlich danken für seine Grußworte und seine Ansprache. Er hat uns erinnert an de Gasperi, an Robert Schumann, Konrad Adenauer; drei Namen, die stellvertretend stehen für das europäische Wollen der Union in Europa. Ich glaube, auch zu Beginn dieser zweiten Phase deutscher Politik, zu Beginn des dritten Jahrzehnts der Bundesrepublik Deutschland hat sich an diesem unserem Wollen und am Wahrnehmen dieses wichtigen Erbes Konrad Adenauers für die CDU in Deutschland nichts, aber auch gar nichts geändert.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir als Ministerpräsident dieses Landes und als Vorsitzender der CDU in diesem Lande noch ein kurzes Grußwort in der Reihe der Grußworte.

Ich darf Sie hier alle in Rheinland-Pfalz zu dem ersten Bundesparteitag, den die CDU in Rheinland-Pfalz abhält, sehr sehr herzlich begrüßen. Ich darf vielleicht noch ein Versäumnis nachholen, das mir eben unterlaufen ist. In der großen Reihe der zu begrüßenden Persönlichkeiten habe ich übersehen, die Repräsentanten der Bundeswehr, vor allem Herrn General Annuß und Präsident Wagner, die ich sehr herzlich hier begrüßen darf.

Nehmen Sie dieses Versehen als ein Stück Selbstverständnis der CDU, daß für uns die Bundeswehr nicht neu begrüßt werden muß, sondern daß wir stets zu dieser Bundeswehr gestanden haben und auch in Zukunft stehen werden.

Meine Damen und Herren, Sie sind heute nach Mainz gekommen in die Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz. Dieses Land hat es schwerer gehabt als manch anderes neues Bundesland nach dem zweiten Weltkrieg. Es ist entstanden aus Landschaften, die als Grenzland Grenzlandschicksal seit vielen Jahrzehnten kennen. Es gibt kaum eine Landschaft in Deutschland, in dem das Grenzlandschicksal so deutlich und spürbar wiedergegeben ist. Nach einer schweren Anfangszeit ist dieses Land heute weitgehend konsolidiert. Und meine Damen und Herren, ich darf diese Gelegenheit eines Bundesparteitages benutzen, all denen, die in diesen zwei Jahrzehnten Rheinland-Pfalz in der Bundespolitik geholfen haben, zu danken. Vorab sage ich den drei Bundeskanzlern der Union, Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger für die Unterstützung, die Sie den Bürgern dieses Landes und diesem Lande insgesamt zuteil werden ließen, unsere herzlichen Dankesworte.

Wir konnten in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielen und kräftige Zuwachsraten verzeichnen. Dies ist ein Land, in dem weltoffene Bürger wohnen, in dem europäische Gesinnung nicht nur gesprochen, sondern gelebt wird, in dem aus der Grenzsituation zu Frankreich heraus, das, was eben der Präsident selber über die europäischen Dinge gesagt hat, lebendige Wirklichkeit ist. Allein der Rhein, an dessen Ufer der Parteitag heute stattfindet, ist ein Strom, der einlädt zur weltoffenen Gesinnung. Das wollten wir und wollen wir hier stets üben.

Deswegen heiße ich Sie auch in meinem Amt als Ministerpräsident dieses Landes sehr herzlich in Rheinland-Pfalz willkommen.

Meine Damen und Herren, die Erwartungen und die Hoffnungen, und das lassen Sie auch den hier zuständigen Parteivorsitzenden des Landesverbandes sagen, die auf diesem Mainzer Parteitag gerichtet sind, sind groß. Es sind Hoffnungen von Millionen Mitbürgern in der Bundesrepublik Deutschland, die vor wenigen Tagen der Union ihre Stimme bei der Bundestagswahl gegeben und sie wieder zur stärksten politischen Kraft in der Bundesrepublik bestimmt haben. Es sind Hoffnungen, die wir nicht enttäuschen dürfen und die wir klug abmessen müssen in unserem Tun hier, heute und in den nächsten Wochen und Jahren. Uns sind viele Ratschläge zuteil geworden zu diesem Parteitag. Ratschläge von guten Freunden, die es wirklich gut mit uns meinen, und Ratschlägen von solchen, wo wir wohl überlegen müssen, aus welchen Motiven sie uns raten. Die Union steht in einer neuen Rolle und vor neuen Aufgaben. Nach über zwanzig Jahren Regierungspolitik für dieses Land müssen wir uns, und das war in den ersten Tagen keineswegs leicht und das sollten wir offen zugeben, dieser neuen Aufgabe als Opposition stellen. Mein herzlicher Wunsch an diesen Parteitag ist, daß wir es mit nüchternen Sinnen und mit einem klaren Blick nach vorne tun.

Dies ist nicht die Stunde der Bitterkeit und uns, meine Damen und Herren, nützt gar kein Gedanke des herben Gerichts. Wir müssen jetzt im Blick nach vorn die Strategie unserer Politik entwickeln und glaubwürdig unseren Mitbürgern vortragen, gleich ob wir Oppositionspartei oder stärkste Regierungspartei in der Bundesregierung sind. Wenn wir nüchtern das betrachten, was wir in zwei Jahrzehnten für dieses Land mitschaffen durften, wenn wir nüchtern sehen, was wir auch in diesen zwei Jahrzehnten an Fehlern gemacht haben, dann, meine ich, bleibt eine beachtliche positive Bilanz für uns. Und aus dieser Kraft des geschichtlich Gewordenen ist es uns mit leichter Anstrengung möglich, ohne jeden Kleinmut auch die Zukunft dieses Landes entscheidend zu bestimmen.

Wir wollen dies tun aus dem Geist der Solidarität einer Partei, die für viele von uns seit Jahren und Jahrzehnten politische Heimat wurde, wir wollen es tun mit Mut und Tatkraft und mit Sachgerechtigkeit. Und dazu wünsche ich diesem Parteitag alles Gute.

Als letzter in der Reihenfolge der Grußansprachen darf ich nun **Lady Emmet** bitten.

Lady Emmet: Herr Präsident, Herr Parteivorsitzender Dr. Kiesinger, und darf ich sagen, meine Freunde! Ich muß Ihnen einen ersten Dank sagen, einen großen Dank für alle die konservativen Parteigäste, die sich herzlich freuen, Ihren Parteitag wieder mitzumachen. Dann muß ich einen Gruß von Sir Alec Douglas Home, unserem Schattenaußenminister, und von Herrn Heath geben, Herr Heath, von dem wir hoffen, daß wir ihn nächstes Jahr nach den Wahlen als Erster Minister wiedersehen. Dann noch einen Gruß von unserer Europäischen Frauenunion, die mit Ihrer Frauenunion so viel für das Verständnis in Europa leistet. Ich muß Ihnen auch gratulieren, daß Ihre Partei die Mehrheit in den Wahlen bekommen hat. Es ist bedauerlich, daß Sie nicht die Regierung bilden konnten,

aber nach zwei oder drei Jahren, glaube ich, werden Sie vielleicht merken, daß dieses Schicksal gut ist. Es zeigt nach meiner Meinung, daß die Bundesrepublik Deutschland demokratisch aufgewachsen ist und jetzt auf der einen Seite eine Regierung hat und auf der anderen Seite eine starke Opposition. Dies ist eine gute demokratische Entwicklung. Wir haben das in England schon seit vielen Jahren, das haben sie jetzt auch in Österreich. So ist es viel besser, als augenblicklich in Italien, wo die Parteien so zerstritten sind, daß man die Lösung noch nicht sehen kann. Oder in Frankreich, wo keine festen Parteien sind, oder in Belgien und Holland, wo zu viele Parteien sind. Ich hoffe, diese Länder werden mir diese Worte verzeihen.

Bei Ihnen ist es wirklich gut, Sie werden bei Ihrem politischen Programm wieder Ansehen gewinnen und kritisch die Regierung ansehen und immer aufrichtig für das bessere Leben des Volkes kämpfen. Ein Mann wächst mit seiner Aufgabe, das kann auch eine Partei tun, und das hat Ihnen Herr Barzel schon aufgeschrieben. Also wünsche ich Ihnen alles Gute in der Opposition, so daß Sie bei den nächsten Wahlen eine so große Mehrheit haben, daß Sie wieder in die Regierung gelangen. Vielen Dank.

Präsident Dr. Kohl: Sehr verehrte gnädige Frau, ich darf Ihnen sehr herzlich für diesen temperamentvollen und für uns auch sehr gewichtigen Beitrag oder mutigen Beitrag danken. Wir wollen das sehr beherzigen mit einer Einschränkung: Wenn es irgend geht, wollen wir nicht warten mit der Übernahme der Regierung in der Bundesrepublik Deutschlands bis zur nächsten Wahl, daß das nur klargestellt ist.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu Punkt 7 der Tagesordnung. Das Wort hat der Herr Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger.

Dr. Kiesinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Freunde! Dieser erste Bundesparteitag, der die CDU im Bunde in der Opposition findet, ist für uns eine ernste Probe und Herausforderung. Unsere Antwort auf diese Herausforderung kann nur die sein: wir werden die neue Aufgabe und Verantwortung entschlossen ergreifen und wahrnehmen. Wir werden eine konstruktive Opposition sein, wie wir es in der Vergangenheit oft von den anderen gefordert haben. Das heißt, wir werden so viel wie möglich von unseren eigenen politischen Zielen in der Arbeit der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften verwirklichen und die Regierung da unterstützen, wo sie Dinge tut, die wir gut heißen. Wir werden eine wachsame Opposition sein. Das heißt, wir werden alles abwehren, was nach unserer Meinung dem Wohle unseres Landes und Volkes schaden kann. Wir werden aber nicht nur unsere Positionen im Bunde, sondern auch in den Ländern und Gemeinden im Auge behalten. Diese, meine Freunde, sind für uns, solange wir in Bonn nicht regieren, noch wichtiger als vorher. Wo wir in den Ländern und Gemeinden die Mehrheit haben, gilt es, diese zu behaupten. Wo nicht, sie zu gewinnen. Im Bunde werden wir darum kämpfen, so bald wie möglich wieder in die Regierung zu kommen. Vielleicht gelingt es zu gleicher Zeit wie bei Ihnen in Großbritannien.

Wenn wir diese Ziele verwirklichen wollen, haben wir eine kritische Besinnung nötig. Aber die Maßstäbe dieser Besinnung sollten wir uns doch wohl nicht von

unseren Gegnern liefern lassen, ebenso wenig wie die Rezepte für die Zukunft. Und ich glaube, es ist nur billig und gerecht, wenn ich sage, daß bei dieser kritischen Besinnung jeder von uns sich erst selber fragt: Was habe ich selbst zur Stärkung der Union getan oder was habe ich selbst zu tun unterlassen?

Zum Augang der Wahlen kurz: Wir sollten uns keine Wahlniederlage aufschwatzen lassen. Denn es will etwas heißen, wenn die CDU/CSU nach 20 Jahren wieder als die stärkste politische Gruppe mit 46,1 % nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag verfehlt hat. Es war für uns das drittbeste prozentuale Ergebnis der sechs Bundestagswahlen. Aber wir müssen sofort dagegenhalten: Die SPD hat auch diesmal ihren seit 1953 üblichen Ruck nach vorn fortgesetzt (3 %, 4,4 %, 3,1 %, 3,4 %). Die Union hat dagegen 1,5 % Stimmen gegenüber der letzten Bundestagswahl verloren. Die Differenz zwischen beiden Parteien hat sich auf 3,4 % vermindert. Wir führen noch mit 1 130 000 Stimmen. Für die Beurteilung der Wahlen ist auch das Abschneiden der übrigen Parteien interessant und bedeutsam. Die FDP hat von ihren 3,1 Millionen Wählern des Jahres 1965 (1961 waren es noch 4 Millionen) 1,2 Millionen Wählerstimmen verloren. Frage: Wohin sind diese Stimmen gewandert?

Die NPD hat gegenüber der letzten Bundestagswahl 858 000 Stimmen gewonnen. Frage: Woher sind diese Stimmen gekommen? Die ADF/DFU hat gegenüber der letzten Bundestagswahl 237 000 Stimmen verloren. Es ist kaum eine Frage, wohin diese Stimmen gegangen sind. Aber eine der wichtigsten Fragen bezieht sich auf die Wählerbewegung zwischen den beiden großen Parteien. Wir wissen, daß die Mobilität der Wähler außerordentlich groß, viel größer war als jemals zuvor. Es darf angenommen werden, daß sich rd. 30 % der Wähler erst in den letzten sechs Wochen vor der Wahl, davon 5 % erst am Wahltag selbst entschieden haben.

Wir haben in ersten und vorläufigen Analysen auf die gestellten Fragen Antworten gesucht. Auch Antworten nach der Wahlentscheidung und den Motiven der verschiedenen soziologischen Schichten, der Männer, der Frauen, der Jungwähler, der Katholiken und Protestanten, der Bevölkerung auf dem Lande, den kleineren und mittleren und großen Städten. Völlig verläßliche Unterlagen werden wir erst in einigen Wochen haben. Dann erst werden wir in der Lage sein, die endgültigen Schlußfolgerungen zu ziehen; dies aber mit aller Entschiedenheit. Sicher ist, daß der CDU schlechthin von der fortschreitenden Industrialisierung unseres Landes keine Gefahr droht. Sonst könnte in dem industrieintensivsten Land der Bundesrepublik, in Baden-Württemberg, das Verhältnis der CDU zur SPD nicht 50,7 % zu 36,6 % sein.

Aber ebenso sicher ist, daß unsere Probleme in den großstädtischen Ballungsräumen und bei dem sogenannten „neuen Mittelstand" der gehobenen unselbständigen Beschäftigten liegen. Sicher scheint auch zu sein, daß wir nicht mehr denselben hohen Überhang an Frauenstimmen hatten wie früher und daß wir uns intensiver um die jüngeren Wählerjahrgänge kümmern müssen. Meine Damen und Herren, wenn ich schon diese Entwicklung auf der Seite der SPD dargestellt habe, so lassen Sie mich hinzufügen, daß nach meiner oft überprüften Meinung diese Entwicklung jetzt einen Trend, einen deutlichen Trend zum Zweiparteien-System in unserem Lande offenbart. Und in einem solchen

System ist es erfahrungsgemäß so, daß die beiden rivalisierenden Parteien sich stärkemäßig einander annähern. Damit werden wir in Zukunft zu rechnen haben. Die Union war in den vergangenen 20 Jahren nur einmal – 1957 – nicht auf einen Koalitionspartner angewiesen. Sie konnte aber bis Ende 1966 jedesmal mit der FDP als Koalitionspartner rechnen. Ende 1966 zerbrach die FDP die Koalition und weigerte sich, eine neue Regierung mit der CDU zu bilden. Mir sind die mühseligen Verhandlungen jener beschwerlichen Tage noch genau in Erinnerung. Sie bot sich schon damals der SPD als Partner an. Dies wurde dann durch die Bildung der Großen Koalition verhindert. Trotz eines – ich darf es wohl sagen – durch den Kurs der Parteiführung der FDP verursachten lebensgefährlichen Wählerschwundes entschloß sich diese FDP-Fraktion auch diesmal zu einer Koalition mit der SPD, die verwirklicht wurde. Das Fazit: Die Union muß sich, gleichgültig ob die FDP bei der nächsten Bundestagswahl verschwindet oder in kleinem Umfang wiederkehrt, darauf einrichten, die Mehrheit bei den Wahlen zu gewinnen, die sie in den Stand setzt, sicher die Regierung zu bilden. Und das, meine Freunde, will viel heißen. Das stellt an uns ja nun sehr hohe organisatorische, programmatische und propagandistisch werbende Anforderungen. Kann die CDU diesen Anforderungen gerecht werden?

Unsere größte Schwäche – sagen wir es offen – liegt ohne Zweifel in der Organisation. Wir haben 20 Jahre lang im Bund regiert, und unser eigentliches Entscheidungszentrum lag im Bundeskanzleramt, in dem der Parteivorsitzende jeweils als Bundeskanzler amtierte. Die politischen Entscheidungen erfolgten in einer mehr oder weniger engen Zusammenarbeit. Ich hoffe, Dr. Barzel wird mir zustimmen, wenn ich für unsere Zeit sage, in einer mehr oder weniger engen Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskanzler und der Fraktion. Die übrigen Parteigremien, vor allem Präsidium, Vorstand und Parteiausschuß waren – wie soll ich es ausdrücken – politisch unterernährt. Das war schon bisher problematisch, meine Freunde. Jetzt aber stehen wir vor einer ganz neuen Situation. Unsere Entscheidungs- und Führungszentren müssen nun die zentralen Parteiinstanzen sein, das heißt, daß sie in den Stand gesetzt werden müssen, die Arbeit der Union im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden zu führen und zu koordinieren.

Dazu brauchen wir zunächt einmal ganz einfach endlich ein zulängliches Parteigebäude, dessen Bau ich sofort nach den Wahlen angeregt habe. Es wird nach dem bisherigen Stand der Planungen in etwa einem Jahr fertig sein. Jedenfalls in seinem Hauptteil. Wir müssen aus dem Winkel der Nassestraße und aus dem halben Dutzend verstreuter sonstiger Büros endlich heraus und müssen uns auch sichtbar als den großen Gegenspieler der Regierung darstellen. Glücklicherweise haben wir seit Jahren ein dafür ausgezeichnet geeignetes Grundstück in der Nähe des Bundeshauses. Wir brauchen einen ausreichenden und qualifizierten Mitarbeiterstab, um so mehr, da uns in Zukunft die der Regierung zufließenden Informationen nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Und das bedeutet, daß wir große finanzielle Mittel aufbringen müssen. Deswegen wird der Arbeit des Bundesschatzmeisters, aber nicht nur seiner Arbeit, eine besonders große Bedeutung zukommen. Meine Freunde, ich glaube, nicht, daß wir, abgesehen von einer zweckmäßigeren Eingliederung des Bundesgeschäftsführers, wesentliche strukturelle Änderungen im Aufbau der Partei, wenn Sie

mir erlauben, zu sagen, im hierarchischen Aufbau vornehmen sollten, damit kein Irrtum aufkommt. Wir sollten nach meiner Meinung weder das Parteipräsidium noch den Parteivorstand erweitern, wobei ich einem Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg, der sich mit einer etwaigen Rolle der Ministerpräsidenten befaßt, nicht vorgreifen will. Ich möchte hier die Aussprache im Parteitag abwarten. Dieser Parteitag wird die Aufgabe haben, diese für unsere künftige Parteiarbeit so wichtigen Gremien neu zu wählen. Er wird sich dabei sicher der gewaltig erhöhten Bedeutung dieser Gremien in der Opposition bewußt sein. Man wird daran denken müssen, wenn diese Gremien gewählt sind, in beiden eine zweckmäßige Arbeitsteilung einzuführen, denn wir werden alle Hände voll zu tun haben. Meine Freunde, nicht nur der bundesstaatliche Föderalismus, sondern auch unser ihm angepaßter Parteiföderalismus bedarf der zeitgerechten Weiterentwicklung. Die zentralen Führungsinstanzen der Partei müssen dafür gestärkt werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen.

Ein besonders wichtiges Problem ist für uns, lieber Herr Generalsekretär Streibl, die Zusammenarbeit zwischen der CDU und der CSU. Im Bundestag haben wir eine gemeinsame und damit und deshalb die stärkste Fraktion. Und damit und deshalb stellen wir auch den Bundestagspräsidenten. Außerhalb des Bundestages bilden wir nach unserer Satzung eine Arbeitsgemeinschaft. Ich meine, diese Arbeitsgemeinschaft muß nun in der Opposition voll und ernst verwirklicht werden, wenn wir unser gemeinsames Ziel ereichen wollen. Die von mir geforderte Stärkung der zentralen Instanzen unserer Partei bedeutet keine Minderung der Verantwortung der Landesverbände, meine Damen und Herren. Im Gegenteil. Der Kampf um die Wiedererringung der Regierungsverantwortung in Bonn kann nur auf breitester Front in Bund, Länder und Gemeinden geführt und gewonnen werden. Je mehr wir in Ländern und Gemeinden gewinnen, desto stärker werden wir auch in Bonn. Wir haben im Jahre 1970 fünf Landtagswahlen. Wir werden alle Kraft daransetzen, dabei überall unsere Positionen zu verbessern. Und wir haben dabei insbesondere die Landtagswahlen unseres größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen im Auge, denn wir wissen, was von der Entwicklung der CDU in diesem größten Lande der Bundesrepublik für uns alle abhängt.

Meine Freunde, wir trugen in den vergangenen 20 Jahren das Etikett der Kanzlerpartei. Das war sowohl Stärke wie Gefahr. Und dem entsprach es, daß wir mehr Wähler- als Mitgliederpartei waren. Nun zwingt uns unsere neue Situation in der Opposition dazu, endlich und endgültig mit dem seit Jahren proklamierten Willen, eine Mitgliederpartei zu werden, ernstzumachen. Und lassen Sie mich gleich sagen, das kann nicht durch Pamphlete und Dekrete der Parteiführung geschehen, sondern das hängt von jedem einzelnen von uns ab, ob er seinen Willen daransetzt, für unsere Union neue Mitglieder zu gewinnen. Ich weiß, daß das nicht ganz einfach ist. Aber gerade deswegen, weil es nicht ganz einfach ist, müssen wir viel Kraft daransetzen. Denn nur, wenn wir einen ausreichenden Mitgliederbestand haben, werden wir auch eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern bekommen. Vor allem jene Mitarbeiterschaft an der Basis, in den Gemeinden, wo wir aus den Parteighettos heraus in eine vielfältige Kommunikation mit der Bevölkerung, vor allem auch im vorpolitischen Raum, kommen müssen.

Dafür gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, die da und dort schon erfolgreich erprobt worden sind und nur auf diese Weise werden wir auch den Kampf um die Rathäuser gewinnen. Und wenn wir den Kampf um die Rathäuser gewinnen, dann können wir auch sicher sein, daß wir den Kampf oben gewinnen werden. Ich halte es für eine gute Idee, die vor allem von der Jungen Union vorgetragen wird, nicht nur, wie wir es mit dem Berliner Programm vorbildlich getan haben, unsere eigenen Parteimitglieder unmittelbar und vorbereitend an den großen Entscheidungen der Partei teilnehmen zu lassen, sondern darüber hinaus der ganzen Bevölkerung unsere Parteiarbeit, unser Wollen, Planen und Tun auf allen Ebenen transparent zu machen. Auch dabei kommt der Parteiarbeit in den Gemeinden eine ganz große Bedeutung zu.

Parteiarbeit in den Gemeinden kann eben nicht im Hinterzimmer irgendeines Restaurants mit langdauernden Geschäftsordnungsdebatten gemacht werden. Man muß heraus, mitten hinein unter die Leute; zeigen, wer man ist und zeigen, daß man zur CDU gehört und daß es sich lohnt, dazuzugehören. Unsere Abgeordneten werden immer stärker durch die parlamentarische Arbeit beansprucht. Vor allem für die Abgeordneten des Bundestages gilt, daß sie angesichts der knappen Mehrheit der Regierung im Bundestag voll präsent sein müssen. Sie bedürfen daher noch dringender dieser Ermutigung, meine Damen und Herren. Der Fraktionsvorsitzende begrüßt sie sicher auch.

Sie bedürfen aber daher noch dringender als bisher der Unterstützung ihrer Kreisverbände und der Mitglieder der Union in diesen Verbänden. Ohne ihre Hilfe können sie vor allem in den großstädtischen Ballungsräumen nichts ausrichten. Ich kann diesen Appell nicht dringlich genug formulieren: Der Straffung und Stärkung der Führungsorgane der Partei muß eine sich ständig steigernde Aktivität in der breiten Basis entsprechen. Dort wird letztlich entschieden werden, ob wir uns als große Volkspartei in unserem Lande behaupten und durchsetzen. Denn wir müssen heraus aus der Situation der Kanzlerpartei, und wir sind heraus aus der Kanzlerparteisituation, seitdem wir uns in der Opposition befinden. Unsere programmatische Ausgangsbasis muß auch in der Opposition das Berliner Programm sein. „Jede Phase dieses Programms", so sagte es Dr. Heck in Berlin, „ist aus dem Willen der Partei geformt worden, und wenn jetzt gefragt wird: Was denkt die Union, wie sieht sie sich, wie sieht sie die Bundesrepublik und unsere gemeinsame Zukunft, dann wird das Berliner Programm der Wegweiser für unsere Antworten sein."

Meine Freunde, genau darum geht es. Wir mögen darüber streiten, ob uns das bisher genügend gelungen ist. Jedenfalls müssen wir es künftig schaffen. Wir müssen es, im einzelnen wie im ganzen, immer stärker in das Bewußtsein der Bevölkerung rücken, sie kritisch daran beteiligen, auch Nichtmitgliedern die Chance geben, es zu interpretieren und weiterzudenken.

Es darf in der Bevölkerung dieses Programm nicht von den verschiedenen Gruppen einzeln gesehen werden. Es darf nicht so kommen, daß die Leute vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen, sondern sie müssen es als etwas Ganzes, als etwas aus einem Guß begreifen, das nach meinem Urteil das solideste Parteiprogramm in diesem Lande ist.

Dieses Berliner Programm enthält 106 lapidare politische Zielsetzungen. Jede von ihnen fordert in sich selbst die Verwirklichung eines umfangreichen eigenen Programmes, je nachdem im Bund, in den Ländern, in den Gemeinden oder in allen Bereichen. Natürlich muß dieses Berliner Programm weiterentwickelt werden. Ich habe gelegentlich gesagt, ich ziehe dieses Wort der ständigen Weiterentwicklung dem Ausdruck „Reformen" vor, nicht weil ich reformfeindlich bin, sondern weil ich mehr will als Reformen, die einmal gemacht werden. Nach einer gewissen Zeit lebt man dann auf der Grundlage dieser Reformen wieder eine Weile weiter, dann kommen mal wieder Reformen. Nein, Reformen müssen dadurch überflüssig werden, daß wir selber dynamisch sind und uns selber mit der Zeit weiterentwickeln. Das Programm muß sich also weiterentwickeln, weil wir in einer Situation des permanenten Wandels leben. Und wir kommen hier auf ein entscheidendes, auf ein zentrales Problem.

Meine Damen und Herren, dieser permanente Wandel im Industriezeitalter, im wissenschaftlichen, im technologischen Zeitalter, wird von unseren Mitbürgern deutlich gespürt. Viele haben daher mit dem Wohlstand ein Gefühl der Unsicherheit, der Ungesichertheit gegenüber der Zukunft. Was wird diese Zukunft an Chancen und Gefahren bringen? Lassen sich die Entwicklungen voraussehen und beeinflussen? Sind unsere Politiker zu beidem befähigt und welche am ehesten? Das sind die Fragen, die unsere Mitbürger stellen. Und wir müssen ihnen überzeugend antworten: durch Wort und, wichtiger noch, durch Tat. Diese Politik des kontrollierten und fortwährend gestalteten Wandels ist also unsere große Aufgabe. Wir haben dem Parteiausschuß für das nächste Jahr einen Parteitag vorgeschlagen, der im Sinne dieser Politik des gestalteten Wandels unser Parteiprogramm überprüfen und weiterentwickeln soll. Dies kann natürlich nicht die Aufgabe dieses jetzigen Parteitages sein. Ich meine, wir sollten diesen nächsten programmatischen Parteitag ähnlich vorbereiten wie den Berliner Parteitag, das heißt also vor allem durch eine breite und offene Diskussion unserer Mitglieder und durch die Möglichkeit ihrer kritischen Stellungnahme zu dem ihnen vorzulegenden Stoff. Je mehr Aufmerksamkeit und Anteilnahme nebenbei diese Diskussion innerhalb unserer Partei auch bei der breiten Öffentlichkeit findet, desto besser.

Meine Damen und Herren, es wird darüber, wo politische Probleme nicht oder nicht befriedigend gelöst sind, in einer pluralistischen Gesellschaft stets verschiedene Meinungen geben, weil die Interessen, Ideen und Wertungen verschieden sind. Die Union ist nach wie vor die einzige große Volkspartei, weil bei uns alle Schichten unseres Volkes vertreten sind. Die Union spiegelt geradezu diese Schichten unseres Volkes wider, also ist sie selbst eine pluralistische Partei. Daher müssen wir davon ausgehen, daß wir keineswegs über alles von vornherein einig sein können. Fast jedes neue auftauchende Problem wird von verschiedenen Gruppen in der Union zunächst verschieden gesehen und verschieden gewertet. Auch ein einmal beschlossenes Programm wird von den verschiedenen Gruppen verschieden interpretiert und verschieden weitergedacht werden. Nehmen wir nur das Problem der älteren und der jüngeren Generation. Meine Damen und Herren, beide müssen unsere Zeit und ihre Probleme auf verschiedene Weise erleben und verstehen. Beide müssen daher auch ganz notwendigerweise manches verschieden wollen. Das ist ein Gesetz des Lebens,

das man anerkennen muß, und deswegen ist der eine noch lange nicht unreif und der andere noch lange nicht verkalkt. Hier wie überall müssen wir durch eine beständige Kommunikation um die Aussöhnung der verschiedenen Interessen und Ideen ringen. Dazu ist Bereitschaft zum gegenseitigen Verständnis und zum Kompromiß notwendig. Und das ist uns ja auch in den vergangenen 20 Jahren in oft sehr schwierigen Situationen immer wieder gelungen. Wenn aber einmal entschieden ist, meine Damen und Herren, meine Freunde, dann muß gerade in der Opposition die Partei Loyalität und Disziplin gegenüber diesen demokratischen Entscheidungen erwarten, wenn sie bestehen will.

Weil wir eine weitgespannte Volkspartei sind, können wir uns natürlicherweise nicht in „rechte" und „linke" Ecken manövrieren lassen. Meine Freunde, die Union ist und muß bleiben: die Partei der integrierenden Mitte. Und das schließt wahrhaftig Progressivität nicht aus, ganz im Gegenteil. Gerade dadurch, daß die Union in der Mitte integriert, macht sie unsere Arbeit und macht sie auch die deutsche Demokratie lebensfähig. Das ist unsere große Stärke, sicher auch unsere Schwierigkeit. Aber, das ist meine ehrliche Überzeugung, das gibt der Union auch mehr als jeder anderen Partei die Legitimation für die Regierungsverantwortung.

Meine Damen und Herren, nun die informierende und werbende Arbeit der Union. Sie muß auf allen Ebenen intensiviert werden. Solange wir in Bonn Regierungspartei waren, verfügte die von uns getragene und geführte Regierung über weitreichende Informationsmöglichkeiten, die aber auch zugleich über den politischen Willen der Union unterrichteten. Diese Möglichkeit besteht nicht mehr, im Gegenteil. Der große Informationsapparat steht nun der neuen Regierung, also vor allem der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung zu Gebote. Wir müssen daher unseren eigenen Informationsapparat aufbauen, und zwar in sehr beträchtlichem Umfange. Unsere Verbindungen mit der inländischen und ausländischen Publizistik müssen durch beständige Kontakte sorgfältig gepflegt werden, damit unsere politischen Zielsetzungen und unser politisches Wirken ausreichend und objektiv publiziert werden. Dabei müssen die Führungsorgane der Partei und der Fraktion eng zusammenarbeiten. In den Ländern und Gemeinden muß dieser informierenden und werbenden Aufgabe die gleiche Sorgfalt gewidmet werden, und wir werden uns Modelle ausdenken, die wir dann unseren Freunden in den Gemeinden als Möglichkeit anbieten. Jedenfalls können sie in Zukunft sicher mit der nachhaltigen Unterstützung der Parteiführungsgremien auf diesem für uns so lebenswichtigen Gebiete rechnen. Nun meine Freunde, wenn wir unsere Chance als Opposition im Bunde abwägen, so müssen wir auch die Situation der neuen Bundesregierung ins Auge fassen. Dabei soll kein Wunschdenken vorwalten, es soll alles nüchtern und realistisch gesehen werden. Der Bundeskanzler wurde mit 3 Stimmen Mehrheit gewählt. Da ist immer noch die Legende von der Wahl Konrad Adenauers. Meine Damen und Herren, das war damals ganz anders. Damals hatten wir 10 Parteien und keiner von uns dachte, daß Konrad Adenauer im ersten Wahlgang gewählt werden würde. Aber wir wußten sicher, daß er im zweiten oder dritten Wahlgang mit sehr großer Mehrheit gewählt werden würde. Bei dieser Wahl standen aber die Gruppen fest, das hätte für alle drei Wahlgänge gegolten. Der Bundeskanzler ist also mit drei Stimmen Mehrheit gewählt worden.

Ohne die Berliner Abgeordneten hat die Regierungskoalition eine Mehrheit von 12 Stimmen im Parlament. Im Bundesrat gibt es eine knappe Mehrheit der von den Unionsparteien geführten Länder. Man wird abwarten müssen, inwieweit die beiden Koalitionspartner sich vor allem in wichtigen Fragen der inneren Politik einigen können. Man hat den Eindruck, daß sie möglichst viele „neutrale" Programme verwirklichen wollen, in der Innenpolitik, und Konfliktstoffe zurückstellen, auszuklammern versuchen. Das kann man aber nicht lange tun. Und wir werden dieser Regierung das Zurückstellen schwieriger, aber für unser Land wichtiger Entscheidungen schwermachen. In der Regierungserklärung proklamierte sich die Regierung als eine Regierung der inneren Reformen. Viele dieser Reformen wurden unter meiner Regierung geplant und begonnen. Das darf ich einmal in aller Bescheidenheit doch wohl sagen. Vieles entspricht unseren eigenen programmatischen Vorstellungen. Aber, meine Damen und Herren, bedenklich muß uns stimmen, daß wieder einmal zu Vieles zu Vielen versprochen wird, im Gegensatz zu meiner Regierungserklärung vom Dezember 1966. Das voreilig angekündigte und dann zurückgezogene Versprechen, den Rentnern eine Weihnachtsgabe von 50 Mark zu zahlen, war kein gutes Omen. Die Regierung hat eine solide Finanzpolitik angekündigt. Sie wird ihre Versprechungen im Einklang mit dieser Ankündigung halten müssen, sonst werden sich entweder ihre Finanzpolitik oder ihre Versprechungen als unsolide erweisen. In der Regierungserklärung wurde für das Jahr 1970 eine Reihe von Berichten angekündigt, durch welche Parlament und Öffentlichkeit ein umfassendes Bild der Reformpläne der Regierung gewinnen würden. Meine Damen und Herren, wir werden diese Entwicklung sehr wachsam verfolgen und durch unsere eigenen Initiativen beeinflussen.

Nun aber: wo ist Gefahr im Verzug? Ich habe während des Wahlkampfes auch in diesem Saale beständig darauf hingewiesen, daß Fehler in der inneren Politik fast immer – wenn auch oft mit Mühe – wieder korrigiert werden können. In der Außenpolitik – und ich werde nicht müde werden, es zu sagen – sind dagegen falsche Entscheidungen kaum je reparabel. Das gilt auch für die Deutschlandpolitik. Ich weiß sehr wohl, meine Damen und Herren, daß gelegentlich Kritik gegen eine Kopflastigkeit unserer Unionspolitik oder jedenfalls unserer politischen Aussage zugunsten der Außen- und Deutschlandpolitik unter angeblicher Vernachlässigung der inneren Politik geübt wird. Ich nehme das durchaus ernst. Wir sollten aber nicht über Formulierungen streiten, und das sage ich vor allem der Jungen Union, aus der diese Kritik klang. Daß wir unseren programmatischen Willen auf dem weiten Feld der inneren Politik, also insbesondere der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Bildungspolitik stärker als bisher in das Bewußtsein der Öffentlichkeit rücken müssen, ist auch im Blick auf die Erfahrungen der hinter uns liegenden Bundestagswahl eine berechtigte Forderung, und wir müssen dieser Forderung in der Arbeit unserer Partei gerecht werden. Aber meine Damen und Herren, das darf uns nicht hindern, da mit aller Kraft zu intervenieren, wo nicht wieder gutzumachender Schaden für unser Volk droht. Wenige Tage vor der Wahl hatte der jetzige Außenminister öffentlich erklärt, seine Partei habe nichts gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anderer Staaten zur DDR einzuwenden. In der Regierungserklärung tauchte zum ersten Mal in einem amtlichen Dokument die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates auf, die allerdings nicht als völkerrechtliche Anerkennung

verstanden werden soll. Aber meine Freunde, es gibt keine staatsrechtliche, sondern eben nur eine völkerrechtliche Anerkennung. Und alle Welt muß diese Aussage so verstehen, daß die Regierung, daß dieses Land sich auf dem Weg zur Anerkennung der DDR befindet. Alle Nachrichten, die wir aus dem Ausland haben, jeder Blick in die Weltpresse bestätigt uns dies. Und darum ist die Gefahr so überaus groß, daß eine Lawine von Aufnahmen diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch diese Politik provoziert wird; und ob die DDR völkerrechtlich anerkannt wird, hängt doch nicht – ich wiederhole es – von den Vorbehalten der Bundesregierung ab, sondern ausschließlich davon, ob es dabei bleibt, daß die Völker der freien Welt diplomatische Beziehungen mit der DDR unterlassen oder ob sie diese ihre Haltung ändern.

Es war sehr bezeichnend, daß in der Regierungserklärung von dem gemeinsamen Beschluß der Regierung der Großen Koalition, kurze Zeit vor der Beendigung dieser Koalition, über die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes gegenüber dritten Staaten kein Wort stand und daß erst unsere Intervention in der Aussprache über die Regierungserklärung Herrn Brandt dazu veranlaßte, sich von der Aussage, die sein Außenminister wenige Tage vor der Wahl gemacht hatte, in der Sache zu distanzieren. Und ich wünschte, er hätte es noch deutlicher getan als er es tat.

Ich bin davon überzeugt, daß, wenn man sich in der Regierung Illusionen über Fortschritte in der Ost- und Deutschlandpolitik machen sollte, diese leider sehr bald zerstört werden. Ich habe meine Erfahrungen. Die Reaktionen aus Moskau, Warschau und Ostberlin sind jetzt schon eindeutig. Grundbedingung für verhandelnde Gespräche ist nach dem Willen des kommunistischen Ostens die Festigung des status quo, und zwar so, wie er ihn versteht. Dahin vor allem zielt der Vorschlag einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Da liegt das Interesse der Sowjetunion an unserer Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag, und auch Gespräche über Gewaltverzicht werden von der Sowjetunion mit keiner anderen Absicht geführt werden.

Diese Realität, meine Freunde, muß man sehen, wenn man mit dem Osten verhandeln will. Ich bin gar nicht gegen Verhandlungen – wahrhaftig nicht. Wir sind keine kalten Krieger, wir sind verpflichtet, von uns aus unermüdlich für eine europäische Friedensordnung und für die Verständigung der Völker Europas zu arbeiten und dahinzielende Anregungen und Vorschläge zu machen oder Anregungen und Vorschläge anderer zu unterstützen, wie wir es in den vergangenen Jahren getan haben.

Aber, meine Freunde, eine solche Politik bewegt sich auf einem schmalen Grat und muß, wenn das Selbstbestimmungsrecht oder gar die Sicherheit unseres Volkes nicht gefährdet oder preisgegeben werden soll, mit größter Klugheit und stärkstem Verantwortungsgefühl geführt werden.

Im übrigen muß notwendigerweise eine illusorische, verwirrende und ihr Ziel verfehlende Ostpolitik auch die Beziehungen zu unseren westlichen Nachbarn und Verbündeten verwirren und gefährden, also auch da ist Vorsicht am Platze. Von diesem Verhältnis, vor allem von der Festigung der Atlantischen Allianz, von dem ungestörten Fortgang der europäischen Einigung, um die es ohnehin

nicht gut bestellt ist, hängt doch die Sicherheit und Freiheit unseres Landes und Volkes in der Zukunft ab.

Ich wiederhole: Ich habe diese Sorgen so wie im Bundestag auch auf diesem Parteitag ausführlicher vorgetragen, weil hier unmittelbar Gefahr droht, und weil ich glaube, daß es meine Pflicht – unsere Pflicht ist, vor dieser Gefahr immer wieder unüberhörbar zu warnen.

Ich kann nur den Appell unseres Fraktionsvorsitzenden noch einmal aufnehmen, den er an die Bundesregierung gerichtet hat, in diesen für unser Volk so lebenswichtigen Fragen nichts zu unternehmen ohne die Mitwirkung der Opposition, die nahezu die Hälfte der Sitze unseres Bundestages besetzt hält. Meine Damen und Herren, ich habe darauf verzichtet, in dieser einführenden Rede auf die Arbeit der Union, der Partei, der Fraktion, unserer eigenen Kabinettsmitglieder in den vergangenen drei Jahren während der Zeit der großen Koalition einzugehen.

Ich lasse mir diese Leistung der vergangenen drei Jahre – wenn Sie einmal ins Berliner Programm hineinblicken und gleichzeitig vergleichen, was in diesen drei Jahren getan worden ist, um ganz wichtige Forderungen des Berliner Programms zu verwirklichen, dann werden Sie mir zustimmen – ich lasse mir auch durch die neue Regierungsbildung den Rückblick auf diese drei Jahre und den bescheidenen Stolz auf die Leistungen der CDU in dieser Koalition nicht verdunkeln. Ich habe mich als Bundeskanzler bemüht, auch in dieser sehr schwierigen Koalition unseren politischen Prinzipien treu zu bleiben. Ich habe mich angestrengt, für meine Arbeit Vertrauen und Zustimmung unseres Volkes zu gewinnen für mich und meine Partei. Und ich glaube, daß mir dies in weitem Umfang gelungen ist.

Ich danke allen, die mir in dieser schwierigen Zeit zur Seite standen. Ich danke allen Parteifreunden, die sich im Wahlkampf für unsere Union einsetzten. Und lassen Sie mich auch bei dieser Gelegenheit sagen, für mich war es ein großes Erlebnis. Nicht nur die Intensität dieses Wahlkampfes, der mich durch die ganze Bundesrepublik, Bayern eingeschlossen, geführt hat, sondern auch die vielen, vielen Freunde und Mitarbeiter, die ich dabei traf, mit denen ich dabei wirklich sprechen konnte, die ich wirklich kennenlernen konnte, wie es auf einer so großen Parteiveranstaltung nicht möglich ist. Und gerade diese Begegnungen, meine Damen und Herren, waren es, die mich für die Zukunft unserer Union absolut optimistisch gestimmt haben. Durch diese gemeinsamen Anstrengungen sind wir entgegen den meisten Voraussagen in der Wahl von der SPD nicht überholt worden, sondern wir haben die Spitze behauptet.

Nun meine Damen und Herren, dies war eine einführende Rede. Ich will dem neuzuwählenden Parteivorsitzenden nichts von seinem Schlußwort vorwegnehmen, das er am Ende dieses Parteitages sprechen wird. Darum lassen Sie mich jetzt nur die Hoffnung und Zuversicht aussprechen, daß dieser Parteitag manchen Erwartungen zum Trotz aus unserem großen und leidenschaftlichen Willen zu dieser großen und ruhmreichen Partei ein Parteitag werden möge, der aus kritischer Besinnung unserer CDU Einigkeit und Kraft geben soll für ihre kommenden schweren Aufgaben.

Präsident Dr. Kohl: Herr Bundeskanzler, ich darf Ihnen für den Parteitag für diesen grundlegenden Eingangsbericht der Lage der Union sehr, sehr herzlich danken. Wir verbinden, ich sage es noch einmal, mit diesem Dank für Ihre heutige Rede unseren herzlichen Dank, für den Dienst an unserem Land und an unserer Partei, den Kurt Georg Kiesinger in diesen vielen Jahren geleistet hat. Als Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher in vielen wichtigen Debatten, als Ministerpräsident von Baden-Württemberg und in den letzten drei Jahren in einer schwierigen Zeit als deutscher Bundeskanzler. Dafür sehr, sehr herzlichen Dank!

Sie sprachen von Vertrauen und von der Zustimmung vieler Bürger dieses Landes und dieses Vertrauen und diese Zustimmung schlägt sich ja auch nieder in diesem Wahlergebnis, das ein Wahlergebnis zugunsten der CDU/CSU, aber auch ein Wahlergebnis, und das sollte man hier auch mal wieder sagen, für Kurt Georg Kiesinger war.

Meine Damen und Herren, ich darf bei dieser Gelegenheit aber auch unseren bisherigen Mitgliedern, den Mitgliedern der CDU/CSU, die Amtsträger, Minister des Kabinetts Kiesinger waren, sehr herzlich für ihren Dienst an unserem Vaterlande danken.

Diese Regierung der Großen Koalition war auch für die Union eine ungewohnte Sache und jeder, der eine Kabinettsposition bekleidete, hat vor wesentlich anderen Problemen, aber auch schwierigeren Problemen gestanden.

Wir haben in diesem Wahlkampf unser Wollen deutlich machen können, wir haben dafür viel Zustimmung gefunden. Es erscheint mir zumindest nur redlich zu sein, wenn wir heute auf diesem Parteitag ein herzliches Wort des Dankes auch an die ausgeschiedenen Mitglieder der Bundesregierung aus der CDU/CSU aussprechen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf Punkt 8 der Tagesordnung: Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, unser Freund Dr. Bruno Heck hat das Wort.

Dr. Heck: Herr Präsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich bin in den letzten Wochen nicht taub gewesen und weiß, um welche Themen die Gedanken der Partei kreisen und was wir miteinander klären und aushandeln müssen. Deswegen vorab ein Wort zur Kritik der letzten Wochen:

Vieles ist richtig gesagt, manches auch bloß gesagt worden. Es gab Vorwürfe, die sich gegen uns richteten, die wir die Geschäfte der Partei zu führen haben – sie müssen gehört und geprüft werden, und wir nehmen das ernst –, es gab aber auch Bemerkungen, die einfach der Arbeit und den Leistungen unserer Partei nicht gerecht wurden. Darauf gab es dann jene Stimmen, die forderten: stoppt die Kritiker.

Aber, meine Freunde, was müßte man von dieser Partei halten, wenn sich nach der Anspannung des Wahlkampfes, nach dem Erfolg und dann nach der Enttäuschung über die Regierungsbildung nicht Temperament und Betroffenheit bemerkbar gemacht hätten. Und niemand wird glauben, mit der kritischen Welle, mit ihrer innerparteilichen Kanalisierung auf Institutionen oder Personen hin sei

alles getan. Sicher, die Kritik war teilweise impulsiv, teilweise auch aggressiv. Aber diese Kritik wäre nur dann bedenklich, wenn sich mit ihr auf einen Schlag Energien entladen hätten, die besser gespeichert und in die zähe Arbeit des Parteialltags investiert würden, eines Parteialltags, der uns so oder so alle wieder erwartet. Es wird viel zu tun geben in der nächsten Zeit. Reformieren heißt sicher, dies oder jenes anders und besser machen; aber es heißt für uns alle auch und in erster Linie, mehr arbeiten. Das Konzept unseres Wahlkampfes ist vielfach kritisiert worden. Wir sollten uns dabei nicht lange mit Einzelheiten herumschlagen; in einer so großen Kampagne geht notwendigerweise diese oder jene Veranstaltung schief, es gelingt nicht jede Anzeige und manches Wort bliebe besser ungesagt. Wir sollten uns das alles auch merken – für das nächste Mal. Aber heute gibt es Wichtigeres: Ich habe aus den verschiedenen Stimmen der Kritik einiges herausgehört, das immer wiederkehrt: zu viel Kanzler, zu wenig Mannschaft; zu viel Emotion, zu wenig Argumente; zu viel Strauß oder auch zu wenig Strauß; zu viel Bayern-Kurier, zu wenig Attraktivität für die mobile Mitte; zu viel für die Provinz, zu wenig für die modernen Leistungsberufe; zu viel für die ländliche Bevölkerung, zu wenig für die städtischen Existenzen. Und nicht zuletzt: zu viel Aufwertungsdebatte; sie allerdings war in unserer Wahlkampfplanung nicht vorgesehen. Aber damit hätten wir, glaube ich, das Wesentliche beisammen.

Es sind dies Punkte, die – nehmen wir einmal den Streit um die Aufwertung aus, der unser Sachprogramm zu sehr in den Hintergrund drängte! – über die Wahlkampagne hinausweisen. Sie sind zwar im Wahlkampf sichtbar geworden; sie weisen aber über den Wahlkampf hinaus; sie betreffen das in langen Jahren gewachsene Image der Partei. Ein Wahlkampf kann das Bild einer Partei aktualisieren, er kann das, was an ihr positiv vermerkt worden ist, bündeln und in ein besonderes Licht stellen; er kann auch vorsichtig Retuschen versuchen und die politischen Konturen im Schwarz-Weiß der Alternativen zeigen. Eines aber kann ein Wahlkampf mit Sicherheit nicht: das Image einer Partei von heute auf morgen neu gestalten. Ein Wahlkampf muß sich in der Bandbreite dessen halten, was eine Partei darstellt und wie sich ihr Bild in Jahren entwickelt hat – sonst läuft sie Gefahr, unglaubwürdig zu werden. Es ist nun eine Tatsache, die wir weder übersehen noch verbergen wollen, daß das Bild unserer Partei und die Meinung der Bevölkerung darüber wie sie ist, welche politischen und ethischen Motive uns bestimmen, besonders nachdrücklich in den ersten beiden Jahrzehnten unseres jungen Staates geprägt worden ist. Das ist kein Wunder. Wir haben der Bundesrepublik Deutschland ihre erste politische Gestalt gegeben, und dies wirft nun ihr Spiegelbild auf uns zurück. Ich spreche nicht von der Partei selbst, wohlgemerkt – unsere Partei hat sich ihren Möglichkeiten nach schon in Berlin als die ausgesprochen moderne Partei unseres Landes erwiesen –, ich spreche von ihrem politischen Profil in der Öffentlichkeit. Und dieses Profil ist noch immer das der 50er und 60er Jahre, nicht das des Jahrzehnts, das vor uns liegt. Wer an uns denkt, verbindet damit zunächst den Gedanken an die Herkunft, weniger den an die Zukunft unseres Landes.

Nun, nachdem das Gerüst sicher erstellt ist, auf dem der Aufbau vollzogen wurde, von dem aus der weitere Fortschritt möglich ist, nun scheint es, als erwarte man von einer Partei nicht mehr so sehr die Bewahrung des Prinzipiellen,

sondern Bewährung in der Leistung – und dies nicht nur im Heute, im Gegenteil, mehr noch für das Morgen. Das Vertrauen der Bürger auf unsere Zuverlässigkeit, auf unser Bekenntnis zu den Werten und Grundsätzen von Persönlichkeit und Freiheit, ein Bekenntnis, das uns in die Verantwortung trug und uns 20 Jahre lang und im Grunde genommen bis heute die führende Rolle in diesem Land zugewiesen hat, dieses Vertrauen erweist sich jetzt auf eine dialektische Weise fast als Klotz an unserem Bein. Mancher, der sich jahrelang unter dem Schirm der CDU sicher wußte, glaubt heute, dieser versperre ihm die Sicht. Meine Freunde, ich wiederhole es, dies alles beschreibt weniger die Wirklichkeit unserer Partei, sondern mehr das Bild, das von ihr besteht.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang noch gut an die Debatten der Jahre 1966 und 1967, als es darum ging, ob wir ein Grundsatz- oder ein Aktionsprogramm entwerfen sollten. Ich habe von Anfang an gegen das Grundsatz- und für das Aktionsprogramm gesprochen, weil nicht unsere Grundsatztreue neu zu betonen war, sondern unsere Leistungsfähigkeit in der Aktion. Die Partei hat sich schließlich diesen Überlegungen angeschlossen. Und damit haben wir den ersten Schritt getan, um uns für die 70er Jahre zu rüsten.

Ich habe darüber etwas ausführlicher gesprochen, weil es heute Mode geworden ist, da und dort auch in unseren Reihen die CDU der ersten beiden Jahrzehnte von oben herab zu disqualifizieren, als ob davon für morgen nichts mehr zu gebrauchen wäre.

Meine Freunde, dazu gibt es wahrlich keinen Anlaß. Die CDU hat unserem Staat Kräfte zugeführt, sie hat eine politische Integration und eine Liberalisierung geleistet, ohne die er nie und nimmer hätte bestehen können; denn die Sozialdemokraten waren damals alles andere als für die Übernahme der Verantwortung in der Regierung gerüstet. Das Parteienprofil, dessen Umwandlung heute unser Problem ist, ist das Profil des Aufstiegs, der Sicherheit und des Wohlstandes für unser Land. Dieser Staat ist heute das, was er ist, weil wir, die Union, nicht für irgendein Utopia, sondern für ihn gearbeitet und gekämpft haben. Es mag bei uns schon einen Verschleiß geben, nämlich den, daß wir uns für den Staat verausgabt haben, während andere ihre Kräfte wesentlich mehr als wir auf eine Strategie der Machtübernahme und auf die Konsolidierung ihrer Partei verteilen konnten.

Meine Freunde, ich habe noch einen weiteren Grund, auf die Geschichte unserer Partei hinzuweisen. Wir müssen klar sehen, daß die Frage der Parteireform nicht lediglich im kurzfristigen Zusammenhang einer linken Regierungsbildung gesehen werden darf. Hier geht es um eine Aufgabe mit langfristigen Dimensionen, die eines langen Atems bedürfen. Eine langfristige Strategie ist gefragt, nicht ungeduldiges Hin- und Herrücken. Wer glaubt, eine Partei von beträchtlichem Eigenwuchs wie die CDU lasse sich von Erscheinungstermin zu Erscheinungstermin eines Wochenmagazins reformieren, der wird bald mit hängender Zunge auf der Strecke bleiben. Denn das ist es, meine Freunde:

Wir haben glänzende Talente für die kurzen Strecken; wir brauchen auch sie; sie wirken anregend. Sorgen wir aber auch dafür, daß uns die klug disponierenden Begabungen, die ihre Kräfte ökonomisch einsetzen, für die langfristigen Aufgaben zur Verfügung stehen.

Ich komme nun zum Wahlergebnis.

Meine Freunde, wir haben nicht einen naiven Wahlkampf um hundert Prozent der Stimmen geführt, auch keinen elitären Wahlkampf um eine intellektuell sensible Gruppe der Jugend, sondern einen Wahlkampf um jene 51 Prozent, die nach sorgfältiger Analyse der Ausgangslage als potentielle Wähler für uns in Frage kamen. Diese Zielgruppe haben wir in einem Ausmaß gewonnen, wie es im allgemeinen weder in der Partei noch außerhalb der Partei erwartet worden ist. Werten Sie es, wie Sie es wollen, das ist angesichts der Voraussetzungen ein beachtlicher Erfolg. Und das war unsere einzige Chance. Ich habe wenig Verständnis für diejenigen, die respektable 46 Prozent der Partei oder der Parteiführung als Fehlleistung ankreiden wollen, weil sie nach den Wahlen weitere imaginäre Prozente ausgemacht haben, die auf diese oder jene Weise zusätzlich hätten gewonnen werden können. Unser Problem, meine Freunde, ist gar nicht das quantitative Abschneiden der Union, das Problem ist die strukturelle Unausgewogenheit unserer Wählerschaft und vor allem der Anstieg der SPD. Dieser Anstieg der SPD hat sich mit großer Stetigkeit seit 1957 vollzogen. Deswegen kann es uns nicht um eine Kopfwäsche nach einer verlorenen Regierungsbildung gehen; auch nicht darum, unsere Grundsätze über Bord zu werfen. Nein, wir müssen ein langfristiges Konzept erarbeiten, um die Entwicklungen der 70er Jahre in den Griff zu bekommen. Die Analyse des Wahlergebnisses bestätigt, daß das Bild unserer Partei zu stark mit der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre verknüpft ist. Wir haben unsere Stimmen von jenen Wählern bezogen, die sich von den traditionellen Motiven für die Wahl der CDU haben bestimmen lassen. Sie haben auch diesmal fast die Hälfte der Wählerschaft ausgemacht: aber, meine Freunde, wir sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch bei einem großen Teil dieser Wähler die traditionellen Motive letztlich deswegen den Ausschlag gegeben haben, weil sie den neuen Motiven allein noch nicht trauten. Wir müssen eines klar sehen:

Es sind nicht nur neue Wählergruppen, nicht nur die Jungwähler, es sind wachsend auch unsere alten Wähler, die von uns ein neues Bild, ein neues Verhalten erwarten, weil sie dem Dilemma zwischen ihrem Vertrauen zur CDU und ihrer Wahrnehmung der neuen Wirklichkeiten enthoben sein wollen. Bisher war es vor allem die Nähe zu den Kirchen, insbesondere zur katholischen Kirche, das Vertrauen auf die marktwirtschaftlichen Erfolge und dann auf die politische Führungserfahrung der CDU, die in breiten Bevölkerungsschichten als Anstoß wirkte, unsere Partei zu wählen. Ich brauche zum Schicksal dieser Motive nicht viel zu sagen. Kirchliche Bindungen haben heute weniger Einfluß auf die Wahlentscheidung als früher. Das Vertrauen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Partei Erhards müssen wir inzwischen mit Professor Schiller eher mehr als teilen. Was die Sozialdemokraten in der politischen Führung zu leisten vermögen, daraufhin werden sie das nächste Jahr, vielleicht auch länger, geprüft werden. Es wird für uns entscheidend werden, ob wir die neuen Motive, Leistungsfähigkeit und Fortschrittlichkeit auf uns zu beziehen verstehen, ohne dabei das Vertrauen in unsere Zuverlässigkeit zu verlieren. Denn wer glaubt, wir müßten ab sofort nun alles in der Partei auf Fortschritt, Funktionalität und Leistungsfähigkeit umstilisieren, um die Erfolge der letzten 20 Jahre fortsetzen zu können, der irrt sich.

Allein eine organische Entwicklung, die das Neue mit dem Alten auf eine gerade der CDU mögliche Weise verbindet, wird uns weiterhelfen. Auf diesem Wege aber, meine Freunde, dem Wege eines realistischen Fortschritts, sind wir seit Braunschweig.

Als Faustformel für das Wählerpotential der CDU galt bislang: Wer mehr auf Sicherheit setzt als auf den Aufbruch zu neuen Ufern, der ist ein präsumtiver Wähler der Union. Diese Formel stimmt nicht mehr:

Die Zeiten der großen Entweder – Oder, der einfach zu handhabenden Alternativen gehen überhaupt unwiderruflich zu Ende. Wir alle haben das im Wahlkampf gespürt. Die groben Geschütze früherer Jahre haben weithin nur noch Schrottwert; jetzt sind die Florettfechter gefragt. Meine Freunde, wer sich auch nur ein Jahr zurückerinnert an unseren Berliner Parteitag, der weiß, welche Sachkenntnis die Union zu mobilisieren vermag; der weiß auch, daß diese neue Entwicklung für die CDU eine große Chance anbietet. Wir müssen sie nur ergreifen.

Mit Sicherheit im herkömmlichen Verständnis geht es in Zukunft nicht mehr. Sicherheit wird heute mehr und mehr als dynamische Größe gewertet. Neue Entwicklungen zu ignorieren, sich gegen Reformen zu wenden, weil sie tief greifen und überkommene Ordnungen kräftig verändern, wird weitgehend nicht mehr als Garantie für Stabilität begrüßt; man fürchtet eher, man werde die Zukunft versäumen. Das alles ist noch in Bewegung und hat sich in der vergangenen Wahl erst in bestimmten Bereichen ausgewirkt. Doch die Spitzen dieser Entwicklung haben bereits die Substanz unserer Anhängerschaft erreicht. Die Beamten, Angestellten und Selbständigen in Handel, Verwaltung und Dienstleistung, zusammengenommen also die urbanen Mittelschichten sowie die jungen, berufstätigen Frauen beginnen an uns zu zweifeln. Das sind jene Gruppen, die als erste in die zunehmende Mobilität unserer Gesellschaft miteinbezogen wurden. Sich einmal in seiner Jugend einzurichten, um sich dann in aller Ruhe Jahresring um Jahresring zuwachsen zu lassen, das widerspricht ihren neuen Erfahrungen und ihrer neuen Mentalität. Das statische Prestige von Rang, Namen und Stellung ist für sie bedeutungslos geworden. An seine Stelle sind Leistungsfähigkeit und Leistung getreten. Erfolg beruht für diese Gruppe auf der Veränderung und Sicherheit auf dem Erfolg.

Dieses neue Selbstgefühl, diese neue Weltsicht wird die urbanen Mittelschichten zunehmend erfassen. Wir können davon ausgehen, daß sie nur die Vorhut einer neuen Lebenserfahrung bilden, die in Zukunft ganze Generationen prägen wird. Die Gesinnungsautorität der Vergangenheit wird allmählich durch eine Autorität überlagert bzw. abgelöst, die sich mehr durch Leistung ausweist. Meine Freunde, wir müssen und wir werden diesen Weg nicht nur mitgehen; wir müssen vorangehen. Wir haben unserem Volk nach dem Kriege die neuen Wege gewiesen, wir müssen es heute wieder tun in einer kräftig veränderten Landschaft. Aber – keine Mißverständnisse:

Wir bleiben dafür nach wie vor in der Pflicht unserer christlichen Verantwortung. Die Welt ist uns nicht nur in ihrer Eigengesetzlichkeit, sondern auch in ihrer Geschichtlichkeit aufgegeben. Wir haben den Fortschritt nicht nur anzunehmen, wir müssen ihn fördern. Es ist ein kräftiger Irrtum, zu glauben, christliche Politik

sei ein Hängen an dem, was gestern war. Nein, christliche Politik ist gerade das Gestalten von Gegenwart und Zukunft aus dem, was immer gilt.

Der jungen Generation sagt nicht viel, was die Union als Gesinnungspartei geleistet hat. Sie wittert nur, daß für die Zukunft in erster Linie die Leistung gefordert wird. Es ist sicher nicht so, daß sich diese Generation von uns abgewandt hätte. Aber sie empfindet das Widersprüchliche an unserer Partei intensiver und ungeduldiger; das Widersprüchliche, das sichtbar wird, wo immer sich bei uns das Traditionelle einer großen Vergangenheit mit den Forderungen von Gegenwart und Zukunft konfrontiert sieht. Die Junge Union und der RCDS haben sich seit Jahren kritisch mit der Union befaßt. Es war sicher falsch, daß wir das immer wieder mehr als eine unliebsame „Störung" angesehen haben, auch wenn diese Kritik teilweise wenig artikuliert und deswegen unnötig aggressiv vorgetragen wurde. Um unsere junge Generation werden wir die nächsten Jahre besonders ringen müssen; das kann nicht nur eine Aufgabe der Jungen Union und des RCDS sein, das muß von der ganzen Partei als erstrangige Aufgabe begriffen werden. Und dafür ist sicher entscheidend, welches Bild sich die Jugend von uns macht.

Wir wissen aus Untersuchungen der letzten Jahre, daß die Jugend alles andere als eine geschlossene Gruppe ist.

Es hat sich auch immer wieder und fast bis zum Überdruß die Formel bestätigt, daß das Bild von einer unruhigen Generation durch kleine aktive Gruppen bestimmt wurde. Aber der nachwachsenden Generation ist doch mindestens das eine gemeinsam, daß sie alles bevorzugt, was neu und zukunftsträchtig klingt. Und dabei geben die aktiven Minderheiten den Ton an. Was sie akzeptieren, wird zumindest diskutiert, was sie ablehnen, verfällt leicht dem allgemeinen Verdikt der Jugendlichen. Jugend und Jugendlichkeit ist von manchen Politikern als dekoratives Element erkannt worden. Unser Versuch, die Zustimmung der Jugend zu finden, muß ehrlich sein. Ich bin überzeugt, daß diese Jugend nicht auf modische Weise verführt werden will, ja, ich glaube, daß sie im Grund auf der Suche ist nach einer Autorität, die sie anerkennen kann.

Nur wenige Jugendliche und noch längst nicht alle in den aktiven Gruppen sind intellektuell geschult und empfindsam. Aber die Intellektuellen und ihre Wertungen bilden doch eine Art Leitwährung für die beweglichen Teile unserer Gesellschaft. Unser Verhältnis zum Geist, besonders in der Ausprägung der Intellektuellen, ist insofern ein Schlüsselproblem für manches, was sich uns auf direkte Weise kaum neu öffnen wird. Es ist immer leicht, die Schuld für ein mißratenes Verhältnis der anderen Seite zuzuschieben, Blechtrommler verführen dazu, und manche Zumutung aus der intellektuellen Sphäre drängt sich als Vorwand auf. Ich meine, es ist an der Zeit, daß wir zuerst uns selbst fragen, was wir dazu beigetragen haben, daß sich dieser moderne Geist uns und auch diesem Staat weithin versagt. Kunst und Kultur werden in unserem Lande gefördert wie kaum irgendwo. Wir haben der künstlerischen Entfaltung einen Freiheitsraum ohnegleichen geöffnet. Aber das alles hat den Graben nicht zuschütten können, der bald nach dem Kriege auf einmal sichtbar wurde. Hier müssen wir Wandel schaffen. Die Fronten müssen im Innern abgebaut werden. Wir müssen bereit sein, die Risiken der modernen geistigen Existenz zunächst menschlich mitzu-

erleben und dann politisch mitbedenken. Vielleicht wird uns dann eine Verständigung mit den Intellektuellen möglich, vielleicht auch nur einiges mehr an gegenseitigem Sich-verstehen und Sich-respektieren. Aber auch das wäre schon einiges.

Auch mit der Presse haben wir es uns zu leicht gemacht. Ich lese täglich viele Zeitungen und komme auch ab und zu zum Fernsehen. Ich weiß, daß die CDU im Wahlkampf und schon zuvor oft einseitig negativ behandelt worden ist; ich weiß auch, daß wir uns diesmal mehr als je gegen die veröffentlichte Meinung durchsetzen mußten. Aber was nützt es eigentlich, nach allen Seiten hin gegen Presse und Rundfunk auszuschlagen? Wir werden weder die Presse, noch den Rundfunk, noch das Fernsehen zu uns heranprügeln; die Kluft wird dadurch nur größer. Wir müssen alles wieder einmal nüchtern bedenken: Presse und Rundfunk haben eine kritische Funktion; ohne sie ist Demokratie nicht möglich. Und es versteht sich eigentlich von selbst, daß sich diese kritische Funktion mehr auf die konzentriert, die an der Macht sind – wir haben das 20 Jahre lang erfahren –, als auf jene, die um sie kämpfen. Ich bin überzeugt, daß das auch in Zukunft gilt, daß nunmehr nicht etwa in Deutschland die Hofberichterstattung ausbricht. Meine Freunde, Publizisten müssen nicht unbedingt Intellektuelle sein; aber sie sind ihnen im allgemeinen mit Sympathien und vom Beruf her verbunden. Auch das müssen wir mitbedenken. Ich sage das alles nur deswegen, weil, wo von Reformen die Rede sein soll, in erster Linie davon gesprochen werden muß, was wir ändern, was wir verbessern, was wir reformieren können. Wir müssen uns mehr Zeit für die Presse nehmen. Wir müssen diese Presse nicht nur mehr informieren; wir müssen mehr mit den Journalisten reden und auch mehr darauf hören, was sie sagen. Denn die Journalisten haben nun einmal ein gutes Organ für die Entwicklung der Meinungen im Volk, und sie haben auch einen beachtlichen Sachverstand. Und beides ist nützlich. Sagen wir es offen: hier sind die Sozialdemokraten einfach geschickter und fleißiger gewesen als wir.

Im übrigen würde manches, was uns ärgert, nicht in der Presse stehen, wenn es von uns nicht gesagt würde; ich meine jene häufig nicht qualifizierbaren Bemerkungen über Kollegen, denen wir in gemeinsamer Verantwortung verbunden sein sollten. Die Presse kann uns nicht solidarischer darstellen, als wir sind. Tun wir zunächst einmal das Unsrige; ich bin überzeugt, daß wir dann auch ein bereitwilliges Echo bekommen werden.

Meine Freunde, ich habe heute schon mehrfach auf das Berliner Programm verwiesen. Viele von Ihnen sind vor einem Jahr dabei gewesen; Sie werden sich erinnern, mit welchem neuen Selbstbewußtsein und mit welchem Gefühl, auf dem richtigen Wege zu sein, wir damals auseinander gingen. Die „Frankfurter Allgemeine" hat von einer Sternstunde der Demokratie gesprochen, und Franz Amrehn sagte in seinem Schlußwort, dieser Parteitag sei sich in seinen Beratungen der politischen und geistigen Kraft seiner Delegierten und Mitglieder neu bewußt geworden; aus diesem Bewußtsein seiner Kraft habe er sich auch seine Ziele neu gesetzt. Aber ich habe die Stimmen auch noch im Ohr, die von diesem Weg zunächst nichts erwarteten, die gewarnt haben, weil sie der Partei in der Basis – fast möchte ich sagen traditionell – wenig zutrauten. Wir haben bei der Vorbereitung des Berliner Programms, bei seiner Beratung in den Kreis-

verbänden und dann in Berlin erfahren, daß unsere Partei im ganzen auf dem Wege ist weg von dem Bild, das noch immer von ihr entworfen wird. Diesen Weg müssen wir weitergehen, dann wird sich auch das Bild ändern, das heute immer wieder in der Öffentlichkeit herumgeistert und das ja auch heute noch eine Seite unserer Wirklichkeit widerspiegelt. Was unter diesem neuen Weg zu verstehen ist, das habe ich schon in Berlin gesagt, das gilt auch heute noch: In Zukunft muß bei uns die Basis der Partei ihr Wort kräftiger zu Gehör bringen. Wir müssen systematisch alles aufgreifen, was im Volk an Problemen aufbricht. Die Union muß porös sein für die Sorgen der Bevölkerung. Führung, die anerkannt sein will, Führung, die es auf Entscheidung ankommen lassen will, muß vom Vertrauen getragen sein, und dafür müssen wir neue Modelle der Bewährung schaffen. Die Partei muß zur ständigen Diskussion politischer Themen aufgerufen werden. Was ich heute mit allem Freimut über die Chancen und Probleme unserer Partei gesagt habe, das stand uns allen – mehr oder weniger bewußt – schon vor Augen, als wir uns daran machten, dieses Berliner Programm vorzubereiten. Meine Freunde, mit diesem Programm ist die Partei tiefgreifender durchlüftet worden als je zuvor.

Der Berliner Parteitag war noch kein Bestandteil des Wahlkampfes, er sollte aber helfen, der Öffentlichkeit die Union der Zukunft zu präsentieren.

Der Plan war dann, und so war es in Berlin auch ausgesprochen worden, mit einer Mitgliederwerbeaktion die Bewegung, die in die Partei gekommen war, bis in den Wahlkampf hinein lebendig und sichtbar zu halten; denn so, wie wir nach Berlin dastanden, hätten wir sicher auch die Jugend und die mobilen Gesellschaftsschichten besser ansprechen können. Vielleicht war die Partei mit diesem Plan tatsächlich überfordert. Wir alle sind ja nicht nur Parteimitglieder; wir haben tagtäglich auch noch anderes zu tun. Jedenfalls ist diese Mitgliederwerbeaktion in mehreren Landesverbänden überhaupt nicht ernsthaft und ohne besonderen Schwung angefaßt worden. Wir haben heute zwar 14 000 neue Mitglieder mehr, aber der eigentlich geplante Effekt, das Durchtragen des Berliner Elans bis zum Wahlkampf wurde nicht erreicht. Meine Freunde, dies ist ein Punkt, an dem die Frage nach der Reform zur Frage nach der Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit wird. Ich sage Ihnen auch das: Es ist leicht, Reformen zu fordern und die Arbeit von anderen zu erwarten. In diesem Wahlkampf ist hart gearbeitet worden. Ich möchte an dieser Stelle denen, die weder Mühe noch Zeit noch Opfer gescheut haben, um unserer Sache zum Sieg zu verhelfen, herzlich danken. Und hier möchte ich und muß ich einem unserer Freunde einen besonderen Dank aussprechen, der in der Vorbereitung und in der Durchführung des Wahlkampfes für die Öffentlichkeit wenig sichtbar ein Übermaß an Arbeit geleistet hat – unserem Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske.

Aber, meine Freunde, der Wahlkampf hat gelegentlich auch Lücken und Schwächen gezeigt, über die wir hier im einzelnen nicht zu sprechen brauchen. Aber diese Lücken zu schließen und die Schwächen zu beseitigen, gehört auch zur gebotenen Reform. Wir werden unsere Wahlanalyse allen Kreisverbänden zustellen; sie muß in jedem Kreisverband kritisch diskutiert und nach den örtlichen Erfahrungen ergänzt werden. Dazu gehört dann auch, daß wir von jedem Kreisverband erfahren, welche Fehler, Lücken und Schwächen der Wahlkampf offen-

bar gemacht hat. Die Last dieses Wahlkampfes lag auf den Schultern von zu wenigen, die dann bis an die Grenzen ihrer Kraft strapaziert wurden. Meine Freunde, wer bei uns Mitglied ist, der muß auch mit anpacken wollen; denn sonst wären die Karteileichen der früheren Jahre, die wir endlich abgeschafft haben, nur durch Kontoleichen von heute abgelöst worden.

Sichtbarer Ausdruck der Wandlungen, die in unserer Partei begonnen haben, sind die Parteitage. Viele unter Ihnen werden sich mit mir daran erinnern, wie es früher einmal zuging: Zwei Tage lang wurden Reden gehalten, von allen, die glaubten, von Amts wegen ein Anrecht darauf zu haben. Es gab geradezu so etwas wie einen Sprechadel in unserer Partei, während die gewöhnlichen Delegierten das oberste Zuhörergremium der CDU bildeten. Diese Gestaltung der Parteitage entsprach damals durchaus dem, wie die CDU sich selbst sah und wollte. Sie war der Kanzlerpartei jener Jahre angemessen. Das hat sich nun langsam geändert. Braunschweig brachte dann die Wendung, die keineswegs allen paßte. Berlin aber, mit dem hohen Niveau der Debatten und der sachlichen Leidenschaft seines Stils, hat diese Wandlung vom Rede-Parteitag zum Diskussions-Parteitag endgültig durchgesetzt.

Meine Freunde, die CDU war schon in der Großen Koalition keine Kanzlerpartei mehr wie unter Adenauer. Bundeskanzler Kiesinger hat in Berlin darauf schon hingewiesen, daß es ihm als Kanzler der Großen Koalition nicht mehr möglich sei, genau so wie Konrad Adenauer an der Spitze der Union laufend große Schlachten zu schlagen. Die Lage war anders und das Klima war anders, im Lande und in der Partei. Ich halte diese Entwicklung für gut. Wir wollen das sein, als was wir uns zum erstenmal in Berlin vorgestellt haben, die Partei der Mitglieder.

Die Politik der Union darf in Zukunft nicht mehr ohne die Mitglieder und ohne ihre Repräsentanten gemacht werden – sozusagen über ihre Köpfe hinweg. Meine Freunde, jahrelang wurde die Politik der Partei im Bundeskanzleramt und dann noch in der Fraktion konzipiert und auch entschieden. Präsidium und Vorstand waren daran im allgemeinen wenig beteiligt. Wenn man heute rückblickend die Protokolle der Vorstands- und Präsidiumssitzungen durchblättert, dann kann man nur feststellen, daß sich von den Problemen, Sorgen und Nöten der Zeit nur widerspiegelt, daß die Entscheidungen im nachhinein bestätigt wurden. Die Partei war lange Zeit nicht der Ort, an dem um die politischen Lösungen gerungen wurde; sie hatte lediglich, was entschieden war, sozusagen zu ratifizieren und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Ich kann das so offen sagen, weil ich weiß, daß alle, die in Parteiführungsgremien sitzen, seit langem ähnlich denken und empfinden. Es wird Zeit, daß die Partei vom Kopf auf die Füße gestellt wird.

Sie muß sich endlich daran gewöhnen, eigene politische Handlungsstrategien zu entwickeln und sich langfristig nach ihnen zu richten. Parteiarbeit, das hat uns Wehner vorexerziert, muß in Jahrzehnten rechnen können, muß über lange Strecken hinweg unbeirrbar an einem Konzept festhalten, auch wenn es zwischendurch einmal nicht bequem sein sollte oder zu Rückschlägen führt. Unser Weg ist der des Berliner Programms, genauer der Weg seiner ständigen Er-

neuerung durch die ganze Partei und die Erneuerung der Partei durch ihre unablässige Beteiligung an Entscheidungen und Sachdiskussionen.

Um unser Konzept zu konkretisieren, müssen wir zweierlei wissen: einmal, welche Entwicklung die politische Einstellung der Bevölkerung nehmen wird. Wir müssen ständig fragen, welches Gewicht das sehr tief motivierte Sicherheitsbedürfnis behalten wird und wohin die Erwartungen auf den Fortschritt zielen. Das heißt, wir müssen wissen, wie wir mit einem Konzept des realistischen Fortschritts, wie ich es einmal nennen möchte, das Bild der Zuverlässigkeit erhalten und das des Fortschritts dazugewinnen. Wo liegen die Möglichkeiten für die Entwicklung unseres Parteiprofils? Das ist Frage Nummer eins. Die zweite Frage wäre, ob wir tatsächlich auf ein Zweiparteiensystem hinsteuern, wie es das Wahlergebnis nahegelegt oder ob wir auch in Zukunft in einem Mehrparteienfeld arbeiten müssen. Je nachdem, wie die Antwort lautet, wird unsere Strategie und Taktik verschieden bestimmt werden müssen.

Zunächst müssen wir jedenfalls zwei Ziele im Auge behalten. Kurzfristig geht es darum, die derzeitige Bonner Koalition durch eine Regierung abzulösen, die eine zuverlässige parlamentarische Mehrheit hat. Diese Aufgabe müssen wir nicht ausschließlich, aber in erster Linie der Bundestagsfraktion überlassen, und ich meine, sie liegt dort bei Rainer Barzel in den besten Händen. Das andere Ziel aber ist es, unserer Partei eine Mehrheit der öffentlichen Meinung und der Wählerschaft zu sichern. Das muß über die Landtagswahlen des nächsten Jahres sichtbar gemacht werden. Das können wir nur in gemeinsamer Arbeit erreichen, in einer Gemeinsamkeit allerdings, die ebenfalls auch neue Maßstäbe erfordert; dazu wird immer gehören, mehr Solidarität und mehr Loyalität. Das setzt auch voraus, daß man die Partei nicht als Sprungbrett betrachtet, das man mit den Füßen treten muß, um hochzukommen, das setzt voraus, daß wir unsere Partei als unser notwendiges politisches Medium sehen, in das wir eingebettet bleiben müssen.

Wir sollten uns nicht selbst in alle möglichen Funktionen auseinanderdividieren, nicht in soziale, nicht in wirtschaftliche und nicht in kritische – nicht in solche, die kritisieren und solche, die kritisiert werden. Es gibt keine vernünftige Gesellschafts- und Sozialpolitik ohne wirtschaftspolitischen Verstand, und es gibt keine vernünftige Wirtschaftspolitik ohne soziales Gewissen. Und es gibt auch keine vernünftige Kritik, die immer nur die anderen meint.

Meine Freunde, auch der Apparat der Partei muß neu organisiert, ergänzt und gestrafft werden. Das wird für diese und jene Institution auch bedeuten, daß sie ihr Eigenleben auf konstruktive Weise in den Kontext der Partei einordnen muß. Es geht nicht länger, daß der eine Flügel „hü" ruft, wenn der andere „hott" gesagt hat. Ich will Ihnen meine Meinung ganz offen sagen: gehobene Imagequalitäten für eine Partei sind ohne eine gewisse Disziplin nicht zu erwerben. Ein solcher Satz mag in den Ohren mancher Leute nicht nach Reform klingen; aber ich versichere Ihnen: für unsere Partei gehört auch das zur Reform.

Die nächste politische Aufgabe wird es sein, fortlaufend ein Alternativkonzept zu den Plänen der Regierung Brandt-Scheel zu entwickeln. Wir können uns dabei weitgehend auf das Wahlprogramm stützen, das das sachliche **Rückgrat** unseres Wahlkampfes bildete. Es ist in Millionenauflage verteilt und durch

unsere Redner vorgetragen worden. Schon deshalb können wir uns jetzt mit Aussicht auf Erfolg darauf stützen. Die politische Konzeption, die wir jetzt laufend dem linken Regierungsbündnis entgegenstellen müssen, muß allerdings, zumindest in den entscheidenden Punkten, auf der Grundlage unserer Programme in der Diskussion der Partei ausgeformt werden. Das ist eine Arbeit, die wir laufend zu leisten haben. Aber diese Arbeit wird von unserer Partei eben nicht nur etwas verlangen, sie wird unsere Partei auch im Sinne jenes notwendigen ständigen Reformierens weiter gestalten. Ich sage noch einmal:

Reformieren heißt immer auch und in erster Linie arbeiten.

Wir dürfen dann, wenn wir uns an unsere Planungen machen, auf keinen Fall vergessen, daß wir nicht eine Regierungspartei im Wartestand sind, sondern die leibhaftige Opposition.

Insofern bleiben alle Reformkonzepte lediglich gut gemeint, die unsere derzeitige Rolle nur als mißliche Episode ansehen. Wir müssen unser Sachprogramm präsentieren, wenn wir das Erscheinungsbild unserer Partei neu strukturieren wollen. Aber täuschen wir uns nicht, es ist nicht mehr, oder jedenfalls nicht mehr in erster Linie unsere Sache, die bundesstaatliche Ordnung zu ändern, Verwaltungsreform zu betreiben oder der Wirtschaftspolitik ihre Gestalt zu geben. Wir würden die Ohnmacht unserer Kräfte geradezu heraufbeschwören, wenn wir das nicht berücksichtigten. Die Erfahrungen von Oppositionsparteien bei uns und in anderen Ländern liegen uns als Studienmaterial vor. Sie deuten zumindest folgende Regeln an:

1. Die Regierung setzt die Daten und bestimmt weitgehend die Themen; die sachliche Entwicklung der Opposition hängt damit auch von der Regierung ab, also, um es unverschlüsselt zu sagen: unsere Entwicklung auch von jener der SPD, sicher so stark wie umgekehrt.

2. Oppositionsparteien sind in der Regel gezwungen, sich in den großen Entscheidungsvorgängen langfristig den Regierungsparteien anzupassen. Die Regierung besitzt offensichtlich a priori eine größere Glaubwürdigkeit als die Opposition. Das beschränkt den Radius unserer Aktionen oder jedenfalls deren Erfolg. Aber da gibt es natürlich auch Grenzen, die nicht überschritten werden können.

3. Die Bundeskanzler haben sich bislang immer an die Spitze der Popularitätsskala gesetzt und ihre oppositionellen Gegenspieler übertrumpfen können. Ob das auch Brandt gelingt, nun, wir werden sehen.

4. Eine Opposition, die auf jede Wählerstimme angewiesen ist, kann weniger *sachliche und personelle Experimente unternehmen als eine Regierungspartei.*

Wir werden sehen müssen, ob es uns gelingt, die eine oder andere dieser Erfahrungsregeln außer Kraft zu setzen. Aber wir sind gut beraten, wenn wir sie zunächst einmal in unsere Kalkulation miteinbeziehen. Wir laufen sonst Gefahr, eine Strategie zu machen, ohne das Terrain zu berücksichtigen. Eine Weile kann die Partei noch von ihren Regierungserfahrungen zehren und die Regierung gelegentlich auch ihre Rücklichter sehen lassen, wie es unserer

Fraktion im Bundestag jetzt schon mehrfach gelungen ist. Auf lange Sicht dürfte der Regierungsapparat jedoch seine Routine ausspielen können. Aber das braucht uns nicht zu schrecken, wenn wir wirklich die Rolle der Opposition ernst nehmen, solange sie uns zufällt, und uns nicht als Regierung ohne Ministerien versuchen.

Meine Freunde, eine Aufgabe, der wir erneut verstärkte Aufmerksamkeit widmen müssen, ist die Kommunalpolitik. Ich gratuliere unseren Freunden in Nordrhein-Westfalen zu dem Ergebnis, das sie unter schwierigen Bedingungen und bei einer geringen Wahlbeteiligung erzielen konnten. Ich gratuliere unserem Freund Lenz, dem Vorsitzenden des Landespräsidiums von Nordrhein-Westfalen, zu diesem seinem Erfolg. Und ich gratuliere dann noch einem, weil er seit Jahren beispielhaft und mit beispielhaftem Erfolg gezeigt hat, wie moderne Kommunalpolitik aussehen muß – ich meine unseren Freund Rinsche, den Oberbürgermeister von Hamm. Wir werden dafür sorgen, daß die Arbeit, die in Hamm und anderswo geleistet wurde, als Modell zur Anregung den anderen Kommunalfraktionen bekannt gemacht wird. Darüber hinaus werden wir ein Kommunalpolitisches Institut schaffen, das unseren Kommunalfraktionen beratend und für die Bildungsarbeit zur Verfügung stehen soll.

Meine Freunde, wenn wir die Basis in den Städten nicht zurückgewinnen, wird uns der Erfolg in den Ländern und im Bund auf die Dauer nicht treu bleiben können. Wir müssen vor allem unser kommunalpolitisches Wollen auf die konkreten Situationen hin laufend in konkreten Vorschlägen und Plänen verdeutlichen. Dabei stellen uns die Großstädte und die Mittelstädte, die Kleinstädte und das Dorf je ihre eigenen Probleme, durch die sich wie ein roter Faden die Urbanisierung der menschlichen Lebensweise zieht. Wir müssen auch unsere bildungspolitische Diskussion fortsetzen. Aber diese Diskussion verfehlt natürlich ihren letzten Sinn, wenn wir uns zwar wie bisher nach monatelanger Arbeit auf ein Programm einigen und unsere Freunde in den einen Ländern danach durch die Presse erfahren, welch neue Wege unsere Freunde in anderen Ländern zu gehen gedenken.

Und ein Letztes: Vieles, was getan werden muß, läuft unter dem Stichwort „Reform". Ob man das so oder anders nennt, ist nicht wichtig. Entscheidend ist, daß gearbeitet wird. Entscheidend ist die Mobilmachung der Union im ganzen, und da ist jeder von uns gefordert.

Präsident Dr. Kohl: Meine Damen und Herren, ich darf unserem Freund Bruno Heck, unserem Generalsekretär, für diesen sehr intensiven Bericht und diese Ansprache an uns alle sehr herzlich auch in ihrem Namen danken. Ich verbinde auch hier noch einmal mit diesem Wort des Dankes unseren Dank dafür, daß Bruno Heck in dieser zurückliegenden Zeit dies in der CDU so ungewöhnlich schwierige Amt des Generalsekretärs mit Bravour getragen hat. Er hat unserer Partei heute hier in der ihm eigenen nüchternen und manchmal hart zupackenden Art einen Spiegel vorgehalten, und es wird an uns liegen, heute auf diesem Parteitag, auf dem Parteitag, den unser Freund Kiesinger ankündigte als Fortsetzung des Berliner Parteitages im Jahre 1970, und in der praktischen Arbeit draußen im Lande das zu realisieren, was hier angekündigt wurde. Es genügt nicht für die Partei, daß der Generalsekretär hier sehr

präzise Schwächen und Stärken aufweist und nachweist. Es liegt an jedem von uns, und jeder von uns ist an seinem Platz dafür mitverantwortlich, daß wir das, was zu verbessern ist, auch tatsächlich verbessern. Jedenfalls noch einmal, lieber Bruno Heck, sehr, sehr herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ich rufe damit auf Punkt 10 der Tagesordnung. Wir eröffnen die Aussprache. Wir wir heute früh bereits festgelegt haben, werden wir pünktlich um 13.00 Uhr zwischen 13.00 und 15.00 Uhr in die Mittagspause eintreten. Die Mittagspause wird ebenfalls pünktlich um 15.00 Uhr beendet sein und die Aussprache fortgesetzt. Es haben sich jetzt etwa über 20 Diskussionsteilnehmer bereits gemeldet. Ich glaube, angesichts der Breite der Themen ist es nahezu nicht möglich, hier nach einzelnen Themen die Debatte zu lenken, da die Dinge häufig ineinander übergreifen. Ich schlage vor, daß wir jetzt die Debatte eröffnen und daß wir auch nicht zu Beginn der Debatte bereits eine Redezeitbegrenzung verhängen, die ja nach unserer Geschäftsordnung möglich ist, sondern daß wir an jeden Diskussionsteilnehmer den herzlichen Appell richten, daß er seinen Beitrag durch ein konzentriertes Vortragen seines Wollens strafft, damit diese Debatte möglichst lebendig ist. Zu einer lebendigen Debatte gehört, daß hier einer spricht und daß möglichst viele im Saal zuhören.

Deswegen schlage ich vor, meine Damen und Herren, trotz der Schwierigkeiten, die dieser Saal akustisch bietet – und es ist nicht ein Problem unserer Freunde aus der Geschäftsstelle, daß diese Frage nicht so bewältigt werden konnte, wie es in allen Teilen des Saales befriedigend sein müßte. Es ist eine Frage der Akustik dieses Saales – deswegen schlage ich vor, daß Sie hier in der Tat zuhören. Diejenigen, die unbedingt glauben, daß es vor dem Wahlgang morgen noch wichtig ist, dies oder jenes Gespräch zu führen, diese oder jene Absprache zu treffen, haben eine gute Gelegenheit außerhalb dieses Saales in den vielen Gängen dieses Hauses diese Absprachen zu treffen. Ob es viel nützt, ist ohnedies eine Frage. Meine Damen und Herren, deswegen mein herzlicher Wunsch, daß wir konzentriert diskutieren und daß Sie es dem Präsidium heute mittag und morgen hier leicht machen.

Ich rufe jetzt auf, unseren Freund Dr. Manfred Schäfer vom Landesverband Saar, dann den Bundesvorsitzenden der Jungen Union Herrn Echternach, Landesverband Hamburg, dann unseren Freund Ministerpräsident Filbinger, Landesverband Südbaden. In dieser Reihenfolge wollen wir die Debatte eröffnen. Herr Schäfer, Sie haben das Wort.

Dr. Schäfer: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich wollte mir im Zusammenhang mit den Ausführungen, die die beiden Vorredner so hervorragend gemacht haben, einige Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik gestatten. Zwar bieten diese Ausführungen keinen unmittelbaren Einstieg in dieses Thema und ich würde meinen, es war damit so ähnlich, wie mit der Politik in den letzten Monaten, daß nämlich die Wirtschaftspolitik etwas zu kurz gekommen ist. Eine Partei, die 20 Jahre von ihrer Wirtschaftspolitik gelebt hat, sollte nicht in den Fehler verfallen, weiter nur von dieser Substanz leben zu wollen. Die wirtschaftspolitische Entwicklung, meine Damen und Herren, verträgt keine Entwicklungspause. Das hat der letzte Wahlkampf, glaube ich,

deutlich gemacht. Man muß damit rechnen, daß die Bevölkerung diesen Fragen von Tag zu Tag aufgeklärter, von Tag zu Tag wißbegieriger und von Tag zu Tag interessierter ist. Nun ist es nicht meine Absicht, in die Vergangenheit einzusteigen und etwa die letzten Monate kritisch auf die Maßnahmen und Vorschläge zur Wirtschaftspolitik zu untersuchen, aber ich meine, die CDU brauchte einige wirtschaftspolitische Impulse.

Wir sollten dabei ganz klar aussprechen, was die wirtschaftspolitische Aktivität in den letzten beiden Jahren sehr gehemmt hat. Wir sollten auch klarstellen, daß inzwischen die Zeit der Profilneurosen vorüber ist. Ich würde meinen, Profil sei wieder gefragt. Gott sei Dank, kann man dazu eigentlich nur sagen. Meine Damen und Herren, das gibt endlich Raum für wirtschaftspolitische Vorstellungen. Sie müssen nicht unbedingt aus der Vergangenheit abgeleitet sein. Aber lassen Sie mich dieses Thema Vergangenheit mit einer einzigen Bitte abtun, mit der Bitte an unseren Vorsitzenden: Verehrter Herr Bundeskanzler Kiesinger, spätestens, wenn Sie ihre nächste Amtszeit als Bundeskanzler antreten, streichen Sie bitte aus Ihren Vorstellungen, Ihren Programmen alle Sätze, die mit folgenden Worten anfangen: Solange ich Bundeskanzler dieser Regierung bin ... Sie haben es nicht nur sich selbst, sondern allen schwergemacht, die Ihre Auffassung zu verteidigen versucht haben. Nicht alles, was in Zusammenhang mit diesen Ausführungen steht, will ich hier kritisieren, obwohl wir gelegentlich sachlich anderer Meinung waren. Ich weiß, daß dafür gute ehrenwerte Motive maßgebend waren. Aber nun zur Gegenwart bzw. zur Zukunft, darf ich das mit einigen organisatorischen Bemerkungen einleiten.

Dieser Wahlkampf, seine Vorbereitung, seine Durchführung und das, was wir zur Zeit noch erleben, macht deutlich, daß die CDU offenbar kein Geschick dafür hat oder jedenfalls hatte, das in ihren eigenen Organisationen, in ihren Ausschüssen, in ihren Vereinigungen vorhandene wirtschaftspolitische und wenn Sie wollen auch politische Potential auszuschöpfen und aus der CDU zu übernehmen, was sie der Führung anbietet.

Meine Damen und Herren, insbesondere die Damen und Herren des künftigen Präsidiums: In der CDU gibt es auch heute noch Leute, Mitglieder, Freunde, die am Wochenende, einen Samstag und einen Sonntag, irgendwo in der Bundesrepublik verbringen, um Grundsatzdiskussionen um ein Parteiprogramm zu führen, um Formulierungsvorschläge zu machen, um Zukunftsperspektiven zu erörtern, um Ratschläge zu geben, um Vermerke zu verfassen. Meine Damen und Herren, daß diese Organisationen und Ausschüsse im wesentlichen bisher von der Initiative ihrer Vorstände gelebt haben, finde ich nicht so ganz in Ordnung. Und wenn Sie dann erleben mußten, daß es wirklich einmal um eine schwerwiegende Frage ging, und wenn Sie erleben mußten, daß diese Gremien in Zusammenhang mit der Diskussion bestimmter Fragen nicht oder nicht ausreichend gehört worden sind, würde ich meinen, dann fördert das die Initiative und die Arbeitsfreudigkeit dieser Ausschüsse keineswegs. Es hat nicht jeder die Möglichkeit, sich selber Gehör zu verschaffen, wenn Not am Mann ist. Aber es gibt sehr viele, die bereit sind zur Mitarbeit, vorausgesetzt, sie werden gehört und man gibt ihnen eine Chance.

Vorausgesetzt also, es wird uns gelingen, auf diese Art und Weise die Aktivität, die Tätigkeit, die Arbeit in der CDU selbst zu forcieren und rationaler zu

gestalten, würde ich meinen, bietet sich auch für die zukünftige wirtschaftspolitische Diskussion eine ganze Reihe von konkreten Ansatzpunkten, die es wert wären, kurz aufgerissen zu werden. Verlangen Sie bitte von mir derzeit kein wirtschaftspolitisches Programm. Daran wird gearbeitet, und es wird in absehbarer Zeit vorliegen. Aber sollten wir uns nicht noch mit einigen Sätzen, mit einigen Skizzen deutlich machen, daß diese Wirtschaftspolitik genügend eigenen Auslauf hat, daß es wirtschaftspolitische Positionen gibt, die, gleich aus welchen Gründen, immer von der derzeitigen Regierungspartei SPD nicht besetzt sind. Und daß es Zeit ist, daß man sich ihrer annimmt.

Es ist auch heute noch möglich, ein wirtschaftspolitisches Programm zu formulieren, ohne Formulierungen zu gebrauchen, die der derzeitige Wirtschaftsminister ständig im Munde führt. Lassen Sie mich dafür einige wenige Beispiele anführen: Zu einem kurzfristigen wirtschaftspolitischen Programm muß ich schlicht und einfach feststellen, daß sich die CDU als Opposition besonders dem Problem der Preisstabilität annehmen muß. Denn wir stehen vor einer Phase der Entwicklung, in der die Preisstabilität außerordentlich gefährdet ist. Sie alle wissen, meine Damen und Herren, aus eigener Erfahrung, daß wir in einer Konjunkturphase leben, in der die Nachfrage bei weitem die Möglichkeiten des Produktionspotentials überschreitet. Nichtdämpfung der Nachfrage alleine, etwa dirigistische Maßnahmen alleine, auch nicht Aufwertung alleine, meine Damen und Herren, wird uns bewahren vor einer Preiswelle. Aber sie wird um so milder ausfallen, je mehr es uns gelingt, in der kurzfristigen Politik die Produktivität, die Effizienz, die Leistungsfähigkeit unseres Produktionsapparates zu erhöhen. Wir brauchen eine hohe Rate an Produktivität, weil es uns sonst nicht gelingen wird, eine Preiswelle zu vermeiden. Darauf ausgerichtet müßte die kurzfristig angelegte Wirtschaftspolitik sein. Daß in diesem Zusammenhang, gerade im Zusammenhang mit der Preisstabilität eine besondere Aufgabe der Fiskalpolitik zukommt, die nämlich mit dafür zu sorgen hat, daß diese Übernachfrage sich nicht weiter steigert, keine exzessiven Formen annimmt. Das ist verständlich, und insoweit, meine Damen und Herren, ist der erste faux pas schon da. Wie kann man in dieser Situation, in der Preisstabilität ganz groß geschrieben wird, als erstes in seinem Regierungsprogramm Steuererleichterungen versprechen, meine Damen und Herren? Das scheint mir nicht hinreichend synchronisiert zu sein mit einer ganzen Reihe anderer wirtschaftspolitischer Vorstellungen. Das scheint mir nicht so ganz bis ans Ende gedacht zu sein und impliziert die Gefahr, daß die Auswirkungen nicht wieder zurückgenommen werden können.

Nun gibt es bereits Stimmen aus der SPD, die das bedauern. Es gibt auch Überlegungen, ob man das nicht ein bißchen bremsen oder doch vielleicht stufenweise machen könne, was man da angekündigt hat. Dies macht deutlich, meine Damen und Herren, daß wir als Opposition noch etwas zur Gestaltung eines solchen Programms beitragen können.

Ein anderes Thema wird uns mehr und mehr beschäftigen müssen, nachdem wir nun, ob gewollt oder nicht, provoziert oder nicht, prognostiziert oder nicht, jetzt eine außenwirtschaftliche Absicherung haben, nämlich, daß die Geldpolitik wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik tritt. Wir werden uns die

Geldpolitik darauf ansehen müssen, ob sie in der Lage ist, ob sie noch in der Lage ist, dem hohen Anspruch einer frei variierbaren, einer freibeweglichen Konjunkturpolitik zu entsprechen. Das wird untersucht werden müssen, dieses Geld- und Kreditsystem, und ich würde sagen, bevor diese Untersuchungen abgeschlossen sind, sollte man sich auch nicht zu diesem oder einem neuen Charakter unseres Geld- und Kreditsystems äußern. Aber daß es problematischer wird und daß es unter die Lupe genommen werden muß, glaube ich, ist inzwischen selbstverständlich geworden.

Lassen Sie mich mit einigen Sätzen auf ein mittel- und langfristiges Programm zu sprechen kommen. Meine Damen und Herren, Sie hören von außenwirtschaftlicher Absicherung und Leistungsüberschüssen, Sie hören von Preisstabilitätsgefahren, Sie hören von einer ganzen Reihe akuter Probleme und Fragen, die ungelöst sind. Nur eines hören Sie nicht von der SPD. Lassen Sie uns unsere Aufmerksamkeit auf dieses Phänomen lenken.

Es ist das Phänomen unserer Außenwirtschaftsbeziehungen schlechthin. Die Rezession, die wir hinter uns haben, hat möglicherweise ein besonderes Leistungsvermögen der deutschen Wirtschaft aufgedeckt oder zustande gebracht, durch ein hohes Maß von Rationalisierungen. Wenn das so bleibt, daß dieses Leistungsvermögen sich konstant erhalten und weiterentwickeln läßt, dann wird es einen Wettbewerbsvorsprung unserer Wirtschaft bedeuten, der eine ganze Weile anhalten wird. Und daraus folgt ganz einfach das Problem, daß wir mit Währungsfragen leben müssen. Das Problem hoher Leistungsbilanzüberschüsse bedeutet hoher Kapitalexport. Wenn wir einmal da angelangt sind, werden wir uns Rechenschaft geben müssen, wie unsere Wirtschaftsstruktur in Zukunft aussehen soll. Werden wir ein permanentes Kapitalexportland werden? Werden wir Funktionen übernehmen, wie sie heute etwa die Schweiz ausübt? Werden wir ein Leitwährungsland werden aufgrund dieses hohen Produktivitätsfortschritts? Und wenn wir das werden sollten, werden wir einem solchen Platz überhaupt gerecht werden können? Wie sieht die Struktur unserer Wirtschaft überhaupt aus, nachdem wir durch diese Rezession erfahrener geworden sind, die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Tätigkeit sich wesentlich geändert haben?

Das sind die Probleme der Wirtschaftspolitik und nicht die überflüssigen Fragen, meine Damen und Herren, und nicht die kurzfristigen Fragen, mit denen man im Aufschwung immer Erfolg hat. Das kann gar nicht anders sein. Da kann es nur die Frage sein, wieviel Erfolg man hat mit Tagespolitik. Aber mittel- und langfristige Überlegungen sind das eigentliche wirtschaftspolitische Konzept.

Nun lassen Sie mich ein anderes Thema aufgreifen. Viele von Ihnen werden sagen, wer zwingt ihn eigentlich dazu, das aufzugreifen, aber ich halte das für die CDU für sehr wichtig.

Lassen Sie uns nicht in der Illusion leben, es gäbe ein agrarpolitisches Konzept, das auch nur die Chance in sich birgt, die Probleme der Landwirtschaft in einem übersehbaren Zeitraum zu lösen. Die Frage muß neu und immer wieder neu angepackt werden. Nicht weil sich Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der DM-Aufwertung ergeben haben, sondern weil ganz andere, grund-

sätzliche Probleme aus diesem Bereich nicht konsequent angegangen werden. Ich weiß, daß das ein schwieriges Problem ist, ich weiß, daß es mit Emotionen geladen ist, ich weiß, daß es mit Milliarden beladen ist und beladen sein wird, und eben deswegen, meine Damen und Herren, wird es Zeit, daß wir es noch einmal wieder aufgreifen, und uns nicht mit dem Gedanken trösten, es gäbe mindestens 3 oder 4 konkrete Programme.

Meine Damen und Herren, ein großes Thema im Zusammenhang mit der mittelfristigen und langfristigen Wirtschaftspolitik ist die berühmte Strukturpolitik, von der allenthalben die Rede ist. Jeder versteht etwas anderes darunter. Lassen Sie mich sagen, was ich darunter verstehe. Unter Strukturpolitik verstehe ich eine optimale Wirtschaftsstruktur sowohl regionaler wie sektoraler Art. Oder lassen Sie mich es ganz einfach sagen. Unter Wirtschaftsstruktur, unter Strukturpolitik verstehe ich Wege und Möglichkeiten zu einer Wirtschaftsstruktur allerhöchster Leistungsfähigkeit insgesamt. Und hier finden wir, wenn wir eine neue Wirtschaftspolitik, eine neue Wirtschaftsstruktur anstreben wollen, natürlich sehr schnell ein Kardinalproblem, von dem derzeit nicht die Rede ist. Wir sollten es wieder in die Diskussion bringen, nämlich das Wettbewerbs- bzw. Konzentrationsproblem. Dieses Konzentrationsproblem, das uns viele Monate beschäftigt hat, muß der Regierung ständig vor Augen gehalten werden. Wir wissen als CDU, daß die Probleme der Konzentration da beginnen, wo der Sachzwang, der ihnen zugeschrieben wird, die persönliche und individuelle Freiheit des Konsums beeinträchtigt. Und wir müssen eben an dieser Stelle sagen, was wir von dieser Tagespolitik halten, und daß es für uns noch immer, meine Damen und Herren, kein besseres Konzept gibt, als das der sozialen Marktwirtschaft, weil es für uns keine besseren Triebfedern des wirtschaftlichen Fortschritts als Wettbewerb und Freiheit gibt. Noch immer und solange das so ist, werden wir bei der Marktwirtschaft bleiben.

Nun ist eine ganz andere Frage, daß an der Peripherie dieser Überlegungen und dieser grundsätzlichen Einstellung natürlich darüber diskutiert werden muß, wie und durch wen und durch welchen Apparat diese Politik in die Praxis umgesetzt werden kann. Natürlich kann man darüber reden, daß bestimmte Teile dieser Politik, soweit sie ausführender Art sind, in Zukunft auch Regelmechanismen, um dieses Wort einmal zu gebrauchen, übertragen werden können, aber das Konzept der sozialen Marktwirtschaft kann nur auf diese Art verwirklicht, nie beeinträchtigt, nie ernsthaft tangiert werden.

Ich darf zusammenfassen und noch auf die große Schwierigkeit aufmerksam machen, in die die Europapolitik geraten ist. Auch hier müssen wir uns überlegen, wir wir die ursprünglich begonnene EWG-Konzeption zu Ende bringen können, oder ob diese Konzeption bestimmter Veränderungen bedarf.

Lassen Sie meine Ausführungen beschließen mit der Bemerkung, mit der ich eingeleitet hatte. Die Wirtschaftspolitik verträgt keine Pause, wie der letzte Wahlkampf gezeigt hat. Die wirtschaftlichen Bewegungen werden schließlich und endlich und immer von der Nachfrage bestimmt, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß vom Präsidium der CDU her nach CDU-Wirtschaftspolitik in Zukunft mehr Nachfrage bestehen wird als in der Vergangenheit. Vielen Dank!

Präsident Dr. Kohl: Dankeschön, als nächster in der Reihenfolge Herr Echternach.

Ich darf gleich ankündigen, daß wir damit auch in die Debatte hineinnehmen die Anträge der Gruppe II zur Arbeit der Partei; die können jetzt im Laufe dieser Debatte, wie ich aus den Wortmeldungen entnehmen kann, begründet werden. Herr Echternach hat das Wort.

Jürgen Echternach: Meine Damen und Herren, ich möchte anknüpfen an drei Sätze aus der inhaltsreichen und analysierenden Rede des Generalsekretärs. Der Generalsekretär hat gesagt, die Politik der Union darf in Zukunft nicht mehr ohne die Mitglieder und ohne ihre Repräsentanten gemacht werden, sozusagen über ihre Köpfe hinweg. Ich unterstreiche diesen Satz, insbesondere auch deswegen, weil ich hoffe, daß er nicht nur an die Adresse der Delegierten gerichtet ist, sondern auch an die Adresse der Führung der Partei, und daß auch die Führung unserer Partei sich gebunden fühlt an das Votum der Mitglieder und an das Votum der Parteitage. Wenn beispielsweise der Berliner Parteitag beschlossen hat, daß diese Partei sich einsetzt für ein Bundeskultusministerium, auch wenn dieser Beschluß mit noch so knapper Mehrheit gefaßt ist – dann gilt er auch und erst recht für die Führung der Partei.

Wenn der Parteitag in Braunschweig beschlossen hat, einen Bundesvorstand zu wählen für eine zweijährige Amtsperiode, dann bedeutet das, daß sich dieser Bundesvorstand auch nach zwei Jahren und nicht wie jetzt erst nach $2^1/_2$ Jahren zur Wiederwahl zu stellen hat.

Ich unterstreiche den eben zitierten Satz auch deswegen, weil ich annehme, daß er auch für den verbindlich ist, der ihn gesprochen hat. Herr Dr. Heck, wir haben mit Ihnen in den letzten Wochen eine kritische Diskussion über Äußerungen geführt, die Sie gemacht haben über die künftige Struktur unserer Gesellschaft, über die „Demokratisierung der Gesellschaft", vor der Sie gewarnt haben. Ich möchte an dieser Stelle nicht im einzelnen in die Sachdebatten einsteigen. Denn wir haben uns nicht nur deswegen mit diesen Äußerungen gewarnt und mit ihnen kritisch auseinandergesetzt, weil sie in der Sache für uns nicht akzeptabel sind. Es ist auch bedauerlich gewesen, daß Sie, Herr Dr. Heck, diese Ihre Äußerung nicht als persönliche Auffassung vorgetragen haben, sondern als die Meinung der Union. Das ist um so bedauerlicher, als Sie es ja persönlich gewesen sind, der durch das Berliner Aktionsprogramm einen breiten Willensbildungsprozeß in dieser Partei eingeleitet haben, was wir durchaus dankbar anerkennen.

Aber ich meine, daß das, was für die sachlichen Aussagen des Berliner Aktionsprogrammes galt, daß das genau so gelten muß für den grundsätzlichen Standort unserer Partei, und daß auch gerade in diesen Fragen das Votum der Mitglieder einzuholen ist. Und deswegen meine ich, daß wir auf dem angekündigten Programm-Parteitag im nächsten Jahr uns gerade mit dieser Frage auseinanderzusetzen haben, daß wir sie ausdiskutieren müssen, daß wir darüber in demokratischer Weise entscheiden müssen und ich bitte, daß deswegen gerade diese Frage auf dem nächsten Parteitag der notwendige Raum gegeben wird. Meine Damen und Herren, ich knüpfe an eine zweite Bemerkung an, die der Generalsekretär gemacht hat: Er hat gesagt, um unsere junge Generation

werden wir in den nächsten Jahren besonders ringen müssen. Ich unterstreiche auch diesen Satz, denn auf die Bewegung in der jungen Generation haben wir in der Vergangenheit die richtige Antwort nicht gefunden. Nachdem materielles Wohlstandsdenken jahrelang den Willen der jungen Generation zur gesellschaftlichen und zur politischen Aktivität gelähmt, ja eingeschläfert hat, ist es da nicht erfreulich, daß diese erst apolitische Generation nicht resigniert, sondern eben aufbegehrt? Ist es verwunderlich, daß diese Auflehnung oft in der Negation verharrt, wenn unsere Wahlkämpfe mit inhaltslosen Schlagworten geführt werden, wo doch politische Zielvorstellungen sichtbar werden sollten? Meine Damen und Herren, nach einer Analyse unserer Wahlanzeigen, die an der Hamburger Universität durchgeführt wurde, wurden von uns der Wert „Sicherheit" sechsmal so oft gebraucht wie der Wert „Fortschritt" und „Reform". Und die ganz und gar falsche Schlußfolgerung vieler Jungwähler, die sich aufdrängte, war, daß dann eben die SPD die Partei der Reform sein müßte. Ich weiß als Oppositionsabgeordneter aus Hamburg natürlich sehr genau: Es gibt nichts Reaktionäreres und es gibt nicht Autoritäreres als eine SPD mit absoluter Parlamentsmehrheit.

Aber auf der anderen Seite war das Ergebnis unserer unglücklichen Selbstdarstellung in diesem Wahlkampf betrüblich genug: Noch nie schnitt die CDU bei einer Bundestagswahl bei den Jungwählern so schlecht ab wie diesmal; das zeigen die ersten Ergebnisse aus Köln und aus anderen Großstädten mit betrüblicher Eindringlichkeit. Dieser Entwicklung dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Denn bei der nächsten Bundestagswahl haben wir es nicht nur mit geburtenstärkeren Jungwählerjahrgängen zu tun, sondern bei dieser nächsten Bundestagswahl sehen wir uns wegen der Herabsetzung des Wahlalters mit insgesamt 7 Jungwähler-Jahrgängen konfrontiert. Und deswegen ist es notwendig, daß wir unsere politische Aussage nicht in erster Linie orientieren und ausrichten anhand der demoskopiegetreuen Ermittlung der konservativen Grundströmung unserer Wählerschaft, sondern daß wir sie ausrichten an den kritischen Mittelschichten in den Großstädten und den Jungwählern, die für die politischen Entscheidungen in unserem Lande in Zukunft von immer größerer Bedeutung werden. Diese Partei ist einmal nach 1945 angetreten als die modernste deutsche Partei, als eine Partei ohne ideologische Scheuklappen, ohne historischen Ballast, ohne einseitige soziologische Bindungen. Auch der Berliner Parteitag hat ja bewiesen, daß diese Partei viel moderner, viel beweglicher, viel reformfreudiger, viel dynamischer ist als sie sich im Wahlkampf verkauft hat. Meine Damen und Herren, wer die Führung in der deutschen Politik beansprucht, der hat auch eine Führungsaufgabe gegenüber seiner eigenen Wählerschaft. Das heißt, wir müssen unsere eigenen Wähler überzeugen davon, daß Veränderungen in unserer Gesellschaft und in unserer Politik notwendig sind.

Ich möchte eine dritte Bemerkung unseres Generalsekretärs aufgreifen, der erklärt hat, die Reaktion der Partei auf die Kritik der Jungen Union und des RCDS sei sicher falsch gewesen, als sie diese als eine unliebsame Störung angesehen hat. Dieser Satz kann nur uneingeschränkt unterstrichen werden. Denn wenn die Junge Union sich bemüht, die Stimme dieser nachwachsenden

Generation in der Partei zu artikulieren, um eben den Kontakt zwischen CDU und junger Generation nicht abreißen zu lassen, daß dann, haben Sie bitte auch Verständnis dafür, daß die Haltung dieser Jungen Union nicht mehr die gleiche sein kann wie in den geruhsamen späten 50er oder ersten 60er Jahren. Wenn die Junge Union in der jungen Generation glaubwürdig sein will, dann braucht sie mehr Eigenständigkeit, dann braucht sie auch mehr Freiheit zur Kritik. Ich bitte Sie, dabei auch das notwendige Vertrauen in die Junge Union zu haben, daß sie diese kritische Funktion auch in der Partei letzten Endes im Interesse der Partei ausübt. Und ich kann Ihnen versichern, daß wir bei allem, was wir tun, was wir vorschlagen oder was wir kritisieren, letzten Endes nur handeln werden aus unserer gemeinsamen Verantwortung gegenüber unserer Partei. Vielen Dank.

Präsident Dr. Kohl: Das Wort hat Herr Dr. Filbinger.

Dr. Filbinger: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Der gute Start der CDU als Oppositionspartei in Bonn hat alle diejenigen widerlegt, die uns nachgesagt haben, wir taugten allenfalls als Regierungspartei, die eben die Maßnahmen des Kanzlers und der Regierung mit Zustimmung versieht. Wir könnten aber unter gar keinen Umständen eine wirkungsvolle Opposition durchführen, wir seien noch gar keine Partei, vielleicht könnten wir einmal eine werden. Diese Urteile brauchen uns in gar keiner Weise aufzuregen. Ich habe in so manchem Artikel, den ich gelesen habe – und sicherlich ist es Ihnen nicht viel anders gegangen – den nicht ausgesprochenen, aber um so inbrünstigeren Wunsch verspürt, diese CDU möge nun in eine richtig tiefe Krise hineingeraten, und Sie wissen auch, welche Erwartung an diesen Mainzer Parteitag unter anderem gestellt worden ist: Gerichtstag, also Scherbengericht und Schwächung der Kräfte innerhalb dieser Partei. Meine Damen und Herren, unsere Partei wird ganz gewiß denen, die auf solches reflektieren, diesen Gefallen nicht erweisen.

Das wäre doch genau das, was die Regierungskoalition in Bonn um ihre angeborene Bewegungsenge bringen und sie heraus führen würde in eine größere Manöverierfreiheit. Wir können ihr diesen Gefallen nicht tun. Mit diesem Geburtsfehler muß die Regierungskoalition alleine fertig werden. Der gute Start in Bonn hat aber auch sichtbar gemacht, wieviel erstklassige Kräfte diese Union einzusetzen vermag. Wenn die Öffentlichkeit sieht – und es hängt alleine von uns ab, es sichtbar zu machen –, daß die CDU nicht nur an der Spitze, sondern auch in der Mannschaft der SPD überlegen ist, dann wird ein Handicap ausgeräumt, das in diesem vergangenen Wahlkampf sehr zu unserem Nachteil gewirkt hat. Die Parole muß nun lauten: alle zur Führung geeigneten Kräfte nach vorn; und zwar auf allen 3 Ebenen, im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Es ist nach meiner Feststellung, die sicherlich ganz überwiegend von Ihnen geteilt wird, eine ganz außerordentliche Bereitschaft zur Mitarbeit mit uns vorhanden, die Vorredner haben das ja ebenfalls artikuliert. Es handelt sich dabei keineswegs um ein Strohfeuer, das rasch vorübergeht, es ist ein ganz wertvolles Kapital, das wir nutzen müssen zur Mobilisierung unserer Partei für eine sachbezogene Politik, eine Politik, die vor allem im Innenbereich, im Wirtschafts- und Gesellschaftsbereich auf uns wartet und unsere Konzeptionen notwendig macht.

Meine lieben Parteifreunde, die Linke hat der CDU vorgeworfen, sie habe 20 Jahre innerer Stagnation in Deutschland verschuldet. Demgegenüber stelle ich die Frage: In welcher Epoche, in welchen 2 Jahrzehnten ist mehr bewegt worden, ist mehr Verwandlung geschehen, sind entscheidendere Weichen gestellt worden, als in diesen 20 Jahren, die die CDU an der Führung gesehen haben. Und die CDU hat ja nicht nur die Weichen gestellt, sie hat ihre Politik auch durchgesetzt. Es ist eben ein Grundirrtum der Linken, daß unser Volk keinen sehnlicheren Wunsch habe, als daß dauernd alles verändert werde.

Was ist demgegenüber der wirkliche Wunsch unserer Bürger an die Politiker? Welche Politik wollen Sie in Wirklichkeit haben? Nun, es läßt sich ganz einfach so formulieren; eine Politik, die eine Welt gestaltet, in der ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Und somit muß – auf die einfachste Formel gebracht – unsere Politik dafür sorgen, daß die Welt so aussieht, daß in ihr trotz aller Sachzwänge und aller Gefährdungen ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Wenn eine solche Politik realisiert wird, dann werden wir das Vertrauen der Bevölkerung für diese Politik bekommen. Wir haben die Chance, durch eine solche glaubwürdige Politik, die nach vorne blickt, die aber aus unserer geistigen Grundsubstanz entwickelt ist, auch nachdenkliche und kritische Menschen für uns zu gewinnen. Ich betone, meine Damen und Herren, durch eine vorwärtsgerichtete und zugleich unserem geistigen Erbe verpflichtete Politik vermögen wir Vertrauen zu gewinnen. Dadurch sind wir anderen Parteien überlegen, und das haben ja schließlich die hinter uns liegenden 20 Jahre mit aller Deutlichkeit bewiesen.

Aber lassen Sie mich auch eines dazu sagen: Wir gewinnen die Intellektuellen nicht dadurch, daß wir ihnen nachlaufen, und das entsprechende gilt für die Jugend. Wir gewinnen die Jugend nicht dadurch, daß wir uns im Reformeifer überschlagen. Ich habe dieser Tage einen modernen Politologen sagen hören: „Eine der aufregendsten intellektuellen Entdeckungen der Zukunft wird die Feststellung sein, daß unsere Großväter nicht nur Trottel gewesen sind."

In unserer Zeit werden viele Tabus gebrochen und man ist stolz darauf. Es werden dafür neue Tabus errichtet, und eines dieser modernen Tabus, eine der heiligen Kühe, die wir sorgfältig nähren, heißt Reformen. Wer dieses Tabu bricht, der fällt in Acht und Bann, und er braucht es noch gar nicht einmal zu brechen, es genügt, wenn er das Wort Reformen nicht dauernd im Munde führt. Unser Parteivorsitzender hat in seiner Rede heute vormittag unsere Haltung im ständigen Fluß der Entwicklung zutreffend charakterisiert. Lassen Sie mich an dieser Stelle das Wort eines englischen Konservativen, der zugleich ein Revolutionär gewesen ist, bringen, Edmund Burke, der die nordamerikanischen Staaten in ihrem Freiheitskampf gegen England, gegen sein eigenes Mutterland ermutigt hat. Er hat gesagt: Wer bewahren will, der muß verändern. Ich sage diesen Satz in bezug auf die konkrete Politik, die wir machen müssen, und neben der Außenpolitik muß unsere Partei insbesondere eine fortschrittliche Innen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik machen. Lassen Sie mich dazu 2 Punkte erwähnen.

In mehreren Bereichen unserer politischen Arbeit wird der CDU nach den Meinungstests nicht mehr die gleiche Leistungsfähigkeit bescheinigt wie das

früher der Fall gewesen ist. Wir wären die Stabilitätspartei in Deutschland. Das muß sie auch in Zukunft wieder werden, und die CDU muß das der Bevölkerung genügend deutlich machen.

Es hat wenig Sinn, und ich knüpfe an das an, was vom ersten Diskussionsredner gesagt worden ist, den Streit um die Richtigkeit der Aufwertung am Kochen zu halten. Die Strukturprobleme einzelner Branchen, insbesondere der Landwirtschaft, die Preisstabilität und die solide Gestaltung der öffentlichen Haushalte, sie müssen Gegenstand unserer politischen Arbeit sein. Es sind zahlreiche Maßnahmen der neuen Koalition geeignet, Vorteile aus der Aufwertung zu verschenken oder zu vertun und die Währungs- und Finanzstabilität zu gefährden. Das erschwert die Lösung der großen Zukunftsaufgaben, die vor uns stehen. Ein zukunftsweisendes eigenes Konzept des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts bei Stabilität von Währung und Finanzen zu entwickeln, ist einer der wichtigsten Punkte unserer politischen Aktion.

Ein zweites: Die CDU sollte die bildungspolitische Initiative in der Bundesrepublik durch Exekutivmaßnahmen in den Ländern und durch parlamentarische Aktionen im Bundestag ergreifen. Einer Vermehrung der Mittel für die Bildungspolitik und den Forderungen der Bildungspolitik die erste Priorität unter den Gesamtaufgaben zu geben, das wäre ein Konzept, das uns nicht nur wohl anstünde, sondern das dringend gefordert ist.

Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht alleine um quantitative Programme. Auf quantitativem Weg, durch immer mehr Geld, immer mehr Kapazitäten, immer mehr Stellen, können wir die Bildungsprobleme nicht lösen. Wir müssen das Prestigedenken abbauen, das dahingeht, unsere Gesellschaft bestehe aus einer Hierarchie, an deren Spitze der Akademiker und deren Ende der Volksschüler steht. Selbstverständlich erfordert unsere technisierte Gesellschaft allenthalben Kräfte, die ein Höchstmaß an Bildung und Ausbildung haben. Aber ebenso sicher ist, daß wir dafür sorgen müssen, daß die mittleren Berufe Nachwuchskräfte bekommen, daß auch das Handwerk und daß Industrie und Handel, die nicht nur Abiturienten als Nachwuchskräfte brauchen, ebenfalls versorgt werden, damit diese Berufe nicht allmählich ausbluten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wiederhole, wir, die CDU, haben eine ungeheuere Chance als Oppositionspartei. Wenn wir alle die Kräfte einsetzen, die bereit sind zur Mitarbeit, wenn wir Ihnen die Ziele setzen, die als Notwendigkeit heute empfunden werden, dann wird die CDU Aktivität entfalten, die uns eine große Wirkungsmöglichkeit als Oppositionspartei verschafft und ja auch die allerbeste Garantie dafür gewährt, daß wir bald wieder in die Regierungsverantwortung zurückkommen.

Präsident Dr. Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Wir beginnen pünktlich um 15.00 Uhr. Die nächsten Redner sind Herr Blumenfeld, Herr Lorenz und Herr Dichgans. Ich habe noch eine Bitte: in den 2 Stunden Mittagspause besteht wahrscheinlich die Möglichkeit, daß sich die 30 Diskussionsredner noch einmal überlegen, wie präzise sie Ihre guten Ausführungen in ungefähr 5 Minuten vortragen können. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit.

2. Plenarsitzung, Montag, 15 Uhr

Präsident Dr. Kohl: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen den Punkt der Tagesordnung Aussprache fort. Ich darf zunächst noch darum bitten, daß die Delegierten auf den dafür vorgesehenen Plätzen Platz nehmen und daß die Gastdelegierten und Gäste auf den ebenfalls dafür gekennzeichneten Stühlen Platz nehmen. Als erster in der Reihenfolge der Diskussionsredner heute nachmittag hat unser Freund Blumenfeld vom Landesverband Hamburg das Wort.

Erik Blumenfeld: Herr Vorsitzender, liebe Freunde, lassen Sie mich nach den Berichten der politischen Führung und des Generalsekretärs, die zwar zur Zeit nicht anwesend sind, aber hoffentlich noch kommen werden, einen Blick auf unsere Partei aus der Sicht eines großstädtischen Landesverbandes werfen, keinen Blick zurück im Zorn, aber doch einen kritischen und zukunftsbezogenen Blick. Für unsere Orientierung sollten wir von der Tatsache ausgehen, daß wir bei der Bundestagswahl einen Pyrrhussieg erkämpft haben. Noch einen solchen Erfolg, meine Freunde, und wir werden uns für das nächste Jahrzehnt auf die Bänke der Opposition verbannt sehen. Dieser Satz gilt auch hier und heute, obwohl sich inzwischen bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen gewisse, für uns erfreuliche Korrekturen der politischen Landschaft ergeben haben. Jedoch, meine Freunde, das Verdienst hierfür gebührt dem Wähler, vom Wetter nicht zu sprechen, als Partei sollten wir es uns nicht übereifrig gutschreiben. Noch haben wir die Korrektur durch sichtbare Anstrengung und sachbezogene Leistungen zu honorieren.

Drei Bemerkungen möchte ich als Hinweis für unsere Arbeit in den kommenden Jahren vortragen dürfen. Die erste Beobachtung bezieht sich auf den eigenen Landesverband. Hier hat die CDU bei überdurchschnittlich hoher Wahlbeteiligung einige überdurchschnittliche Verluste erlitten, im Vergleich zu 1965. In Hamburg sind also über den traditionellen Parteienstand hinaus vorhandene Wählerreserven stärker dem Mannschaftsprinzip als dem Kanzlercharisma zugeflossen. Das mag auch seinen Grund darin haben, daß in Hamburg seit 1965 die Sozialdemokraten sich als besonders temperierte bürgerliche Ausgabe die Sozialdemokraten sich nach dem Motto „seid nett miteinander" darzustellen beliebten. Wie es in Wirklichkeit in der parlamentarischen Handhabung aussieht, hat mein Freund Echternach vorhin hinreichend charakterisiert. Immerhin sollte es uns aber zu denken geben, wie geringfügige Akzentverschiebungen der politischen Grundeinstellung bereits gravierende Ausschläge im Ergebnis bewirken.

Die zwei weiteren Bemerkungen kann man wohl für das politische Klima in den meisten Ballungsräumen verallgemeinern. Erstens haben sich eine Reihe von wichtigen Teilgruppen unserer pluralistischen Gesellschaft, Angestellte, Mittelstand, Beamte und Selbständige, die sonst unserer Partei nicht prinzipiell

ablehnend gegenüberstanden, diesmal von uns politisch exponiert oder verlassen gefühlt. Verlassen so sehr, meine Freunde, daß sie darauf Geborgenheit, wie ich es nennen möchte, von der anderen Seite, bei der SPD, suchten. Zum anderen haben wir wohl noch immer den hohen Grad von politischer Indifferenz der Bevölkerung in den großen Städten unterschätzt, der sich im entscheidenden Augenblick eben nicht automatisch zu unseren Gunsten auswirken muß. Die SPD hatte sich 1969 für das Mannschaftsprinzip an der Spitze entschieden und für die Aussagekraft der Sachleistung. Wir brauchen sie darin nicht unbedingt zu kopieren, obwohl, Herr Vorsitzender, es uns auch gutgetan hätte, wenn wir neben der Attraktivität an der Spitze unserer Partei die wahrlich vorhandene breite personelle Staffelung und politische Sachleistung unserer Führungsgruppe herausgestellt hätten. Unumgängliche Voraussetzung für den Erfolg der Zukunft ist aber, das Mannschaftsprinzip an der Basis unserer Partei stärker zu verwirklichen.

Unser Wahlerfolg hat dem deutschen Bundestag zunächst nur die schlagkräftigste Opposition seiner 20jährigen Geschichte präsentiert. Auch das ist ein Erfolg, wenn wir ihn zu nutzen verstehen. Gegen uns wird es keine verfassungsändernde und wir hoffen, auch keine grundsätzliche politische Entscheidung geben können. Aber meine Freunde, Parlamentserfolge sind kein Selbstzweck, sie müssen Öffentlichkeitserfolge werden. Jede Handlung und jede Rede der Abgeordneten des Bundestages wird den Bürgern der Bundesrepublik nicht nur durch die Presse, sondern vor allem durch die Massenmedien in Wort und Bild als Nachricht und Kommentar täglich, ja beinahe stündlich frei Haus geliefert. Die Chancen hierzu sind für uns nach der Auflösung des Kressbronner Kreises wieder beträchtlich gestiegen. Das Bild, welches wir dem Bürger vermitteln, wird allerdings nur positiv geprägt sein, wenn wir nicht als Solotänzer, sondern als Hochleistungsteam mit klarer Strategie und Disziplin auftreten. Wir müssen tun, was wir sagen, wir müssen sagen, was wir wollen und um unserer politischen Glaubwürdigkeit willen uneingeschränkt auch sein wollen, was wir in diesen kritischen Tagen und Wochen ohnehin sind, Partei im Volk, die zum Nutzen dieses Volkes wirkt und handelt.

Die Menschen in Deutschland, meine Freunde, sind heute politisch besser informiert als je zuvor, manchmal sogar besser als Ihre eigenen Abgeordneten. Das haben wir in den letzten Monaten erlebt, auf diese Tatsache haben wir uns positiv einzustellen, wenn wir die kommenden Runden erfolgreich überleben wollen. Ein Wort zur Programmatik! Vor zwanzig Jahren begannen wir mit einem politischen Programm, das inzwischen bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten erfolgreich verwirklicht worden ist. Dies kann uns niemand streitig machen und hat 1969 nochmals die klassischen Kräfte unserer Partei voll mobilisiert.

Aber wenn wir ehrlich mit uns selbst sind, müssen wir ein doppeltes Eingeständnis machen, 1., daß 1969 unsere Front nicht gradlinig genug verlief, denn in einer Reihe von wichtigen Fragen der Innen-, Gesellschaft-, Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik haben wir die Themen offensichtlich nicht genügend ausdiskutiert, um sie dem Wähler überzeugend genug vortragen zu

können. Dafür haben wir jetzt die Chance, nutzen wir sie ohne Zögern. Der Kanzler der sogenannten Inneren Reformen darf kein Monopol auf das „moderne Deutschland" haben, meine Freunde.

2. Wir müssen uns darüber klar sein, daß jedes politische Programm seine Grenzen hat. Programm ohne Grenzen heißt utopisches Programm. Überlassen wir das ruhig der jetzigen Regierungskoalition. Worauf es aber für uns ankommt ist, die Grenzen unseres guten und modernen Berliner Programms neu abzustecken und darauf weiterzubauen. Wir müssen Prioritäten setzen, die wir vor allem aber auch aussagekräftig und glaubhaft machen, indem wir danach handeln, meine Freunde.

Nur einige wenige Beispiele: Wir haben uns einzustellen auf die gesteigerte Mobilität unserer Gesellschaft, Mobilität kann gleichzeitig ein Aktives und ein Passives bedeuten. In Bewegung gesetzt haben sich die junge Generation und die politisch stark interessierte und stark informierte breite Mittelschicht. Noch, meine Freunde, war das eine Bewegung ohne uns. In 4 Jahren könnten es allerdings schon eine Bewegung gegen uns sein, wenn wir nicht den Dialog entschlossen suchen und eröffnen. Offensichtlich sind aber auch Teile der traditionellen Wählerkundschaft unserer Union in Bewegung geraten. In den großen Städten der Bundesrepublik gibt es -zigtausende von Menschen, ältere wie auch jüngere, die sich entweder hilflos oder macht- und mutlos eingespannt fühlen zwischen den unerbittlichen Anforderungen unserer Leistungsgesellschaft auf der einen Seite und den anonymen Sachzwängen der Bürokratie und Verwaltung andererseits. Gewiß braucht soziale Ordnung administrative Verordnung. Nur sollten gerade wir als politische Kraft besonderen Wert darauf legen, den einzelnen Menschen seinen ganz persönlichen Weg durch das Labyrinth der Leistungsgesellschaft finden zu helfen, ehe er an ihr verzweifeln zu müssen glaubt. Gerade auch das bescheidene, das selbstverständliche und uns als CDU wohl anstehende Verhalten der Hilfsbereitschaft zählt. Wir können wieder die Partei des Gemeinwohls werden, die Partei all derer, Herr Vorsitzender, die keine Lobby und keine organisierten Interessenverbände bemühen können, um ihr Recht durchzusetzen. Für diese verantwortungsvolle Aufgabe müssen wir unsere Partei gerade an der Basis regenerieren. Partei des Gemeinwohls sein, heißt, dem Bürger im Alltag bei seinen Wünschen und Sorgen zu begegnen und so zu unterstützen.

Herr Vorsitzender, in der Gesellschaft und in der Sozialpolitik, z. B. können wir das Leistungsprinzip nur dann glaubhaft bejahen, wenn wir in der Familien- und Gesellschaftspolitik gerechte Leistungschancen und ausreichende Leistungsvorsorge garantieren, und ich meine, daß gerade in den Großstädten neue Wege in der Wohnungs-, in der Gesundheits-, in der Schul- und Hochschulpolitik gefunden werden müssen und von uns durchgesetzt werden müssen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in der CDU die Dienstleistung und Sachleistung am Bürger, wir brauchen – um es mit einem Schlagwort zu sagen – den „CDU-Dienstmann". Die Entwicklung in den Ballungsräumen und Städten eilt der allgemeinen politischen und sozialen Entwicklung stets um ein Stück voraus. Dazu ein letztes praktisches Beispiel: Die Senkung des

Wahlalters wird sich politisch am stärksten dort auswirken, wo künftig die meisten Jungwähler auf uns warten, in den rein quantitativ schulisch besser versorgten Großstädten. Hier ist aber auch das Informationsangebot der Schule mit dem schärfsten Konkurrenzdruck der außerschulischen Informationsmittel konfrontiert. Ein politisch engagierter Schulsprecher eines Hamburger Gymnasiums sagte mir kürzlich folgendes ins Gesicht: Ihr, die CDU sagt: Nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernt Ihr, jedoch was wir fürs Leben lernen sollen und auch gerne lernen wollen, lernen wir heute bestimmt nicht auf der Schule. Mit kritischen jungen Menschen, die so denken, mit 4 oder 5 Jahrgängen von ihnen, werden wir also jetzt diskutieren müssen, um als Union im Gespräch zu bleiben. Grundlage dafür muß allerdings unsere eigene Leistungsfähigkeit und ein sehr viel unvoreingenommenerer offener und engerer Kontakt mit denen, die in der Presse, in den Redaktionen und in den Massenmedien Ihre Arbeit und Verantwortung tragen.

Und nun, meine Damen und Herren, noch einen Schlußsatz. Wir werden in den 4 Jahren aus den großen Städten der Bundesrepublik kaum überall CDU-Hochburgen machen können. Aber den Ballungszentren und deren Aussagekraft gehört nun einmal im Rahmen der von uns bejahten Leistungsgesellschaft die Zukunft. Darum kämpfen wir für unsere Zukunft, wenn wir um die Städte und für ihre Zukunft kämpfen. Von 1949, weit über ein Jahrzehnt hinaus, haben wir es verstanden, die moralischen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes neu zu mobilisieren und diese Zeit ist untrennbar verknüpft mit den Namen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Wir müssen jetzt die politischen und die geistigen Kräfte wieder mobilisieren, die uns befähigen, unsere politische Rolle in Deutschland und für Europa neu zu bestimmen. Ich danke schön.

Präsident Dr. Stoltenberg: Meine Damen und Herren, ich danke unserem Freund Blumenfeld für seinen Beitrag. Dieser Beitrag ist unter etwas schwierigeren Verhältnissen gegeben worden, weil der Saal sich erst gefüllt hat. Ich möchte Sie aber jetzt gerne auf zwei Umstände hinweisen:

Zunächst einmal auf den Tatbestand, daß wir mittlerweile nicht 30 wie heute mittag, sondern fast 40 Wortmeldungen haben, und dies unterstreicht das Erfordernis für das Präsidium, im Interesse der Chancengleichheit und Gleichberechtigung aller in Zukunft auf die heute morgen vorgeschlagene Redezeit von etwa 5 Minuten sorgfältiger zu achten.

Zweitens möchte ich Sie darauf hinweisen, daß diese sehr schöne Halle einen Nachteil hat, nämlich den einer sehr starken akustischen Resonanz bei den vielen Gesprächen, die hier geführt werden. Und ich möchte deshalb bitten, daß jetzt doch alle Delegierten und Gastdelegierten ihren Platz einnehmen und wir die Unterhaltungen auf ein Minimum beschränken, und die Bewegung im Saal im wesentlichen auf diejenigen beschränkt bleibt, die als unsere verehrten und wichtigen Gäste von Berufs wegen verpflichtet sind, sich hier zu bewegen. Und natürlich diejenigen, die hier zum Podium kommen um zu sprechen oder diejenigen, die einmal ganz unauffällig kurz den Saal verlassen, um Gespräche draußen zu führen. Darf ich nach diesen Vorschlägen, die glaube ich für den Ablauf unseres Parteitages und seine Wirkung auf die Öffentlichkeit – ich

verweise auf die starke Präsenz des Fernsehens – von einiger Bedeutung sind, als nächstem das Wort geben, Herrn Peter Lorenz aus Berlin:

Peter Lorenz: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir Berliner haben in den vergangenen 20 Jahren oft vor Ihnen auf Parteitagen und anderswo über unsere Sorgen sprechen müssen. Das war uns gar nicht immer lieb. Aber liebe Freunde, die Lage, in die der zweite Weltkrieg nun einmal unsere Stadt gebracht hat, brachte es immer wieder mit sich, daß wir auf die Solidarität und auf die Hilfe des Bundes der anderen deutschen Länder angewiesen waren und angewiesen bleiben. Und, liebe Freunde, in den 20 Jahren waren es die verantwortlichen Männer und Frauen der CDU und der CSU, die unseren Staat repräsentiert haben, die uns in Berlin politisch und wirtschaftlich geholfen haben. Und ich möchte daher im Namen meiner Berliner Freunde heute, nachdem die Christlich Demokratische Union aus der Verantwortung der Regierungspolitik in die Opposition hinüber gewechselt ist, allen unseren Freunden recht herzlich für ihre Hilfe und für ihr Verständnis danken, das sie als Angehörige der Bundesregierung oder der Länderregierungen, des Bundestages oder der Landtage für Berlin aufgebracht haben. Wir vergessen auch nicht, daß es fast nur von der CDU vertretene deutsche Länder waren, die durch die Gründung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz einen ganz wesentlichen Beitrag für die kulturellen Aufgaben Berlins geleistet haben.

Wir wissen alle, daß es auch heute noch den politischen Willen in Moskau und in Pankow gibt, Berlin vom Bund zu trennen. Und mit großer Sorge sehen wir, daß die neue deutsche Bundesregierung nunmehr von zwei deutschen Staaten auf deutschem Boden spricht. Wir wissen ja, daß der eine so angesprochene Staat die Souveränität auf den Zufahrtswegen von und nach Berlin beansprucht. Und wir wissen noch nicht, wie die neue deutsche Bundesregierung diesem Anspruch nach ihrer neuen Erklärung begegnen will. Wir würden uns im übrigen freuen, wenn der neue Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen – wie er heißt – Egon Franke, nachdem schon einige Wochen seit seiner Amtsübernahme vergangen sind, sich einmal in Berlin sehen lassen würde, um dort an Ort und Stelle zu prüfen, was man für diese Stadt in dem geteilten Deutschland tun kann.

Wir wissen aber auch, daß wir im staatsrechtlichen Bereich ebensowenig wie im Bereich unserer Partei vom Bund zu trennen sind; auch wir stellen hier bei der Christlich Demokratischen Union keine besondere politische Einheit dar. Wir sind stolz darauf, daß Berlin eine der Gründungsstädte der CDU ist und wir haben uns sehr darüber gefreut, daß unser fortschrittliches Programm für die 70er Jahre mit dem Namen unserer Stadt verbunden ist. Gerade jetzt und in den kommenden Jahren, in denen es bei uns in der Partei besonders auf gemeinsame Arbeit und auf Geschlossenheit ankommt, wollen wir unseren Beitrag für die Weiterentwicklung unserer Politik leisten. Die gesellschaftliche Entwicklung in den Großstädten stellt uns dabei vor besondere Aufgaben. Wir würden es für gut halten, wenn wir mit den anderen Stadtstaaten und mit den CDU-Vertretern der anderen deutschen Großstädte zu ganz besonderer Arbeit zusammenkommen würden und unsere Erfahrungen austauschen und alles das zusammenfassen, was notwendig ist, um die Christlichen Demokraten

wieder zum Erfolg zu führen. Es handelt sich dabei – wie ich glaube – nicht in erster Linie um Kommunalpolitik, sondern um eine Antwort der CDU auf den gesellschaftlichen Umwandlungsprozeß in den großen Städten.

Da wird viel von Schwierigkeiten gesprochen. Es gibt, wie ich meine, politisch auch den einen oder anderen guten und erfolgversprechenden Ansatzpunkt. Zunächst: In der Opposition sind wir ja nicht gehalten und genötigt, gestrige Strukturen in der Verwaltung oder in der Bürokratie zu verteidigen. Auch die Regierungsparteien wissen nämlich, daß ihre Strukturen heute vielfach überholt sind und der Bürger nicht mehr klar erkennen kann, was seine Pflichten und Rechte sind. Es besteht dann meist ein Unbehagen gegenüber einer nicht genügend kontrollierten und zukunftsorientierten Bürokratie. *Wir* müssen es in diesen Städten sein, die dem Bürger helfen, seine Sorgen zu erkennen und *wir* müssen seine Sorgen vertreten.

Und zweitens: es gibt ja auch, liebe Freunde, in den großen Städten sozialdemokratische Kommunalverwaltungen oder Regierungen, die inzwischen Fett und Moos angesetzt haben. Es ist ja nicht nur so, daß hier überall das beste geleistet wird, was denkbar ist. Wenn schon Günter Grass bei seinem Wahlkampf während seiner Reise durch die Bundesrepublik immer wieder darauf hingewiesen hat, daß die SPD in Berlin verbraucht sei, so können wir das nur bestätigen; und so etwas gibt es auch in anderen Städten, und hier ist unser Ansatzpunkt für die Politik der nächsten Jahre.

Liebe Freunde, ich möchte auf eine andere Aufgabe hinweisen. Es gibt Ziele und Programme, die sich sehr schnell überleben und die je nach dem Wandel der Verhältnisse schnell erreicht oder abgeändert oder durch neue ersetzt werden müssen. Es gibt aber auch andere, langfristige Ziele, von denen wir überzeugt sind, daß sie auf lange Zeit grundsätzlich unsere Positionen bestimmen. Und ich finde, daß wir uns hier besonders eine Arbeitsmethode überlegen müssen, wie wir unsere Politik auf diese langfristigen Ziele immer wieder neu formulieren. Auch die werden in der öffentlichen Diskussion häufig als überholt und unmodern bezeichnet. Schon deshalb, weil der Erfolg nicht allein von uns abhängt und weil wir deshalb Erfolge nur teilweise aufweisen konnten.

Zu solchen Zielen der Nation gehört z. B. die Aufgabe, die individuelle Freiheit und die Menschenrechte für alle Deutschen zu erkämpfen. Dazu gehört auch das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, und daran müssen wir gerade dann denken, wenn es Mode wird, daß man heute Realitäten bedingungslos anerkennt und auf jede Änderung der Situation in Deutschland verzichten will. Ein solches Ziel der Nation und unserer Partei ist auch der Versuch, die Deutschen trotz aller scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten eines Tages doch wieder in einem Staat zusammenzuführen, wenn es heute auch in vielen Kreisen beliebt ist, die Wiedervereinigung unseres Landes als Ziel einfach aufzugeben.

Zu diesen großen nationalen Zielen gehört die Einigung Europas und das dauernde Bemühen um eine weitgehende Integration unserer Gesellschaft und um ein Höchstmaß an Gerechtigkeit in den Beziehungen der Menschen untereinander.

Unsere Aufgabe muß es sein, diese Ziele, die für uns Richtschnur unserer Politik sind, nicht aus den Augen zu verlieren und gleichzeitig immer wieder zu überprüfen, welche Wege und Methoden neu eingeschlagen werden können und müssen, und welche alten Vorstellungen und Mittel aufzugeben sind, um angesichts der veränderten politischen Verhältnisse in der Welt diesen Zielen näherzukommen. Jeder von uns weiß zum Beispiel, daß die Vorstellungen über die Deutschlandpolitik in den 50er Jahren sich heute nicht mehr mit der politischen Wirklichkeit decken. Es gibt auch Einrichtungen, wie das Kuratorium Unteilbares Deutschland, die heute teilweise ihren Sinn und Inhalt verloren haben, oder verändert werden müssen. Es scheint also gut, wenn die Partei eine Kommission für diese Ziele der Nation ins Leben ruft und ihr die Aufgabe zuweist, immer wieder geeignete Wege zu finden, um Partei und Fraktion ständig neue Tatsachen und Vorschläge zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen, diese unverrückbaren Ziele mit modernen Mitteln, die unserer Zeit angemessen sind, anzustreben.

Nun noch ein Satz: Wir haben, nachdem die Christlich Demokratische Union in die Opposition gegangen ist, Mitgliederwerbeaktionen durchgeführt. Nicht nur wir, das haben viele in unserem Land gemacht und mit gutem Erfolg. Wir haben diejenigen, die wir gewinnen wollten, damit angesprochen, daß wir ihnen gesagt haben: Wir können weder Partei- noch Verwaltungskarrieren vergeben, sondern wir möchten Ihre Zeit, Ihre Arbeitskraft und ihr Geld. Es hat sich herausgestellt, daß viele heute darauf ansprechbar sind. Gerade junge Leute. Das Dienen am Staat scheint wieder modern zu werden. Und ich glaube, daß wir hier Mitarbeiter gewinnen, die mit uns für lange Zeit an unserer Aufgabe für die Zukunft arbeiten.

Präsident Dr. Stoltenberg: Als nächster spricht Herr Dichgans, Landesverband Rheinland, und dann folgt Herr Dr. Dregger aus Fulda, Landesverband Hessen.

Dr. Dichgans: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Parteifreunde, auf diesem Parteitag der nüchternen Analyse, der Planungen des zukünftigen politischen Erfolges steht im Anfang die Frage der Bibel: Oh Herr, was sollen wir tun. Ich glaube, mit dem Vorschlag von Konsumausgaben allein ist dieses Problem nicht zu lösen. Es ist legitim, daß eine Opposition angesichts einer Regierung, die viel Geld ausgibt, auch ihrerseits Vorschläge macht, die populär sind; aber da das alle Fraktionen tun, können wir nicht erwarten, damit die politische Landschaft zu verändern. Wir müssen vielmehr, glaube ich, uns bemühen, unser Parteiprogramm, das im ganzen ausgezeichnet ist, etwas zu konkretisieren und unseren Wählern anschaulicher zu machen, als wir das bisher haben tun können.

Dafür drei kurze Beispiele: Das erste ist die Bildung: Mit der Forderung, es müsse mehr für die Bildung getan werden, lösen wir das Problem jedenfalls nicht, weil das alle Fraktionen sagen. Ich möchte vorschlagen, daß wir fordern, in den außerordentlichen Bundeshaushalten der Jahre 70 und 71 zusammen 5 Mrd. D-Mark für den Neubau von Studienplätzen an Universitäten bereit zu stellen. Das gäbe etwa 30 000 Studienplätze. Das ist ein Betrag, der sich ohne weiteres am Anlagemarkt beschaffen läßt, zumal wir von Herrn Möller gelernt

haben, wie leicht sich der Verlust von 4,3 Mrd. Mark verschmerzen läßt, den die Aufwertung gekostet hat.

Und, meine Damen und Herren, dieser Vorschlag darf nun keinesfalls wieder in dem Gestrüpp der Zuständigkeitsstreitigkeiten von Bund und Ländern stecken bleiben. Wir müssen Lösungen suchen. Es gibt diese Lösungen. Mein Vorschlag: Der Bund soll sich so verhalten wie ein reicher Mann, d. h. wir sollten Bundesuniversitäten stiften, die dem Landesrecht und der Landesaufsicht unterstehen. Dann kann das sofort beginnen. Wenn einzelne Länder Bedenken dagegen haben, solche Universitäten anzunehmen, dann beschränken wir die Offerte auf die Länder, die bereit sind, sie bauen zu lassen. Ich bin überzeugt, wir werden genügend solcher Länder finden.

Der zweite Vorschlag betrifft die Aktivierung des politischen Interesses. Es ist hier mehrfach mit Recht gesagt worden, wir müßten uns darum bemühen, der Wählerschaft, insbesondere der jungen Wählerschaft, näher zu kommen. Mein Vorschlag geht dahin zu überlegen, ob man nicht in Zukunft alle Grundgesetzänderungen einer Volksabstimmung unterwerfen sollte. Das würde uns auch zwingen, im Bundestag etwas rationeller mit diesen Änderungen zu verfahren. Wir haben, wie sie wahrscheinlich wissen, in den ersten sieben Monaten dieses Jahres siebenmal das Grundgesetz geändert, jeden Monat einmal. Es scheint mir richtiger zu sein, hier größere Vorlagen, größere Konzepte zu entwickeln und diese dann mit unseren Bürgern zu diskutieren.

Der dritte Vorschlag betrifft die Europapolitik. Hier sagen wir in unserem Programm, daß wir sowohl den Ausbau als auch die Erweiterung der europäischen Zusammenarbeit wollen. Aber wenn sich herausstellt, daß wir beides nicht zugleich haben können, wenn sich etwa herausstellt, daß die Erweiterung an dem Widerstande der Franzosen scheitert, wollen wir dann wirklich das tun, was die SPD uns vorschlägt, nämlich nach der Alles-oder-nichts-Alternative auf das verzichten, was wir möglicherweise bekommen können? Meine Damen und Herren, die CDU sollte sich mit größter Entschiedenheit dafür aussprechen, daß wir, wenn sich die Erweiterung im Augenblick nicht erreichen läßt – was ich lebhaft bedauere – dann jedenfalls entschlossen sind, dafür einzutreten, daß der innere Ausbau Europas vorangeht, daß wir uns auch da um Anschaulichkeit bemühen.

Ich bin zum Beispiel überzeugt, daß wir innerhalb von sechs Monaten europäische Münzen haben könnten, wenn nur die Bundesrepublik sich energisch darum bemühen würde.

Meine Damen und Herren, daß sind drei Vorschläge die ich hier jetzt nicht ergänzen will. Ich finde, wir sollten sie in unserem Kreise sehr eingehend diskutieren, aber nicht nur in unserem Kreise, sondern auch mit den Bürgern allgemein. Es ist hier im Laufe der Diskussion zweimal der Name Günter Grass gefallen. Ich rege beim Vorstand an, zu überlegen, ob man nicht Günter Grass auffordern sollte, beim nächsten Reformparteitag einmal einen Vortrag hier bei der CDU zu halten.

Lassen sie mich schließen mit einer kurzen organisatorischen Bemerkung: Eine Partei ist eine Organisation, deren Aufgaben sich im Grundsatz nicht von

denen einer Gewerkschaft oder eines Industrieverbandes unterscheiden. Und eine solche moderne Organisation braucht ein hochwertiges Management; das sind hochwertige hauptamtliche Geschäftsführer. Es ist heute morgen mit Recht Herrn Kraske sehr gedankt worden. Aber ich finde, wir sollten diesen Dank ausdehnen auf die Geschäftsführer aller Ebenen, bis zur Kreisebene herunter. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese Geschäftsführer auch finanziell gesichert werden, daß sie eine Laufbahn erhalten, in der sie gerne bei uns politisch tätig sind.

Damit bin ich am Ende. Wenn es uns gelingt, unsere politischen Vorstellungen zu konkretisieren, und wenn es uns gelingt, eine moderne Organisation mit einem leistungsfähigen Management zu schaffen, dann bin ich überzeugt, daß wir mit Optimismus auf die nächsten Jahre sehen können.

Präsident Dr. Stoltenberg: Vielen Dank. Herr Dr. Dregger hat gebeten, seine Wortmeldung noch zurückzustellen. Als nächster ist dann Herr Soenius aus dem Rheinland hier der Sprecher, und ihm folgt Herr Simon, der Bundesvorsitzende des RCDS.

Heinz Soenius: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, da schon viel vom Verhältnis zur Presse gesprochen worden ist, erlauben Sie mir vorab eine Bemerkung. Wenn ich rückblickend sehe, daß die Christlichen Demokraten vor, während und nach dem Berliner Parteitag eine gute Presse hatten, so erhebt sich für mich immer wieder die Frage, ob das nun etwa an der Presse gelegen hat, daß wir heute oder im Wahlkampf ein schlechtes Verhältnis hatten, oder ob das auch an uns selbst liegt. Und weiter die Frage, warum wir diese günstige Situation nicht in den Wahlkampf hinein gerettet haben. Zum zweiten, meine Damen und Herren, zu dem Wahlergebnis für die Christlichen Demokraten in den deutschen Großstädten. Die Untersuchungen zeigen uns, daß die Ergebnisse quer durch alle Länder, quer durch alle Landstriche fast gleich sind. Diese Ergebnisse, wir haben sie untersucht – ich zeige Ihnen gerne die Zahlen – differieren zwischen 32,3 % und 44,9 %. Im Lande Baden-Württemberg etwa erreichte die CDU in den Großstädten über 100 000 Einwohner 41,3 % der Stimmen, in Bayern das gleiche Ergebnis. Im Lande Nordrhein-Westfalen betrug der Anteil 39 %. Es ist also, meine Damen und Herren, nicht die Frage des unterschiedlichen Abschneidens, sondern viel mehr, wie hoch der Anteil der Ballungsgebiete in einem Lande ist. Wenn wir diese Entwicklung feststellen, so müssen fragen, ob es nicht einen Grund dafür gibt, daß landauf, landab in den Ballungsgebieten die Attraktivität der CDU abgenommen hat. Die Bürger in den Ballungsgebieten geben, glaube ich, der Innenpolitik einen anderen Stellenwert, als wir das unterstellen. Die Innenpolitik liegt vor der Außen- und Deutschland- und auch der Sicherheitspolitik. Diese Bewohner der Ballungsgebiete leben in einer viel größeren Abhängigkeit als die Bewohner anderer Landstriche. Deshalb ist es notwendig, ein sehr viel größeres Angebot zu schaffen und daß wir ein anderes Verhältnis zu dem ganzen Bereich dessen, was wir öffentliche Dienstleistungen nennen, bekommen. Wir müßten einmal fragen, ob etwa die ständige Forderung nach der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen überhaupt Interesse und Beifall bei dem Bürger findet. Sie verlangen ein anderes Angebot, vor allen Dingen im

Wohnungsbau und ein anderes Bodenrecht, das gilt sowohl für die Mieter wie auch für Eigenheimer oder für diejenigen, die ein Eigenheim erwerben wollen. Meine Damen und Herren, wenn man dann im Handbuch für den Bundestagswahlkampf so Sätze findet, auf Seite 99, daß die SPD einseitig Mieterinteressen vertritt, so glaube ich nicht, daß solche Aussagen unsere Position in den Ballungsgebieten, da, wo die Mobilität größer ist, ein anderes Verhältnis zum Wohnen besteht, sonderlich fördernd ist. Zu dem gesamten Bereich des Nahverkehrs, glaube ich, müssen wir andere Aussagen als bisher treffen. Meine Damen und Herren, das waren nur einige Hinweise, und ich glaube, daß für den angekündigten Parteitag im Frühjahr nächsten Jahres eine Erweiterung der Aussage notwendig ist, und ich würde vorschlagen, daß man wieder das Verfahren wie vor dem Berliner Parteitag wählt, daß Gruppen aus der Partei heraus zu diesen einzelnen Sachfragen Vorlagen erarbeiten, die dann auf diesem Parteitag zu diskutieren sind, nachdem sie vorab in der Partei diskutiert wurden. Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zu der Aussage, die heute morgen anklang, nämlich, daß die Kritiker dieses Wahlkampfes erst nach diesem Wahlkampf angetreten sind und wo sie etwa vorher gewesen wären. Ich darf Sie daran erinnern, daß zu der Frage der CDU in der Großstadt wir von Köln aus schon vor fast 3 Jahren eine Aussage gemacht haben. Diese Aussage hat nicht den Beifall aller gefunden, das war auch gar nicht unsere Absicht; es war ein Diskussionsbeitrag. Aber das Echo darauf war von Bonn her, vom Bundesvorstand und vom Bundespräsidium her – wenn überhaupt – dann negativ. Die Kritiker waren also schon vorher da. Lassen Sie mich abschließen: Eben ist ein Wort zur Kommunalpolitik gesagt worden. Gerade hier läßt sich die Leistungs- und Funktionsfähigkeit einer Partei am ehesten beweisen. Wir müssen diesen Bereich und auch andere wieder entdecken, damit wir den „Langen Marsch" durch die Institutionen anzutreten vermögen so wie das andere uns vorgemacht haben. Danke schön.

Präsident Dr. Stoltenberg: Vielen Dank. Als nächster spricht Herr Simon vom RCDS und ihm folgt dann Herr Jäger aus dem Landesverband Württemberg-Hohenzollern.

Uwe Rainer Simon: Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte mich zuerst bei Ihnen bedanken, daß Sie dem RCDS Gelegenheit geben, auf diesem Parteitag mit drei Rednern unsere Vorstellungen zur Reform der Politik dieser Partei und zur Reform organisatorischer Art hier Stellung zu nehmen. Ich möchte Sie deshalb bitten, weil heute morgen viel über Solidarität in dieser Partei gesprochen worden ist, vor allen Dingen in Zukunft die Solidarität den Kritikern in dieser Partei gegenüber stärker als bisher zu wahren und in Anspruch zu nehmen.

Als zweites möchte ich einen Satz aufgreifen von Ihnen, Herr Dr. Kiesinger, in dem sie sagten, Reformen schön und gut, aber wir müssen eine Politik betreiben, die sich den Erfordernissen der Zeit anpaßt. Eben das ist es, was wir nicht wollen. Wir wollen, daß die Politiker dieser Partei und wir alle, die wir uns darum bemühen, eine zukunftsgerechte Politik zu entwickeln, *vor* den Entwicklungen stehen und nicht nur mit dieser Entwicklung mitgehen. Das ist das Dilemma dieser Partei, daß wir das zu wenig beachtet haben.

Meine Damen und Herren, sie alle, die Sie hier im Saal sitzen, mit uns zusammen haben das Berliner Programm entwickelt. Nur, ich frage mich, wofür haben wir dieses Berliner Programm entwickelt, wenn es im Wahlkampf kaum beachtet wurde und auch von Ihnen, Herr Dr. Kiesinger, nicht schwerpunktmäßig vertreten wurde. Gerade die wichtigen Fragen der Bildungsreform und der Sozialpolitik sind in Ihrem Wahlkampf nicht gerade in der entsprechenden notwendigen Härte herausgestellt worden, und deswegen konnte sich die Partei in der Innenpolitik nicht so profilieren, wie es notwendig gewesen wäre, um gerade die jungen Wähler und die Schichten in den Städten für sich zu gewinnen. Das muß nun entschieden anders werden. Und dies bedeutet konkret, meine Damen und Herren, daß die Christlich Demokratische Union mit uns zusammen versuchen muß, ihre Stellung in einer modernen Industriegesellschaft neu zu bestimmen und neue Schwerpunkte für die Politik der nächsten 10 Jahre zu setzen. Lassen Sie mich nur ganz kurz stichwortartig neben der notwendigen organisatorischen Frage, die ich jetzt hier nicht mehr weiter anschneiden möchte, drei Punkte sagen, von denen ich glaube, wo wir in der nächsten Zeit erheblich vorwärts schreiten müssen.

Das ist einmal die Frage des Bildungswesens. Nur wir haben ein Programm zur Bildungspolitik und wir haben dreiviertel Jahr gemeinsam daran gearbeitet; nur was nutzt es uns, wenn dieses Programm dann von den Landesverbänden, den Kultusministern gar nicht ausgeführt wird. Dann brauchen wir die schönsten Programme nicht.

Meine Damen und Herren, neben der Frage der Bildungsreform, zu der viel gesagt worden ist und ich hier auch nicht weitere Ausführungen in Einzelheiten machen will, müssen wir eine Reform der Demokratie anstreben, wo die Transparenz der Institutionen und die Mitwirkungsrechte der Bürger verstärkt werden. Dabei müssen wir auch den Föderalismus in der heutigen Form ins Kalkül miteinbeziehen. Nur wie will diese Partei und wir alle zusammen Föderalismus in der Bundesrepublik reformieren, wenn nicht einmal die Landesverbände der bisherigen Struktur der Bundesrepublik so angepaßt sind, daß wir einheitliche Landesverbände haben! Da ist das ganze Gerede von Reform unsinnig.

Und ein letzter Punkt, meine Damen und Herren. Wir haben mit Herrn Erhard zusammen das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verwirklicht, und wir haben es gegen die Sozialisten der damaligen Zeit durchgesetzt. Was ist von dieser sozialen Komponente der Marktwirtschaft eigentlich geblieben, wenn es uns immer noch nicht gelungen ist, mit den Gruppierungen, die in dieser Partei vorhanden sind, wirklich das Problem der Mitbestimmung so zu lösen, daß sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber in dieser Partei zu einem vernünftigen Konzept kommen. Ich kann nur appellieren, daß die Sozialausschüsse und die Unternehmer sich endlich hinsetzen und ein gemeinsames Konzept erarbeiten, denn dann sind wir der SPD wirklich überlegen, so wie wir es sein wollen.

Meine Damen und Herren, die CDU war es, die die Vermögenspolitik in den Vordergrund gestellt hat. Wo sind dort unsere weiterführenden Schritte

gewesen? Ich sehe sie nicht und wir sind doch die Partei, das kann man selbst im „Spiegel" nachlesen, die dort bisher am meisten getan hat. Machen wir doch gemeinsam mit Herrn Katzer Fortschritte auf diesem Gebiet und ändern wir die Vermögensstruktur dieser Bundesrepublik so, daß wir keine sozialen Krisen in den nächsten 10 Jahren bekommen. Darum möchte ich Sie herzlich bitten.

Und noch eins, meine Damen und Herren, das Problem CDU/CSU muß auch geklärt werden. Solange wir ein Organ haben wie den „Bayernkurier", von dem das Image dieser Partei entscheidend mitgeprägt wird, und niemand öffentlich auftritt und das geißelt, was dort in einer Manier gesagt und getan wird, wie es in der Vergangenheit von uns zurecht bemängelt wurde – ich will das ganz vorsichtig ausdrücken – so lange werden wir dieses Image auch nicht loswerden. Deswegen, Herr Dr. Kiesinger, bitte ich Sie eindringlich, daß Sie mit Herrn Strauß reden und daß Marcel Hepp endlich abgelöst wird, damit diese unwürdigen Artikel, die dort veröffentlicht werden, endlich wegkommen. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

Präsident Dr. Stoltenberg: Meine Damen und Herren, ich glaube, dies ist ein Zeitpunkt, wo wir allen Mitgliedern des RCDS und des Bundesvorstandes, dessen Vorsitzender Herr Simon ist, Anerkennung für die Arbeit des Ringes Christlich Demokratischer Studenten an den Hochschulen aussprechen sollten. Und ich glaube auch, daß unabhängig davon, wie man die einzelne Sachaussage unseres Freundes Simon bewertet – da gibt es natürlich auch unterschiedliche Meinungen in unserem Kreis – sagen kann, daß dies ein Beitrag war, der Anlaß ist, unsere Diskussionen hier und unsere Meinungsbildung im Für und Wider zu beleben. Das Wort hat unser Parteivorsitzender, Herr Dr. Kiesinger.

Dr. Kiesinger: Meine Damen und Herren, ich ergreife das Wort deswegen, weil Herr Simon nicht zugehört hat heute früh. Ich habe in keiner Weise – entschuldigen Sie, weil Herr Simon nicht zugehört hat heute früh – davon gesprochen, und ich tat es nie, daß man sich einer Situation anpassen müsse.

In einer ganzen Reihe von Interviews der letzten Tage habe ich gesagt, ich will das Gegenteil. Ich will, daß wir die Entwicklung vorausdenken, um diese Entwicklung lenken zu können; und deswegen habe ich heute früh von einer Politik der permanenten Gestalt des Wandels gesprochen. Meine Damen und Herren! Ich habe diese Bemerkung nur gemacht, damit morgen nicht in der Presse steht, der Bundesvorsitzende wolle sich anpassen.

Präsident Dr. Stoltenberg: Meine Damen und Herren, als nächster spricht Herr Klaus Jäger aus dem Landesverband Württemberg-Hohenzollern, und ihm folgt Herr Dr. Heinz Riesenhuber aus Hessen.

Klaus Jäger: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde. Eben ist in dieser Diskussion von der Vorrangigkeit und entscheidenden Bedeutung unserer Innenpolitik gesprochen worden.. Lassen Sie mich – der Ablauf der Diskussion läßt es eben nicht anders zu – wieder einmal einen Blick werfen auf jenes Gebiet, das heute morgen unser Bundesvorsitzender in seinem Referat besonders angesprochen hat, nämlich auf das Gebiet der Deutschlandpolitik.

Meine lieben Parteifreunde, die ersten Tage unserer Oppositionszeit in Bonn haben gezeigt, daß dort einer der Schwerpunkte liegt, die zu bearbeiten, die zu diskutieren, in der sich zu profilieren die CDU zwar in ihrer Spitze selten sich gescheut hat, in der aber eine Willensbildung unserer Partei bis hinunter in die Landes-, Kreis- und Ortsverbände in den vergangenen Jahren leider Gottes versäumt worden ist. Und deswegen gilt es auch hier, einiges nachzuholen. Meine lieben Parteifreunde, es geht heute nicht darum, daß wir in der Bundesrepublik nun das alles von neuem wiederholen, was wir oft und oft gesagt haben. Aber es geht darum, daß wir auf breitester Front die Diskussion mit all denen aufnehmen, die heute, beeindruckt und beeinflußt von all dem, was sich an fehlendem Erfolg auf diesem Gebiet in den letzten Jahren gezeigt hat, einer Resignation anheimfallen und die, meine lieben Parteifreunde, aus dieser Resignation heute allzu schnell zu Verzichten aller Art bereit sind.

Dies Diskussion mit diesen Parteifreunden, aber auch mit den Menschen draußen in unserem Volk gilt es, mit allem Nachdruck aufzunehmen. Wenn wir dieser Tage im „Neuen Deutschland" lesen können, daß die SED nicht nur der neuen Regierung eine Ohrfeige nach der anderen verpaßt, sondern wir dort lesen können, daß nun der Versuch gemacht werden soll, durch eine neue Bewegung in der Bundesrepublik all das beiseite zu räumen, was einer angeblich progressiven Politik der neuen Bundesregierung noch im Wege steht, dann wissen wir, meine lieben Parteifreunde, was auf uns, auf die Christlich-Demokratischen Union zukommt. Diese Herausforderung können wir nur auf uns nehmen, wenn wir in dieser Frage nicht nur eine klare und deutliche Haltung einnehmen, sondern wenn wir in dieser Frage mehr als bisher diskutieren und uns auch zu dieser Diskussion fit machen. Wenn wir heute von Parteifreunden den Satz hören, die Deutschlandpolitik sei deswegen nicht mehr von so vorrangiger entscheidender Bedeutung für uns, weil uns nun unsere Politik in Deutschland viele Menschen gar nicht mehr abkaufen, dann ist doch eine solche Haltung im Grunde nur eine Kapitulation und Bankrotterklärung vor der Aufgabe einer Partei, ihre Vorstellungen der Bevölkerung begreiflich zu machen und durchzusetzen. Und das, meine lieben Parteifreunde, müssen wir in dieser Stunde anders, intensiver und nachhaltiger als früher tun.

Lassen Sie mich dazu ein Wort sagen zur Diskussion mit der Jugend. Wenn wir heute in diesem Themenkreis mit der Jugend sprechen, dann erleben wir ganz besonders die Früchte dieser Resignationshaltung und dann müssen wir nicht glauben, das ändern zu können, indem wir althergebrachte Floskeln und Klauseln gebrauchen, sondern dann müssen wir auf die fundamentalen Grundsätze unserer Politik hinweisen.

Mich hat es ganz besonders gefreut, daß unser Freund Barzel in seiner ersten Rede im neuen Deutschen Bundestag an den Anfang seiner Ausführungen die Grundfrage gestellt hat, um die es uns geht, nämlich um mehr Menschenrechte, um mehr Freiheit, um mehr Menschenwürde, um mehr Demokratie in ganz Deutschland, das heißt auch in Mitteldeutschland. Und das ist doch bekanntlich unsere Deutschlandpolitik, und darauf sollen wir unsere Diskussion draußen mit der Jugend in unserem ganzen Lande abstellen.

Wir können ein zweites tun hier für uns. Diese Jugend möchte, und das hat die neue Regierung sehr geschickt auszunützen verstanden, diese Jugend möchte mehr Demokratisierung. Sie möchte diesen Prozeß zur Demokratisierung unserer Gesellschaft vorantreiben. Aber wenn wir dazu ja sagen, dann ist es unverständlich, unlogisch und in keiner Weise zu rechtfertigen, wenn in Deutschland gleichzeitig ein Regime praktisch anerkannt und akzeptiert wird, in dem nicht nur keine Demokratisierung, keine Rechte und keine Freiheit herrschen, sondern wo die primitivsten Grundbegriffe dieser Demokratie und Freiheit unbekannt sind und nach wie vor den Deutschen verweigert werden. Das eine, meine lieben Freunde, mehr Demokratisierung, schließt das andere, das Friedemachen mit der SED, eben aus. Und dazu, meine lieben Freunde, brauchen wir, dazu brauchen wir in dieser Partei die organisatorischen Voraussetzungen.

Wir haben morgen zwei Anträge III/24 und III/25, bei denen dieses Thema nochmals zur Rede kommen wird. Diese beiden Anträge sollen die Grundlage dafür liefern, daß die CDU in der Lage ist, auf diesem entscheidenden und wichtigen Gebiet so sehr und so nachhaltig unsere politische Landschaft zu gestalten, daß unsere Fraktion in Bonn die richtige und gute Deutschlandpolitik, die wir machen müssen, auch mit Unterstützung der freien deutschen Öffentlichkeit tatsächlich machen kann. Und das, meine Freunde, ist unsere Aufgabe als Partei. Danke schön.

Präsident Dr. Stoltenberg: Als nächster spricht Herr Dr. Riesenhuber aus Hessen und dann Herr Blüm aus Rheinland-Pfalz.

Dr. Riesenhuber: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, der Generalsekretär, einer der mächtigsten Männer im alten Bundesparteivorstand, hat heute früh festgestellt, daß der Bundesparteivorstand bisher nicht ausreichend politisch geführt habe. Es wäre nun sehr interessant, die Frage zu diskutieren, woran es liegt. Man kann eines feststellen: es lag nicht daran, daß die Aufgaben nicht klar definiert gewesen sind. Das Berliner Programm als Aufgabe an die gesamte Partei war insbesondere der Obhut des Generalsekretärs übertragen. Wenn dieses Berliner Programm in der Praxis der Partei nicht durchgesetzt worden ist, nicht in dem Maße durchgesetzt worden ist, wie es seiner wahren Substanz und seinem Wert entspricht, war es eine Aufgabe, die das Parteipräsidium zu erfüllen gehabt hätte.

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen: Das eine ist die Frage, was ist mit dem Wahlalter, dem Wahlrecht geworden, und das andere, was wurde aus der Kulturpolitik? Wenn dieser Parteitag entschieden hat, ist alles, was er gesagt hat, verbindlich für die gesamte Partei in allen ihren Gliederungen. Daran gibt es nichts zu deuteln. Und was entschieden worden ist, steht nicht mehr zur Disposition. Es steht nicht zur Disposition, ob das Wahlrecht eingebracht wird, ob die Herabsetzung des Wahlalters eingebracht wird im Bundestag oder nicht. Es ist einzubringen. Und es ist von der letzten Fraktion nicht eingebracht worden, als wir die Macht hatten, es zu tun, sondern jetzt, wo uns wieder vorgeworfen werden kann, wir zögen nur nach, da wird es gebracht, wo es doch eine alte CDU- und Junge Unions-Idee und -Forderung gewesen ist.

Und der andere Punkt: Wenn die CDU auf diesem Parteitag entschieden hat, daß sie ein mehrheitsbildendes Wahlrecht will, ob zu Recht oder zu Unrecht, dann steht dieses mehrheitsbildende Wahlrecht nur für diesen Parteitag zur Disposition und für niemanden innerhalb der Partei sonst. Wenn dieser Parteitag entschieden hat, ist seine Entscheidung verbindlich für alle.

Meine Freunde, nun eine zweite Sache, die ich für mindestens ebenso ernst halte: Wir haben eindeutige Beschlüsse gefaßt zur Kulturpolitik. Glauben wir wirklich, daß wir auf eine Kulturpolitik, die von den Egoismen von Landesverbänden, von Fraktionen, von Kultusministerien, aus den Egoismen einzelner Länder aufgebaut worden ist, eine moderne Politik für Deutschland machen können? Glauben wir, daß wir in den Diskussionen mit den jungen Intellektuellen, die jetzt fragen, wo die deutsche Wissenschaft hingehen soll, eine vernünftige Position beziehen können, wenn wir nicht das, was wir beschlossen haben, in allen Punkten, wo es möglich ist, da durchsetzen? Ich weise nur darauf hin, daß es ein jämmerliches Schauspiel war, wie das Deidesheimer Programm auf einem Kongreß in Bad Godesberg aufgrund der Interessen einzelner Landesverbände immer mehr zusammengestrichen, zusammendiskutiert worden ist, und die große Linie, die darin enthalten war, und die großen Linien, die im Entwurf zur Hochschulgesetzgebung enthalten waren, nur nach größten Mühen über einzelne Gremien der Partei, nicht aber über die ganze Partei selbst, durchzubringen gewesen sind.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt in der Opposition. Das bedeutet vielleicht eine Gefahr für die Bundesrepublik und ihre Stabilität, es scheint mir aber die große Chance für die CDU und ihre innere Reorganisation zu sein. Der Parteitag wird seine Beschlüsse einzufordern haben. Der Generalsekretär hat darüber zu wachen, ob sie ausgeführt worden sind. Der Generalsekretär hat nicht nur von Erfolgen zu berichten, sondern er hat ebenso zu berichten, wo es nicht gelungen ist, Beschlüsse dieses Parteitages durchzusetzen, und er hat Empfehlungen zu geben, wie hier zu arbeiten ist. Dazu hat dieser Generalsekretär in seinem Generalsekretariat einen Stab aufzubauen, der ihm und der Partei regelmäßig Rechenschaft gibt über den Erfolg und den Mißerfolg unserer Arbeit in den einzelnen Gremien.

Und ein letztes: es ist so viel über die Jugend geredet worden, wie wir sie gewinnen wollen. Was die Jugend haben will, ist sehr bescheiden. Jugend will Offenheit und Redlichkeit und ein Stehen zu dem Wort, das man gegeben hat. Wenn wir bereit sind, uns selbst an unserem Programm messen zu lassen, dann haben wir die große Chance, in der kommenden Auseinandersetzung die anderen an ihrem Programm und ihren Versprechungen und an den vielen und zahlreichen Versprechungen an alle Gruppen, die sie gegeben haben, zu messen, und zu zeigen, daß sie eine Politik der Wahrheit, der Klarheit und der Entschiedenheit nicht machen können, für die wir einstehen. Wir aber brauchen nicht davon auszugehen, daß wir unsere eigenen Beschlüsse nicht bis zum äußersten ernst nehmen und unsere eigene Organisation bis zum letzten an die Ordnung und an die Linie der Partei binden und auch hier am Parteitag kritisch einklagen.

Präsident Dr. Stoltenberg: Als nächster spricht Herr Blüm aus Rheinland-Pfalz, und ihm folgt Herr Erwin Teufel aus Württemberg/Hohenzollern.

Dr. Blüm: Herr Präsident, meine Damen und Herren, dieser Parteitag ist keine Heerschau, wir müssen keine Truppen vorführen, er ist auch nicht eine Art von Feldgottesdienst. Bedarf nach Gefühlen besteht ja nicht, wir sollten ganz kühl und nüchtern unsere Fehler erkennen, nicht weil wir uns an den Fehlern laben und Wunden zu kühlen haben, sondern weil man aus Fehlern lernen soll. Nur in dieser Hinsicht sind überhaupt Fehler diskutabel – als Lernmaterial.

Ich meine, dieser Parteitag muß sich auch damit beschäftigen, welche Chance mit der neuen Situation gegeben ist, Oppositionspartei zu sein. Wir sind ja in diese Rolle über Nacht gekommen. Und ich meine, diese neue Rolle würde uns die große Möglichkeit geben, in ein besseres Verhältnis mit jenen Gruppen zu kommen, in denen das kritische Potential groß und stark ist, ich denke an die Jugend, die Kirchen und die öffentliche Meinung. Sie sind mit uns in einem kritischen Engagement vereint, und diese neue Chance sollten wir nutzen, diese Chance hatten wir nicht als Regierungspartei. Und, meine Damen und Herren, ich meine, wir könnten diesen Wettkampf auch aufnehmen, denn diese Christlich Demokratische Union hat ein Maß von Liberalität, das die SPD erst einmal einholen muß. Denn dort schaltet noch immer der Apparat. Gerade der Berliner Parteitag hat dadurch große Anziehungskraft ausgeübt – auch auf die Jugend –, daß er diskutiert hat, daß wir um ein gemeinsames Konzept gerungen haben. Diese Diskussion darf nicht auf den Sonntag der Parteitage beschränkt bleiben, sondern sie muß in den Werktag der allgemeinen Parteiarbeit überführt werden.

Wir haben als Partei in Zukunft nicht Regierungsentscheidungen nachzuvollziehen, sondern Oppositionsvorschläge vorzubereiten. Und das wird eine Stärkung der Partei sein, wie ich jedenfalls glaube. Ich glaube, wir sollten dieses Gespräch, diese Diskussion über die Parteigrenzen hinaus fortführen. Aus dem hessischen Landesverband kommt der Vorschlag – jedenfalls von einigen Freunden – die Vorwahl einzuführen. Das alles wären Möglichkeiten, der Christlich-Demokratischen Union jeden Anschein zu nehmen, als wären wir eine geschlossene Gesellschaft. Wir müssen offen sein für den Dialog mit allen Gruppen.

Und ich sehe eine neue und größere Chance auch darin, daß wir nun nicht mehr bedrängt werden von denen, die Politik als ihr Geschäft betreiben, befreit werden, denn dafür sind wir als Opposition ein schlechtes Instrument. Wir können in der Christlich-Demokratischen Union nicht Politik betreiben im Sinne von Abfütterung von Interessentenwünschen, wiewohl Interessenstandpunkte unverzichtbar sind: aber wir sind kein Kaufhaus – in jeder Abteilung etwas für eine andere Gruppe. Und ich freue mich, daß gerade die Diskussion am heutigen Tage gezeigt hat, daß wir insofern weitergekommen sind, als das allgemein anerkannt worden ist. Wirtschafts- und Sozialpolitik lassen sich nicht mehr in der Weise trennen, daß die Sozialpolitik für die lieben Arbeitnehmer und die Wirtschaftspolitik für die großen Unternehmer gemacht wird. Dieses Denken gehört einer vergangenen Zeit an, und wir sollten das als einen Fortschritt anerkennen. Um diese Geschlossenheit werden wir kämpfen müssen. Wir werden die Gemeinschaft erst betonen können, wenn wir ein gemeinsames Konzept gefunden haben, und diese Gemeinsamkeit wird nur

glaubwürdig, wenn sie aus der Diskussion hervorgegangen ist. Dann müssen wir uns allerdings darauf einigen. Ich selbst habe es sehr bedauert, daß wir solche grundsätzlichen Programmpunkte – wie das Mehrheitswahlrecht – offensichtlich meistbietend versteigert haben, jedenfalls uns den Anschein gegeben haben, indem wir einmal gesagt haben, das ist unverzichtbare Bedingung der Koalition mit einer großen Koalition, und andererseits es aufgegeben haben. Das, meine ich, können wir uns um unserer Glaubwürdigkeit willen in Zukunft nicht mehr leisten.

Meine Damen und Herren, insofern glaube ich, ist diese neue Rolle, in der wir uns befinden, voller Chancen. Ich habe die Opposition nie als sehr erstrebenswert angesehen, aber sie wirkt offenbar erfrischend, und wir sollen diese Chance nutzen.

Präsident Dr. Stoltenberg: Es spricht jetzt Herr Teufel aus Württemberg-Hohenzollern, und ihm folgt Herr Dr. Schwarz-Schilling aus Hessen.

Erwin Teufel: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Der neue Bundesvorsitzende der Jungen Union, Herr Echternach, hat sich auf dem Deutschlandtag der Jungen Union und heute morgen hier in der Diskussion mit einem Artikel des Generalsekretärs der CDU in der „Politischen Meinung" über unser Demokratieverständnis auseinandergesetzt. Wenn ich die Dinge richtig sehe, dann wollte der Generalsekretär nicht einen Beitrag zum Demokratieverständnis der CDU liefern, sondern er wollte sich vom Demokratieverständnis des Godesberger Programmes absetzen, wie es der Bundeskanzler Brandt neuestens wieder vertreten hat. Zwischen dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und dem CDU-Generalsekretär Dr. Heck geht seit einigen Monaten eine grundlegende Auseinandersetzung um das Demokratieverständnis in unserem Land. Das ist eine sehr wichtige Auseinandersetzung, an der sich die ganze Union beteiligen muß. Ganz sicher dürfen wir den Demokratiebegriff nicht statisch sehen. Ganz sicher muß der Staatsbegriff Demokratie auch für Teilbereiche der Gesellschaft gelten. Genauso sicher scheint es mir aber zu sein, daß der Demokratiebegriff nicht zum Gesellschaftsprinzip schlechthin werden darf und für alle Teilbereiche der Gesellschaft gelten kann. Prof. Götz Briefs hat diese Auffassung schon vor einigen Jahren als Demokratismus bezeichnet. Ganz sicher, sage ich, dürfen wir den Demokratiebegriff nicht statisch sehen. Aber genauso sicher wird sich die Union nicht den Demokratiebegriff der Sozialdemokraten zu eigen machen können. Für die SPD heißt Demokratisierung nach ihrem Godesberger Programm sehr oft Sozialisierung. Für die Sozialdemokraten bedeutet Demokratie ein Prinzip, das alles gesellschaftliche Sein der Menschen beeinflussen und durchdringen muß. Im Godesberger Programm steht der Satz, ich zitiere wörtlich: „Die Demokratie wird durch den Sozialismus erfüllt."

Das ist nicht unser Demokratieverständnis, meine Damen und Herren. Und wir sollten unserem Generalsekretär dankbar sein, daß er als einer der ersten diese grundlegende Differenz erkannt hat und eine grundlegende, ernsthafte Auseinandersetzung eingeleitet hat. Er hat es nämlich schon 1959 in einer Auseinandersetzung mit dem Godesberger Programm in der „Politisch-Sozialen Korrespondenz" damals getan. Auch innerhalb unserer eigenen Partei müssen

wir in einer ernsthaften Diskussion unser Demokratieverständnis diskutieren und artikulieren. Parteitage der CDU und Deutschlandtage der Jungen Union sind aber wohl nach meiner Meinung nicht das geeignete Forum, um das Nachdenken über diese wichtige Frage zu beginnen oder voranzubringen. Deshalb habe ich es nicht ganz verstanden, daß der neue Bundesvorsitzende der Jungen Union seine Antrittsrede dazu benutzte, um gegen die Darlegungen von Generalsekretär Dr. Heck in der „Politischen Meinung" zu polemisieren. Wir sollten innerhalb der CDU und innerhalb der Jungen Union zuerst daran denken, den Demokratiebegriff weiter zu entwickeln, ihn vom Demokratieverständnis der SPD und des Godesberger Programms abzusetzen und ein modernes Demokratieverständnis zu artikulieren. Damit ist gerade erst begonnen worden, und ich möchte den Generalsekretär und alle Parteifreunde ermuntern, diese Überlegungen innerhalb der Partei fortzusetzen und dann erst vor Parteitagen und Deutschlandtagen fertige Meinungen zu diesem Thema vorzutragen.

Präsident Dr. Stoltenberg: Meine Damen und Herren. Dieser Beitrag hat doch ein sehr wichtiges Thema angesprochen, das ja auch, wie gesagt wurde, zwischen uns erörtert wurde. Ich glaube, wir sollten deshalb doch ruhig hier die Diskussion fortsetzen. Denn dies ist ja ein Forum der Diskussion und nicht nur ein Forum, um fertige Ergebnisse zu hören. Ich schlage deshalb vor, daß wir die beiden hier zitierten Parteifreunde, zunächst einmal den etwas kritisierten Herrn Echternach und dann den Generalsekretär bitten, unabhängig von der Reihenfolge der anderen Redner, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Darf ich zuerst Herrn Echternach bitten und dann Herrn Dr. Heck.

Jürgen Echternach: Meine Damen und Herren. Ich begrüße diese Diskussion, weil sie uns die Möglichkeit gibt, hier zu entscheidenden Fragen unserer Strukturpolitik und unseres Verständnis von Staat und Gesellschaft und ihrer Struktur etwas auszusagen. Ich bin offenbar mit meiner Rede in Hamm nicht ganz richtig zitiert worden. Deswegen möchte ich noch einmal hier einen Satz wiederholen, den ich bereits in Hamm gesagt habe. Ich verstehe unter Demokratie in der Gesellschaft nicht die schematische Übertragung staatlicher Strukturen auf jede gesellschaftliche Institution und nicht einen Kampf gegen jede Macht, gegen jede Autorität in jeder gesellschaftlichen Institution. Ich habe mich allerdings gegen Aussagen gewandt, die sie in jenem Grundartikel des Generalsekretärs enthalten waren, nämlich: „Wir warnen vor einer Demokratisierung der Gesellschaft" und „Demokratisierung der Gesellschaft führt zum Verlust der Freiheit". Hier werden in der Tat Auffassungsunterschiede sichtbar werden, die ausgetragen werden müssen. Dazu noch zwei kurze Bemerkungen. 1. ist die Trennung von Staat und Gesellschaft historisch überholt. In unserer Zeit ist, wie Prof. Hättich einmal formuliert hat, der Staat nur eine Organisationsform der Gesellschaft. Staat und Gesellschaft sind ineinander verzahnt. Zum anderen spricht aus dieser zitierten Auffassung ein zu eingegrenztes, ein zu formales Verständnis der Demokratie. Eingegrenzt deswegen, weil es nach dieser Auffassung möglich erscheint, den Staat künstlich von der Gesellschaft zu lösen und nur den Staat demokratisch zu strukturieren. Aus ihr spricht auch nur ein sehr formales Verständnis der Demokratie. Demokratie meint mehr. Sie meint auch ein inhaltliches, ein gesellschaftliches Ziel.

Die Demokratie erfährt dadurch auch in dieser Hinsicht eine inhaltliche Festlegung. Ich glaube aber auch, daß es etwas unfair ist, meine Auffassung zu identifizieren etwa mit den Auffassungen der Sozialdemokraten, mit denen wir nichts gemein haben. Auch das habe ich in meiner Hammer Rede ausdrücklich gesagt. Die Sozialdemokraten wollen durch die Verquickung des Demokratiebegriffs mit dem des Sozialismus doch im Grunde nur verstaubte ideologische Vorstellungen in den politischen und den gesellschaftlichen Bereich einführen. Das ist sicher nicht unsere Auffassung, sondern unsere Auffassung ist die, daß wir nicht resignieren wollen vor den erstarrten Strukturen in den gesellschaftlichen Institutionen, daß wir sie überwinden wollen und daß wir deswegen unter Demokratie in der Gesellschaft drei Dinge verstehen und hier darf ich wörtlich das wiederholen, was ich auf dem Hammer Deutschlandtag der Jungen Union gesagt habe: Es gilt, bei der Weiterentwicklung der Demokratie in den gesellschaftlichen Raum hinein drei Prinzipien zu verwirklichen. Es gilt 1. die Macht, wo immer sie auftritt, zu kontrollieren und ihren Mißbrauch zu verhindern. Es gilt 2. die Entscheidungsvorgänge in den Herrschaftssystemen für die Betroffenen verständlich und durchsichtig zu machen und es geht 3. darum, den einzelnen an den Dingen, die ihn unmittelbar berühren, mitwirken zu lassen, ihm jedenfalls dazu die Chance zu geben.

Ich darf noch ergänzend sagen, meine Damen und Herren: Unsere Demokratie ist auf Sand gebaut, solange sie nicht abgesichert ist, auch durch eine breite demokratische Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Machtstrukturen. Wir laufen sonst Gefahr, daß unser Staat einmal in einer Krisensituation an dem Gegensatz zerbricht zwischen der Demokratie im staatlichen Bereich, und einer ganz anderen Struktur, der Organisationen im gesellschaftlichen Raum.

Im übrigen hat unser Grundgesetz eine klare Grundentscheidung für die Demokratie getroffen. Dieses Grundgesetz können wir nicht nur als historisches Dokument verstehen, sondern als einen Auftrag, eine Grundentscheidung unserer Verfassung, die für alle Bereiche unseres politischen Lebens gilt und damit auch für den gesellschaftlichen Raum. Vielen Dank.

Präsident Dr. Stoltenberg: Ich darf jetzt Herrn Dr. Heck bitten zu sprechen.

Dr. Heck: Herr Präsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Freunde. Die Tatsache, daß zwei jüngere Freunde meine Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden der SPD, mit Herrn Brandt, offensichtlich verschieden interpretiert, verschieden verstanden haben, läßt den Schluß zu, daß ich mich offensichtlich nicht eindeutig genug geäußert habe. Diese Auseinandersetzung geht im übrigen auf eine Frage zurück, die mir in einer Fernsehsendung, in der „Wessel-Runde" gestellt worden ist, nämlich auf die Frage, wie die CDU zur Demokratisierung der Gesellschaft stehe. Ich habe damals die Antwort gegeben, wir würden in der Demokratie ein Organisationsprinzip des Staates sehen, das man nicht in gleicher Weise auf die Gesellschaft übertragen könne. Herr Brandt hat diesen Satz nun aufgegriffen und zum Anlaß einer Auseinandersetzung mit mir gemacht. Er hat allerdings im Zitieren die Emser Depeschenmanier angewandt und die drei Worte „in gleicher Weise" weggelassen. Nun muß ich sagen, die Aussagen, die Demokratie sei ein Organisationsprinzip des Staates, das man nicht „in gleicher Weise" auf die Gesellschaft anwenden

könne und die Aussage, die Demokratie sei ein Organisationsprinzip des Staates das man nicht auf die Gesellschaft anwenden könne, sie sind grundverschieden. Herr Brandt ist von mir in einem Brief auf diesen Irrtum aufmerksam gemacht worden, und da ich den damaligen Parteivorsitzenden einer Koalitionspartei nicht nach dem Pressegesetz zu Berichtigung zwingen wollte, habe ich ihm anheim gestellt, er möchte doch das bei Gelegenheit richtigstellen. Er hat das lediglich in der Weise beherzigt, daß er während des Wahlkampfs die Dinge noch etwas mehr vereinfacht hat. Im Wahlkampf sagte er nämlich, der Generalsekretär der CDU habe erklärt Demokratie sei gut für den Staat und schlecht für die Gesellschaft. Das ist ein Beispiel dafür, wie Herr Brandt es mit seinem schönen moralischen Postulat hält, unser Volk habe ein Recht auf Wahrhaftigkeit.

Meine Damen und Herren, ich widerspreche meinem Freund Teufel in einem Punkt. Ich glaube nicht, daß man die Ausführungen von Herrn Echternach als eine Polemik gegen den Generalsekretär auffassen sollte. Aber ich muß Herrn Echternach folgendes sagen. Er weiß sicher so gut wie ich, daß es in der deutschen Sprache derzeit drei Interpretationen des Begriffs „Demokratisierung" gibt. Einen Begriff benützt die APO ganz konsequent und ich muß sagen, die APO und der SDS sind logisch und konsequent, das ganze endet am Schluß im Rätesystem. Es gibt eine zweite Interpretation des Begriffes, wie er in unseren Reihen im Schwange ist, das deckt sich so in etwa mit dem, was Herr Echternach hier ausgeführt hat, nämlich die Anwendung des demokratischen Ethos im Bereich der Gesellschaft. Es gibt aber auch eine dritte Interpretation dieses Begriffes, und diese dritte Interpretation finde ich bei den Sozialdemokraten. Und mein Artikel hatte in der Tat keinen anderen Zweck, wie mich mit diesem Demokratisierungsbegriff der Sozialdemokraten auseinanderzusetzen. Und hier muß ich in der Tat davon ausgehen, meine Damen und Herren, daß eben im Godesberger Grundsatzprogramm der Satz steht, Sozialismus werde durch Demokratie verwirklicht und Demokratie durch Sozialismus erfüllt. Wenn Demokratie durch Sozialismus erfüllt wird, dann kann doch der Prozeß der Demokratisierung, die Demokratisierung gar nichts anderes meinen, als die Demokratie mit Sozialismus zu erfüllen. Und genau dagegen habe ich mich gewandt. Alle meine Aussagen, was die Folgen dieser Demokratisierung sein könnten, bezogen sich ausschließlich auf diesen sozialdemokratischen Begriff der Demokratisierung. Im übrigen meine Damen und Herren, glaube ich, daß ich einen gewissen Erfolg erzielt habe. Als nämlich im letzten Spiegel-Interview die Spiegeljournalisten den Herrn Brandt in dieser Frage in die Klemme gebracht haben, da zog er sich aus der Affäre, indem er sagte, ja, er beziehe die Sache zunächst auf den Staat und was er dann zum Thema „Demokratisierung" sagte, war nicht mehr und nicht weniger, als daß es ihm darum gehe, das politische Geschehen transparent zu machen und den Sachverstand der Gesellschaft für die staatlichen Entscheidungen heranzuziehen. In der Regierungserklärung, meine Damen und Herren, hat Herr Brandt von Demokratisierung nicht mehr gesprochen, sondern nur noch von mehr Demokratie. Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren, daß wir diese Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten zu Ende führen müssen, daß wir sie hier nicht auslassen sollten. Ich glaube nicht, daß es ein guter Rat für

den Generalsekretär ist, zu empfehlen, er solle sich künftig einer solchen Diskussion nicht stellen, sondern abwarten bis ein Parteitag darüber sich eine Meinung gebildet habe. Danke schön.

Präsident Dr. Stoltenberg: Meine Damen und Herren, ich habe zu diesem Thema, das auch sichtbar die Aufmerksamkeit des Parteitages gefunden hat, noch zwei besondere Wortmeldungen. Ich darf zunächst Herrn Dr. Schwarz-Schilling fragen, der an sich an der Reihe war, ob er auch zu diesem Themenkreis sprechen wollte.

Dann darf ich zunächst Herrn Ministerpräsidenten Dr. Lemke und Herrn Benda das Wort geben.

Dr. Lemke: Meine Freunde, einige Sätze zu diesem sehr wichtigen Thema. Ich meine wirklich, hier muß man Farbe bekennen: die Gesellschaft gliedert sich in den einzelnen und in Gruppen. Der Staat ist eben nicht eine Gruppe der Gesellschaft, etwa die Gruppe der Machthaber. Der Staat ist vielmehr die allumfassende Machtorganisation der Gesamtgesellschaft. Und aus dem Grunde heraus muß man bei der Forderung nach Demokratisierung sehr wohl unterscheiden, ob man im Staate demokratisieren will oder in Gruppen der Gesellschaft.

Präsident Dr. Stoltenberg: Als nächsten Herrn Benda.

Ernst Benda: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, erstens weil ich der Meinung bin, daß wir an einem sehr wichtigen Punkt für unsere Diskussion sind, ich möchte auch meinem Freunde Teufel darin nicht zustimmen, daß er meint – wenn ich ihn richtig verstanden habe – diese Diskussion gehöre nicht auf den Parteitag. Daß wir heute diese wichtige und vielschichtige Frage nicht durchdiskutieren können, ist selbstverständlich. Und ich kann jetzt auch nur ganz knapp in Thesen in aller Kürze dieses hier improvisiert sagen.

Zweitens habe ich mich gemeldet, weil ich doch voller Sorge bin, daß etwas, was an sich doch selbstverständliches Gedankengut von uns allen ist, hier den Anschein erwecken könnte, als ob es von irgend jemandem in Frage gestellt worden wäre. Daß wir alle der Auffassung sind, daß wir nicht nur in einem demokratischen Staat, sondern auch in einer demokratischen Gesellschaft leben wollen, halte ich auch zwischen den Parteifreunden, die sich bisher geäußert haben – das schließt den Generalsekretär ebenso wie unseren Freund Echternach ein – für eine blanke Selbstverständlichkeit.

Wir müssen uns nur, glaube ich, und das wollte ich im wesentlichen sagen, vor den vereinfachten Gleichungen hüten, die hier gekommen sind. Daß die Formel Demokratie gleich Sozialismus, wie sie die SPD propagiert, falsch ist, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden, nachdem was bereits gesagt worden ist. Niemand wird, glaube ich, diese falsche Gleichung von hieraus übernehmen wollen.

Ich möchte unserem Freunde Dr. Heck sagen, daß ich doch erhebliche Vorbehalte habe, so in der vereinfachten Form, wie er es getan hat, zu sagen, die Demokratie im staatlichen Bereich, dies sei – wenn ich die Worte richtig

verstanden habe – eben die Frage der Organisationsform des Staates. Selbstverständlich folgt aus dem Bekenntnis einer Gesellschaft und einer Staatsordnung zur Demokratie, insbesondere einer parlamentarischen Demokratie, eine Reihe von organisatorischen Fragen. Selbstverständlich kann insoweit Demokratie nicht Rätedemokratie bedeuten, sondern eine parlamentarische Demokratie wird man im wesentlichen so organisieren müssen, wie sie etwa im Grundgesetz organisiert worden ist: aber auch dieses ist nur ein Teil der Organisation und damit bei weitem nicht der wichtigste Teil des Demokratieproblems. Und auch die letzte Gleichung, die Freund Echternach nicht gebraucht hat, die ihm aber etwa unterstellt wurde, halte ich für problematisch: Demokratie gleichzusetzen mit einem ethischen Prinzip. Meine Freunde, selbstverständlich bedeutet das Bekenntnis zur Demokratie auch das Bekenntnis zu ethischen Prinzipien. Niemand weiß das wohl besser als diese unsere Christlich Demokratische Union. Insofern glaube ich nicht, daß man unterscheiden kann zwischen der Forderung der Demokratie im Staate einerseits und in der Gesellschaft andererseits.

Im wesentlichen bedeutet Demokratie die Chance der Mitverantwortung unserer Bürger, die mündige Bürger einer Demokratie sind. Die Mündigkeit der Bürger und das Ernstnehmen des einzelnen Bürgers scheint mir das wesentliche Kriterium zu sein, das eine Demokratie von einer Staats- und Gesellschaftsordnung unterscheidet, die sich nicht Demokratie nennen kann. Ich meine, hierauf würde es bisher wie in der Zukunft ankommen.

Präsident Dr. Stoltenberg: Vielen Dank! Als nächstem darf ich Herrn Dr. Schwarz-Schilling das Wort geben.

Dr. Schwarz-Schilling: Herr Präsident, Herr Vorsitzender, liebe Parteifreunde, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte ganz betont an die eben geführte Diskussion anknüpfen und meinem Vorredner Recht geben, daß wir uns keinesfalls von unseren politischen Gegnern in die Ecke hineinstellen lassen dürfen: Die CDU ist nur für die Demokratie im Staat und nicht für die Demokratie in der Gesellschaft.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß diese Demokratie als staatliche Organisationsform nicht etwa nur ein formales Prinzip ist, sondern auf entsprechende Inhalte zurückzuführen ist, nämlich dem Inhalt des Rechtsstaates, der Freiheit und der Würde des einzelnen Menschen.

Und wenn wir diese Inhalte auch auf unsere gesellschaftlichen Bezüge übertragen, dann werden wir die Fortschrittlichkeit unserer Gesellschaft auch auf diesen anderen Bereichen voranbringen. Das ist nichts, hat nichts gemein mit dem Wort Demokratisierung, was als formales Prinzip des Staates auf die verschiedensten Bereiche der Gesellschaft nicht übertragbar ist. Ich glaube, wir können uns freuen, daß wir auf diesem Parteitag solche Fragen hier zu diskutieren in der Lage sind. Das ist die Chance eines Parteitages, bei dem es nicht um die Tagespolitik geht.

Und, meine Damen und Herren, ich glaube, wenn wir eine Kanzlerpartei wären und geblieben wären, dann würde uns auch nicht sichtbar, wie die lang-

fristigen Trends in dieser unserer Gesellschaft aussehen werden. Die langfristigen Trends, die überdeckt werden durch kurzfristige Wahlsiege, und die wir deswegen nicht ernsthaft genug bei uns ins Auge gefaßt haben. Ich möchte nicht über die vergangenen Dinge sprechen; ich möchte auch nicht darüber sprechen, wie das Wahlergebnis im einzelnen ausgesehen hat und wie man es hätte besser machen können. Wenn wir nur ein paar Prozent, kaum ein bis zwei Prozent dazu gewonnen hätten, würde diese Diskussion sowieso nicht geführt werden. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen eine nüchterne Analyse durchführen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß unser Programm, das wir im Jahre 1949 in der Schicksalsschwere der ersten Stunde entworfen haben, ein Programm war, das inhaltlich eine Wertordnung dargestellt hat, und nach dieser Wertordnung wurden auch die Sachbezüge geordnet. Und wenn wir die Entwicklung seit dieser Zeit verfolgen, dann müssen wir feststellen, daß im Laufe der Zeit die neuen Probleme zum Teil nicht erkannt, zum Teil zu spät erkannt, und dann vielfach nach Gruppeninteressen und nicht nach den Interessen der Wert- und Sachbezüge geregelt und gelöst worden sind. Und das, meine Damen und Herren, ist auch die Frage, die die junge Generation heute bewegt, daß die ältere Generation nicht in der Lage war, geistig diese Bezüge der Wertordnung und der Sachwerte, d. h. jetzt einer sachgebundenen Politik in diese neue Generation hineinzubringen.

Meine Damen und Herren, wir sprechen hier so viel von der Politik der künftigen Jahre. Ich glaube, es ist ein außerordentlich bemerkenswerter Umstand, daß eine grundlegende Ausarbeitung über diese Frage erschienen in der „Sonder"-Nummer 3 „Grundlagen zukünftiger Politik" von der jungen Generation, nämlich vom RCDS ausgearbeitet worden ist. Ich würde jedem empfehlen, dieses außerordentlich tiefschürfende und in allen Fragen sehr nachdenkliche Werk Sondernummer 3 nachzulesen. Meine Damen und Herren, wir können nicht auf die Dauer von der Vermögenspolitik nur sprechen und sie nicht durchführen. Wir können nicht auf die Dauer von der Industriegesellschaft, der Technik und den Leuten an den Computern sprechen, und genau diese Kräfte, die diesen Fortschritt tragen, außerhalb des Selbstverständnisses unserer Partei lassen.

Meine Damen und Herren, der Verlust ganzer Bevölkerungsgruppen als engagierte Wähler und als engagierte in der Politik ist bei der CDU latent vorhanden. Nicht nur die Jugend, auch die Intelligenz wünscht nicht nur vordergründige Lösungen, sondern durchgängige Lösungen. Die Mittelschicht mit den Städten und in den Ballungszentren, meine Damen und Herren, sind Schichten, die mit Intelligenz und kritischem Sachverstand überzeugt werden müssen, nicht mehr durch einfache Losungen der vergangenen Zeiten.

Lassen Sie mich deshalb kurz sagen, was meiner Auffassung nach künftig zu tun ist.

1. Unsere Programmatik muß wieder primär wert- und sachorientiert werden. Interessen, die richtig sind und die in unserem Staate vertreten werden müssen, müssen durch den Filter einer Wertordnung und der Sachorientiertheit. Und dazu, meine Damen und Herren, hat unser Landesverband, was die Sach-

bezüge angeht, entsprechende Anträge gestellt zum Städtebauförderungsgesetz, zum Beteiligungslohn, zur Betriebsverfassung und zu einer entsprechenden wissenschaftlichen Entscheidungshilfe auf allen Gebieten der Gesellschaftspolitik. Aber es fehlt uns auch die neue Form der Ansprache der neuen Wählergruppen. Wir können nicht nur die Programmatik aufstellen, sondern wir müssen in der Sprache unserer Zeit durch Information und Sachkenntnis diese neuen Mittelschichten überzeugen. Und wir dürfen dabei nicht auf dem Kriegsfuß mit den Massenmedien bleiben.

Meine Damen und Herren, es kommt noch ein weiteres hinzu. Wir brauchen künftig eine glaubwürdige Mannschaft an der Spitze unserer Partei, eine Mannschaft, die im Teamgeist diese großen Aufgaben an der Zukunft glaubwürdig vertreten kann. Wir sind und dürfen keine Linkspartei werden, wir dürfen keine Rechtspartei werden, sondern wir müssen eine Partei der Mitte bleiben, offen für die neuen Entwicklungen. Und, meine Damen und Herren, Verständnis für die Probleme des kleinen Mannes, wobei dieser kleine Mann heute sehr viel intelligenter und sachbezogener ist als wir es oft geglaubt haben – sowohl in der Wirtschaftspolitik wie in der Kulturpolitik. Auch dann werden wir das Verständnis für die Verantwortung in den großen Fragen unserer Zeit bei der breiten Bevölkerungsschicht erhalten. Ich danke Ihnen.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank, Herr Schwarz-Schilling. Auch im zweiten Drittel der Diskussionsrunde gilt die Bitte meiner Vorgänger, die Bitte nach einer möglichst konzentrierten Diskussion. Wir haben noch 26 Wortmeldungen vorliegen. Ich selber werde mich bemühen, dieses Amt unparteiisch zu versehen. Als nächster hat das Wort Herr Stronk vom RCDS. Ihm folgt Herr Katzer, Rheinland.

Detlef Stronk: Meine Damen und Herren, das Erfreulichste für uns junge Leute an diesem Parteitag ist, daß wir hier nicht primär eine Denkmalspflege unserer eigenen Erfolge machen, sondern daß offensichtlich der Blick der CDU nach vorne gerichtet ist und offensichtlich wir uns mit dem Bauen und Planen für die Zukunft beschäftigen. Und es fiel hier das gewichtige Wort von der Zukunftsstrategie auch in der Rede des Generalsekretärs. Bloß leider wurde diese Zukunftsstrategie bisher nur auf dem Papier konzipiert. Wir müssen aber hier auf diesem Parteitag den Wegweiser für die Zukunftsstrategie schon konstruieren, schon schreinern und schon die Richtung und Zielrichtung festlegen. Ich möchte hier zwei konkrete Beispiele bringen auf den Gebieten, wo sich die Partei intensiver mit der Zukunftsforschung beschäftigen muß:

Das eine ist das Problem der Wissenschaft. Meine Damen und Herren, wir dürfen Wirtschaftspolitik zum Beispiel nicht mehr isoliert sehen, sondern im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Wer ernstzunehmende wissenschaftliche Prognosen über die Entwicklung der Gesellschaft liest, wird feststellen, daß folgende Trends uns erwarten:

1. Daß ein ganz gewaltiger Wechsel in der Berufsstruktur stattfinden wird. Viel mehr Menschen werden in Tertiärbereichen arbeiten, das heißt auf dem Dienstleistungs- und Gewerbesektor.

2. Die höhere Produktivität und der höhere Lebensstandard, der in immer stärkerem Maße in der Gesellschaft, in der modernen Industrie-Gesellschaft im Wachsen sein wird, wird den Menschen größere Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung ihres Lebens geben.

3. Die ständige Arbeitszeitverkürzung, die nach Berechnungen von Wissenschaftlern von 40 auf 36 und auf 32 Stunden in der Zukunft gehen wird, und die Vergrößerung des Urlaubs, der von 4 Wochen auf 6 Wochen, 8 Wochen bis auf 12 Wochen im Jahr gehen wird, wird allen Mitgliedern der Gesellschaft eine größere Freizeit geben, mehr Möglichkeiten, sich selbst zu entwickeln. Meine Damen und Herren, hier muß die Politik entscheidend ansetzen.

Hier muß sie nämlich Bahnen und Geleise für eine Gesellschaft schaffen, wo der einzelne tatsächlich sich individuell selbst entwickeln kann. Das heißt, wir müssen eine Politik des konkreten Humanismus betreiben. Und es ist notwendig hierfür, daß wir den Sachverband von Wissenschaftlern und Gelehrten gewinnen. Meine Damen und Herren, das viel berufene Image der CDU der Intellektuellenfeindlichkeit rührt nicht zuletzt daher, daß wir zuwenig von Wissenschaftlern und Soziologen, Psychologen und den unpopulären Politologen beraten werden. Wir müssen nicht-marxistische Wissenschaftler, die heute teilweise einen verzweifelten Kampf an den Universitäten führen, stärker für die CDU gewinnen, stärker heranziehen. Und bereits auf dem nächsten Parteitag, und das ist ein Appell an die jetzige Parteiführung, bereits auf dem nächsten Parteitag müssen zur Vorbereitung Wissenschaftler auf diesen ganzen Gebieten herangezogen werden und Programme für uns mitarbeiten, so daß wir als CDU an der Spitze der gesellschaftlichen Entwicklung stehen und nicht auf andere reagieren müssen, sondern die anderen auf uns reagieren müssen. Und ein zweiter Punkt, der heute schon sehr häufig angesprochen wurde, das ist unser Verhältnis zur Jugend. Meine Damen und Herren, was erwartet die Jugend von einer demokratischen Partei?

Erstens: Aufgeschlossenheit für ihre Probleme. Wir müssen von der neuen Parteiführung verlangen, daß sie stärker als bisher an die Zentren der Probleme der Jugend hingeht, das heißt, daß unsere Politiker stärker an die Schulen und an die Hochschulen gehen, sich der Diskussion stellen, Farbe bekennen und zeigen, daß sie der Jugend etwas zu bieten haben. Denn nur so können wir die Jugend gewinnen.

Das zweite Beispiel, was die Jugend von einer demokratischen Partei erwartet, das sind die Chancen und die Möglichkeiten zur echten Mitverantwortung. Ich darf hier zwei positive Beispiele sagen: Einmal bei der SPD; der Oberbürgermeister von München, Jochen Vogel, ist mit 32 Jahren Oberbürgermeister Münchens geworden und er ist an dieser Aufgabe ungeheuer gewachsen. Und das Beispiel in der CDU, heute schon vormittags viel beklatscht: Rinsche als Oberbürgermeister in Hamm hat die Partei um 8 % vorwärts gebracht als junger und als energischer Mann, der zukunftsbezogen ist. Und das ist tatsächlich die Chance für das neue Bild der CDU gegenüber der Jugend. Daß jungen Leuten die Chance gegeben wird, sich zu bewähren und mitzuwirken. Und daß Kritik, die von der Jugend artikuliert wird, in der Tat

nicht als Störung, sondern als ein Anspruch für eine bessere Leistung empfunden wird.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank Herr Stronk für diesen Diskussionsbeitrag. Als nächster spricht Hans Katzer.

Hans Katzer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Herr Kollege Schwarz-Schilling hat vorhin hier gesagt, und ich fürchte, er hatte Recht mit seinem Hinweis, wenn wir 1 oder 2 % mehr gewonnen hätten, dann hätten wir heute hier nicht diesen Parteitag der Diskussion, sondern allenfalls wieder einen Parteitag der Deklamation. Meine Damen und Herren, genau das war aber doch der Fehler der Vergangenheit, daß wir schon in der letzten Bundestagswahl unseren Abstand zur Sozialdemokratie immer mehr verringert haben, daß wir aber in der Regierung blieben und damit nicht gemerkt haben, daß wir insgesamt einen Schwund feststellen mußten. Deshalb glaube ich, sollten wir erst einmal froh darüber sein, daß wir aus dem Wahlergebnis gelernt haben, und der bisherige Ablauf des Parteitages zeigt es, daß wir dabei sind, weiterzulernen. Dabei scheint es mir unerheblich zu sein, ob wir uns unseren künftigen Weg als Reformpolitik oder als Politik der Erneuerung bezeichnen.

Entscheidend ist, was Herr Simon vom RCDS angesprochen hat, und ich möchte mit wenigen Sätzen verdeutlichen: Ich glaube, meine Freunde, die großen Fragen der Gesellschaftspolitik, in denen die Union groß geworden ist, in denen wir Beispielhaftes geleistet haben, Familie, Eigentum, Betriebsverfassung, Unternehmensrecht, soziale Sicherung – hier liegen die Ansatzpunkte für die Fortführung unserer Politik in die Zukunft. Und lassen Sie mich hier sagen, meine Freunde, das Gebot der Stunde für jeden, der es mit dieser Union gut meint, heißt, so meine ich, wir sollten auch dies eine gelernt haben: Wir sollten weniger übereinander reden, als miteinander sprechen und Lösungen für diese gesellschaftliche Frage zu suchen. Ich bin es fast leid, in diesem Zusammenhang noch darauf hinzuweisen, aber leider zeigt es sich notwendig in diesem Augenblick. Daß wir doch bitte, und ich würde gerade unsere Freunde vom RCDS bitten, das auch in ihre Diskussion mit hineinzunehmen, wenn wir von Bildungspolitik in Deutschland sprechen, wir nicht nur an unsere Hochschulen denken dürfen, sondern den Bereich der beruflichen Bildung und Ausbildung genauso anzusprechen haben wie den Bereich der Hochschulpolitik. Ich sagte, meine Freunde, wir werden den sozial-wirtschaftlichen Dialog intern schärfer führen müssen als bisher. Wir haben ein erstes Gespräch mit den Herren des Wirtschaftsausschusses gehabt. Die Organisationsstruktur muß entsprechend den Berliner Parteitagsbeschlüssen geändert werden, das ist übereinstimmende Auffassung. Aber darüber hinaus, meine Freunde, gilt es in der Tat, daß wir die Modernität, die wir 1945 besessen haben, auch heute besitzen und daß wir gemeinsam die Lösungen anstreben, die in der Eigentums- und in der Mitbestimmungsdiskussion unerläßlich sind, dann wird uns diese Union 1973 wieder an der Spitze und an der Führung sehen. Aber auch nur dann, meine Freunde, wenn uns diese Kraftanstrengung gelingt. Lassen Sie mich ein letztes Wort in diesen wenigen Minuten, die einem gegeben sind, noch sagen. Ich habe die Sorge, daß die neue Bundesregierung in der Sozialpolitik eine entscheidende Weichenänderung vollzieht.

Wir haben uns mühsam durchgerungen, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik als Einheit zu sehen. Wenn ich jetzt sehe, wie mit Versprechungen, 100 Mark, 50 Mark Weihnachtsgeld gehandelt wird, übrigens Versprechungen, die bittere Enttäuschung bei 9 Millionen Rentnern hervorgerufen haben. Und davor sollte man sich, weiß Gott, hüten. Wenn ich weitere Probleme der Rentenversicherung sehe, meine Freunde, darüber kann man alles miteinander sehen, variable Altersgrenze, Einbeziehung der Selbständigen in die Rentenversicherung, Hausfrauenrente. Darüber kann man alles miteinander reden, aber nicht losgelöst von der Finanzierungsfrage, sondern die Frage muß beantwortet werden, wer bezahlt diese Leistungen, die wir gewähren wollen. Lassen Sie mich zum Schluß noch dies sagen, ich glaube, wir sind mit dem, was wir bisher gehört haben, in dem Referat des Generalsekretärs und in der Diskussion, auf dem richtigen Wege. Ich habe nur die eine sehr herzliche Bitte auch an den Generalsekretär der Partei, daß das, was wir hier beschließen, so wie es sich geformt hat, in die deutsche Öffentlichkeit hineingetragen wird. Das haben wir nach Berlin leider nicht verstanden. Das muß, glaube ich, besser werden.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank für diesen sehr leidenschaftlichen Diskussionsbeitrag. Als nächster spricht Herr Dregger aus Hessen, ihm folgt Herr Vogt aus dem Rheinland, darauf Frau Wex – ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen.

Dr. Dregger: Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren, lassen Sie mich etwas zu den Aufgaben sagen, die wir alle miteinander – wenn auch in verteilten Rollen – erfüllen müssen, wenn die Union bald in die Regierung zurückkehren und wenn ihre Führungsposition langfristig gesichert werden soll. Ich glaube, daß eine solche nüchterne Analyse auf einem Parteitag dieser Art am Platze ist.

Wir müssen erstens im Bundestag eine wirkungsvolle und überzeugende Opposition aufbauen; das wird sicher gelingen. Diese Fraktion ist zahlenmäßig stark, hat erfahrene Parlamentarier und gute Nachwuchskräfte. Sie wird offenbar gut geführt, und der Auftakt der Opposition berechtigt zu Hoffnungen.

Die zweite Aufgabe wird schon schwieriger zu erfüllen sein, nämlich die Kommunal- und Landtagswahlen des nächsten Jahres zu gewinnen. Eine noch so wirkungsvolle Opposition im Bundestag wird die Mini-Koalition nicht zum Einsturz bringen, wenn nicht zuvor die Wähler selbst den Parteien dieser Mini-Koalition in den kommenden Wahlen Niederlagen bereiten. Die Kommunal- und Landtagswahlen des nächsten Jahres haben daher nicht nur regionale, sondern nationale Bedeutung. Wir müssen daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß wir Landes- und Kommunalpolitik nicht weiterhin unterbewerten, daß wir auch einmal bereit sind, qualifizierte Bundestagsabgeordnete dann in der Landes- und Kommunalpolitik einzusetzen, wenn es das Parteiinteresse erfordert. Wir werden diese Landtags-Wahlkämpfe nur gegen *einen* Gegner führen können – gegen die SPD. Der FDP werden wir nur mittelbar Wähler abwerben können, was um so leichter möglich ist, je mehr sich die FDP des Herrn Scheel mit der SPD des Herrn Brandt liiert. Die Existenz der FDP grundsätzlich infrage zu stellen, etwa durch das Gespenst der Wahlrechtsreform, dürfte nicht klug sein, meine Damen und Herren, denn das würde nur die Mini-Koalition in Bonn festigen und die Koalitionen von

CDU und FDP in den Ländern und Gemeinden gefährden, in denen wir sie brauchen.

Die dritte Aufgabe, meine Damen und Herren, besteht darin, den langfristigen Fehlentwicklungen zu begegnen, die sich nun schon seit einem Jahrzehnt in der Union vollziehen und denen wir auch dann hätten begegnen müssen, wenn wir die absolute Mehrheit gewonnen hätten oder wieder die Regierung hätten bilden können. Diese langfristigen Fehlentwicklungen drücken sich aus in Positionsverschlechterungen, in permanenten Positionsverschlechterungen der CDU in der öffentlichen Meinung, bei der Jugend und bei der städtischen Bevölkerung. Die Folgen dieser Fehlentwicklungen ausgerechnet denen anzulasten, die für den Ausgang der letzten Bundestagswahl besondere Verantwortung trugen, ist sicherlich ungerecht. Denn es ist ja eine langfristige Fehlentwicklung. Im Gegenteil: ihre Leistung besteht gerade darin, die Partei trotz dieser Fehlentwicklungen noch zu einem relativ günstigen Wahlergebnis geführt zu haben. Diesen Fehlentwicklungen zu begegnen, meine Damen und Herren, ist allerdings eine Existenzfrage der Union. Diesen Fehlentwicklungen zu begegnen, muß daher der wichtigste Auftrag dieses Parteitages an das neue Präsidium und an den neuen Bundesvorstand sein.

Für jede dieser Aufgaben muß eine langfristige und umfassende Strategie entwickelt werden. Für jede dieser Aufgaben muß ein Spitzenpolitiker der Union – am besten im Präsidium – neben der Gesamtverantwortung eine besondere Verantwortung tragen und ihm muß in einer leistungsfähigen Bundesgeschäftsstelle ein qualifizierter Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden. Diese Strategien dann zu verwirklichen, wird allerdings Aufgabe aller sein. Meine Damen und Herren, wenn wir überlegen, daß diese drei Aufgaben in einem inneren Zusammenhang stehen, daß die Vertreter der öffentlichen Meinung Bestandteil der städtischen Bevölkerung sind und daß die Jugend – auch soweit sie auf dem Lande lebt – keine Politik unterstützen wird, die stadtfremd ist, dann muß der Wählertrend in den Städten besorgniserrregend wirken.

Aber dieser Auszug der Union aus den Städten, meine Freunde, ist kein Naturgesetz. Die Christlich Demokratische Union war im ersten Nachkriegs-Jahrzehnt auch eine Stadtpartei. Als ich vor neun Jahren in das Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt wurde, saßen dort noch – von der CDU gestellt – die Oberbürgermeister von Köln und von Augsburg, der Oberstadtdirektor von Düsseldorf, unser Parteifreund Dr. Hensel, der heute hier ist, und im Haupt-Ausschuß saßen die Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren von Remscheid, von Wuppertal, von Heidelberg, von Freiburg, von Regensburg, von Gießen und von vielen anderen Städten. Damals CDU-Mehrheiten – heute an die SPD verlorengegangen. Meine Damen und Herren, diese Entwicklung haben viele unserer Parteifreunde erst dann zur Kenntnis genommen, als sie in diesen Städten auch die Bundestagswahlen verloren. Aber das war nur die letzte Phase einer Entwicklung, die bereits vor zehn Jahren mit dem Verlust der kommunalen Mehrheiten eingesetzt hatte. Wenn das so ist, dann ist auch die Rückkehr in diese Städte möglich, wenn wir eine entsprechende Politik machen.

Und dazu einige wenige Hinweise! Wenn wir schon Emotionen hier investieren, dann dürfen es keine feindlichen sein. Wer die große Stadt als Sündenpfuhl, weite Teile der Jugend als verkommen und öffentliche Meinungsmacher als Windbeutel berachtet, ist wenig geeignet, die Position der CDU in diesen Bereichen zu verbessern. Im übrigen sollten wir etwas weniger an Emotionen, etwas mehr an rationaler Politik in diesen Bereichen investieren. Wir dürfen die Eigenheim-Ideologie z. B. nicht absolut setzen, obwohl ihr Kern vollberechtigt ist und viele Bürger auch der Städte ein Eigenheim haben möchten. Aber wir müssen erkennen, daß sowohl städtebauliche Erfordernisse wie auch das Interesse der Beteiligten dieser Eigenheimentwicklung Grenzen setzen, und Menschen, die in Hochhäusern leben, sind politisch und moralisch von nicht geringerer Qualität als diejenigen, die ein Eigenheim besitzen.

Oder wenn wir die Belange des selbständigen Mittelstandes mit Recht mit Nachdruck vertreten, dürfen wir nicht übersehen, daß es daneben einen unselbständigen Mittelstand gibt, eine breite Intelligenzschicht, Führungskräfte aller Stufen und gerade Fachleute, freie Berufe, die zahlenmäßig immer größer werden und die an Bedeutung und gesellschaftsprägender Kraft gewinnen. Diese Schicht, der es wirtschaftlich nicht schlecht geht, ist daran interessiert, daß politische Sachfragen rational und zweckmäßig entschieden werden. Sie ist auch an Fragen interessiert, die nicht Gruppeninteressen berühren, sondern das Allgemeininteresse. Ihr ist es nicht gleichgültig, in welchem Zustand sich die Schulen, die Universitäten und die Krankenhäuser befinden und ob die Verkehrsprobleme gelöst werden, unter denen sie täglich zu leiden haben. Sie interessieren sich damit auch für kommunale Fragen. Eine Gesellschaftspolitik, die nur auf das Grundinteresse abgestellt ist und nicht auf die Lösung dieser Fragen, die das Allgemeininteresse berühren, wird keine Erfolge haben, wie manche Wahlergebnisse der Vergangenheit zeigen.

Meine Parteifreunde, lassen Sie mich zum Abschluß meines kurzen Beitrages folgendes sagen: Wir müssen die Kommunalpolitik, insbesondere die städtische Kommunalpolitik, zum Gegenstand des Interesses der Gesamtpartei machen. Wir können diese Fragen nicht auf die KPV, auf eine Vereinigung der Partei, abschieben, die Beachtliches geleistet hat, insbesondere im ländlichen Bereich. Nein, diese Fragen müssen zum Gegenstand der Politik auch in den Führungsorganen der Bundespartei werden. Diese Union muß kommunalbewußter und stadtbewußter werden. Diese Union hat im letzten Jahrzehnt einem Mann geglichen, der auf dem Kopf stehen mußte, weil er in den Kommunen die Beine verloren hatte. Stellen wir diese Union wieder auf die Beine, um so eher wird sie auch wieder ihren Kopf erheben können. Ich danke Ihnen.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank, Herr Dr. Dregger. Ich muß die folgenden Diskussionsredner angesichts der Fülle der Wortmeldungen bitten, sich an die Redezeit von 5 Minuten in unser aller Interesse zu halten. Das Wort hat Herr Vogt. Ihm folgt Frau Wex, im Anschluß daran Herr Dr. Wörner. Ich würde auch die folgenden Redner bitten, sich in den vorderen Teil des Saales zu begeben. Auch hiermit können wir einen kleinen Rationalisierungseffekt erzielen. Bitte.

Wolfgang Vogt: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Der Bundesparteivorsitzende hat heute vormittag in seinem Referat ausgeführt, daß der CDU von

der fortschreitenden Industrialisierung nicht schlechthin Gefahr drohe, und er verwies auf das Wahlergebnis in Baden-Württemberg. Nun, meine Damen und Herren, wir können natürlich dem Landesverband Baden-Württemberg zu dem Wahlergebnis nur gratulieren. Aber, wir müssen auch beachten, unter welchen besonderen Bedingungen in Baden-Württemberg dieses Wahlergebnis, erzielt werden konnte. In Baden-Württemberg wie auch in anderen Teilen der Bundesrepublik gab es noch eine bürgerlich-konservative FDP als ein Wählerreservoir für die Christlich Demokratische Union. Dort aber, in Hamburg und Teilen Nordrhein-Westfalens, wo die FDP als eine links-liberale Partei angetreten ist, war für die Christlichen Demokraten von der FDP nichts mehr an Wählern zu holen. Unter diesem Gesichtspunkt muß das unterschiedliche Abschneiden der einzelnen Landesparteien betrachtet werden. Entscheidend für die Wahl 1969 scheint mir wenigstens zu sein – und das beweist auch das Wahlergebnis in Baden-Württemberg –, daß auch dort die SPD überduchschnittlich gewonnen hat, nämlich 3,6 % zu 3.4 % im Bundesgebiet.

Meine Damen und Herren, es ist im Verlauf dieser Diskussion schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Christlichen Demokraten insbesondere bei den neuen Mittelschichten Wähler verloren haben. Ich glaube aber, diese Tatsache muß doch etwas differenzierter betrachtet werden, daß nämlich insbesondere bei den neuen Mittelschichten die sozialen Mehrfachbindungen ausgeprägt sind. Sie haben einen hohen Informationsgrad, eine hohe berufliche Mobilität. Sie verursachen durch ihre berufliche Tätigkeit Wandel, und eine Partei, die in den Augen dieser Wähler als veraltet angesehen wird, diese Partei entspricht nicht ihrem eigenen Lebensgefühl.

Nun, meine Damen und Herren, nicht nur neue Mittelschichten sind den Christlichen Demokraten verloren gegangen, vielmehr zeigt das Wahlergebnis, daß die CDU/CSU auch bei den Frauen erhebliche Stimmenverluste hat hinnehmen müssen; gerade bei den Frauen, die ebenfalls in sozialen Mehrfachbindungen stehen. Diese Frauen, meine Damen und Herren, sprechen wir nicht mehr mit dem alten Kaffeekränzchen vor der Wahl an. Diese Frauen wollen von uns politisch als Bürgerinnen dieser Gesellschaft und dieses Staates angesprochen werden.

Wir wissen, meine Damen und Herren, um die langfristigen Trends. Die jungen Wähler werden 1973 zunehmen. Die Verdichtungsräume werden bis 1973 ansteigen. Die Bevölkerungsgruppen mit Mehrfachbindungen werden stärker werden. Deshalb ist es richtig, wenn gefordert wird, daß die Christlich Demokratische Union politisch neue Akzente setzen muß. Dabei gilt es einer Gefahr auszuweichen, der wir doch teilweise erlegen sind. Wir sollten die politischen Auseinandersetzungen nicht in einer neuen Weise ideologisieren. Selbstverständlich läßt sich eine Diskussion darüber führen, wie das Wort von der Demokratisierung verstanden werden kann oder auch verstanden werden muß. Aber wir sollten uns auch bewußt darüber sein, daß wir mit solch einer ideologischen Diskussion keinen Wähler zusätzlich zu den Christlichen Demokraten hinführen. Dennoch darf ich auf die Diskussion, auf die Kontroverse über die Demokratisierung zurückkommen, die wir vorhin geführt haben.

Meine Damen und Herren, es ist selbstverständlich richtig, daß man ein Prinzip in gleicher Weise auf andere Lebensbereiche ausdehnen kann, aber ich frage mich, wo das überhaupt möglich ist. Es kommt doch darauf an, den Grundgedanken der „Demokratisierung" aufzugreifen, nämlich das Streben der Bevölkerungsgruppen, an der Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung aktiv teilnehmen zu können. Dieses Streben müssen wir im gesellschaftlichen, im politischen Bereich fördern, genauso wie es von anderen Kräften im kirchlichen Bereich gefördert wird.

Meine Damen und Herren, es ist schon viel von notwendigen Reformen gesprochen worden. Es genügt jedoch nicht, nur allgemein Reformen zu predigen, vielmehr ist uns die Aufgabe gestellt, konkret zu sagen, wo die Reformen anzusetzen haben. Ich darf zu den Beispielen, die hier schon ausgeführt worden sind, noch einiges Wenige hinzufügen.

Sicherlich ist es richtig, ein neues Städtebauförderungsgesetz zu schaffen. Aber die entscheidende Frage ist, wie stellen wir uns zur Frage des Bodenrechts. Ohne hierauf eine eindeutige Antwort zu geben, bleiben wir nur in einer allgemeinen Reform-Diskussion stecken, und wir werden nicht konkret. Wir sollten uns auch fragen, wie wir in der Wirtschaftspolitik neue Akzente setzen können. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß der Gedanke der sozialen Marktwirtschaft von dieser Christlich Demokratischen Union in der Bundesrepublik durchgesetzt worden ist. Aber stehen wir denn heute nicht vor der Tatsache, daß uns etwa Professor Schiller in der Frage der Wettbewerbspolitik die Schau gestohlen hat? Weiterhin sprechen wir nicht in der Frage der Fusionskontrolle, der vorbeugenden Fusionskontrolle, mit unterschiedlichen Stimmen? Das muß in der Zukunft aufhören. Neue Akzente aber, meine Damen und Herren, in der Politik haben wir ja auf dem Berliner Parteitag neue Akzente gesetzt. Es gilt aber nicht nur neue Akzente zu setzen. Wir müssen sie auch glaubhaft personifizieren, das heißt, durch neue Politiker glaubhaft repräsentieren. Ich hoffe, daß wir zu den neuen politischen Akzenten schon auf diesem Parteitag auch diese neuen personellen Akzente setzen können. Ich danke Ihnen.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank, Herr Vogt. Ich darf Sie, meine Damen und Herren noch einmal daran erinnern, daß im Plenum daran gedacht ist, daß nur einer spricht; wenn Sie das Bedürfnis haben, Gespräche zu führen, machen Sie es uns allen leichter, wenn sie diese Gespräche draußen führen. Ich bitte sie also nochmals um ihre gesteigerte Aufmerksamkeit. Das Wort hat Frau Wex aus Nordrhein-Westfalen.

Frau Dr. Wex: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist viel gesprochen worden von dem Bemühen um die Jugend und um die Intellektuellen. Ich meine, der einzige Weg, den es gibt, ist, nicht sich zu erschöpfen im Aufspüren ihrer Wünsche, nicht im Aufspüren ihrer Erwartungen, sondern darin, daß wir mit Ihnen arbeiten, mit der Jugend und den geistig beweglichen Menschen, arbeiten an ihren Problemen, bis sie gelöst sind, und nicht nur einmal und zweimal als Alibi, sondern solange bis wir gemeinsam Lösungen gefunden haben. Und ich meine, uns jungen Menschen, jüngeren Menschen,

stände es gut an, hier nicht etwa zu meinen, daß wir auf die Erfahrung der Älteren verzichten könnten, Es kommt auf den langen Atem an.

Unsere Gesellschaft und auch unsere Partei sind gekennzeichnet durch Veränderungen. Das ist nicht eine leere Formel oder auch nur etwas, das man fordern müßte, sondern zur Weiterentwicklung geradezu eine Notwendigkeit. Dabei ist sowohl die Gesellschaft wie auch ihre Entwicklung kein Selbstzweck. Es ist in die Hand des Politikers gelegt, diese Entwicklung zu leisten. Er muß den Rahmen schaffen, in dem die individuelle Freiheit verwirklicht werden kann, eine Freiheit, die zugleich aber nicht die berechtigten Forderungen der Allgemeinheit einschränkt. Beides miteinander zu verquicken, ist für den Politiker die schwierige aber auch ehrenvolle Aufgabe.

Wir als politisch handelnde Menschen sind in eine kulturelle Entwicklungsstufe gestellt, die man mit Industriekultur bezeichnen könnte, die gekennzeichnet ist durch das immer weitere Vordringen der Maschine, durch die Landflucht, durch die Berufstätigkeit der Frau, durch die Vorherrschaft der Spezialisten, durch die Zunahme der Dienstleistungsberufe, durch den größeren Bedarf an Bildung und Ausbildung und die neue Rolle der Technologie und der Wissenschaft. Unsere Aufgabe ist es, die Industriekultur in unsere Hand zu bekommen, und zwar politisch und geistig – in der Gesellschaft und zuvor innerhalb unserer Partei. Um Antworten zu finden, benötigen wir den Spaß an Kontroversen und Diskussionen.

Die Industriekultur birgt die Gefahr in sich, die Menschen zum Sklaven technischer Methoden werden zu lassen. Da Technik aber nicht ohne Planung denkbar ist, reduziert sich die Zukunft unserer gesellschaftlichen Entwicklung auf das Problem von Planung und Freiheit. Es muß der Raum erhalten werden, in dem wir unsere Freiheit planen können.

Zugleich beinhaltet dieses Problem auch die Frage nach der Lebensdauer unseres demokratischen Industriestaates. Eine hochentwickelte Industrienation kann in demokratischer Form nur dann ihrer wahren Funktion gerecht werden, wenn sie von einer gebildeten Gesellschaft verantwortet und kontrolliert wird. Unser Zeitalter hat einen hohen Grad an Bewußtsein nötig. Insofern ist die Bildungspolitik in allen Schichten, ich betone, in allen Schichten der Herr der Gesellschaftspolitik.

Die freie Diskussion in unserer Partei sollte das Instrument für die Bewältigung dieser industriellen Gesellschaft sein. Und warum sollten wir dazu keine Hoffnung in unserer Partei haben? Bei der Arbeit am Berliner Programm haben wir ein Maß an politischem Engagement erlebt, wie es wohl vorher von uns keiner erwartet und keiner vermutet hat. Ich meine nur, daß bei einem solchen Engagement in Zukunft auch denen, die sich engagiert haben, noch einmal geantwortet wird, warum zum Beispiel dies oder jenes an Anregung nicht aufgenommen werden konnte, warum zum Beispiel einige Vorstellungen nicht verwirklicht werden konnten. Damit allein kann die Diskussion und damit das Engagement auf allen Ebenen erhalten werden und wachsen. Wenn das gelingt, brauchten wir uns um die Zukunft unserer Partei keine Sorgen zu machen.

Dr. Blüm: Vielen Dank, Frau Wex, nicht nur für das was sie gesagt haben, sondern daß sie auch innerhalb der Redezeit geblieben sind. Ich stelle das als leuchtendes Beispiel hervor, für alle, die nun folgen. Als nächster hat das Wort Herr Dr. Wörner, ihm folgt Herr Wohlrabe. Herr Dr. Wörner, Nordwürttemberg, hat das Wort.

Dr. Wörner: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir zerbrechen uns hier den Kopf darüber, wie wir die Jugend, wie wir die Intelligenz, wie wir die großstädtischen Mittelschichten wieder zu gewinnen vermögen. Ich möchte vor einem Irrtum warnen, vor dem Irrtum, man könne das schaffen allein durch organisatorische Reformen, man könne es allein durch taktische Kompromisse, durch Taktik erreichen. Wir erreichen das nicht, indem wir uns modern gebären, meine Damen und Herren. Wir erreichen das auch nicht, wenn wir der Jugend und der Presse nachlaufen. Die Frage für mich ist, was muß diese Partei leisten, damit sie wieder das richtige Verhältnis zu diesen Schichten findet. Es ist doch offensichtlich, daß es in diesen Schichten den Eindruck gibt, daß die SPD die moderne, daß die SPD die aufgeschlossenere, daß sie die zukunftsoffene Partei wäre. Nun, meine Parteifreunde, fragen wir uns doch einmal, ist denn dieser Eindruck so ganz falsch. Sicher, wir haben das Berliner Programm, aber wenn ich den Wahlkampf sorgfältig verfolgt habe, viele in diesem Wahlkampf haben nicht die Sprache des Berliner Programms gesprochen. Und meine Parteifreunde, ich weiß nicht, ob es nicht damit zusammenhängt, daß wir das Berliner Programm im Grundsätzlichen nicht ausdiskutiert haben, daß das Berliner Programm eine Art Kompromiß war. Und daß im Grunde genommen, die zwei Flügel in unserer Partei, sich nur deswegen auf das Berliner Programm haben einigen können, weil man eine bestimmte Kompromißformel gefunden hatte. Und daher rührt es auch, daß draußen nicht zu Unrecht der Eindruck entstehen mußte, daß diese Partei nicht mit einer Sprache spricht. Und wenn wir überhaupt Erfolg haben wollen draußen, dann ist es nötig, daß wir jetzt endlich das vollziehen, was man als innere Integration dieser Partei bezeichnet. Meine Damen und Herren, das bewirkt man nicht durch Gesundbeten. Das bewirkt man auch nicht durch Appelle, sondern das bewirkt man dadurch, daß man endlich einmal anfängt, hier in unserer Partei offen und, wenn es sein muß, hart die Grundsatzdiskussionen zu führen, die überfällig sind.

Wir müssen hier sichtbar machen, daß uns die Fragen dieser Zeit bewegen, und zwar nicht nur verbal. Es muß endlich die Diskussion geführt werden, der Dialog in dieser Partei über das Demokratieverständnis. Wir hatten eine Diskussion in Ansätzen, aber der nächste Parteitag muß diese Diskussion zu Ende bringen und muß sich dann auf eine Linie einigen. Es muß diskutiert werden über die Frage der Machtkontrolle, über die Strategie der Friedenssicherung, es muß diskutiert werden über die Strukturprobleme hochindustrialisierter Gesellschaft. Es muß diskutiert werden über technologische Prognostik, über die Auswirkungen moderner Biologie, moderner Medizin. Das alles gehört auf einen Parteitag, und das alles gehört hier erarbeitet. Und ich sage Ihnen noch eines, wir werden es auch nicht schaffen, eine klare und verbindliche Sprache nach außen zu sprechen und eine überzeugende Sprache, wenn wir nicht auch den Mut finden, einmal hier in diesem Kreise dann ab-

zustimmen und dann auch notfalls eine Minderheit zu überstimmen. Wir können nicht Opposition machen, wenn wir glauben, es allen recht machen zu müssen. Offenheit für das Kommende, Mut zur risikoreichen Entscheidung, das sollten die Kennzeichen unserer Politik sein. Und meine Damen und Herren, das Schlagwort „Keine Experimente", es sollte keine Heimat in dieser Partei der Zukunft haben.

Haben wir denn vergessen, daß die ganz großen Erfolge dieser Partei darauf beruhten, daß man eines Tages experimentiert hat! Die Wirtschaftsordnung, die Gesellschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft waren doch Experimente. Darum sollten wir in der Zukunft den Mut auch zum Experiment finden.

Meine Damen und Herren, ich möchte warnen auch noch vor einem weiteren. Wir sollten uns nicht in die Frontstellung, die konservative und die progressive, einordnen lassen. Die Entscheidung in der Zukunft zwischen den Parteien, diese Entscheidung fällt nicht nach der Fragestellung progressiv oder konservativ. Die Frage, die man an jede Partei in der Zukunft stellen wird, ist doch die Frage, wer hat die besseren Lösungen für die Zukunft anzubieten. Und die Alternative, die wahre Alternative, um die es gehen wird, ist doch die, welches Bild vom Menschen in der kommenden Gesellschaft wir und welches unsere parteipolitischen Gegner haben. Wie kann die Freiheit des kommenden Menschen für die Freiheit des Menschen gesichert werden, morgen in der Industriegesellschaft.

Das sind die Fragen, die uns bewegen müssen, und ich kann nur sagen, in einem solchen Konzept eingebettet, müßten wir unsere Gesellschaftspolitik, unsere Vermögenspolitik, unsere bildungspolitische Konzeption verdeutlichen. Denn das scheint mir absolut sicher zu sein, daß nur der die Zukunft in dieser Gesellschaft und in diesem Staat gewinnen wird, der die menschenwürdigere, die glaubwürdigere Lösung für die Technik von morgen anzubieten hat. Ich danke schön.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank, Herr Dr. Wörner. Es spricht als nächster Herr Wohlrabe aus Berlin, ihm folgt Herr Kiep aus Hessen und darauf Herr Wilhelm aus dem Saarland. Ich bitte die Herren, sich bereit zu halten. Das Wort hat Herr Wohlrabe.

Jürgen Wohlrabe: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Es ist heute hier in der Diskussion sehr viel über jene Probleme gesprochen worden, die wir in der Zukunft zu bewältigen haben. Aber es ist bisher sehr wenig darüber gesagt worden, **wie** wir sie bewältigen wollen. Der Bundesparteivorsitzende hat in seinem Referat gesagt, unsere größte Schwäche liege ohne Zweifel in der Organisation. Lassen sie mich zu diesem Satz einiges sagen. Die Politik der CDU wird in Zukunft nur dann erfolgreich sein, wenn wir in der Lage sind, uns jetzt für unsere neue Funktion jenes Gerüst zu schaffen, das wir brauchen, um die Politik, die hier skizziert worden ist, zu verwirklichen.

Bisher ist die Organisationsarbeit bei uns als notwendiges Übel angesehen worden. Sicher ist sie dies, aber wir werden mit diesem notwendigen Übel

leben müssen, wenn wir in Zukunft erfolgreich sein wollen. Wir werden auch dazu übergehen müssen, meine Freunde, daß die mühsame Kleinarbeit der Mitglieder in den einzelnen Organisationsstufen der Partei mehr Anerkennung und mehr Bedeutung findet als in der Vergangenheit. Hier eine echte Verbesserung zu erzielen, ist jetzt vorrangig.

Dazu gehört weiterhin, daß im kommunalpolitischen Bereich die Kommunalpolitische Vereinigung stärker als bisher herausgestellt wird. Ein Antrag dieser kommunalpolitischen Vereinigung, der mittlerweile verteilt wird, kann deshalb nur unsere Unterstützung finden. In den Gemeinden, in den Städten haben wir erst einmal stärker als bisher unsere Politik darzustellen und zu erläutern.

Ich sehe zwei Hauptaufgaben. Die eine ist die, zu erkennen, daß die Partei sich organisatorisch auf ihre neue Rolle der Opposition ausrichten muß. Es geht nicht darum zu sagen, bisher war alles schlecht. Das ist auch unwichtig. Es geht aber um die Erkenntnis, daß die CDU eine neue Rolle hat, und daß sie diese Rolle funktionsgerecht erfüllen muß.

Es geht zweitens darum, daß wir uns ein technisches Gerüst schaffen müssen, daß uns in die Lage versetzt, 1973 ohne Bundeskanzleramt und ohne Bundespresseamt – denn das alles wird uns nicht mehr zur Verfügung stehen –, erfolgreich einen Wahlkampf durchzustehen.

Es wird weiter um die folgenden Erkenntnisse gehen, die ich in vier Punkte aufteile.

Wir werden stärker als bisher wissenschaftliche Analysen der Politik benötigen, denn die bisherigen Regierungsstellen, die uns dabei behilflich waren, scheiden in der Zukunft aus.

Zweitens: Es ist die Arbeit in den Großstädten, in den Ballungszentren dadurch zu verstärken, daß innerhalb der Bundespartei nicht nur stärker diese Problemkreise in den Vordergrund gerückt werden, sondern daß auch im Bereich der besseren Kommunikation endlich jener Sektor vorhanden ist.

Drittens: Es wird darauf ankommen, daß zu anderen Vereinen und Verbänden von der Partei mehr als bisher Kontakte gesucht werden. Denn, meine Freunde, zur Regierung kamen diese Verbände oft, heute haben wir niemanden in der Regierung, und wir müssen systematisch gerade diesen vorpolitischen Raum aufbereiten.

Und viertens: Ein Wort zur Öffentlichkeitsarbeit: Jeder wünscht, daß wir mehr Mitglieder haben, ich glaube aber, daß Mitgliederwerbung nicht nur durch Mitgliederwerbung als solche, sondern vor allen Dingen auch durch bessere Mitgliederbetreuung vorangetrieben werden kann, denn allzuoft werden die neuen Freunde, die zu uns kommen, nicht so betreut, wie es im Interesse einer besseren Mitgliederwerbung sein sollte.

Ein weiterer Punkt: Wir haben eine Vielzahl von Zeitschriften und Zeitungen, auch auf Bundesebene. Ich rege einmal an, zu prüfen und sich damit zu befassen, ob es nicht sinnvoll ist, nicht nur meinungsmitteilende Organe in der

Partei zu haben, sondern auch meinungsmachende Organe und deshalb die Zusammenfassung einiger in Erwägung zu ziehen.

Schließlich ein letztes: Die Bundesgeschäftsstelle ist heute in Bonn in verschiedenen Gebäuden verstreut. Ich glaube eine Steigerung der Schlagkraft unserer Parteiarbeit wird nur dann möglich sein, wenn das, was mit Bausteinen dankenswerter Weise vom Bundesparteivorstand schon bekannt gemacht wird, stärker als bisher in den Vordergrund unseres Aufgabenkatalogs einrückt. Wenn wir es nicht erreichen, ein Parteihaus in aller Schnelle auf die Beine zu stellen, dann werden wir sicher jenes notwendige Gerüst, von dem ich gesprochen habe, nicht haben. Deshalb mein Wunsch, tragen sie dazu bei, daß dieses Haus Gemeinschaftsaufgabe aller ist, und nicht nur derjenigen Freunde, die wir in die Bundespartei, in die Spitze entsandt haben. Wir alle müssen daran mitwirken.

Organisation, meine Freunde, ist kein Selbstzweck, aber ich bitte auch daran mitzuwirken, diese organisatorischen Dinge schnell und zügig für unsere neue Rolle zu erledigen, da sonst die Aufgabe, die wir uns für die Zukunft gesetzt haben, nicht zu erfüllen sein wird. Dabei mitzuhelfen, wäre mein Wunsch.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank, Herr Wohlrabe. Das Wort hat Herr Kiep, Landesverband Hessen.

Walter Leisler Kiep: Herr Präsident, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Ich möchte mich allen denen anschließen, die heute von dieser Stelle hier das Wort geredet haben für das Neu-Überdenken unserer Position in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Ich möchte aber für einen ganz bestimmten Bereich hier ein Wort der Warnung aussprechen, ein Wort der Warnung in einer Zeit, in der akute Gefahr zu bestehen scheint, daß übereifrige Reformbestrebungen auf einen Bereich übergreifen, und auch zum Teil heute bereits in der Regierungspolitik übergegriffen haben, der sich für solche Aktionen, Versuche und Experimente außerordentlich wenig eignet, ich spreche von dem Bereich der Deutschland-, der Berlin- und der Außenpolitik.

Wir haben es im Wahlkampf erleben müssen, daß eine Partei mit einer recht primitiven Parole in den Wahlkampf gezogen ist und die Aufgabe oder Infragestellung von Positionen in der Deutschland-, Berlin- und Außenpolitik sozusagen als ein Symbol, als ein Statussymbol ihrer Fortschrittlichkeit dargestellt hat, und damit auch einen gewissen Erfolg hier und da erzielen konnte. Und ich meine, daß wir in der Opposition im deutschen Bundestag, aber auch auf der ganzen Breite unserer Partei uns darüber klar sein müssen, daß wir zwar unsere außenpolitische, deutschlandpolitische Position ständig neu überdenken müssen, sie ständig den Gegebenheiten anpassen müssen, daß wir aber davor dringend warnen müssen, etwa Positionen in Hoffnung auf spätere Gegenleistung hier leichtfertig in Frage zu stellen oder gar ganz aufzugeben.

Während wir am Anfang der Oppositionstätigkeit im Deutschen Bundestag gelegentlich eine gewisse Genugtuung darüber empfanden, es mit einem Außenminister zu tun zu haben, den man durch gute Fragen gelegentlich in eine gewisse Verlegenheit bringen konnte, so ist diese anfängliche Freude,

dieses anfängliche Vergnügen inzwischen der Sorge gewichen, der Sorge darum, daß teilweise mit einer Gutgläubigkeit, einer Leichtgläubigkeit, um nicht zu sagen, einer Leichtfertigkeit wesentliche Positionen zur Disposition und zur Diskussion gestellt werden, immer in Hoffnung auf vage, durch nichts gesicherte und durch nichts in Aussicht gestellte Gegenleistungen. Und ich meine, wir müssen uns in der Opposition und auch innerparteilich bei allem Fortschrittseifer, der uns gut zu Gesichte steht, und den wir dringend brauchen, immer wieder fragen: welche Positionen in der Deutschland-, in der Berlinpolitik und in der Außenpolitik sind unverzichtbar, weil es einfach um unsere Zukunft, um unsere Sicherheit und um die Sicherung des Friedens geht.

Auch in diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Christlich Demokratische Union ihre durch viele unterlassene Aktionen gelegentlich in Frage gestellte Glaubwürdigkeit bei allen Kreisen der Bevölkerung wiederfindet, damit wir die unverzichtbaren Positionen unserer Deutschland-, unserer Außenpolitik, mit voller Glaubwürdigkeit auch gegenüber der jüngeren Generation vertreten können. Danke.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank, Herr Kiep, Herr Wilhelm aus dem Saarland hat verzichtet, es spricht als nächster Herr Schmöle aus Westfalen. Ihm folgt Herr Schönbohm vom RCDS. Ich darf doch auf dieses Beispiel Wilhelm aufmerksam machen, auf das Beispiel, das Herr Wilhelm gegeben hat. Auch die übrigen Diskussionsteilnehmer, jedenfalls diejenigen, die sich noch gemeldet haben, sollten einmal überprüfen, ob unter dem Aspekt dessen, was hier vorgetragen wurde, ihre Diskussionsmeldung noch aufrecht erhalten wird, denn wir haben immer noch rund 20 Diskussionsmeldungen. Das Wort hat Herr Schmöle aus Westfalen.

Hans Werner Schmöle: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Freunde. Ich möchte auch etwas zur Lage der jungen Generation und zur Christlich Demokratischen Union sagen, aber aus einem etwas anderen Aspekt verstanden wissen. Ich möchte nämlich auch einmal kritisch hier unter die Lupe nehmen, was denn die Sozialdemokratische Partei an Zukunftsperspektiven für die junge Generation unseres Landes überhaupt anbietet.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn wir uns darüber unterhalten, was wir tun müssen, damit die junge Generation weit mehr als heute in unser Lager kommt und unsere Partei als wählbar empfindet, dann sollte man es an 3 Punkten sehen:

1. Die junge Generation schenkt der Partei ihr Vertrauen, von der sie glaubt, daß sie in der Lage ist, ihr für die Zukunft Bewegungsfreiheit, Handlungsfähigkeit, Handlungsmöglichkeit zu bieten. Auf diesem Gebiet ist die Sozialdemokratische Partei dabei, einer jungen Generation die Zukunft geradezu zu verbauen. Ich meine hiermit das Gebiet der Europapolitik.

Wenn eine junge Generation in Zukunft überhaupt noch eine Hoffnung auf politische Handlungsfähigkeit haben will, dann kommt es entscheidend darauf an, daß wir in Europa weiterkommen, daß Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und sicherheitspolitisch mit einem Konzept handelt. Und,

meine Damen und Herren, eine Regierung, die diese Notwendigkeit und dieses Erfordernis nicht an die erste Stelle stellt, setzt die Zukunft einer jungen Generation in Bezug auf politische Handlungsfähigkeit ganz entscheidend aufs Spiel. Und ich meine, daß hier die Regierung Brandt dabei ist, wegen einiger ostpolitischer Möglichkeiten, die vielleicht fern am Horizont sind, die Chance der westeuropäischen Einigung aufs Spiel zu setzen.

Eine zweite Frage, meine Damen und Herren. Die junge Generation wird kritisch überprüfen, ob es nicht nur bei dem Wort der Priorität von Bildung, Wissenschaft und Forschung bleibt, sondern ob hier auch Taten folgen, die sich insbesondere in der Ausgabenpolitik des Staates niederschlagen. Hier muß man doch die Regierung der neuen Koalition einmal fragen, wie sie es denn schaffen wird, die erforderlichen Ausgaben für die Wissenschaft und Forschung zu leisten, wenn Sie einfach mit dem Gießkannenprinzip für jedes einzelne Grüppchen in unserem Lande etwas bereithalten will. Dann wird mit Sicherheit die große Aufgabe der Zukunft von dieser Regierung nicht angefaßt werden können.

Und ein letztes, meine Damen und Herren. Ich glaube, daß die junge Generation sehr kritisch überprüfen wird, ob wir die Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit in unserem Lande weiter entwickeln und weiter ausbauen können. Hier scheint mir in der Diskussion der Vergangenheit sowohl bei unserer Partei als auch insbesondere bei der Sozialdemokratischen Partei ein großer Fehler gemacht worden zu sein. Ich meine, daß sich die Weiterentwicklung der Gesellschaftspolitik nicht nur darauf beschränken darf, ob man paritätische Mitbestimmung haben will oder nicht, sondern daß hier ein viel weiteres Feld für gesellschaftspolitische Aufgaben vor uns liegt. Ich glaube, daß insbesondere unsere Partei sich Gedanken darüber machen muß, wie bei der technologischen Weiterentwicklung die Freiheit des Menschen, seine soziale Bindung, aber insbesondere seine Selbständigkeit überhaupt noch erhalten werden können, und daß hier die Zeit der großen Kontroversen mit der Sozialdemokratie noch vor uns steht.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich glaube, daß aus dem, was ich gesagt habe, eindeutig abzulesen sein wird, daß die Sozialdemokratische Partei für die Zukunft der jungen Generation zwar schöne Worte hat, aber außer den schönen Worten die Taten nicht folgen lassen wird, und daß wir deshalb die große Chance haben, die junge Generation auf unsere Seite zu ziehen, weil wir durch praktische Politik bewiesen haben, daß wir zu Reformen fähig sind, und daß wir durch die weitere Entwicklung unserer Position in der Lage sein werden zu beweisen, daß wir das Modell, das richtige Modell und die richtige Konzeption für die Bewältigung der Zukunft haben.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank, Herr Schmöle, als nächster hat das Wort Herr Schönbohm vom RCDS, ihm folgt Herr Leicht, Landesverband Rheinland-Pfalz und darauf Frau Weller, Landesverband Nord-Württemberg. Ich darf aber nochmals bitten, die Damen und Herren, die offenbar beabsichtigen, hier im Mittelgang Gespräche als Dauereinrichtung vorzunehmen, doch zu bitten, den Raum hier vorne für diese Gespräche nicht in Anspruch zu nehmen. Das ist

hier keine Kurpromenade. Sie machen es uns allen schwer, zuzuhören, und Sie machen es vor allen Dingen den Diskussionsrednern schwer, ihre Meinung hier vorzutragen und die überwiegende Anzahl der Delegierten ist ja hergekommen, um diese Diskussionsreden anzuhören. Ich bitte Sie also noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit. Das Wort hat Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Ich bin der Auffassung, daß die Phase von 1969 – 1973 eine entscheidende Phase für uns als Christlich Demokratische Union sein wird. Wenn wir 1973 nicht die absolute Mehrheit erreichen werden, dann glaube ich, werden wir für lange Zeit die politischen Geschicke Deutschlands nicht entscheidend beeinflussen können. Deswegen, das ist hier mehrfach gesagt worden, kommt der Parteireform in politisch-organisatorischer Hinsicht besondere Bedeutung zu.

Die Parteireform ist auch eine Frage des politischen Stils. Lassen Sie mich gleich hier einen konkreten Punkt ansprechen, der sich hier auf dem Parteitag ereignet hat. Es ist die Zeitung „Christ und Welt" verteilt worden, mit einem Aufkleber, auf dem steht „Letzter Versuch mit Kiesinger!". Das ist ein Artikel, der ein Interview des RCDS-Vorsitzenden beinhaltet. Dieser Aufkleber ist von allen Zeitungen abgerissen worden, dann ist die Zeitung verteilt worden. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß diejenigen, die dieses Abreißen vorgenommen haben, das kritische Denk- und Urteilsvermögen dieses Parteitages unterschätzen, wenn Sie annehmen, Sie könnten so etwas nicht lesen und Sie könnten dies in Ihrer Wahl vielleicht zu sehr berücksichtigen.

Ein zweiter Punkt. Wenn Sie hier über Parteireform diskutieren – und wir haben verschiedene konkrete Vorschläge gehabt – dann scheint es mir auch erforderlich zu sein, daß unsere Repräsentanten der Partei bei dieser Diskussion anwesend sind und diese Vorschläge mit uns zusammen diskutieren.

Nun lassen Sie mich zu einigen Punkten etwas ausführen, was konkret zur Parteireform zu geschehen hat. Ich bin der Auffassung, daß wir es uns auf die Dauer nicht mehr leisten können, daß die Partei und die Fraktion nebeneinander her arbeiten, daß die Partei etwas beschließt, und die Fraktion etwas anderes tut, daß wir Fachausschüsse haben, die unkoordiniert nebeneinander arbeiten, und es hier nicht zu einer politischen Abstimmung und zu einer gemeinsamen politischen Arbeit kommt.

Ein zweiter Punkt ist, und das ist hier angesprochen worden, daß wir Mitgliederwerbung betreiben müssen, um eine Migtliederpartei werden zu können. Es ist ja das Problem, daß wir immer weniger kritischen und jungen Leuten verdeutlichen können, warum es gut und sinnvoll ist, Mitglied dieser Christlich Demokratischen Union zu sein, weil die Ausstrahlungskraft und Aktivität unserer Partei nachgelasesn hat. Wir müssen uns also deswegen sehr genau überlegen, ob die traditionelle Form unserer Parteiveranstaltungen auf den verschiedensten Ebenen den Bedürfnissen der kritischen und diskussionsbereiten Mitglieder und Nichtmitglieder entspricht. Es ist hier gesagt worden, man sollte erwägen, vielleicht Vorwahlen bei der Nominierung der Kandidaten vorzunehmen. Ich glaube, zunächst sollten wir fragen, ob wir alle Möglichkeiten

erforscht haben, die notwendig sind, um den einzelnen Mitgliedern mehr Mitwirkungsrechte zu geben bei der Auswahl von Delegierten für politische Mandate und für die Wahl von Vorstandsämtern. Ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, von Demokratisierung zu reden, daß dies so lange in unserer Partei nicht sinnvoll ist, wenn Kreisvorsitzende von Delegiertenversammlungen gewählt werden und nicht von Mitgliederversammlungen, die das einzig richtige Organ wären.

Ich meine letztens, daß wir von unserer Parteiführung, von unserem Parteipräsidium verlangen müssen, daß sie mit konkreten Diskussionsvorlagen und Diskussionsvorschlägen zu aktuellen politischen Problemen in die Partei hineinwirken und diese Papiere auf allen Ebenen mit Mitgliedern und auch mit Nichtmitgliedern in der Form diskutieren, wie wir es mit dem Berliner Programm praktiziert haben. So würden wir mehr Nichtmitglieder an uns heranziehen und zeigen, daß wir das offene Forum einer kritischen politischen Diskussion sind.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank Herr Schönbohm. Als nächster hat das Wort Herr Leicht, Landesverband Rheinland-Pfalz.

Albert Leicht: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Freunde! Wir sollten heute und morgen, ohne Leidenschaft, aber auch, wie ich meine, ohne jede persönliche Empfindlichkeit die personellen und sachlichen Konsequenzen einleiten. Beenden können wir sie leider nicht. Schlußfolgerungen, die notwendig geworden sind aufgrund der vorhandenen Teile einer Analyse des Wahlergebnisses der Bundestagswahl dieses Jahres. Dabei kann es sich selbstverständlich nicht um einen radikalen, personellen Umbau und auch nicht um eine Programmhysterie handeln, sondern nur um durchdachte, stufenweise Reorganisation.

Dazu einige Anregungen: Von den betroffenen Persönlichkeiten, die großenteils jahrelang Ämter innegehabt haben, sollte im Interesse der Partei auch ein gewisser Verzicht erwartet werden können. Eine Partei, meine lieben Freunde, braucht nicht opportunistisch zu sein, wenn sie erfahrene und bewährte Politiker zurückzieht und Jüngere, die den Erwartungen breiter Bevölkerungskreise besser entsprechen, in den Vordergrund rückt.

Zweitens: Die Situation zwingt uns, oder erzwingt geradezu von uns allerdings auch den Abbau, wie ich meine, parteiinterner Autorität und einen zunehmenden Übergang zur Teamarbeit.

Drittens: Wir müssen unser modernes Sachprogramm gerade auch in der Opposition mehr repräsentieren und, das ist erforderlich, moderner und kritischer formulieren.

Viertens: Nachdem der materielle Wohlstand bei uns geschaffen worden ist, im Großen geschaffen worden ist, sollten nunmehr stärker die ideellen Gesichtspunkte unserer Politik in den Vordergrund gestellt werden, d. h. dann stoßen wir vor in die Sachbereiche, die die Zukunft so wichtig machen: Gesellschaftspolitik und Bildungspolitik.

Fünftens: Auf längere Sicht meine ich, spielt eine Rolle, ob es uns gelingt, das Image der CDU in der Publizistik zu verbessern. Dazu bietet natürlich die Oppositionsrolle die denkbar beste Voraussetzung. Dabei muß auch das Ziel sein, daß der Regierungswechsel als normale demokratische Erscheinung dasteht und daß wir ihn für das Jahr 1973 anstreben. All dies hängt, meine Freunde, weitgehend von einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit ab. Es ist vorhin schon gesagt worden, Straffung der Vielzahl unserer eigenen Publikationen, Straffung sowohl in der Zahl als auch, wie ich meine, in der Aussage. Und zweitens, das ist noch nicht angesprochen worden, wenn wir die Möglichkeit haben, Aufsichtsgremien besetzen zu können, die in den Bereich der Publizität hineinspielen, dann sollten wir nur solche Persönlichkeiten nehmen, die sich darum kümmern. Leute, die keine Zeit haben, gehören nicht dorthin.

Ein sechster Gesichtspunkt: Neue Gesichter in der Partei werden automatisch den Glauben in der Öffentlichkeit an eine moderne Politik erleichtern. Die CDU darf deshalb nicht weiterhin als eine rein konservative Partei verschrieen werden können. Sie muß sich ihrer Führungsaufgabe, auch gegenüber den konservativen Kräften – also wenn Sie wollen – vielleicht hinein in die Landbevölkerung, bewußt sein. Aber sie muß auch erkennen, daß die entscheidende politisch-geistige Auseinandersetzung mit den intellektuellen Schichten der Großstädte zu führen ist. Dabei sollte oberstes Prinzip die Darstellung der Partei als glaubhaft tolerante Partei sein.

Und schließlich noch ein Letztes: Daran hat es bis heute gemangelt, meine Damen und Herren: Wir müssen in Zukunft eine zentrale Personalpolitik betreiben und dafür die notwendigen technischen Voraussetzungen schaffen.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank Herr Leicht. Das Wort hat Frau Weller, Landesverband Nord-Württemberg. Ihr folgt Herr Bach vom Landesverband Rheinland und darauf Herr Pollmann vom Landesverband Hamburg.

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für Frau Weller.

Frauke Weller: Liebe Parteifreunde. Es ist zwar etwas unbefriedigend, vor leeren Stühlen zu sprechen, aber es scheint für unsere Delegierten sehr schwer zu sein, einige Stunden zuzuhören.

Wenn eine Frau das Wort ergreift, verbindet sich bei Ihnen meistens die Besorgnis damit, es käme wieder das alte Thema, der Zurückstellung der Frau in den politischen Gremien. Aber seien Sie unbesorgt, ich möchte nur einige Worte dazu sagen, daß unser Bundesvorsitzender heute morgen davon sprach, wir sollten eine stärkere Mitgliederpartei werden. Und ich bin dankbar, daß auf diesem Parteitag auch das „Fußvolk" Gelegenheit hat, einige Gedanken zu äußern im Namen von all denen, die keine Gelegenheit haben, als Delegierte an diesem Parteitag teilzunehmen.

Wir wissen alle, daß wir eine Partei der Nahestehenden sind und es nötig haben, in der älteren, mittleren und vor allem in der jüngeren Generation nach Mitgliedern zu suchen. Mir ist es aber noch nie so klar geworden, vor, während und nach dieser Bundestagswahl, was es für ein Unterschied ist, Mitglied der Partei zu sein oder nur nahestehend zu sein. Wir selbst sind zu irgendeinem

Zeitpunkt in die Partei eingetreten, als uns klar wurde, daß man nur als Mitglied einer Partei verantwortlich in einer Demokratie mitarbeiten kann. Aber der Unterschied vom Nahestehen, vom bloßen CDU-Wähler-sein zum Mitglied-sein ist doch der, daß der bloße CDU-Wähler sich jeder Zeit innerlich und äußerlich distanzieren kann von der Partei, wenn er berechtigte Kritik an ihr zu üben hat.

Das können wir nicht. Wo wir auch stehen. In den CDU-Fraktionen der Rathäuser, im vorpolitischen Raum oder in irgendwelchen Parteiorganen, werden wir nicht nur konfrontiert, sondern auch identifiziert mit all dem, was unsere Parteispitze sagt. Was sie tut und wie sie sich der politischen Auseinandersetzung stellt. Ich möchte sagen, das ist eine sehr, sehr große Verantwortung, die unser Parteivorstand, die Repräsentanten unserer Partei und die gesamte Bundestagsfraktion gegen jeden einzelnen unserer Mitglieder haben. Und sie muß sich vielleicht dessen mehr bewußt sein, als es in den vergangenen Monaten der Fall gewesen ist. Wir wissen, daß das „C" in unserem Parteinamen – wenn wir darauf bestehen wollen den Namen zu behalten – uns mehr verpflichtet als die anderen Parteien, zu fairer und sachlicher Auseinandersetzung. Wir Mitglieder wünschen, daß unsere Bundestagsfraktion es fertigbringt, auch in Ruhe einmal eine Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers anzuhören. Gelegenheit zur Kritik hat es genug gegeben in den nächsten Tagen. Wir wünschen auch nicht, daß ausgerechnet im Angesicht des Fernsehens, wo Millionen Zuschauer waren, ausgerechnet aus der Christlich Demokratischen Fraktion der Ruf „Dreckschleuder" gegen den amtierenden Kanzler kommt. Die Bevölkerung reagiert empfindlicher auf diese äußeren Dinge, als Sie vielleicht annehmen. Erst wenn die politische Auseinandersetzung in sauberer und fairer Atmosphäre erfolgt, kommen auch unsere sachlichen Argumente zum Tragen. Der Herr Bundesvorsitzende hat heute morgen gesagt, wenn die kleinen Gremien auf Gemeinde- und Kreistagsebene gut arbeiten, könne auch die Arbeit der Fraktion in Bonn gut sein. Ich möchte umgekehrt sagen, nur wenn unsere Bundestagsfraktion eine sachgerechte, entschiedene aber saubere Oppositionsarbeit in Bonn betreibt, gelingt es uns, Nahestehende als Mitglieder zu gewinnen und unsere Arbeit auf der kleinen Ebene der Gemeinde aufzubauen und auszubauen. Ich danke Ihnen.

Präsident Dr. Blüm: Auch wir danken Ihnen, Frau Weller. Als nächster spricht Herr Bach vom Landesverband Rheinland. Herr Bach hat das Wort.

Dr. Franz-Josef Bach: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Meine Kollegen Dichtgans, Wohlrabe und Leicht haben bereits über die Notwendigkeit gesprochen, ein ausgezeichnetes Management für die zukünftige Arbeit der Partei zu haben. Eine Reihe von Beiträgen unserer Diskussion hat sich mit den Folgen des Machtwechsels in Bonn auseinandergesetzt. Lassen Sie mich einen Aspekt dieses Machtwechsels hinzufügen. Anders als die CDU hat die SPD begriffen, daß Machtpolitik Hand in Hand mit einer guten, vernünftigen Personalpolitik gehen muß. Nur Stunden nach der Einigung der SPD und FDP über ein gemeinsames Regierungsprogramm legte der neue Bundeskanzlerminister Ehmke dem amtierenden Staatssekretär Carstens eine Liste von Beamten vor, die umgehend – als CDU-verdächtig – von ihren Posten

zu entbinden seien. Das waren neben dem Staatssekretär alle Ministerialdirektoren, mehrere Dirigenten, Ministerialräte und sogar Regierungsräte. Bei seiner Einführungsrede erklärte derselbe Minister den versammelten Beamten, daß die Loyalität, die er bei der Zusammenarbeit fordere, so weit gehen müsse, daß sie jede Verbindung zu einem Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu unterlassen hätten. Soweit so gut.

Wenn man sich heute die bisher bekannte Liste der von ihrem Amt Entfernten ansieht, so stellt man fest, daß neben 13 Staatssekretären und 13 Ministerialdirektoren zahlreiche andere Chargen aus ihren Ämtern vertrieben wurden. Heute wurde mir mitgeteilt, daß 25 Botschafter und Missionschefs vom Auswärtigen Amt zur Disposition gestellt werden. Dieses Bild ist aber noch unvollständig, denn während der Großen Koalition haben bereits in den von der SPD geführten Ministerien die für die endgültige Machtergreifung notwendigen Umgruppierungen der leitenden Beamten eingesetzt. Heute kann man sagen, daß alle – und ich möchte sagen ausnahmslos alle – Schaltstellen der Regierung mit SPD-getreuen Beamten besetzt sind.

Sie werden fragen, welche Personalpolitik die CDU in ihrer Regierungszeit betrieben hat. Es scheint mir symptomatisch zu sein, daß man nachträglich feststellen mußte, daß nur wenige Prozent aller Bundesbeamten der CDU angehörten. Wie sehr widerspricht doch diese Zahl der Mär von der absoluten Domination der CDU in den Bundesministerien. Während ihrer Regierungszeit hat die „vornehme" CDU bei der Besetzung von wichtigen Regierungsstellen immer den sogenannten Nahestehenden oder sogar den der anderen Partei Angehörenden den Vorrang vor dem eigenen Parteigenossen gegeben. Man sage mir nicht, dies stimme nicht. Ich selbst habe die Personalpolitik der CDU als persönlicher Referent von Konrad Adenauer über lange Jahre beobachten können. Als Angehöriger des Auswärtigen Dienstes habe ich Fehlbesetzungen unserer Spitze in diesem Ministerium registrieren können.

Wenn heute die SPD über eine ganze Reihe von Staatssekretären verfügt, die über eine lange Verwaltungspraxis im Bundesdienst zurückblicken können, dann haben wir unseren Teil dazu beigetragen. Glauben Sie mir nicht, daß ich einem Parteibeamtentum das Wort rede. Im Gegenteil. Diese skrupellose Ausnutzung von Berufsbeamten zur Zementierung parteipolitischer Befehlsstände ist mir von Herzen zuwider. Die jetzige Politisierung des Berufsbeamtentums – mit leisem Druck, die Parteimitgliedschaft zu erwerben, wenn man weiterkommen wolle – stellt einen Bruch unseres Systems dar und weist in gefährlicher Weise auf Entwicklungen hin, die wir aus sozialistischen Ländern nur zu gut kennen. Die Abneigung gegen dieses System enthebt uns aber nicht der Verpflichtung, uns schützend und helfend vor jene Beamte zu stellen, die sich nicht scheuen, aus ihrer Zugehörigkeit zur CDU keinen Hehl zu machen.

Ich habe in den letzten Tagen mit zahlreichen meiner ehemaligen Kollegen gesprochen, die sich bitter beklagten, daß sie sich von der CDU seit der Entfernung aus ihren Ämtern völlig verlassen fühlten. Sie alle sind begierig, ihr Wissen, ihr Können der neuen Opposition zur Verfügung zu stellen. Sie denken nicht an Pfründe oder höhere Gehälter, die sie übrigens in der Industrie leich-

ter finden können, sondern wollen mitarbeiten, diese Opposition so schlagkräftig wie möglich zu machen. Und ich frage mich, was tut diese Partei? Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß sehr bald unsere Informationsquellen aus den verschiedenen Ministerien versiegen werden, daß wir uns einen eigenen Apparat bauen müssen, der mit den modernsten Maschinen ausgerüstet, mit den besten Fachleuten besetzt, ministerielle Arbeit auf allen Gebieten leisten muß. Ich finde, wir sollten unter allen Umständen versuchen, diese Beamten, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur CDU aus ihren Ämtern entfernt worden sind, an unsere Partei zu binden, ihre Kenntnisse auszunützen und sie in unsere Partei zu integrieren. Ich danke Ihnen.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank Herr Bach. Als Nächster hat das Wort Herr Rollmann vom Landesverband Hamburg, ihm folgt Herr Hasselmann vom Landesverband Hannover und ihm folgt Herr Amrehn, Landesverband Berlin. *Zunächst hat das Wort Herr Rollmann, Landesverband Hamburg.*

Dietrich Rollmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bundesparteivorsitzende hat heute morgen einen wichtigen Teil seiner Ausführungen auf die auswärtige Politik und insbesondere auf die Deutschlandpolitik verwandt. Und wenn ich mir unsere Arbeit in der Opposition in den letzten Wochen in Bonn betrachte, dann meine ich, daß die auswärtige Politik und die Deutschlandpolitik ebenfalls ein wichtiger Teil unserer politischen Arbeit in der Opposition war. Ich stimme dem zu und ich bin der Meinung, daß das alles, was vorgetragen worden ist, hier heute morgen und in Bonn, richtig war. Nur, meine Damen und Herren, über eines müssen wir uns im Klaren sein. Die Entscheidung zwischen Regierung und Opposition, die Entscheidung zwischen CDU und SPD wird in den 70iger Jahren nicht auf dem Gebiet der Außenpolitik, sondern auf dem Sektor der Innenpolitik fallen. In den 50iger Jahren, in den Zeiten von Konrad Adenauer, da war unser Land leidenschaftlich an den Fragen der Außenpolitik interessiert. Da konnten wir mit der Außenpolitik, die wir getrieben haben, die stärkste politische Kraft werden und für dieses Land Fundamente von Dauer legen. Heute ist unser Land und ist unser Volk genauso umgekehrt in den Fragen der inneren Politik engagiert. Und hier müssen wir in den kommenden Jahren die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten suchen und bestehen. Nur mit der Innenpolitik, nur mit gesellschafts- und bildungspolitischen Fortschritten, die wir herbeiführen müssen, können wir aus der Opposition wieder in die Regierung gelangen. Ich glaube, wir alle sind der Meinung, daß das sicherlich viel von der Union verlangen wird. In der Außenpolitik konnten wir uns immer leicht in der Vergangenheit auf einem gemeinsamen Nenner zusammenfinden. In der Innenpolitik macht es der Pluralismus der Union, die Spannweite unserer Partei von den bei uns vertretenen Arbeitgebern bis zu den Arbeitnehmern, von den Produzenten bis zu den Konsumenten, von der Stadt bis zum Land es uns manchmal schwer, wirklich in die Zukunft greifende Lösungen zu konzipieren und zu verwirklichen. Aber, meine Damen und Herren, das ändert nichts an der Tatsache, daß die Innenpolitik das Feld ist, auf dem sich das Schicksal der Union in den kommenden Jahren erfüllen wird. Hier wird die Entscheidung fallen, ob die Rolle der Opposition für uns etwas Einmaliges ist oder ob wir in eine Dauerrolle als

Opposition verwiesen werden. Und ich möchte ein Zweites sagen: Wir haben es nun mehr und mehr in unserem Lande und vor allen Dingen – wie hier heute mehrfach gesagt wurde – in unseren Städten mit einer neuen, sich ständig vergrößernden Schicht von Wählern zu tun, die entweder frei ist von ideologischen Bindungen oder deren ideologische Bindungen nicht mehr von Bedeutung sind für ihre politische Wahlentscheidung. Was erwartet diese neue Schicht der Wähler, die in unserem Lande herangewachsen ist, von den politischen Parteien, was erwartet sie von uns? Ich glaube, immer weniger eine Ideologie und immer mehr Leistung – von der Gemeinde über das Land bis zum Bund. Im wahrsten Sinne des Wortes erwartet diese neue Schicht von Wählern, die in unserem Lande heranwächst, von den politischen Parteien Dienstleistungen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß wir in Zukunft immer weniger wegen unserer Ideologie und immer mehr wegen unserer Leistungen gewählt oder auch nicht gewählt werden. Und insofern meine ich, selbst wenn das für das Selbstverständnis der Unionsparteien auf dem Hintergrund unserer Gründung und unserer Geschichte in diesen vergangenen 25 Jahren etwas Schmerzliches ist, wir müssen lernen, daß von außen auch die Christlich Demokratische Union als ein Dienstleistungsunternehmen begriffen wird und – meine Damen und Herren – die Bevölkerung dieses Landes wird mehr und mehr der Partei das Vertrauen geben, die dieses Dienstleistungsbedürfnis am meisten befriedigt. Und die Partei wird abfallen, die nicht in der Lage ist, dieses Dienstleistungsbedürfnis zu befriedigen.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank, Herr Rollmann. Das Wort hat Herr Hasselmann vom Landesverband Hannover. Ihm folgt Herr Amrehn, Landesverband Berlin.

Wilfried Hasselmann: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ein ganz anderes zentrales Problem nach der Wortmeldung eines Vertreters der Großstadt behandeln, nachdem ich heute morgen von Herrn Dr. Schäfer animiert wurde, der in seiner Abhandlung das Wort von dem Gefühl des toten Programms der Agrarpolitik durchblicken ließ, um einen kleinen Beitrag zu leisten, der zum Abbau von Emotionen in der Agrarpolitik unserer CDU gut zu Gesicht steht. Ich möchte Emotionen gerne ad absurdum führen. Ich glaube, die zukünftige Agrarpolitik der CDU berührt ein Zentralproblem unserer Gesellschaft, und ich glaube, daß es gut ist, wenn wir uns um das Wohl der Minderheiten in unserem Lande tunlichst bemühen. Die CDU sollte deshalb zweitens – meine ich – Wege suchen, die zu einer neuen Konzeption in der Agrarpolitik führen und die wir in der Opposition genau wie in der Regierungsverantwortung vertreten können. Drittens, ich möchte gern Sie animieren, dabei zu helfen, daß wir alle verfügbaren und vorhandenen Sachverständigen, den ganzen Sachverstand etablieren, um in unserer Wirtschaftspolitik die verschiedenen Gruppen zusammenführen. Viertens: Die CDU ist nicht eine Partei der „kleinen Landwirte", sondern die CDU ist eine Partei **auch** für „kleine Landwirte". Und fünftens: Der CDU-Fraktion und ihrem Vorsitzenden wie allen Sprechern sagen wir von der CDU in Niedersachsen unseren Dank für Haltung und Aussage in der letzten Debatte des Deutschen Bundestages, zu einer neuen und für viele zur Zeit absolut undurchsichtigen Lage in Europa.

Die Regierungskoalition, meine Damen und Herren, hat unseres Erachtens zu früh in Brüssel nachgegeben und nicht für ein geschlossenes Gesamtpaket zur Gipfelkonferenz gesorgt.

Meine Damen und Herren, die CDU sollte, meine ich, die Bundesregierung auffordern, Terminpläne für die Harmonisierung der Währungs- und Konjunkturpolitik zu fordern und ich glaube, daß die Gipfelkonferenz eine geeignete Gelegenheit dafür ist. Sechstens: Wir meinen in Niedersachsen, daß allen Wirtschafts-, Produktions- und Verbraucherkreisen durch uns glaubhaft und überzeugend darzustellen ist, wie unser Einsatz und unsere Haltung für Minderheiten gedacht ist. Letztens: Mit konstruktiven Vorschlägen hat sich die CDU in Niedersachsen in den letzten Wochen intensiv beschäftigt. Sie wird diese der Bundespartei und anderen zuständigen Gremien in Kürze zuleiten. Meine Damen und Herren, Klarheit wird uns immer gedankt werden. Alles um den „Brei-herum-reden" nützt uns nichts. Helfen Sie weiter, daß die agrarpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei auf den sozialistischen Kern zurückgeführt werden. – Ich danke Ihnen.

Präsident Dr. Blüm: Vielen Dank, Herr Hasselmann. Das Wort hat als nächster Herr Amrehn, Berlin. Ihm folgt Herr Serafim, Rheinland. Bitte, Herr Amrehn.

Franz Amrehn: Meine Freunde! Der Bericht des Generalsekretärs hat heute dankenswerterweise eine Reihe von Anregungen zur Diskussion gegeben, die diesen Parteitag bereichern und auch den nächsten Parteitag noch beschäftigen werden. Ich greife daraus eine Bemerkung auf, mit der ich nicht einverstanden bin. Der Generalsekretär hat erklärt, in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten sei die Zeit der groben Kanonen vorbei, heute seien die Florettfechter gesucht. Meine Freunde, ich leugne nicht, daß es in der Auseinandersetzung mit der SPD auch Gebiete gibt, in denen wir nur noch um Nuancen streiten.

Wenn heute die Sozialdemokraten von uns die soziale Marktwirtschaft adoptiert haben, dann mögen wir mit ihnen nur noch über Einzelheiten diskutieren müssen. Und dennoch werden wir aufzupassen haben, daß sie nicht unter dem Deckmantel der sozialen Marktwirtschaft ihre planwirtschaftlichen und sozialistischen Vorstellungen in unser Wirtschaftssystem wieder einführen. Das zweite: Wir haben heute nicht mehr um Wehr- und Verteidigungsbeitrag mit den Sozialdemokraten zu streiten, weil sie sich inzwischen unsere Auffassung zu eigen gemacht haben. Dennoch werden wir wiederum aufpassen müssen, daß die Geldforderungen, die sie zur Erfüllung gesellschaftlicher Ziele an den Haushalt stellen, nicht auf Kosten unserer Sicherheit in Verteidigungsfragen gehen. Auch das gehört zu unserer Aufmerksamkeit. Aber wenn ich auch einräume, daß es Gebiete gibt, wo die Auseinandersetzung nicht mehr grob geführt werden muß, seien wir uns doch klar darüber, daß bewußt und gewollt ein Machtwechsel stattgefunden hat, der nicht nur meint, Personen auszutauschen, sondern ein Machtwechsel stattgefunden hat, der auch politische Ziele heute anders verfolgt als dies in den letzten zwanzig Jahren geschehen ist. Wenn, meine Freunde, der neue deutsche Bundeskanzler von den nebeneinanderstehenden beiden deutschen Staaten spricht, dann ist das eine Äußerung, die von uns nur mit ganz grobem Geschütz beantwortet werden kann.

Ich möchte unserem Freund Rollmann sagen: Wahrscheinlich hat er Recht, wenn er erklärt, daß die größeren politischen Entscheidungen der nächsten Zukunft mehr auf dem Felde der Gesellschafts- und der Sozialpolitik gefällt werden als in der Außenpolitik. Aber die CDU darf doch nicht außer Acht lassen, daß wir keine Gesellschafts-, keine Bildungs-, keine Sozialpolitik treiben können, wenn in irgendeiner Weise unser nationales Selbstverständnis und unsere eigene Sicherheit in Frage gestellt werden sollten.

Wer in diesen Tagen Gelegenheit gehabt hat, draußen im Auslande sich nach der Regierungserklärung umzuhören, der kann nur erschüttert sein, meine Freunde, von der Verwirrung, die draußen eingetreten ist über den künftigen Weg deutscher Außen- und Deutschlandpolitik bei uns. Heute weiß kein Botschafter mehr, wie er die deutsche Regierung interpretieren soll. Heute kann kein Mensch mehr einem fremden Staatsmann erklären, warum Herr Scheel sagt, die Anerkennung berühre unsere Interessen nicht, und wenn am anderen Tag gesagt wird, zwar sei eine Anerkennung kein unfreundlicher Akt, aber sie beeinträchtige die Beziehungen zur Bundesrepublik. Solche widersprüchlichen Erklärungen sind in den letzten Tagen wiederholt hinausgegangen, und ich kann nur sagen, daß die Erklärung der neuen Bundesregierung bisher nichts weiter gebracht hat als einen tiefen Einbruch in die von uns eingenommene feste Haltung. Daraus ist Unheil für die deutsche Außenpolitik und für die Deutschlandpolitik entstanden. Und darum, meine Freunde, glaube ich, kommt es entscheidend darauf an, daß die CDU, die fast an der Grenze der absoluten Mehrheit steht, im Bundestag sehr deutlich macht, daß es weder in den Fragen des Atomsperrvertrages noch in den Fragen des Verhältnisses zu Pankow Entscheidungen gegen die Christlich Demokratische Union geben kann, meine Freunde.

Der Fraktionsvorsitzende hat der Sozialdemokratie die Kooperation in den Deutschland- und in den auswärtigen Fragen angeboten. Ich bin skeptisch genug, die Frage zu stellen, ob die SPD diese Kooperation will. Wenn sie sie nicht will, dann haben wir mit grobem Geschütz zu antworten. Die Bildung dieser Regierung war eine einzige Kampfansage an die CDU, und deswegen sollte die CDU diese Kampfansage auch annehmen.

Präsident Jürgen Echternach: Das Wort hat Herr Mick, Landesverband Rheinland.

Josef Mick: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Was sich in Berlin ankündigte, das wachsende Selbstverständnis dieser Partei hat sich heute überzeugend fortgesetzt. Und ich habe die Hoffnung, daß die von Herrn Parteivorsitzenden erfolgte Ankündigung, in einem Jahr einen Sonderparteitag stattfinden zu lassen, dieses Selbstverständnis weiter wachsen läßt. Ich darf Ihnen auch noch sagen, daß ich noch nie einen Parteitag erlebt habe, wo um diese Stunde bei der Diskussion noch mehr als 25 Leute im Saal waren. Bitte stellen Sie jetzt einmal die Besetzung in diesem Saal fest. Auch das, meine Damen und Herren, soll uns Selbstbewußtsein geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen in der Opposition, ich glaube, das hat sich rundgesprochen und wir haben die Regierung zu kontrol-

lieren. Das gibt der Partei verstärkt den Auftrag, die Opposition zu kontrollieren, ob sie ihre Pflicht tut. Ich sage das nicht ohne Hintergrund. Sehen Sie einmal, wenn wir in einen Wahlkampf ziehen, ist das meist eine wunderbare Sache. Dann fühlt man sich dem Programm der Christlichen Demokraten verschworen und tritt überall für diese Partei ein. Mir scheint es allerdings, daß dann nach den Wahlen manche Abgeordnete nur noch ihrem eigenen Gewissen und nicht mehr dem Parteiprogramm verpflichtet sind. Wir haben auch etwas dagegen zu tun, damit das Auseinanderklaffen der Christlichen Demokraten, hier Partei, hier Kommunalparlament, hier Landesparlament, hier das Bundesparlament aufhört. Ich habe den Eindruck, daß der größte Gegensatz und der größte Spalt zwischen unserer Politik im Bund und unserer Politik in den Kommunen besteht. Es kommt, so glaube ich, nicht von ungefähr, daß diese Christlichen Demokraten sich gerade in der Kommunalpolitik und ihren Notwendigkeiten so schwer tun. Das ist nun seit rund 10 Jahren der Fall. Lassen Sie mich das an einem Beispiel, an dem ich und mit dem ich besonders konfrontiert bin, klar zu machen versuchen.

Wir sprechen immer noch davon, daß die Wohnungsbaupolitik der Christlichen Demokraten in der Hauptsache Eigentums- und hier Eigenheimpolitik ist. Dabei haben wir übersehen oder übersehen es geflissentlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Voraussetzungen, ein Eigenheim etwa in einer Großstadt oder großstadtnahen Räumen zu bauen, von der Masse unserer Bevölkerung einfach nicht mehr erfüllt werden können. Ich habe weiter den Eindruck, daß wenn wir in diesem Stil fortfahren, wir keine Eigenheimpolitik mehr betreiben, sondern lediglich noch eine ideologische Gartenlaubenpolitik, die mir etwa so auszusehen scheint: man macht partriarchalisch klar, daß das Eigenheim an sich *die* Lebensform ist, obwohl man im Hinterkopf hat, man muß die Leutchen mit einem Gärtchen beschäftigen und einem Häuschen, wenn auch nur gedanklich, dann werden sie politisch keine Dummheiten machen, dann werden sie nicht demonstrieren, dann werden sie nicht in die Massenorganisationen gehen und so weiter und so weiter.

Meine verehrten Damen und Herren, in Hirnen, wo solche Gedanken noch spuken sollten, wird es höchste Zeit, daß wir ihnen durch praktische Politik ein Ende setzen, und ich unterstreiche, was dieser Tage ein verehrter Fraktionskollege in der CDU-Fraktion sagte: Die CDU hat nicht nur im Eigenheim, sondern sie hat auch in der Wohnwabe eines Hochhauses präsent zu sein.

Meine Damen und Herren, wir werden hier zum Schwur kommen müssen – das Städtebauförderungsgesetz steht auf der Tagesordnung. Jenes Gesetz, welches darüber entscheiden wird, wie die Stadt von morgen, wie das Dorf von morgen aussehen wird. Wir werden zum Schwur kommen müssen über die Maßnahmen, die wir für die Bodenordnung anzubieten haben und man wird uns aus dieser Verantwortung nicht entlassen. Wir werden sie so zu beantworten haben, daß wir nicht nur in den 70er Jahren mit dieser Bodenordnung Politik machen können, sondern daß wir im Jahre 2000 aus der von uns gestalteten Bodenordnung eine gesunde Struktur in der Bundesrepublik haben. Ich danke Ihnen.

Präsident Jürgen Echternach: Das Wort hat Herr Wolters, Landesverband Westfalen. Danach hat das Wort Frau Blohme, Landesverband Hannover.

Leo Wolters: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Als ich heute morgen hier meine Wortmeldung abgab, konnte ich nicht wissen, daß all das, was ich hier sagen wollte, bereits von meinen Freunden gesagt worden ist. Ich möchte daher der Mahnung des Präsidiums folgend auch auf meinen vorgesehenen Diskussionsbeitrag verzichten. Ich möchte aber die Gelegenheit, daß der Bundesvorsitzende, Herr Dr. Kiesinger, wieder im Saal ist, nicht vorübergehen lassen, eine Bitte an ihn zu richten. Bei meinem Diskussionsbeitrag und bei all den Überlegungen, die ich hatte, ist eine Frage offen geblieben. Ich möchte Herrn Dr. Kurt Kiesinger herzlich bitten, hier einmal ein klares und grundsätzliche Wort zur Haltung der CDU in Sachen Wahlrecht zu sprechen; und ich darf ihm auch sagen warum. Ich habe mich in sehr vielen Diskussionen mit jungen Leuten leidenschaftlich für diese Wahlrechtsreform eingesetzt, und zwar aus staatspolitischen Gründen, die ich hier nicht weiter ausführen will. Ich möchte hier sagen, daß bei diesen jungen Menschen der Eindruck entstand, ich will es vorsichtig formulieren, daß das eine taktische Frage ist. Ich bitte, das nicht als Kritik aufzufassen; sondern einfach die Frage der Glaubwürdigkeit, die heute morgen einige Male angedeutet worden ist, ist die entscheidende Frage im Verhältnis zur Jugend.

Präsident Jürgen Echternach: Das Wort hat der Parteivorsitzende.

Dr. Kiesinger: Meine Damen und Herren, ich will die Frage gleich beantworten, denn ich weiß, daß es hier Mißverständnisse gegeben hat.

Ich bin selbstverständlich, und zwar sowohl aus eigener Einsicht wie auch als Demokrat im Rahmen meiner Partei, der die Beschlüsse seiner Partei ernst nimmt, für das Mehrheitswahlrecht. Ich habe mich nie in dieser Frage geändert. Das Mißverständnis kam lediglich dadurch auf, daß ich nach der Wahl, wie ich es für meine Pflicht hielt, der FDP ein Koalitionsangebot gemacht habe. Weniger, meine Damen und Herren, weil ich geglaubt habe, daß die FDP dieses Koalitionsangebot annehmen würde, als vielmehr der Gruppe in der FDP-Fraktion, die ihren politischen Standort nicht bei der SPD, sondern bei uns sucht, noch eine Rückenstärkung zu geben. Wenn ich aber der FDP ein solches Angebot mache, meine Damen und Herren, dann muß ich selbstverständlich sagen, daß für die Zeit eines möglichen Koalitionsbündnisses mit der FDP das Mehrheitswahlrecht im Schrank ist. Denn ich kann kein Koalitionsbündnis mit der FDP errreichen, wenn ich das Mehrheitswahlrecht in der Zeit des Bündnisses mit ihr wieder durchzusetzen versuche – das ist doch klar wie zwei mal zwei vier ist. Das bedeutet aber keine prinzipielle Aufgabe des Mehrheitswahlrechts. Ich habe dafür in der Fraktion und in der Partei gekämpft und werde weiter dafür kämpfen, es sei denn, die kommenden Entwicklungen in der Bundesrepublik entheben uns aller Sorgen in dieser Hinsicht, indem wir de facto zum Zweiparteiensystem kommen werden.

Präsident Jürgen Echternach: Das Wort hat Frau Blohme, Landesverband Hannover.

Elisabeth Blohme: Meine Damen und Herren, ich knüpfe an Gedanken meiner Vorredner an. Die CDU wählte bei ihrer Gründung das Wort „christlich", so meine ich, bewußt als Ausdruck ihrer ideologischen Grundlage und politischen Zielsetzung. Damals, nach der vergangenen Ära, für jeden verständlich, als Betonung einer Hinwendung zum Menschen gegenüber der vorangegangenen Verherrlichung des Staates. Inzwischen sind mehr als 20 Jahre vergangen. Wie das Demokratieverständnis so muß auch die Bedeutung des Christlichen in unserer Partei diskutiert und neu gefaßt werden, gerade in der Abgrenzung gegenüber anderen Parteien. Wenn das Christliche sich wie bisher nach außen hin weitgehend im gerechten Auswägen von katholischen und evangelischen Kräften innerhalb der Parteigremien zu erschöpfen scheint, so ist das „C" nach meiner Meinung in der CDU zurecht in Frage gestellt.
Präsident Jürgen Echternach: Das Wort hat Herr Schröder, Landesverband Hamburg.
Horst Schröder: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin weder Kandidat für den Bundesvorstand der Partei noch habe ich die Absicht, ein eigenes Statement zu geben. Ein Parteitag des offenen Durchbruchs zu neuen Fronten der Partei ist ein Parteitag der Selbstkritik und auch der wechselseitigen Kritik. Das, was mich veranlaßt hat, hier auf das Podium zu gehen, war der erste oder zweite Diskussionsbeitrag von Herrn Minister Filbinger, der eine Formulierung geprägt hat, die aus der Sicht der jungen Generation in unserer Partei des Widerspruchs bedarf; die Formulierung, wir sollten den Jungen und den Intellektuellen nicht nachlaufen, so drückte er sich aus.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist nicht das Problem, das wir uns hier heute und in den nächsten Monaten und Jahren zu stellen haben. Wenn das Verhältnis zwischen unserer Partei und der jungen Generation und das Verhältnis zwischen unserer Partei und den sogenannten Intellektuellen nicht so ist, wie es unseren eigenen Wünschen und Vorstellungen entspricht, dann ist das nicht nur eine Frage der jungen Generation und nicht nur eine Frage der Intellektuellen, sondern es ist auch eine Frage, die wir an uns selbst zu richten haben und wo wir uns zu prüfen haben, ob auch nicht wir unter Umständen unseren Standort gegenüber der jungen Generation und gegenüber den Intellektuellen zu überbrücken haben. Und ich meine, dazu gehört, wenn ich es einmal sehr offen und selbstkritisch sagen darf, daß all das – im Hinblick auf die Intellektuellen etwa – was so in Richtung Reichsschrifttumkammer geht, daß das wirklich ein für alle Mal der Vergangenheit angehören muß und, daß wir selber ein sehr viel offeneres und freieres Verhältnis zu diesen Intellektuellen und auch jenen finden, die dazugehören.

Aber, meine Damen und Herren, gegenüber der jungen Generation, und das ist der entscheidende Punkt, den ich sehe, ist es doch vor allen Dingen eine Frage in zweierlei Hinsicht; nämlich eine Frage der Prioritäten unserer Politik, insbesondere der Prioritäten dahingehend, ob wir daß, was die junge Generation als ihre zukünftigen Aufgaben und Probleme ansieht, auch als unsere zukünftigen Aufgaben und Probleme ansehen. Zum zweiten eine Frage der Artikulation unserer Politik. Ich glaube, hier liegt vor allen Dingen jener Punkt, wo wir einen neuen, einen Durchbruch zu neuen Überlegungen, zu neuen Formen finden müssen, daß wir unsere Politik, zu der wir uns bekennen, die wir

für richtig erachten, die im Berliner Aktionsprogramm einen umfassenden, und ich sage als junger Mensch ganz bewußt, einen modernen Niederschlag gefunden hat. – Eine Konzeption, meine Damen und Herren, mit der wir uns im Grunde genommen auch mit der jungen Generation sehen lassen könnten – daß wir diese Konzeption ganz offensichtlich nicht in der richtigen, d. h. der jungen Generation verständlichen Art und Weise artikuliert haben.

Insofern, verehrter Herr Filbinger, ist es nicht eine Frage des Nachlaufens, sondern des Besinnens, des eigenen Standorts, des Setzens von politischen Schwerpunkten, die als politische Aufgaben von der jungen Generation empfunden werden, und des der jungen Generation verständlichen Artikulierens unserer Politik.

Lassen Sie mich hier einen konkreten Punkt hinzufügen. Ich glaube, daß in den zurückliegenden Monaten und Jahren insbesondere der Sektor der Bildungspolitik ein Fragenkomplex war, an dem sich die Gemüter der jungen Generation in besonderer Weise entzündet haben und nach wie vor entzünden. Wenn unser Verhältnis zur jungen Generation nicht so ist, wie es notwendig wäre und wir es uns im Grunde genommen selber wünschen, dann liegt das vielleicht daran, daß wir in den wesentlichen Fragen wie etwa die der Bildungspolitik, die die junge Generation nun einmal vorrangig interessiert und berührt, vielleicht nicht immer die klare eindeutige und jedermann sichtbare Aussage gefunden haben.

Ich meine, daß die große Chance, die die CDU u. a. jetzt in der Opposition wahrzunehmen hat, die ist, in der Bildungspolitik mit einer Stimme zu sprechen, in der Bildungspolitik über die Gestaltung der Strukturen unseres Bildungswesens und die Lösung der Quantitätsprobleme ein klare Aussage zu. Wenn es uns gelingt, in den von uns vorbereiteten Entwurf über ein Hochschulrahmengesetz des Bundes, in dem die strukturellen bildungspolitischen Überlegungen unserer Partei niedergelegt werden, einen umfassenden, in die Zukunft weisenden nationalen Bildungsplan zu erarbeiten und ihn auch mit einer Stimme der jungen Generation und natürlich auch der übrigen Wählerschaft zu verdeutlichen, dann haben wir einen wesentlichen Schritt für einen Durchbruch unserer Partei in diesen Kreis von Wählern vollzogen, insbesondere im Hinblick auf die junge Generation.

Ich komme noch einmal darauf zurück, Herr Filbinger, das ist kein Nachlaufen, sondern das ist eine kritische Selbstbesinnung, das ist eine Aufforderung, daß wir weder in die Situation eines Nachlaufens noch in die Situation eines Ignorierens, sondern daß wir zu einem echten Dialog kommen, daß auch die CDU für die junge Generation eine echte Alternative, einen echten zukunftsweisenden politischen Weg darstellt. Danke.

Präsident Jürgen Echternach: Das Wort hat Herr Dr. Kohl.

Dr. Kohl: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte ein paar Bemerkungen machen zu den Ausführungen, die Frau Blohme eben hier vorgetragen hat. Ich verstehe diese Ausführungen aus einer Sorge, daß das Verständnis der Christlich Demokratischen Union in unserem Lande

bei manchem außerhalb der Partei als ein Verständnis der Selbstgerechtigkeit empfunden werden könnte.

Ich meine aber, unter den vielen Ratschlägen, die uns jetzt von draußen gegeben werden, ist auch der, wir sollten doch Schluß machen mit dem „C" in unserem Namen, und es gibt auch in unseren Reihen den einen oder anderen, der wegen dieser modernen Imagepflege an eine solche Empfehlung denkt. Das soll man doch ganz offen hier aussprechen.

Ich möchte hier dieser Einstellung entschieden widersprechen. Ich räume gerne ein, meine Damen und Herren, daß das „C" im Namen der CDU auch in unseren eigenen Reihen und in manch einem Wahlkampf der letzten Jahre und Jahrzehnte auch von uns selbst oder von manchem von uns selbst falsch interpretiert, sehr einfach interpretiert wurde. Die Gründer der Union haben unter dem Eindruck des Chaos des Jahres 1945 diesen Namen für die CDU und die CSU gewählt, weil sie einen Maßstab für das neue Tun dieses neuen demokratischen Deutschlands setzen wollten. Dies war und ist, meine Damen und Herren, ein Maßstab an uns selbst. Das ist eine Frage in die Union hinein. Das bedeutet wahrlich nicht, und das wäre ja selbstgerecht und pharisäisch, daß wir etwa die Behauptung aufstellen, daß außerhalb dieser Union nicht auch Christen in der deutschen Politik tätig sein könnten. Und ich räume auch ein, daß in diesen zwei Jahrzehnten der Verantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden nicht alle unsere Taten diesem hohen Anspruch entsprachen. Aber gerade als Männer und Frauen, die versuchen, als Christen dieses ihr Leben zu bewältigen, wissen wir, daß dies ja auch zu diesem Ziel mitgehört. Und ich meine, gerade auch die Union braucht jetzt – nicht, weil wir in der Opposition sind, das hat damit gar nichts zu tun, sondern weil wir in ein neues Jahrzehnt, in eine Zeit, in der eine neue Generation der Nachgeborenen in die Politik eingetreten ist – ein Nachdenken über diese Frage. Ich sage Nachdenken und nicht Aufgeben.

Natürlich ist die Welt auch an diesem „C" nicht spurlos vorübergegangen. Natürlich ist die Öffnung des 2. Vatikanums für viele etwa im katholischen Bereich, die Entwicklung der evangelischen Theologie innerhalb der evangelischen Kirche eine Tatsache, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben. Aber, wenn ich das so sagen darf, das Grundkoordinatensystem, nach dem wir angetreten sind, das das Gesetz unseres Anfangs war und ist, ist auch heute noch so jung und unverbraucht wie vor 20 Jahren. Ich habe jetzt den Eindruck, daß unsere Interpretation vielleicht des Nachdenkens wert ist, und deswegen meine ich, wir sollten diese Diskussion redlich und offen führen. Wir sollten auch sagen, daß etwa Proporz-Denken nach konfessionellen Dingen mit dem „C", meine Damen und Herren, gar nichts zu tun hat.

Aber wir sollten uns auch von niemandem aufreden lassen, daß dieses Signum und diese Ausgangsposition für uns auch in Zukunft eine wichtige Sache ist. Wenn es richtig ist, was uns kluge Leute über den möglichen Lauf der Welt in unserer Gesellschaft mit all den Problemen, die auf uns zukommen sagen, dann scheint es mir auch klug zu sein, diese Grundlage unseres Ausgangspunktes als politische Arbeitsgemeinschaft von Männern und Frauen aus den

beiden großen Konfessionen nicht aufzugeben. Vielleicht sollten wir weniger darüber reden und gelegentlich mehr danach leben.

Präsident Jürgen Echternach: Meine Damen und Herren, wir nähern uns dem Ende der Generalaussprache. Ich habe noch zwei Wortmeldungen vorzuliegen. Jetzt hat zunächst das Wort Herr Popkes, Landesverband Hannover, und anschließend als letzter Diskussionsredner Herr Dr. Vogel, Landesverband Rheinland/Pfalz. Das Wort hat Herr Popkes.

Lüko Popkes: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Ich kann mich lapidarer Kürze befleißigen, weil ich ebenfalls keine Wahlrede an diesem Nachmittag zu halten brauche.

Herr Dr. Kiesinger hat heute morgen zwei Bemerkungen gemacht, die mich sehr interessiert haben. Einmal hat er gesagt, daß unsere Parteispitze, bedingt durch die lange Regierungszeit in Bonn, unterernährt sei. Das zweite: Dr. Kiesinger hat ausgeführt, daß wir vom Parteiföderalismus innerhalb unserer Reihen etwas abkommen müssen. Konrad Adenauer sagte einmal, und das zu all den Reformvorschlägen heute nachmittag, daß die Verfassungswirklichkeit entscheidend ist und nicht die Verfassung. Und unter Verfassungswirklichkeit hat er offenbar sicher die Personen verstanden. Und von all den Anregungen, die heute hier gegeben worden sind, sollten wir als Delegierte nicht vergessen, daß morgen mit der Wahl des Parteipräsidiums und des Vorstandes ganz entscheidende Weichen gestellt werden können oder auch nicht. 16 Jahre lang war die Wirtschaftspolitik die Domäne der CDU. Und mit Professor Erhard haben wir manche Wahl gewonnen. Und mindestens seit 1966, seitdem das Bundeswirtschaftsministerium „schillernd" geworden ist, haben wir auf diesem Gebiet Federn lassen müssen. Ich möchte wissen, wieviel Prozent der Wählerstimmen in der Bundesrepublik uns dieses Ressort gekostet hat. Wenn ich den Wahlvorschlag sehe, der hier in den Reihen verteilt worden ist und die rege Börsentätigkeit, wo Namen gehandelt werden wie Papiere, habe ich einige Sorge, ob wir morgen nicht die Abmagerungskur unserer Partei auf wirtschaftlich politischem Gebiet fortsetzen. Es sollte die Aufgabe dieses Parteitages sein, in die Parteispitze eine breitere Gruppe wirtschaftspolitischer Experten hineinzuwählen – über die Eigeninteressen der Landesverbände hinaus. Ich danke Ihnen.

Präsident Jürgen Echternach: Das Wort hat Herr Dr. Vogel, Rheinland-Pfalz.

Dr. Vogel: Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist heute nachmittag vor allem von den Freunden des RCDS mehrfach unsere Bildungs- und Kulturpolitik angesprochen worden. Ich meine, es wäre gut, auch ein Wort zum Verhalten der SPD in dieser Frage zu sagen. Seit Jahren proklamiert die SPD ein bildungspolitisches Programm und erweckt in der Öffentlichkeit den Eindruck besonderer Fortschrittlichkeit; mehr als „die gute alte CDU" habe sie es mit der jungen Generation. In den Wahlen proklamiert sie dann, sie hätte die besseren Männer. Wenn es nach den Wahlen darauf ankommt *das* innenpolitische Schlüsselministerium zu besetzen, das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, dann ist sie dazu aus ihren eigenen Reihen nicht in der Lage. Nichts, meine Damen und Herren, gegen Herrn Professor Leussink. Wir sind

kooperationsbereit und werden versuchen, mit ihm zusammenzuarbeiten. Aber es ist tief bedauerlich, ja es ist bedenklich, daß es der Sozialdemokratie nicht möglich ist, einen Mann ihrer Überzeugung und ihres politischen Konzeptes an diese Stelle zu setzen. Wenn es im Sachprogramm, wenn es im Bildungs- und kulturpolitischen Programm der SPD genauso aussehen sollte, dann in der Tat: armes Deutschland!!

Aber, meine Damen und Herren, ein Wort zu uns. Es ist ungeheuer populär und auch heute wieder praktiziert worden, andere Kompetenzverteilung zu fordern. Gut, darüber kann man sprechen. Wichtiger und vordringlicher aber scheint mir zu sein, daß wir die vorhandenen Kompetenzen sinnvoller und vollständiger nützen. Das heißt, daß wir in den bildungspolitischen Fragen mit Bund und Ländern und Gemeinden einheitlicher als bisher handeln. Daran, meine ich, fehlt es bisher erheblich. Und das liegt an uns, ob zwischen Fraktionen, Ministern und der Partei ein engeres Kooperationsverhältnis entsteht. Man kann den kulturpolitischen Ausschuß wunderbar als Alibifunktion benützen, man kann aber auch bereit sein, ihn tatsächlich ernsthaft zu einem Instrument der Partei in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zu machen.

Herr Schwarz-Schilling hatte völlig recht vorhin, als er darauf hinwies, daß wir um ein Haar das Deidesheimer Programm „zer"diskutiert hätten. Und Herr Katzer hatte ebenso recht, daß dieses Programm im Hinblick auf das Berufsbildungswesen ausgebaut werden muß und daß das berufliche Bildungswesen in das Schul- und Bildungswesen insgesamt integriert werden muß und nicht länger im bildungspolitischen Abseits der Diskussion stehen darf. Aber meine Damen und Herren, meine Bitte geht an das neue Parteipräsidium, das wir morgen wählen, daß sie diese Priorität nicht nur als Lippenbekenntnis häufig äußert, sondern tatsächlich in den Fakten auch deckt und meine Bitte an den neuen Parteivorsitzenden geht dahin, Herr Dr. Kiesinger, daß sie doch der deutschen Bildungspolitik so viel Aufmerksamkeit widmen mögen, wie sie das dankenswerterweise der deutschen Außenpolitik fraglos tun.

In diesem Zusammenhang noch einen weiteren Gedanken. Ich meine, wir sollten ernsthaft mehr Bereitschaft zeigen, mit der jungen Generation ins Gespräch zu kommen. Meine Damen und Herren, die Tertianer von heute sind Wähler im Jahre 1973, und das bedeutet, daß unsere Bereitschaft nicht nur eine freundliche Geste an „die jungen Freunde" sein darf, sondern daß diese Bereitschaft glaubwürdig werden muß und daß sie sich orientiert an der völlig anderen Erfahrungswirklichkeit des 18- oder 20jährigen des Jahres 1969, als es die Erfahrungswirklichkeit des 50- oder 60jährigen ist. Für die Älteren unter uns ist das Jahr 1945 das prägende Jahr des Erlebnisses gewesen. Aber für diese junge Generation ist es das Jahr 1965 und ist es das Jahr 1970. Und darin liegt der eigentliche Kern des sogenannten Generationenkonfliktes, der dann kein Konflikt mehr ist, wenn wir, auch wir Christlichen Demokraten diese Diskussion mit weniger Ängstlichkeit führen, mit mehr Mut führen und wenn wir sie im übrigen nicht nur mit den Studenten führen, weil die sich so lautstark zu Wort gemeldet haben, sondern wenn wir sie im selben Maße mit den Schülern und nicht zuletzt, ja ich möchte sogar sagen, vor allem auch mit den Lehrlingen führen, rechtzeitig führen. Nicht erst, meine Freunde, wenn auf den

Schulen, in den Berufsschulen und in den Lehrwerkstätten Verhältnisse herrschen wie an der Universität Berlin, sondern jetzt ist es dazu Zeit, und ich bitte noch einmal, daß das mit Bereitschaft und Mut und Aufgeschlossenheit und nicht als Pflichtübung geschieht. Ich danke Ihnen.

Präsident Jürgen Echternach: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Generalaussprache angekommen. Bevor ich dem Generalsekretär das Wort zum Schlußwort gebe, möchte ich Sie bitten, die überaus anerkennenswerte große Beteiligung an dieser Diskussion in diesem Plenum auch jetzt nicht zu beenden. Wir haben noch eine Reihe wichtiger Tagesordnungspunkte zu erledigen, beispielsweise wichtige Satzungsänderungsanträge, und ich meine, es wäre gut, wenn sie auch auf breiter Basis hier durch dieses Plenum verabschiedet würden. Wenn wir das heute nicht tun, ist es zweifelhaft, ob wir morgen den Parteitag rechtzeitig abschließen können. Was wir heute schaffen, brauchen wir morgen nicht zu erledigen, deswegen meine Bitte, bis halb neun hier auszuharren. Jetzt hat das Schlußwort der Generalaussprache der Generalsekretär.

Dr. Heck: Herr Präsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Diskussion des heutigen Vormittags und des Nachmittags konnte zwangsläufig nicht geordnet und systematisch durchgeführt werden. Das lag an der Fülle dessen, was hier in der Rede des Vorsitzenden angesprochen worden ist und was ich als Generalsekretär vorzutragen hatte. Aber in dieser Aussprache ist nicht nur im großen und ganzen unterstrichen und bestätigt worden, was wir gesagt haben, sondern es sind einige wichtige Themen neu zur Sprache gebracht worden. Manches, was wir vorgetragen hatten, wurde, wie ich meine, nützlich, teilweise auch kritisch formuliert. Es sind dann immer wieder gewisse Zweifel laut geworden, ob es sich nicht doch wieder nur um schöne Worte handle, ob dann auch die Taten folgen würden.

Meine Freunde, ich glaube, es entspricht nicht unserem Stil, daß wir darauf mit großen Versprechungen antworten. Aber eines ist sicher: der nächste Parteitag wird danach fragen, was aus den Aufträgen dieses Parteitages geworden ist.

Meine Damen und Herren, um die Aufträge dieses Parteitages durchführen, um sie in Wirklichkeit umsetzen zu können, brauchen wir natürlich auch die Mitarbeit der Landesverbände, der Kreisverbände und der Vereinigungen; und etwas, worüber heute ja noch nicht gesprochen worden ist – vielleicht wird noch darüber gesprochen –, wir brauchen auch wesentlich mehr Geld als bisher.

Meine Damen und Herren, was in der Aussprache angesprochen wurde, das ist teilweise auch in Anträgen unserer Kreisverbände und der Jungen Union enthalten. Über diese Anträge werden wir jetzt nicht abstimmen, weil wir zunächst, wie der Präsident schon sagte, über die Anträge zu Satzungsänderungen abstimmen müssen –, wegen der Wahlen von morgen. Über diese Anträge wird der Parteitag morgen zu befinden haben.

Im übrigen darf ich noch darauf hinweisen, daß morgen die Aussprache nach der Rede des Fraktionsvorsitzenden, unseres Freundes Rainer Barzel, fort-

geführt werden wird. Da die Reden nicht so scharf gegeneinander abzugrenzen sind, wird sicher auch in der Aussprache von morgen dies und jenes erneut gesagt werden, was für uns, für die Arbeit der nächsten Jahre von Bedeutung ist.

Präsident Jürgen Echternach: Ich danke. Meine Damen und Herren, das Präsidium schlägt ihnen jetzt vor, daß, bevor wir zum Tagesordnungspunkt 13 kommen, wir zwischendurch den Bericht der Mandatsprüfungskommission hören. Dazu hätte dann das Wort Herr Staatssekretär Holkenbrink, wenn ich dagegen kein Widerspruch höre. Das ist nicht der Fall, dann hat das Wort jetzt Herr Holkenbrink.

Staatssekretär Holkenbrink: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Die vom Parteitag gewählte Mandatsprüfungskommission ist ordnungsgemäß zusammengetreten und hat die Stimmberechtigung geprüft. Nach § 28 des Statuts entsenden die Landesverbände auf je angefangene 1000 Mitglieder einen Delegierten und je angefangene 25 000 Stimmen, die bei der letzten Wahl im Deutschen Bundestag für die Landesliste abgegeben wurden, einen weiteren Delegierten. Demnach sind voll stimmberechtigt 481 Delegierte der Landesverbände sowie laut Parteitagsbeschluß vom Parteitag 1967 unser Ehrenvorsitzender, Herr Dr. Ludwig Erhard, d. h. insges. 482 Delegierte. Davon sind anwesend 477 Delegierte; ebenfalls nach § 28 der Satzung stellt die Exil-CDU 50 Delegierte, deren Stimmen bei Abstimmungen nach § 29 Abs. b, c, d und f dieses Statuts nicht mitgezählt werden. Sie sind also bei den Wahlen zum Bundesvorstand, zum Bundesparteigericht und der Kassenprüfer sowie bei der Abstimmung über das Statut und die Beitrags- und Finanzordnung nicht stimmberechtigt. Von diesen 50 Delegierten der Exil-CDU sind 49 anwesend.

Die Mandatsprüfungskommission stellt nach Prüfung der Unterlagen fest, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden.

Präsident Jürgen Echternach: Ich danke dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission und stelle fest, daß dazu Wortmeldungen nicht vorliegen. Wir kommen damit zur weiteren Tagesordnung, wobei das Präsidium Ihnen vorschlägt, jetzt zunächst den Tagesordnungspunkt 13 aufzurufen, anschließend den Tagesordnungspunkt 11 und dazu zu beginnen mit den Anträgen, also Tagesordnungspunkt 14. Wird dagegen Widerspruch laut? – Das ist nicht der Fall, dann sind Sie offenbar damit einverstanden. Dann rufe ich jetzt auf den Tagesordnungspunkt 13 und zwar Beschlußfassung über eine Beitrag- und Finanzordnung. Da der Schatzmeister unserer Partei – wie bereits heute morgen mitgeteilt – wegen eines Trauerfalles an diesem Parteitag nicht teilnehmen kann, wird in seiner Vertretung der Landesschatzmeister des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, Herr Theisen, den Entwurf der Finanz- und Beitragsordnung begründen und einbringen. Das Wort hat jetzt Herr Theisen.

Otto Theisen: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Mir fällt mit Ihrer freundlichen Genehmigung die Aufgabe zu, Ihnen anstelle des aus so tragischem Anlaß verhinderten Schatzmeisters über das Finanzwesen Bericht zu erstatten.

Zunächst ein Wort zum Finanzstatut: Die bis jetzt geltende vorläufige Beitrags- und Finanzordnung stammt aus dem Jahre 1959. Nach der Verabschiedung des Parteistatuts von Braunschweig ist diese vorläufige Ordnung überholt und zu ersetzen durch eine Regelung, die auch dem Parteiengesetz Rechnung trägt. Der Ihnen vorliegende Entwurf – Sie haben ihnen in Ihrer Mappe gefunden – ist fast ein Jahr lang in einer eigens dazu eingesetzten Kommission beraten, in mehreren Sitzungen des Bundesfinanzausschusses überarbeitet und dann am 27. Februar 1968 einmütig verabschiedet worden. Im Bundesfinanzausschuß waren Vertreter aller Landesverbände und aller Vereinigungen beteiligt. Und ich darf außerdem feststellen, Bundesvorstand und Bundesausschuß sind dem Entwurf beigetreten und empfehlen ihn Ihrer Annahme.
Eine Finanzordnung, meine Damen und Herren, bringt noch kein Geld. Sie ist – richtig angewandt – nur ein hilfreiches Instrument, um das Finanzaufkommen der Partei auf allen Ebenen – darauf legt der Bundesschatzmeister Wert – optimal zu sichern und die Ausgaben effektiver zu gestalten. Die Partei braucht – es ist soeben vom Herrn Generalsekretär noch einmal hier herausgestellt worden – ausreichende und mehr Mittel. Alle Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit sind nur dann umsetzbar, wenn sie sich finanzieren lassen. Mit dieser Binsenwahrheit meine Damen und Herren, müssen wir uns auch im Dasein unserer Partei immer wieder vertraut machen. Der Schatzmeister der Partei muß den Parteitag und alle Gremien der Partei – auch wenn er sich unbeliebt machen sollte, was ich aber nicht einmal glaube – immer wieder darauf hinweisen, daß jeder Vorschlag erst dann ernsthaft wird, wenn die Finanzierung mit gleicher Energie betrieben wird wie der Vorschlag selbst. Wir brauchen ein schlagkräftiges funktionsfähiges modernes Management, um es hier mit den Worten von Herrn Dichgans auszudrücken. Seine Finanzierung ist nur dann zu schaffen, wenn unsere Parteimitglieder vor allen Spendern selber willens sind, nach ihren eigenen Einkünften und ihrem Vermögen persönlich dazu beizutragen.

Grundlage jeder Parteifinanzierung ist und bleibt der Mitgliedsbeitrag. Er reicht bei weitem nicht aus, bei uns nicht, auch bei anderen nicht.

Meine Damen und Herren, daher müssen weitere Quellen in Anspruch genommen werden. Die lassen sich leichter erschließen, wenn wir unsere Finanzen offenlegen und belegen, daß wir unsere eigenen Kräfte voll in Anspruch genommen haben. Zuwendungen an die Partei optimal auszuschöpfen, ist außerdem nur dann möglich, wenn die Partei auf allen Ebenen – Kreis, Land, Bezirk und Bund – sich erstens gegenseitig und zweitens vollständig informiert. Jeder Versuch, dieser Gegenseitigkeit auszuweichen, kostet neben dem Nachteil, der den überspielten Instanzen – wenn ich mich so ausdrücken darf – entsteht, ein Ausfall in mehrfacher Größe der tatsächlich vereinnahmten Spenden.

Wer für die Finanzen verantwortlich ist, muß die Unbequemlichkeit auf sich nehmen, vor Redensarten zu warnen. Es hat keinen Sinn, nur zu sagen, dieses oder jenes sei notwendig; es muß auch bezahlt werden. Es muß konkret nachgewiesen bzw. mitgeholfen werden, die Mittel zu erstellen. Der Schatzmeister ist sicher unter anderem auch der erste Sammler der Partei;

trotzdem sollten sich auch andere um das Spendenaufkommen der Partei bemühen. Nur die Solidarität aller führt uns zu besserem Erfolg. Der letzte Bundestagswahlkampf, meine Damen und Herren, hat viel Geld gekostet. Er war der kostspieligste Wahlkampf seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Mittelbeschaffung für uns war und bleibt schwieriger als für unsere Konkurrenzpartei, die über ein großes Vermögen verfügt. Wir sind im Verhältnis zur SPD die ärmere Partei in finanzieller und Vermögenshinsicht.

Wir haben dennoch Wege zu den benötigten Mitteln gefunden; wenn jedoch nicht Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung bereit gewesen wären, unseren Spendenaufrufen Folge zu leisten, hätte der Bundesschatzmeister der Bundesgeschäftsstelle die Mittel nicht zur Verfügung stellen können. Von Oktober 1968 bis zum 31. Oktober 1969 sind beim Bundesschatzmeister weit über 1000 Spenden eingegangen, und sie fließen weiter. Namens des Bundesschatzmeisters und sicher auch in ihrem Namen möchte ich hier allen Dank sagen, die Spenden zur Verfügung gestellt haben, und auch weiterhin zur Verfügung stellen.

Der Bundesschatzmeister, meine Damen und Herren, hat den Spendern von 5,— DM genau so herzlich gedankt und einen Brief geschrieben wie denen, die uns 10 000,— DM und mehr gegeben haben.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einige Bemerkungen zur bisherigen Tätigkeit unseres Freundes Schmücker zu machen. Nachdem unser Freund Seebohm, der in Braunschweig zum Bundesschatzmeister gewählt worden war, in vielversprechender Weise seine Arbeit begonnen hatte, wurde sie durch seinen unerwarteten Tod jäh unterbrochen. Nach längerer Vakanz hat dann der Bundesausschuß im Februar 1968 Herrn Schmücker kommissarisch zum Bundesschatzmeister berufen. Es gab keinen Vorgänger, der ihn in die neue Arbeit voll hätte einführen können. Ich weiß, daß Herr Schmücker vorhatte, seinen herzlichen Dank hier dem früheren Bundesschatzmeister, Herrn Prof. Fritz Burgbacher, für seine wertvolle Unterstützung und für seine Einführungsarbeit auszusprechen. Sie erlauben mir, Herr Prof. Burgbacher, dies stellvertretend für Herrn Schmücker zu tun.

Kurt Schmückers Arbeit begann zu der Zeit, als die ersten Wahlkampfvorbereitungen getroffen werden mußten und sich erhöhte finanzielle Anforderungen abzeichneten. Der laufende Etat 1968 mußte aufgeholt werden. Das gelang mit relativ geringer Verspätung. Die Anforderungen des Wahlkampfes waren weit höher als jemals zuvor, ich wies bereits darauf hin. Der ursprüngliche Ansatz war um 20 % höher als der Wahletat 1965. Die Härte des Wahlkampfes erforderte zusätzliche Anstrengungen, die den Etat um 50 % des Ansatzes ausweiteten. Es ist jedoch gelungen, den Wahlkampfetat in seiner ursprünglichen Höhe zu bedienen. Die Beschaffung der noch ausstehenden Mittel, die noch notwendig sind, für die Abdeckung des erforderlichen Mehransatzes ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird es erforderlich machen, daß der Schatzmeister und seine Mitarbeiter in den nächsten Monaten sich ausschließlich nahezu dieser Arbeit widmen. Dies um so mehr, als es dringend notwendig ist, gleichzeitig die Finanzierung des Parteihauses sicherzustellen, dessen

Notwendigkeit vom Herrn Parteitagspräsidenten ebenso wie vom Herrn Vorsitzenden näher dargestellt worden ist.

Zur Zeit sind die verschiedenen Institutionen der Bundesgeschäftsstelle und der Bundespartei auf 15 Stellen, sage und schreibe, 15 verteilt. Wir wollen und werden sie zusammenfassen, meine Damen und Herren. Dafür brauchen wir von unseren Mitgliedern drei Millionen D-Mark durch den Erwerb oder Verkauf von Bausteinen, die wir, daran zweifle ich nicht, beschaffen können und beschaffen werden. Sehen Sie es mir, meine Damen und Herren, bitte nach, wenn ich meinen Bericht, wenn ich in meinem Bericht Fragen offen lassen mußte, zu denen der Bundesschatzmeister sicher persönlich gerne Stellung bezogen hätte. Ich darf noch einmal zurückkommen auf unser Finanzstatut und auf den Entwurf, der Ihnen vorliegt. Ich bitte Sie, der Finanz- und Beitragsordnung, die im Finanzausschuß erarbeitet und vom Bundesvorstand und Bundesausschuß übernommen worden ist, Ihre Zustimmung zu erteilen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Jürgen Echternach: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen bisher nicht vor, ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen. Darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir über den Entwurf der Finanz- und Beitragsordnung insgesamt abstimmen. – Ich höre keinen Widerspruch, dann können wir über den Entwurf der Finanz- und Beitragsordnung insgesamt abstimmen. Ich bitte diejenigen stimmberechtigten Delegierten, die dem Entwurf der Finanz- und Beitragsordnung in seiner 6. Fassung vom 27. Februar 1969 ihre Zustimmung geben wollen, das durch Erheben der orangefarbenen Stimmkarte kundzutun. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen. – Bei einer feststellbaren Gegenstimme und keiner Stimmenthaltung ist der Entwurf mit großer Mehrheit akzeptiert worden. Ich stelle damit fest, daß er Beschluß des 17. Parteitages geworden ist. Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr auf den Tagesordnungspunkt 11, den Bericht der Rechnungsprüfer und die Entlastung des Bundesvorstandes. Das Wort hat dazu Herr Horten.

Alphons Horten: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Nach Einsicht in die Unterlagen und nach verschiedenen Rücksprachen mit Herrn Dr. Kraske, dem Bundesgeschäftsführer, und Herrn Nathan, dem Leiter der Finanzbuchhaltung in der Nassestraße, und auch wiederholter Fühlungnahme mit dem von der Bundespartei beauftragten Wirtschaftsprüfer, Dr. Elmendorff, haben Herr Blumenfeld und ich als die von Ihnen beauftragten Bundesrechnungsprüfer folgendes festgestellt: Unterlagen und Buchführung für die Jahre 1967 und 1968 sind in Ordnung und von Dr. Elmendorff als in jeder Beziehung ausreichend und korrekt bestätigt worden. Allerdings liegt der Prüfungsbericht für 1968 erst seit einer Woche im Entwurf vor. Bei seiner Abfassung waren einige Punkte noch nicht geklärt, diese Klärung ist inzwischen aufgrund unserer Anregung und auch nach Rücksprache mit dem Herrn Bundesvorsitzenden erfolgt. Bei den in der Zwischenzeit geklärten Fragen handelt es sich ausschließlich um Punkte, deren Klärung zu gewissen Umbuchungen führt, zu gewissen Umstellungen der Bilanz, ohne daß sich jedoch das bereits heute feststehende Ergebnis dadurch ändert. Herr Dr. Elmendorff hat uns

deshalb ausdrücklich bestätigt, daß er nach dieser erfolgten Bereinigung nunmehr auch den Prüfungsbericht für das Jahr 1968 zum Abschluß bringen wird. Unter diesen Umständen beantrage ich, zugleich im Namen von Herrn Blumenfeld, Entlastung des Bundesvorstandes und insbesondere des Bundesschatzmeisters. Danke schön.

Präsident Jürgen Echternach: Meine Damen und Herren, Sie haben den Bericht der Rechnungsprüfer gehört, wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Beschlußfassung über die von den Rechnungsprüfern vorgeschlagene Entlastung des Bundesvorstandes. Wer dem Bundesvorstand die Entlastung erteilen will, den bitte ich das jetzt kundzutun durch die rote Stimmkarte. – Vielen Dank! – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen. – Bei Stimmenthaltungen der Betroffenen ist ohne Gegenstimme damit dem Bundesvorstand Entlastung erteilt worden. Vielen Dank!

Meine, meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr auf den Tagesordnungspunkt 14, Anträge, und ziehe zunächst die satzungsändernden Anträge vor. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß neben den bereits verteilten und auch ausgedruckten Satzungsänderungsanträgen, die durch die Bank die erste Ziffer als eine römische Ziffer Nummer I tragen, daß neben diesen Anträgen ein weiterer Antrag gestellt worden ist, unter der Ziffer I/4, Antrag an den Bundesparteitag: Der Bundesparteitag wollte beschließen: Die Ministerpräsidenten der Länder – soweit sie der CDU angehören – sind beratend Mitglied des CDU-Präsidiums. Unterzeichnet von Herrn Adorno. Dieser Antrag ist mittlerweile zurückgezogen worden. Wir haben es daher nur noch mit den ausgedruckten Anträgen zu tun, und zwar beginnend mit der Ziffer I/1, allerdings bin ich jetzt gerade darauf hingewiesen, daß zwischendurch – ein neuer Antrag I/5, eingeschoben worden ist, aber wir werden das zu gegebener Zeit besprechen. Zunächst rufe ich auf den Antrag I/1, Antrag des Kreisverbandes Bühl, Landesverband Südbaden, zur Änderung des § 28 der Bundessatzung.

Darf ich fragen, ob die Antragsteller diesen Antrag begründen wollen. – Kreisverband Bühl, ist da alles aus dem Raum? Es scheint niemand ihn begründen zu wollen, dann darf ich für die Antragskommission das Wort Herrn Dr. Kraske geben.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat sich mit diesem Antrag eingehend beschäftigt, sie hat die Intentionen des Antragstellers durchaus bejaht. Wie Sie wissen, sieht der Antrag vor, daß künftig jeder Kreisverband auf dem Bundesparteitag durch einen stimmberechtigten Delegierten vertreten sein möge. Gerade für Diskussionen, wie wir sie etwa auf dem Berliner Parteitag, aber sicher auch auf künftigen Parteitagen erleben werden, nämlich der Erörterung von Anträgen, die vorher auf breiter Basis in den Kreisverbänden diskutiert worden sind, wäre eine solche Lösung wünschenswert. Dennoch muß ich namens der Antragskommission darauf aufmerksam machen, daß dieser Antrag eine Reihe höchst komplizierter rechtlicher und praktischer Probleme aufwirft. Zunächst bestimmt der § 13 des Parteiengesetzes, daß sich die Festlegung des Delegier-

tenschlüssels in erster Linie nach der Zahl der Mitglieder, in zweiter Linie evtl. auch nach der Zahl der abgegebenen Stimmen, aber nicht nach der Zahl von Organisationseinheiten richtet.

Praktisch würde es bedeuten, daß, wenn Sie jedem Kreisverband einen Delegierten zuweisen und dabei einen Kreisverband von etwa 100 Mitgliedern haben, Sie einem Kreisverband mit 500 oder 1000 Mitgliedern natürlich eine entsprechend höhere Zahl zuweisen müßten. Deswegen würde sich der Umfang des Parteitages zumindest erheblich vergrößern. Diese Fragen können nach Meinung der Antragskommission hier und heute nicht im einzelnen ausdiskutiert werden. Deswegen schlägt Ihnen die Antragskommission vor, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen und den Bundesvorstand zu beauftragen, dem nächsten Bundesparteitag diesen Antrag erneut mit einer abschließenden Stellungnahme vorzulegen.

Präsident Jürgen Echternach: Vielen Dank. Wird weiter zu diesem Antrag das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall, dann geht das Petitum der Satzungskommission dahin, dem Parteitag vorzuschlagen, daß der Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen ist. Darf ich diesen Antrag zunächst, bevor wir über eine mögliche Abstimmung zur Sache selbst zur Entscheidung kommen, zur Abstimmung stellen und fragen, wer dem Überweisungsantrag der Satzungskommission zustimmen will? – Vielen Dank. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen. Vielen Dank. Wir kommen damit zum Anrtag I/2, Antrag der Frauenvereinigung zur Änderung des Paragraphen 30 des Statuts der CDU. Darf ich fragen, ob dazu das Wort zur Begründung gewünscht wird. – Ist Frau Brauksiepe im Raum? – Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Ja, vielen Dank. Der Antrag spricht für sich selbst. Das Wort zur Stellungnahme der Antragskommission hat Herr Dr. Kraske.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages, weil sie der Meinung ist, daß der Antrag zu einer Klärung der Vertretung der Vereinigungen beiträgt und daß seine Verwirklichung wünschenswert im Sinne der gesamten Partei ist.

Präsident Jürgen Echternach: Vielen Dank. Die Antragskommission schlägt die Annahme des Antrages vor. Wird dazu weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen Delegierten, die diesem Antrag zustimmen wollen, das durch ein Handzeichen kund zu tun. – Vielen Dank. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen. – Mit ganz großer Mehrheit und auch mit der für Satzungsänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheit ist dieser Antrag angenommen worden.

Ich rufe auf den Antrag I/3 und darf mitteilen, daß der Antrag des Kreisverbandes Soest zur Änderung des Bundesstatutes § 43 von den Antragstellern zurückgezogen worden ist. Nichtsdestoweniger kann natürlich von anderen dieser Antrag übernommen werden. Wird dazu in irgendeiner Weise das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann rufe ich auf den Antrag I/4, Antrag des Kreisverbandes Frankfurt/Main zur Ergänzung § 45 des Statuts der CDU. Wird dazu von den Antragstellern das Wort gewünscht? – Das scheint nicht

der Fall zu sein, dann hat Herr Dr. Kraske für die Antragskommission das Wort.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Behandlung des Antrags I/4 wie folgt:

§ 45 des Parteistatuts steht in dem Abschnitt F unseres Statuts unter der Überschrift „Verfahrensordnung". Die Antragskommission war der Meinung, daß der bereits vorgesehene Satz: „Die Beschlüsse des Bundesparteitages werden durch zwei vom Generalsekretär bestellte Personen beurkundet", zwar in die Verfahrensordnung gehört, nicht jedoch das, was die Antragsteller zusätzlich ergänzen wollen. Statt dessen empfiehlt Ihnen die Antragskommission, unter Aufnahme der eigentlichen Intention des Antragstellers den § 29 des Statuts zu ergänzen. Im § 29 – Aufgaben des Bundesparteitages – heißt es unter Buchstabe a): „er beschließt über die Grundlinien der Politik der Christlich Demokratischen Union und das Parteiprogramm". Die Antragskommission empfiehlt, diesen Punkt in ein Semikolon zu ändern und dann wie folgt fortzufahren: „sie sind als Grundlage für die Arbeit der CDU-Fraktion und die von der CDU geführten Regierungen in Bund und Ländern verbindlich." Diese Formulierung empfiehlt Ihnen die Antragskommission zur Annahme und zu einer entsprechenden Ergänzung des Statuts.

Präsident Jürgen Echternach: Vielen Dank. Wird dazu weiter das Wort gewünscht? – Dann stelle ich den Antrag des Kreisverbandes Frankfurt in der Fassung der Antragskommission zur Abstimmung, wenn dagegen kein Widerspruch laut, weil er weitergehend ist. Wird Widerspruch dagegen nicht laut; dann bitte ich diejenigen Delegierten, die dem Antrag des Kreisverbandes Frankfurt, I/4, in der Fassung der Antragskommission, die Zustimmung geben wollen, das durch das Handzeichen kund zu tun. – Vielen Dank. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltung? – Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Stimmenenthaltungen ist der Antrag so akzeptiert worden. Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr auf den Antrag I/5 Initiativantrag betreffend Herabsetzung des Mindestalters für die CDU-Mitgliedschaft. Dieser Antrag wird begründet von Herrn Soenius. Das Wort hat Herr Soenius.

Heinz Soenius: Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist eine Konsequenz des Antrages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Wahlalter auf 18 Jahre herabzusetzen. Eine weitere Begründung erübrigt sich, glaube ich, auch aus dem Verlauf der Diskussion heute nachmittag.

Präsident Jürgen Echternach: Vielen Dank. Das Wort für die Antragskommission: Herr Dr. Kraske.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine Damen und Herren. In der Antragskommission hat sich für das Anliegen dieses Antrages spontan eine breite Mehrheit gefunden. Da aber dieser Antrag auch der Antragskommission erst gestern abend bekannt geworden ist, war die Anrtagskommission der Meinung, daß man über eine so gewichtige Entscheidung nicht in so kurzfristiger Zeit endgültig abstimmen solle. Die Antragskommission war insbesondere der Meinung, daß der eigentliche Adressat dieses Antrages zwar in einem rechtlichen Sinne der Bundesparteitag ist, denn nur er kann das Statut ändern, aber im praktischen und politischen Sinne unsere Basisorganisationen, unsere

Kreis- und Ortsverbände. Deswegen war die Antragskommission der Ansicht, daß man unseren Freunden in den Kreis- und Ortsverbänden zunächst Gelegenheit geben sollte, über diese Frage zu diskutieren, sich eine Meinung zu bilden und diese Meinung dann in einem demokratischen Meinungsbildungsprozeß über die Landesverbände wieder an den Bundesparteitag heranzutragen. Deswegen schlägt Ihnen die Antragskommission vor, diese Frage in den nächsten Monaten an der Basis zu diskutieren und sie dem nächsten Bundesparteitag wieder zur Abstimmung und zur Beschlußfassung vorzulegen.

Präsident Echternach: Meine Damen und Herren, das ist ein Geschäftsordnungsantrag, der Vertagung auf den nächsten Bundesparteitag bedeutet. Wird zunächst zu diesem Geschäftsordnungsantrag, den die Antragskommission hier stellt, das Wort gewünscht? – Bitte schön. –

N. N. *): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich halte den eingebrachten Antrag für den weitergehenden und würde Sie bitten, darüber abzustimmen. Ich glaube, die Begründung erübrigt sich, wir sind eine fortschrittliche Partei. Es geht uns um die Zukunft, es geht uns um unsere Jugend. Wenn wir die Jugend politisch aktivieren wollen, dann müssen wir sie so früh wie möglich in die Verantwortung mit einbeziehen.

Präsident Jürgen Echternach: Meine Damen und Herren, es geht hier, glaube ich, nicht darum, welcher Antrag weitergehend ist, sondern hier geht es um zwei völlig verschiedene Anträge: einen Antrag zur Sache, einen Satzungsänderungsantrag. Und es geht zum anderen um einen Geschäftsordnungsantrag, um einen Vertagungsantrag. Insofern muß zunächst abgestimmt werden über den Vertagungsantrag. Darf ich aber fragen, ob zu dem Geschäftsordnungsantrag, den die Antragskommission hier vorgetragen hat, noch weiter das Wort gewünscht wird. – Wenn das nicht der Fall ist, dann komme ich nunmehr zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag, den die Antragskommission eingebracht hat, nämlich Vertagung auf den nächsten Bundesparteitag. Darf ich diejenigen stimmberechtigten Delegierten bitten – und da es möglicherweise kontrovers wird, bitte ich jetzt diejenigen die rote Stimmkarte zu erheben, die orangefarbene Eintrittskarte – die dem Geschäftsordnungsantrag – zustimmen wollen. – Vielen Dank, ich bitte um die Gegenprobe. – Meine Damen und Herren, das Präsidium ist der Auffassung, daß das letzte die Mehrheit gewesen ist, daß damit der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt ist. – Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag selbst. Darf ich fragen, ob dazu weiter das Wort gewünscht wird. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir nunmehr zur Abstimmung über den Antrag, und ich darf diejenigen bitten, – wobei wir möglicherweise mit dieser einen Abstimmung über die Runden kommen, weil die Satzung ganz bestimmte Quoren vorschreibt, – die dem Antrag in der Sache zustimmen wollen, das durch das Erheben der roten Stimmkarte kundzutun. – Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erstere war zwar deutlich die Mehrheit, aber im Präsidium gibt es Meinungsverschiedenheiten darüber, ob das notwendige Quorum, das das Statut vorschreibt, auch hier im Raume noch anwesend ist, und deswegen die große Mehrheit, die eben dem Antrag zugestimmt hat, auch die statutenmäßige erforderliche Mehrheit ist.

*) Name aus dem Tonbandprotokoll nicht zu ermitteln.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den § 41. Im § 41 Satz 3 heißt es: Für Satzungsänderungen ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Für einen Auflösungsbeschluß eine Mehrheit von 3/4. Meine Damen und Herren, wir haben Stimmkarten verteilt. Ich darf zum Quorum sagen, daß anwesend sind 477 stimmberechtigte Delegierte nach der Feststellung der Mandatsprüfungskommission. Wie der Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission eben mitteilt, sind mittlerweile drei weitere Delegierte eingetroffen, so daß wir insgesamt 480 stimmberechtigte Delegierte auf dem Parteitag haben. Das heißt, das Quorum, das notwendig ist für die Zustimmung zu dem Antrag, sind 241 Delegierte.

Ich bitte Sie, nunmehr den Stimmblock vorzunehmen mit Ja-, Nein- und Enthaltungsstimmkarten. Wir werden, bevor die Abstimmung geschlossen wird, ausdrücklich im Vorraum auch darauf hinweisen, daß hier abgestimmt wird. Ich bitte aber, das jetzt bereits auch durch die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle draußen tun zu lassen, daß wir nunmehr in eine Abstimmung mit Karten eintreten.

Ich bitte jetzt, daß diejenigen, die dem Antrag I/5, unterzeichnet von Hans Katzer und 33 weiteren Delegierten, daß diejenigen Delegierten, die diesem Antrag zustimmen wollen, eine weiße Stimmkarte mit Ja abgeben, und zwar ist gültig nur Ja mit der Ziffer 1 rechts oben in der Ecke.

Wer mit Nein stimmen will, muß eine orangefarbene Karte mit Nein abgeben, ebenfalls Ziffer 1 rechts oben in der Ecke.

Wer sich enthalten will, muß das mit der Ziffer 1 der gelben Karte – Enthaltung – zum Ausdruck bringen. Ist das klar zum Verfahren? Das scheint eindeutig zu sein. Darf ich fragen, ob die im Vorraum befindlichen Delegierten mittlerweile auf die Abstimmung hingewiesen worden sind. – Ist jedermann in der Lage, an dem Abstimmungsverfahren teilzunehmen? –

Nein, Kommando zurück, es geht leider nicht. Wir haben eben festgestellt, daß die Delegierten des Exilverbandes bei dieser Abstimmung nicht stimmberechtigt sind, daß sie andererseits aber im Besitze der Stimmblocks sind mit Ja-, Nein- und Enthaltungskarten. Deswegen könen wir auf dem eben vorgeschlagenen Wege nicht abstimmen.

Meine Damen und Herren, wir müssen deswegen den Stimmzettelblock nehmen und auf dem Stimmzettelblock abstimmen. Es gilt also jetzt nicht die Karte Ja, Nein, Enthaltung, sondern es gilt jetzt der Stimmzettel Nr. 1 in dem senffarbenen Ton, den nur die stimmberechtigten Delegierten der einzelnen Landesverbände, nicht aber die Delegierten des Exilverbandes erhalten haben. Ist das überall verstanden worden?

Ich bitte jetzt diejenigen Delegierten, die dem Antrag I/5 Hans Katzer, betreffend Herabsetzung des Mindestalters für CDU-Mitgliedschaft, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, das durch ein Ja auf dem Stimmzettel Nr. 1 zum Ausdruck zu bringen, bzw. wer ihn ablehnen will, ein Nein. Eine Enthaltung wird in diesem Falle nicht mitgezählt, aber kann natürlich auch zum Ausdruck gebracht werden.

Meine Damen und Herren. Ich bitte alle Delegierten des Parteitages, die sich nicht im Saal befinden, sondern sich draußen auf den Gängen aufhalten, jetzt in den Saal zu kommen, um an der Abstimmung teilzunehmen über den Antrag, betreffend Herabsetzung des Mindestalters für CDU-Mitglieder. Ich bitte die Delegierten nunmehr, auch ihre Stimmzettel auszufüllen. Es gilt der Stimmzettel Nr. 1 der Stimmzettelblocks und es ist auf ihm mit Ja, Nein oder Enthaltung zum Ausdruck zu bringen, ob sie dem Antrag I/5 zustimmen wollen oder das nicht zu tun beabsichtigen. – Ich bitte nunmehr die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle die Zettel einzusammeln. – Meine Damen und Herren, sind noch irgendwo Stimmzettel abzugeben, dann bitte ich, das deutlich dem Präsidium sichtbar zu machen. – Ich sehe, daß offenbar alle Stimmzettel abgegeben sind. – Das scheint der Fall zu sein; – dann schließe ich damit die Abstimmung und bitte mit der Auszählung zu beginnen.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig ist vorgeschlagen worden, daß wir jetzt bereits in der Beratung der weiteren Anträge fortfahren, da von dem Ausgang der Abstimmung über den Antrag I/5 kein weiterer Antrag präjudiziert wird. Darf ich fragen, ob das Plenum damit einverstanden ist. Das scheint der Fall zu sein. Dann rufe ich nunmehr den Antrag I/6 auf, den Antrag des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses. Das Wort dazu hat Herr Dr. Kraske.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nachdem mich die Antragskommission beauftragt hat, auch den Antrag des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses Nr. I/6 hier zu begründen, erlauben Sie mir vorab ein persönliches Wort. Wie Sie der Presse entnommen haben, ist dieses für mich der letzte Bundesparteitag, den ich als Bundesgeschäftsführer mit vorbereiten konnte. Ich habe den Vorstand gebeten, mich nach 12 Jahren, die ich dieses Amt inzwischen inne habe und nach 17 Jahren, die ich im hauptamtlichen Dienst unserer Partei stehe, von diesem Amt nunmehr zu entbinden, weil ich mich in den nächsten Jahren voll und ganz meinem Bundestagsmandat widmen möchte.

Daraus ergaben sich für den Vorstand und für das Präsidium Überlegungen über die künftige Gestaltung des Verhältnisses von Präsidium, Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer, die in diesem Antrag ihren Niederschlag gefunden haben.

Die Bundespartei ist im Jahre 1950 und in den darauffolgenden Jahren begründet worden mit einer, wenn sie mir das Wort erlauben, Geschäftsführerverfassung. Auf diesen Umstand geht der alte Text des Statuts zurück, wonach der Bundesgeschäftsführer vom Vorstand gewählt wird und dem Vorstand gegenüber verantwortlich ist. Bei den Satzungsänderungen auf dem Braunschweiger Parteitag vor zwei Jahren, mit dem wir die Institution des Generalsekretärs neu geschaffen haben, ist auf diese Geschäftsführerverfassung sozusagen eine Generalsekretärsverfassung aufgestülpt worden, bei der man zwar die Bestimmung über den Generalsekretär neu eingefügt hat, aber die Bestimmung über den Bundesgeschäftsführer nicht geändert hat, weil man, so lange der seit 10 Jahren gewählte Bundesgeschäftsführer im Amt war, offen-

bar aus freundlicher Rücksichtnahme hier nicht irgend etwas ändern und beschneiden wollte.

Das gegenwärtige Statut führt nun aber dazu, daß der Generalsekretär zwar der Berufung von Landesgeschäftsführer und von Geschäftsführern der Vereinigung zuzustimmen hat, daß er aber im rechtlichen und im formellen Sinne nach dem Wortlaut unseres Statuts den Bundesgeschäftsführer im Grunde weder berufen noch ihn auch im engeren Sinne in seiner Amtsführung beaufsichtigen kann. Denn dieses sind nach dem heutigen Wortlaut des Statuts Aufgaben, die allein dem Bundesvorstand vorbehalten sind. Deswegen schlägt ihnen der Vorstand und der Ausschuß vor, diese Bestimmung im Statut zu streichen und sie zu ersetzen durch eine Ergänzung des § 37, der von den Aufgaben des Generalsekretärs handelt, diesen § 37 zu ergänzen durch den Satz: „Der Generalsekretär bestellt im Einvernehmen mit dem Präsidium den Bundesgeschäftsführer". Aus diesem Satz geht nach der Auffassung auch der Antragskommission ganz klar hervor, daß der Bundesgeschäftsführer vom Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Präsidium, d. h. insbesondere auch mit dem Vorsitzenden, berufen wird, und dann dem Generalsekretär in seiner Arbeit unterstellt ist. Aus diesem veränderten Verhältnis ergeben sich dann auch die übrigen Bestimmungen, nach denen der Bundesgeschäftsführer nicht mehr dem Präsidium, sondern dem Vorstand mit beratender Stimme angehören soll. Bundesvorstand und Bundesausschuß haben diesen Anrtag einstimmig beschlossen. Auch die Antragskommission bittet sie, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Echternach: Meine Damen und Herren, wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich möchte, da hier beim Präsidium bei dem vorangegangenen Antrag erstmals Bedenken geäußert worden sind, wegen der möglichen Zahl der anwesenden stimmberechtigten Delegierten und im Hinblick auf das Erreichen des Quorums des § 41 unseres Statuts auch diese Abstimmung nicht mehr per Handaufheben oder Erheben der Stimmkarte durchführen, sondern per Einsammeln der Stimmzettel, weil anders eine einwandfreie Kontrolle des notwendigen Quorums nicht erreicht werden kann. Ich bitte Sie für diese etwas schwerfällige Prozedur um Verständnis, aber ich darf gleichzeitig darauf hinweisen, daß es für heute auch der letzte satzungsändernde Antrag ist.

Ich darf also jetzt diejenigen Delegierten bitten, die dem Antrag des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses zustimmen wollen, das auf dem Stimmzettel Nr. 2, dem graublauen Stimmzettel Nr. 2 des Stimmblocks zu vermerken.

Wer dem Antrag des Bundesparteivorstandes und des Bundesausschusses I/6 zustimmen will, den bitte ich, auf diesem graublauen Stimmzettel mit ja zu stimmen. Wer dem Antrag nicht zustimmen will, der muß mit nein stimmen, wer sich enthalten will, kann auch das auf geeignete Weise zum Ausdruck bringen. Meine Damen und Herren, darf Ich Sie bitten, die Stimmzettel Nr. 2 auszufüllen, je nach dem wie Sie den Antrag I/6 bewerten, ob Sie ihm zustimmen oder ablehnen wollen.

Gleichzeitig bitte ich, die Stimmzettel einsammeln zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen zwischenzeitlich das Ergebnis der Abstimmung zu dem Antrag I/5 mit. Es sind abgegeben worden 308 Stimmen. Alle 308 sind gültig gewesen. Es haben sich 4 Delegierte der Stimme enthalten, mit ja haben gestimmt 209 Delegierte, mit nein 95. Meine Damen und Herren, die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß es insgesamt 488 Delegierte gibt, die an sich auf diesem Parteitag stimmen könnten, wenn sie anwesend sind. Und sie hat weiter festgestellt, daß von diesen 488 Delegierten 480 selbst in Mainz anwesend sind. Das bedeutet, daß entweder 249 oder 241 Delegierte für einen satzungsändernden Beschluß stimmen müßten, wenn wir die rechtliche Frage einmal offenlassen, ob nur unter der Bezeichnung „stimmberechtigte Mitglieder" die in Mainz anwesenden Delegierten zu verstehen sind oder aber die dem Parteitag überhaupt zugehörenden Delegierten zu verstehen sind.

Demnach wären mindestens 241 Stimmen notwendig gewesen, wenn ein satzungsändernder Beschluß hier durch den Parteitag zustande gekommen wäre. Dieses Quorum ist nicht erreicht worden, da für den Antrag nur 209 Delegierte gestimmt haben. Dementsprechend ist der Antrag nicht mit der erforderlichen Mehrheit angenommen, sondern im Ergebnis abgelehnt worden.

Ich darf Sie jetzt fragen, ob alle Stimmzettel für die Abstimmung über den Antrag I/6 – Antrag des Bundesvorstandes und Bundesausschusses – abgegeben sind. – Wenn das der Fall ist, schließe ich diese Abstimmung und teile Ihnen nunmehr das Abstimmungsergebnis über den Antrag I/6 mit. Es sind abgegeben worden 281 Stimmen, davon gültig alle 281; es haben sich 8 Delegierte enthalten; mit „Ja" haben gestimmt 251 Delegierte; mit „Nein" haben gestimmt 22. Delegierte. Da das Quorum entweder 241 oder 249 Delegierte beträgt, unabhängig von der jeweils hier nicht anstehenden und zu entscheidenden Rechtsfrage, ist die notwendige Mehrheit mit 251 Stimmen in jedem Falle erreicht worden. Ich stelle damit fest, daß der Parteitag dem Antrag I/6 mit der notwendigen Mehrheit zugestimmt hat.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der satzungsändernden Anträge. Zu dem Antrag I/4, der vorhin mißverständlicherweise von mir aufgrund einer nicht ganz korrekten Information als zurückgezogen angegeben wurde – möchte jetzt Herr Dr. Kraske noch einmal das Wort nehmen.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Antrag ist nicht, wie ich den Präsidenten unterrichtet hatte, von den Antragstellern zurückgezogen. Der Antrag wird deswegen erst morgen früh in der Antragskommission behandelt werden können und wird morgen erneut vorgelegt bzw. mit dem Ergebnis der Beratung der Antragskommission und der Antragsteller hier vorgetragen. Bis dahin wird auch die falsche Nummer I/4 korrigiert. Sie werden morgen den neuen Umdruck erhalten.

Präsident Echternach: Vielen Dank meine Damen und Herren. Es ist eben der Wunsch geäußert worden, daß wir jetzt bereits abschließen, auf der anderen Seite haben wir ursprünglich gesagt, wir wollten bis ½9 Uhr tagen. Ich darf das weitere Verfahren dem Plenum des Parteitages überlassen. Wer dafür ist

– wie das hier eben angeregt worden ist – jetzt bereits die Beratung abzubrechen und die Anträge zu Fragen der Parteiarbeit und die folgenden Anträge heute nicht mehr zu behandeln, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank, ich bitte um die Gegenprobe. – Ich stelle fest, daß die Mehrheit des Parteitages der Auffassung ist, wir sollen weiter beraten. – Ich stelle fest, daß die Antragskommission mit dieser Entscheidung des Parteitages nicht gerechnet hatte. Deswegen werden wir einen Moment unterbrechen müssen. Ich darf aber vielleicht vorweg die Frage stellen, ob die Anträge des Kreisverbandes Friedberg/Hessen II/1 begründet werden sollen.

Entschuldigung, wozu wollten Sie das Wort nehmen, zur Sache oder zur Geschäftsordnung? Bitte haben Sie das Wort.

Maria Schwieres: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich halte es für absolut unrichtig, daß man jetzt Abstimmungen noch vornimmt, nachdem so viele stimmberechtigte Delegierte fehlen. Ich halte es nicht für richtig, daß man jetzt Abstimmungen vornimmt, nachdem die Delegierten acht, fast neun Stunden hier im Saale getagt haben.

Präsident Echternach: Meine Damen und Herren, an sich haben wir über den Antrag abgestimmt. Andererseits weist die Antragskommission darauf hin, daß sie gerade zu den jetzt an sich anstehenden Anträgen II/1 und folgende Anträge zu Fragen der Parteiarbeit bisher noch nicht abschließend beraten hat und das morgen früh um 8.00 Uhr zu tun gedenkt. Darf ich fragen, ob Sie unter diesen Umständen einverstanden sind, daß wir über die Frage des weiteren Verfahrens erneut abstimmen; ich sehe, gegen eine zweite Abstimmung ergeben sich keine Proteste im Saale. Dann lasse ich jetzt noch einmal über den Vorschlag abstimmen, nunmehr die Beratungen des Parteitages abzubrechen und den Parteitag auf morgen früh zu vertagen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Vielen Dank, ich bitte um die Gegenprobe. – Meine Damen und Herren, das Präsidium ist an sich überwiegend der Auffassung, daß das erstere die Mehrheit war. – Ich selbst habe gewisse Zweifel. Ich darf deswegen bitten, daß diejenigen Delegierten, die der Auffassung sind, daß wir jetzt vertagen sollen, sich vom Platz erheben; dann können wir das vielleicht eindeutiger feststellen. Wer für Vertagung ist, möge sich bitte erheben. Es können sich aber nur stimmberechtigte Delegierte erheben. – Vielen Dank. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Meine Damen und Herren, das Präsidium ist sich nicht einig; ich weiß nicht, ob wir so schnell die Möglichkeiten eines Hammelsprungs haben; wir müssen jetzt mit Stimmkarten abstimmen, da anders eine Mehrheit nicht festzustellen ist.

Meine Damen und Herren, können wir uns nicht dahingehend verständigen, daß angesichts der Tatsache, daß ein Großteil der Delegierten trotz des Votums der Antragskommission bereit ist, weiterzutagen, das als Verpflichtung für uns alle empfinden, nun doch weiter zu beraten. Das dann eben ohne Rückendeckung der Antragskommission. Wir bitten den Vorsitzenden der Antragskommission, hier ein Votum abzugeben, wir werden dieses Votum hier bei unseren Beratungen berücksichtigen und eröffnen somit die Beratungen zu den Anträgen zu Fragen der Parteiarbeit.

Unter Berufung auf die Statuten bittet der Generalsekretär um das Wort.

Dr. Heck: Herr Präsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Freunde. Ich muß Sie über den Stand der Arbeiten in der Antragskommission unterrichten. Wir haben die Anträge II 1, II 2, II 3, II 5, II 6, II 8 und II 10 zusammengefaßt und dazu von der Redaktionskommission einen neuen Antragsentwurf ausarbeiten lassen, der aber von der Antragskommission noch nicht beraten worden ist, der infolge dessen auch hier gar nicht verteilt werden konnte. Er kann hier also gar nicht zur Beratung gestellt werden.

Ich bitte Sie deswegen, und bitte den Präsidenten, die Anträge zu II 1, II 2, II 3, II 5, II 6, II 8 und II 10 zurückzustellen, da diese Anträge einfach erst morgen beraten werden können. Die übrigen Anträge können hier und heute schon beraten werden.

Präsident Echternach: Die Antragskommission schlägt also vor, die Anträge II 1, II 2, II 3, II 6, II 8 und II 10 heute nicht zu beraten und auf morgen zu vertagen. II 5 desgleichen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das scheint nicht der Fall zu sein. – Dann haben wir so beschlossen. Ich rufe nunmehr auf den Antrag II 4. Wird dazu von Herrn Geibel oder von dem Kreisverband Friedberg/Hessen das Wort gewünscht? – Es war ein Mißverständnis, es handelt sich um den Antrag des Kreisverbandes Bühl, ich habe ihn in meinen Papieren nicht vorliegen. Das Wort dazu hat, wenn es gewünscht wird, ein Vertreter des Kreisverbandes.

Gerhard Albers: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, über diese Begründung wurde heute schon viel diskutiert und auch kritisiert, so daß ich auf die Beispiele gar nicht mehr eingehen möchte; jedoch auf den Schlußabsatz, zweitletzten Absatz, wobei wir immer wieder feststellen, daß Spitzenpolitiker in die Provinz hinauskommen und man sie der Öffentlichkeit vorenthält.

Wir haben wenige Wochen vor der Bundestagswahl erlebt, daß der Herr Bundesvorsitzende in einer mittelbadischen Stadt, in Baden-Baden, war, um dort an einer Livesendung teilzunehmen. Die Presse hatte strikte Anweisung, vorher nichts darüber zu bringen. Es war von der Umgebung des Herrn Bundesvorsitzenden vorher untersagt worden, und wir haben festgestellt, daß der Herr Bundesvorsitzende selbst überrascht war, als er niemand auf der Straße sah, sondern lediglich unsere Parteimitglieder, mit Karten ausgestattet, im Kongreßgebäude Einlaß fanden. Wir stellten fest, daß eine Woche später Herr Brandt in Baden-Baden war, daß dort die Presse ganz groß in Aktion getreten ist, und daß eben auch das Interesse vorhanden war. Ich meine, ein Bundespolitiker bricht sich wirklich keine Perle aus der Krone, wenn er hier erscheint, und wenn er auch echte Öffentlichkeitsarbeit leistet, in der Form, daß die Öffentlichkeit die Möglichkeit hat, mit ihm zu diskutieren, ihn zu hören und ihn zu sehen.

Ich möchte daher empfehlen, daß in Zukunft mindestens die Kreisverbände rechtzeitig informiert werden, damit auch dort der Öffentlichkeit der Besuch solcher Männer angepriesen wird, damit auch hier ein echter Kontakt – und

diese Kontaktpflege haben wir mehr und mehr notwendig – für die Zukunft gesichert ist.

Präsident Echternach: Das Wort hat Herr Dr. Kraske.

Dr. Kraske: Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es wird Ihnen wie mir gegangen sein, daß diejenigen, denen der Umdruck II/4 vorliegt, in dieser eindrucksvollen Begründung eigentlich zu dem gefunden haben, was in dem Antrag I/4 verlangt wird. Der Antrag II/4 ist nach Meinung der Antragskommission das gleiche Anliegen, das auch der Antrag I/4 ausdrückte, daß man nämlich den Beschlüssen und programmatischen Erklärungen des Bundesparteitages ein höheres Gewicht beimißt.

Die Antragskommission hatte Ihnen in der Behandlung des Antrages I/4 vorgeschlagen, das Statut entsprechend zu ergänzen. Wir haben dem nahezu einstimmig zugestimmt. Das Statut enthält jetzt die Formulierung, „programmatische und Grundsatzbeschlüsse des Bundesparteitages sind als Grundlage für die Arbeit der CDU-Fraktion und die von der CDU geführten Regierung in Bund und Ländern verbindlich". Die Antragskommission war der Meinung, daß damit der Antrag II/4 des Kreisverbandes Bühl im positiven Sinne erledigt ist.

Präsident Echternach: Darf ich fragen, ob das auch die Meinung der Antragsteller ist. Die Antragsteller sehen das genauso. Damit ist der Antrag im allseitigen Einverständnis als erledigt anzusehen. Wir kommen damit zum Antrag II/7, Antrag des Kreisverbandes Frankfurt/Main. Wird darum gebeten, daß dieser Antrag begründet wird. – Das scheint nicht der Fall zu sein, dann hat dazu das Wort Herr Dr. Kraske.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine Damen und Herren. In Absatz 4 dieses Antrages heißt es, der Kreisverbandsausschuß ersucht daher den Parteivorstand der CDU um eine baldige Untersuchung usw. Deswegen schlägt Ihnen die Antragskommission vor, wie sie glaubt im Sinne der Antragsteller, diesen Antrag II/7 an den Bundesvorstand zu überweisen.

Präsident Echternach: Vielen Dank. Wird dazu weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich diejenigen Delegierten, die dem Antrag auf Überweisung an den Bundesvorstand zustimmen wollen, das durch ein Heben der Stimmkarte kundzutun. – Vielen Dank, bitte die Gegenprobe. – Das ist gegen ganz wenige Stimmen so beschlossen worden.

Ich rufe nunmehr auf den Antrag II/9. Der Antrag des Landesverbandes Berlin betr. Bau eines Bundesparteihauses. Ich schlage vor, daß wir gleichzeitig mitbehandeln den Antrag II/9 a, der im Grunde eine Ergänzung dieses Antrages bedeutet. Darf ich fragen, ob der Landesverband Berlin diesen Antrag zu begründen gedenkt. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat dazu das Wort Herr Dr. Kraske.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Antragskommission bittet Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Sie schlägt allerdings vor – und sie glaubt damit auch die Zustimmung der Antragsteller gefunden zu haben – in dem Umdruck 9 a in der fünften Zeile die drei Worte „durch den Bundesparteitag" zu streichen, weil sie meint, daß diese Kommission zwar hier beschlossen

werden sollte, aber daß sie nach unserer hierarchischen Ordnung personell dann vom neuen Bundesvorstand eingesetzt und beauftragt werden sollte. Mit dieser ganz geringfügigen Änderung schlägt Ihnen die Antragskommission vor, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Echternach: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, wenn ich diese beiden Anträge II/9 und II/9 a miteinander vergleiche, dann ist der Antrag II/9 offenbar erledigt durch die geänderte Fassung, die der Antrag erfahren hat in Gestalt des Antrages II/9 a. – Das scheint der Fall zu sein. Die Antragsteller sehen offenbar diese beiden Anträge genauso. Dementsprechend liegt jetzt der Antrag mit dem Abänderungsantrag der Antragskommission vor. Wird zu dem Antrag weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Abänderungsantrag der Antragskommission, die gestrichen haben will unter der Ziffer 1 die Worte „durch den Bundesparteitag". Wer für den Streichungsantrag ist, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Vielen Dank. Bitte die Gegenprobe. – Das ist einstimmig so beschlossen.

Nunmehr stelle ich den Antrag II/9 a in der eben beschlossenen Fassung endgültig zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen. – *Dieser Antrag ist einstimmig so angenommen worden.*

Ich rufe nunmehr auf den Antrag II/11, Antrag des Landesverbandes Hamburg. Darf ich fragen, ob dieser Antrag begründet werden soll. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich Herrn Dr. Kraske für die Antragskommission.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Antrages.

Präsident Echternach: Vielen Dank. Meine Damen und Herren. Ich bitte jetzt, wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen – was nicht der Fall zu sein scheint – daß diejenigen Delegierten, die diesem Antrag zustimmen wollen, das durch Erheben der Stimmkarte mitzuteilen. – Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. – Das ist gegen wenige Stimmen so angenommen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, darf ich die Antragskommission fragen, ob von ihrer Seite aus die Anträge III beraten werden können. Die Antragskommission bittet nunmehr um eine schöpferische Pause, obwohl auch dieser Antrag wiederum im Widerspruch steht zu dem ursprünglichen Beschluß des Parteitages, an sich bis ½9 Uhr durchzutagen. Aber es handelt sich jetzt nur noch um eine Differenz von 13 Minuten. Ich lasse also nunmehr über den neuen Geschäftsordnungsantrag abstimmen, den Parteitag auf morgen früh 9.00 Uhr zu vertagen. Wer für den Vertagungsantrag ist, den bitte ich um das Erheben der Karte. – Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. – Das scheint aber jetzt doch die eindeutige Mehrheit zu sein. – Gibt es dabei Bedenken? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Beratungen des Parteitages heute. Morgen wird Herr Dr. Barzel pünktlich um 9.00 Uhr mit seiner Rede beginnen.

Meine Damen und Herren, bevor Sie den Saal verlassen, noch einen Hinweis zum Ablauf des morgigen Tages. Sie müssen damit rechnen, daß trotz der

großartigen Disziplin, die die Parteitagsdelegierten heute abend gezeigt haben, wir damit rechnen müssen, daß wir bis zum späten Abend durchtagen. Auf dem letzten Parteitag in Braunschweig, auf dem wir Wahlen vorzunehmen hatten, haben die Wahlen alleine 8 Stunden gedauert. Es sind Quoren in der Satzung enthalten, die nicht ohne Schwierigkeiten und ohne eine Fülle von Wahlgängen zu erreichen sind. Deswegen die dringende Bitte, planen Sie bitte nichts für morgen nachmittag, sondern planen Sie bitte so, daß Sie bis in den späten Abend morgen für die Beratungen des Parteitages zur Verfügung stehen. Bitte seien Sie morgen so pünktlich, daß wir nicht durch einen verspäteten Beginn noch weiter Zeit verlieren.

Damit sind endgültig die Beratungen des heutigen Parteitages geschlossen. Wir beginnen morgen früh um 9.00 Uhr.

Dienstag, 18. November 1969

3. Plenarsitzung

Präsident Dr. Kohl: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne den zweiten Sitzungstag unseres Parteitags und hoffe, daß auch diejenigen, die relativ früh am heutigen Tag erst ihr Quartier aufsuchten, bei voller geistiger Beweglichkeit sein werden. Meine Damen und Herren, bevor ich den Bericht unseres Freundes Dr. Rainer Barzel aufrufe, darf ich noch einmal sehr herzlich und dringend darum bitten, daß die Sitzordnung für stimmberechtigte Delegierte heute früh strikt eingehalten wird. Bei den Wahlen und notwendigen Abstimmungen ist es nicht möglich, hier vom Präsidium aus den Saal so zu übersehen, wenn die entsprechend notwendigen Konsequenzen der Sitzordnung nicht eingehalten werden. Es ist einfach ein Akt der Disziplin des Parteitages, daß wir uns so verhalten. Ich darf Sie also sehr herzlich bitten, ihren Platz einzunehmen. Ich darf gleichzeitig bitten, die Saaltüren zu schließen. Das Wort hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unser Freund Dr. Rainer Barzel.

Dr. Barzel: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Freunde und ganz besonders lieber Richard Stücklen!

Ihre Bundestagsfraktion legt zu diesem Parteitag keinen schriftlichen Bericht vor, weil wir für den Wahlkampf über unsere Arbeit in der 5. Legislaturperiode schriftlich Rechenschaft gegeben hatten. Über die Aufgaben des 6. Deutschen Bundestages haben besonders sachkundige Kollegen während des Wahlkampfes zu Einzelfragen Konzepte vorgelegt. Also hätten wir in einem schriftlichen Bericht nur zusammenschreiben können, was ohnehin bekannt ist.

Nachdem am 21. Oktober Brandt zum Kanzler gewählt war, habe ich der Fraktion einen Vorschlag über Art und Inhalt unserer Arbeit als Opposition gemacht. Dieser Text, welchen die Fraktion am Tage darauf diskutierte und billigte, liegt Ihnen vor.

Schon am 23. Oktober wählte die Fraktion ihre neue Führung – eine, wie ich meine, starke, dynamische Mannschaft. Sie fand in der Öffentlichkeit überwiegend freundliche Beachtung und hat ihre ersten parlamentarischen Bewährungsproben gut bestanden.

Hierbei suchten und fanden wir Unterstützung durch mehr Jungfernredner als wir sie je in den ersten Parlamentswochen hatten.

Inzwischen sind der ganze Fraktionsvorstand – ihm gehören vier neue Kollegen an –, die Ausschußvorsitzenden, die Obleute und Mitglieder der Ausschüsse gewählt. Die Verantwortung ist konkret und auf möglichst viele verteilt. Es gibt keine Ämterhäufungen.

Hier ist die Stelle für ein persönliches Wort: Ich werde meine Hauptaufgabe in der Fraktion sehen und mich bemühen, die Vielfalt und die Breite unserer Begabungen sich auswirken und sichtbar werden zu lassen. Wir brauchen nicht einen oder mehrere Solisten, sondern die beste Mannschaft für die deutsche Politik!

Diese Mannschaft nicht von der Bank des Trainers aus zu betreuen, sondern in ihr mitzuspielen, ist meine Absicht.

Das heißt konkret: Weder im Bundestag noch im Fernsehen, noch gegenüber der Partei und der Öffentlichkeit, darf immer nur einer erscheinen; vielmehr muß diese Mannschaft – entsprechend der besonderen Verantwortung der einzelnen –, sich einspielen, systematisch präsentiert und ins Bewußtsein aller gebracht werden.

Nur so werden wir, wie ich meine, den vor uns liegenden Weg durch Disteln und Dornen mit Gewinn durchschreiten können. Täuschen wir uns nicht: Wir haben harte Zeiten vor uns. Nur wenn wir uns einrichten auf viermal 365 Tage und Nächte, auf Durststrecken und Ungewißheiten, wird die Opposition Regeneration bedeuten und Episode bleiben und nicht zum Marathon werden!

Nur wer sich zutraut, in vier Jahren die Koalition zu schlagen, – nur wer weiß, daß er dabei keinen Tag vertändeln darf, – nur wer nicht auf die Fehler der anderen wartet, sondern stetig Besseres bietet, – nur der wird das Ziel vorher oder spätestens dann erreichen. Wir haben nicht zu fragen, was die Union für uns tun kann, sondern nur: Wie wir noch mehr für unsere Politik tun können! Ihre Bundestagsfraktion fühlt sich als der organisierte, kämpferische, bundespolitische Vortrupp der beiden Parteien, der CDU und der CSU. Wir stehen weder neben noch unter noch über beiden Parteien, sondern in diesen.

Wir trauen uns etwas zu. Aber nur mit der Partei, zusammen mit der Partei werden wir gute Arbeit leisten und die Reform bewirken können, welche die deutsche Politik braucht: Mit der besseren Mannschaft für die bessere Politik eine bessere Regierung bilden!

II.

Auf unserem letzten Parteitag, in Berlin, haben wir unterstrichen, daß die altmodischen Schablonen „rechts" und „links" für uns nicht passen, weil wir als Union anders, nämlich modern und neu sind: eine reformerische Partei, die – und wir haben das nach dem 5. März im Bundestag betont –, auch das gute liberale Erbe mitverwaltet.

Wir haben uns in Berlin beim Parteitag vor allem in dem Satz gefunden:

Wer die geistige Führung verliert, wird die politische nicht behalten! Für die veränderte Lage heißt das: Wer die geistige Führung hat, wird die politische dazugewinnen!

Also müssen wir uns immer wieder fragen, ob wir etwa politische Aussagen mit uns tragen oder von uns geben, die für uns und für andere nur noch leere Formeln sind. Der Satz Schiller's – „was grau für Alter ist, das ist ihm

göttlich" – darf nicht unsere Maxime sein! Was zwanzig Jahre lang richtig war, ist nicht schon deshalb falsch; andererseits ist nichts und bleibt nichts richtig, nur weil es zwanzig Jahre lang so erfolgreich war und so selbstverständlich über unsere Lippen kommt.

Da wir keinen Ballast von Ideologien mit uns schleppen, können und müssen wir um so unbefangener immer wieder unsere politischen Aussagen in Frage stellen, unseren Weg an den sich wandelnden Wirklichkeiten messen und kritisch untersuchen, was wirklich zum umwandelbar-prinzipiellen Bereich gehört!

Nur aus solcher kühnen Unbekümmertheit gegenüber dem Gewohnten hat Konrad Adenauer seine Konzeption der Europa- und Friedenspolitik entwickelt. So kam Ludwig Erhard zur Sozialen Marktwirtschaft, so Karl Arnold zur Sozialen Partnerschaft, so Anton Storch zur dynamischen Rente. Das sind und bleiben Konzeptionen, die das anspruchsvolle Wort REFORM verdienen!

So, mit dem unvoreingenommenen Blick auf die Wirklichkeiten, kamen wir dazu, äußere Sicherheit zugleich mit gesellschaftspolitischem Fortschritt zu sehen.

Die gesonderte Betrachtung und Behandlung dieser Bereiche führt zu Durcheinander. Es kommt nicht von ungefähr, daß das Programm der KPdSU von 1961 gerade eine Gesellschaftspolitik in der Freien Welt, welche Partnerschaft, Eigentumsstreuung und Wohlfahrtsstaat will, als Haupthindernis der Weltrevolution bezeichnet! Und wir dürfen auch diese beiden Tatsachen nicht übersehen:

1. Die Moskauer Führer sprechen von europäischer Sicherheit. Sie meinen das, nach ihren eigenen Worten, auch gesellschaftspolitisch. Sie suchen auch insoweit die Sicherung der kommunistischen „Errungenschaften" und empfinden unsere Gesellschaftspolitik als „aggressiv". Die Lehren der tschechoslowakischen Tragödie beweisen das zusätzlich.
2. Überall in der Welt werden die Arbeitskraft und die schöpferische Leistung zur Hauptquelle aller sozialen und politischen Möglichkeiten. Ohne Steigerung der Produktivität gibt es kein Wachstum. Produktivität aber ist nicht nur eine Sache des Wettbewerbs, der Initiative und des Kapitaleinsatzes, der Maschinen, der Technik, der Organisation. Produktivität läßt sich, wie auch Kommunisten spüren, nicht erzwingen. Produktivität ist zuerst eine Frage an den Menschen! Und das heißt: Es ist zwar auch eine Frage der Organisation der Arbeit, des Lohnes und der sozialen Sicherheit; aber es ist zugleich eine Frage des Betriebsklimas, der Freizeit, der Bildung – vor allem eine Frage nach Freiheit und gesellschaftlichem Rang der Arbeit.

   Hier, genau hier, muß der Kommunismus versagen oder – aufhören, er selbst zu sein. Hier, genau hier, liegt unsere bleibende Chance der Überlegenheit.

Wenn wir also die Menschenrechte zum zentralen Maßstab unserer Politik machen, genügt es nicht, daß sie bei uns einklagbar sind und in der Verfassung stehen. Die soziale Wirklichkeit muß so sein, daß alle Menschen nicht

nur rechtlich Selbstbestimmung haben. Dazu gehört auch, daß wir die Politik „Aufstieg durch Bildung" energisch fortsetzen, so wie sie konzipiert ist und in den ersten Gesetzen verwirklicht wurde. An dieser Stelle entscheidet sich die Zukunft der Demokratie nicht nur im Blick auf den Ost-West-Gegensatz, sondern auch im Blick auf die Demokratie selbst.

Nur die soziale Wirklichkeit der Menschenrechte für alle und die Fähigkeit, freizügig alle Informationen erhalten und werten zu können, sichert den freiheitlichen Rechtsstaat gegen die stets immanenten Gefahren linker oder rechter Totalitaristen.

Lassen Sie es mich mit den Worten des russischen Atomforschers SACHAROW sagen:

„Die zweite grundlegende These lautet, daß geistige Freiheit für die menschliche Gesellschaft unerläßlich ist:

... Freiheit, Informationen zu erhalten und zu verbreiten, Freiheit zu offenherziger und furchtloser Debatte und Freiheit vom Druck durch Obrigkeit und Vorurteile. Nur die so gewonnene Denkfreiheit bietet die Garantie gegen die Infektion der Menschen durch Massenlegenden, die in der Hand verlogener Heuchler und Demagogen zu blutiger Diktatur werden können.

Gedankenfreiheit ist die einzige Garantie für die Tauglichkeit eines wissenschaftlich-demokratischen Zugangs zu Politik, Wirtschaft und Kultur."

III.

Je mehr die äußere Sicherheit, die ständig den wechselnden technischen und strategischen Bedingungen neu und wirksam entsprechen muß und schon deshalb nicht billig sein kann, – je mehr die äußere Sicherheit durch vervollkommneten Umgang mit der wechselseitigen Abschreckung und durch Stabilisierung des Nicht-Krieges zur Gewohnheit wird, je deutlicher die Grenzen militärischer Macht werden, desto bestimmender für die Zukunft wird die gesellschaftspolitische Ordnung.

Wenn wir es so sehen, dürfen wir nicht nur die zu befürchtende gesellschaftspolitische Verkümmerung durch die neue Koalition beklagen: wir müssen mit dem besseren Konzept entgegentreten.

Die Fraktion wird nicht nur gegen die Koalition kämpfen, sondern durch eigene Anträge – entsprechend unserem Berliner Programm – die bessere Alternative anbieten. Die Fraktion hat Arbeitsgruppen für Initiativanträge eingesetzt.

Sie sollen nicht nur in Bonn aus Akten und durch Diskussion arbeiten, sondern sich überall dort informieren, wo Informationen zu haben sind. Wir arbeiten u. a. an folgenden Initiativen: Ausbildungsförderung, Vermögensbildung, Betriebsverfassung, Familienlastenausgleich, Hochschulrahmengesetz, innerstädtischer Verkehr, soziale Sicherung der Landwirte und der anderen Selbständigen, Wettbewerbsrecht, Städtebauförderungsgesetz, Presserecht, bundesstaatliche Struktur, Kapitalausstattung mittlerer Unternehmen, Krankenhaus-Finanzierung, Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation.

Zur Kriegsopferversorgung haben wir, da die Regierung nicht einmal den Bericht vorlegte, einen Gesetzentwurf eingebracht. Der beruflichen Bildung und der Bildungspolitik insgesamt räumen wir Vorrang ein.

Ich bestreite nicht, daß die Koalition imstande sein wird, schematische Sozialpolitik zu machen, Renten zu erhöhen, Geld auszugeben und das Vorgefundene mehr schlecht als recht zu verwalten. Ich befürchte, daß sie nicht fähig ist, alles konsequent auszubauen oder einen eigenen Wurf zu wagen!

So brennende gesellschaftspolitische Notwendigkeiten wie die Reform der Krankenversicherung und die Neuordnung des Familienlastenausgleiches sind für die Koalition nur lästige Mehrkosten. In der Eigentumspolitik fiel ihr nichts ein, als den Betrag von 312 DM unseres Gesetzes zu verdoppeln. Herrn Arendt's begrüßenswertes Wort über den Vorrang der Sozialpartner wäre glaubhafter, wenn zuvor der Gewerkschaftsvorsitzende Arendt getan hätte, wozu er lange und reichlich Gelegenheit hatte: Die Tariffähigkeit unseres Eigentumsgesetzes zu nutzen!

In der Aussprache zur Regierungserklärung verkündete die SPD, sie wolle dem Volk „das Bild eines sozialpolitischen Gezerres früherer Regierungen der CDU ersparen" (Schellenberg, 30. 10. 1969, 7. Sitzung, S. 211).

Was haben wir erlebt? Das Gegenteil: Erst 100, dann 50 Mark versprach der Minister den Rentnern. Dann wurde er zurückgepfiffen.

Der jetzige Vorschlag, den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wieder zu streichen, zwingt dazu, entweder die Beiträge zu erhöhen oder den Staatszuschuß. Die von Hans Katzer erreichte langfristige Konsolidierung der Rentenversicherung ist in Frage gestellt. Das Kabinett faßte seinen Beschluß ohne ausreichende Unterlagen der beteiligten Ministerien, der Bundesbank und des Verbandes der Rentenversicherungsträger. Wir fürchten, die so mühsam erreichte Verzahnung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wird zugunsten isolierter Sozialpolitik aufgegeben.

Wir haben der Bundesregierung eine Politik der leichten Hand vorgeworfen. Sie tut alles, was in ihren Kräften steht, um in diesem Ruf zu bleiben und ihn zu beleben.

Die Leichtfertigkeit, mit der den Rentnern etwas versprochen wurde, ist so beispiellos wie der Aufwertungsbeschluß, ohne vorher eine angemessene Lösung des Agrarproblems gesichert zu haben.

Unsere Bauern sind mit Recht empört. Ihre Bundestagsfraktion hat beantragt, diese Frage auf der Gipfelkonferenz am 1. Dezember zu erörtern und – im Interesse sachlicher Beratung – die Übergangsfrist zumindest bis zum 31. Januar 1970 zu verlängern. Ohne erneuerte mittelfristige Finanzplanung, ohne einen Haushaltsplan vorzulegen, ohne auch nur eine Übersicht über Ausmaß und Rangfolge der Ausgaben zu geben, beginnt diese Koalition mit planlosen Ausgaben.

Zwar ist es uns gelungen, die Regierung zu zwingen, den Haushalt nicht erst im Frühjahr, sondern schon am 18. Februar vorzulegen. Leider besteht die

Koalition gleichwohl darauf, ihre Steuergesetze vorher einzubringen. Innerhalb dieses Finanzvolumens der Koalition suchen wir ein erstes Kindergeldgesetz als Teil unseres Alternativ-Programms durchzusetzen.

Wir werden bald sehen, ob die Koalition sich vom Start weg finanzpolitisch übernommen hat. Und wir werden kritisch fragen, was die neue Regierung konkret für antizyklisch und im Interesse der Preisstabilität für notwendig hält; ob sie den investiven Teil des Bundeshaushalts stärken und so zur Verbesserung unserer weltweit herausgeforderten Wirtschaftskraft beitragen will.

Die Regierungspolitik bleibt ohnehin hinter den objektiven Notwendigkeiten für Deutschland zurück. Von den Anstrengungen, die wir machen müssen, wenn wir ein modernes Land bleiben wollen, ist nicht die Rede. Wir müssen noch mehr für Bildung tun, für Verkehr, für Gesundheit, für Entwicklungshilfe und auswärtige Kulturpolitik. Dazu müssen wir die deutsche Wirtschaftskraft stärken – nicht nur Japan drängt nach vorne!

Wir müssen die Subventionen der Wiederaufbauphase abbauen, um besser die Zukunftskosten tragen zu können. Unsere Zukunftschance liegt allein darin, in solchen Industriezweigen, welche auf Bildung basieren, führend zu sein; die anderen Industriezweige werden bald alle Nationen ebenso gut wie wir aufbauen und nutzen können.

Forschung, Studium, Schule, berufliche Bildung und Technologie müssen zusammen gesehen werden. Und darum – das ist meine persönliche Meinung – gehört eine Rahmenplanung, die auch die Volksschule umfaßt, in den Kompetenzbereich des Bundes. Wir können anderes an die Länder abgeben.

Je mehr ich über kritische junge Menschen, über wilde Streiks, über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, je mehr ich über unseren Staat und unsere Gesellschaft nachdenke, desto mehr meine ich: Wir müssen diese drei prinzipiellen Spannungen wollen, aushalten und, wo es sein muß, austragen:

1. Das Parlament muß die Stätte der großen Kontroversen sein. Beides muß stark sein: Koalition wie Opposition. Demokratie braucht klare Fronten und muß aussprechen, was ist.
2. Wir brauchen Soziale Marktwirtschaft – also nicht jeden Tag neue Zahlen, neue Eingriffe, neue Prognosen der staatlichen Verwaltung. Die Gängelei der Unternehmen, des Marktes, der Investitionen, der Zusammenschlüsse ist so nachteilig wie die Einflußnahmen des Staates auf die Löhne und die Arbeitszeit.
3. Wir brauchen Soziale Partnerschaft – also die unabhängige Eigenverantwortung derer, welche dieses Spannungsverhältnis fruchtbar machen.

Der erste Punkt ist, wie ich glaube, bei der gegenwärtigen Opposition in guten Händen.

Zum zweiten wie zum dritten Punkt denkt die gegenwärtige Koalition leider anders – zum Nachteil für uns alle!

Ich bin für die „Konzertierte Aktion" als Institution für Gespräche, Kontakte, Unterrichtungen. Wo sie diese Grenzen überschreitet und zum Instrument des Dirigismus oder der versuchten Gängelei wird, kann sie schon jetzt unserer energischen Kritik sicher sein. Auch viele Gewerkschaftler und Unternehmer denken so. Und wie die FPD sich nun – angesichts ihrer früheren Erklärungen – verhalten wird, bleibt abzuwarten. Wir werden dem Parlament nichts, aber auch gar nichts von seinen Vorrechten nehmen lassen!

Ich werfe der Wirtschaftspolitik der SPD nicht vor, daß sie Prognosen vorlegt und nicht, daß sie dabei auch immer wieder – wie sollte es anders sein? – irrt. Ich beklage, daß sie von der irrigen Annahme ausgeht, alles sei berechenbar, vorhersehbar, planbar, machbar. Das ist falsch, weil Wirtschaftspolitik mit lebendigen Menschen zu tun hat. Zudem sind für uns wirtschaftliche Vorgänge des Auslandes wichtig; sie liegen aber außerhalb unserer Informations- und Einflußsphäre. Dem Menschen bleibt bei allen Zwängen der industriellen Welt zumindest ein Rest von Spontaneität und Unberechenbarkeit.

Vertrauen, das Wichtigste auch für alle wirtschaftlichen Vorgänge, ist weder durch Manipulation zu bewirken noch als ein stabiler Wert erfaßbar. Ich bin, wie schon in Berlin erklärt, für funktionsgerechte Mitbestimmung. Die Gewerkschaften, deren Ordnungsfunktion wir anerkennen und unterstützen, haben auch hier, wie im Betrieb, Verantwortung zu tragen.

„Wer in Betrieben oder Unternehmen Arbeitnehmerinteressen wahrnimmt, muß von dem Vertrauen der Belegschaft getragen werden", sagt unser Berliner Programm.

Und hier scheiden sich die Geister! Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz – das ist eine gute Forderung wie diese: Mitbestimmung durch die, welche vom Vertrauen der Kollegen getragen sind. Ich finde es nicht richtig, daß, wie ich höre, von 534 gesetzlich geschaffenen Mitbestimmungspositionen in der Montan-Industrie nur 223 von Belegschaftsangehörigen besetzt sein sollen; daß der DBG nur zögernd und auf Druck hin seine Mitbestimmung in seinen Unternehmen einführt; daß die SPD in ihrem Gesetzentwurf hierzu vorsieht, bei einem 15köpfigen Aufsichtsrat solle es 7 Arbeitnehmervertreter geben, von denen nur 3 aus dem Unternehmen selbst kommen dürfen.

Sobald der Bericht der hierzu von der Großen Koalition eingesetzten Sachverständigenkommission vorliegt, müssen wir – CDU und CSU – unsere Mitbestimmungsdiskussion entsprechend dem Berliner Programm zu Ende führen! Wenn auch die Koalition das Thema ausklammert, – es ist weder gesellschaftspolitisch noch historisch noch für die CDU/CSU vom Tisch! Ihre Bundestagsfraktion wünscht nicht – vielleicht überraschend – in die Lage zu kommen, dem schlechten Konzept des DGB ohne ein besseres der Union gegenüberzustehen. Und einigen Theoretikern, darunter einigen jungen Theologen, müssen wir nochmals sagen: Wir in der Bundesrepublik Deutschland sind der „klassenlosen Gesellschaft" wie der „Befreiung der Menschen von Ausbeutung durch Menschen" viel, viel näher als die Sowjetunion nach mehr als 50 Jahren „Sozialismus" – ganz zu schweigen von der Wirklichkeit im anderen Teil

Deutschlands! „Apparate" zum Fürchten, unwandelbare Machtstrukturen der „Etablierten".

Undurchsichtigkeit gesellschaftspolitischer Vorgänge, „Manipulation" der Informationen, Verhinderung der Freizügigkeit, – das kennzeichnet nicht unsere Wirklichkeit, sondern die, für welche Kommunisten Verantwortung tragen.

Es kommt nicht von ungefähr, daß dort für Mittelstand, freies Bauerntum, freie Berufe und Eigeninitiative kein Raum ist; es wird alles getan, das möglichst zu vernichten. Die Fragen dieser Schichten so zu beantworten, daß sie hier lebensfähig bleiben und sich noch besser entfalten können, muß – und das ist sehr dringlich! – auch weiterhin zu den hervorragenden Punkten unserer Gesellschaftspolitik gehören; – das gilt auch, ich verweise erneut auf Berlin, hinsichtlich der regionalen und sektoralen Strukturpolitik. Auch die Selbständigen müssen ihren Platz in der sich wandelnden Gesellschaft behaupten.

Gesellschaft ist ein dynamischer Organismus, keine statische Struktur. Also müssen wir immer wieder neue Probleme erkennen und Fragen beantworten. Aus dieser Sicht müssen wir uns der Probleme der Hausfrau und der berufstätigen Frau, der gehobenen Angestellten und des unselbständigen Mittelstandes annehmen, zur Reform des öffentlichen Dienstes bereit sein und die Fragen der Großstadt lösen.

Ich bin aufs höchste unbefriedigt, wenn ich so manchen Aspekt unserer Bildungssituation wie unserer Vermögensverteilung sehe. Und das steigert sich noch, wenn deutlich wird, daß nun wohl der Staat ordnen muß, was die Sozialpartner und die Universität nicht recht schafften. Wieder wird es wohl, leider, unvermeidlich, den Kräften der Gesellschaft eine Gestaltungsmöglichkeit wegzunehmen, weil das Gemeinwohl Handeln fordert.

IV.

Zu außenpolitischen Fragen will ich mich auf vier Punkte beschränken. Der Herr Parteivorsitzende wird dazu sprechen, und wir haben im Bundestag unsere Haltung genau festgelegt.

1. Die Basis unserer Außenpolitik ist und bleibt die Europäische Gemeinschaft. Sie ist, wie Walter Hallstein mit Recht sagt, das einzige Stück verwirklichter Friedensordnung in Europa. Wir suchen Verständigung nach Osten und eine Friedensordnung für ganz Europa. Wer das will, muß besonders pfleglich mit dem umgehen, was in Westeuropa bereits an Überwindung von Rivalität und Hegemonie geschaffen worden ist.

   Sowohl die Bündnispolitik wie auch die Entspannungspolitik haben in der europäischen Einordnung der Bundesrepublik Deutschland ein solides Fundament – oder wir alle gehen in Abenteuer hinein.

   Nichts ist dringender als ein Erfolg der Gipfelkonferenz der Sechs, und alles hängt davon ab, daß die politische Zusammenarbeit endlich beginnt.

2. Die Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung blieb zur Deutschlandpolitik nicht ohne Erfolg: Die Weisungen an unsere Auslands-Vertretungen

waren vorsichtiger, als wir nach der Regierungserklärung oder gar nach den Wahlreden des jetzigen Außenministers befürchten mußten.

Im übrigen hat sich die Koalition das größte Hindernis gegen ihre Ost-Politik selbst in den Weg gelegt: Die Erklärung, es existierten zwei deutsche Staaten, – eine Erklärung ohne Anlaß, ohne Gegenleistung; – diese Erklärung muß doch die Verantwortlichen in Ostberlin reizen festzustellen, ob nicht Bonn nach dem ersten auch den zweiten Schritt zu tun bereit sei – und sei es über den Umweg einer Anerkennungswelle Dritter.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie sich in der Deutschland-Frage endlich der praktischen Politik zuwenden würde! Sie sollte ein Verhandlungsangebot mit konkreten Punkten machen. Die Initiativen Bundeskanzler Kiesingers enthalten, was nach wie vor wichtig ist. Dazu gehört vor allem, was der Kanzler in seinem Brief vom 14. Juni 1967 an Herrn Stoph so formulierte:

„Zu den zahlreichen Schritten, die die Bundesregierung zur Sicherung des Friedens unternommen hat, gehört unser feierlicher Verzicht auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Er gilt allgemein und duldet keine Ausnahme. Deshalb muß die Bundesregierung mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß auch im anderen Teil Deutschlands auf die Anwendung von Gewalt verzichtet wird."

Wir ringen um die Anerkennung der Menschenrechte für alle Deutschen. Das ist die Anerkennung, die wir wollen. Und das ist zugleich das Maß, welches unser Urteil über Formfragen bestimmt. Für mehr Menschenrechte für alle Deutschen leisten wir jede Unterschrift –, für das Festschreiben der menschenrechtswidrigen Lage der Deutschen sind wir nicht zu haben.

3. Im Hinblick auf unser Angebot an die Koalition, in den großen Fragen der Nation zusammenzuwirken, muß ich hier in aller Form festhalten:

   Die Opposition weiß weder, warum die Koalition es mit der Unterschrift unter den Sperrvertrag so eilig hat, noch kennt sie die Vorhaben und die Vorstellungen der Regierung zur Europäischen Gipfelkonferenz, zum Gespräch mit Polen, zum Gewaltverzicht und zum Vorschlag einer Europäischen Sicherheitskonferenz.

   Ich möchte dies hier ausdrücklich festhalten und hinzufügen: Sollte die Koalition meinen, es genüge jeweils, uns zu unterrichten, nachdem sie entschieden hat und kurz bevor sie die Öffentlichkeit unterrichtet, so verzichten wir darauf lieber ganz. Dann würden wir Woche auf Woche auch diese Frage im Bundestag erörtern. Sollte die Bundesregierung nur wünschen, uns zu unterrichten, nicht aber mit uns zu sprechen, unsere Argumente zu wägen und in ihre Entscheidung einzubeziehen, so würde ich der Fraktion empfehlen, die Farce einer außenpolitischen Kooperation aller nicht mitzumachen.

4. Gestern haben in Helsinki die Gespräche über Rüstungsbegrenzung zwischen den USA und der Sowjetunion begonnen. Wir wünschen Erfolg.

Zu sehr hat sich die freie Welt daran gewöhnt, durch gleichgewichtige – für den Fall der Fälle in seiner Fürchterlichkeit kaum auszudenkende – atomare Abschreckung im Nicht-Krieg zu leben. Frieden ist das nicht. Und nichts ist so veränderlich wie die technischen Bedingungen, welche diese Wechselseitigkeit der Abschreckung zur Stunde noch gewährleisten.

So ermuntern wir die Großmächte, ihrer Verpflichtung, Frieden zu schaffen, auch dadurch zu entsprechen, daß sie

a) die militärischen Möglichkeiten aus der modernen Biologie und Chemie erkennen und die Gefahren, die sich hier ergeben, erst gar nicht entstehen lassen;

b) den Übergang vom Nicht-Krieg zum Frieden suchen, indem sie sich geduldig dem Kern der Probleme nähern, nämlich den Spannungsursachen, und diese schrittweise abbauen.

V.

Aus Verantwortung und aus Optimismus hat Ihre Bundestagsfraktion als erste den Gesetzentwurf über die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 18 Jahre eingebracht.

Wir sagen Ja zu dieser jungen Generation und stellen uns gerne ihren Fragen. Im Jahre 1973 wird es also Erstwähler geben, welche geboren wurden, nachdem Konrad Adenauer die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland erreicht und aus Moskau die deutschen Kriegsgefangenen mitgebracht hatte. Endlich sind für junge Deutsche Freiheit, Demokratie und Wohlstand selbstverständlich. Für sie ist die Wiederaufbauleistung der CDU/CSU nur ein historisches Ereignis, das sie – falls überhaupt – Lehrbüchern entnehmen.

Diese jungen Menschen ohne Ballast und ohne Voreingenommenheit werden 1973 ein gewichtiges Wort zu sprechen haben. Wir wollen sie ernst nehmen auch dadurch, daß wir uns selber ernst nehmen und gegenüber niemandem billig machen! Auch nicht dieser Jugend gegenüber. Es muß – und es kann – gelingen, daß eine überzeugende Mehrheit unsere sachliche, auf die Zukunft angelegte Arbeit verstehen und billigen wird.

Unsere Gesamtpolitik, unser Stil, unsere Mannschaft – das entscheidet. Wer glaubt, „Jugendpolitik" könne man als einen abgesonderten Bereich behandeln, wird diesen Irrtum teuer bezahlen!

Also, meine Freunde, uns wird nichts geschenkt, aber es ist alles erreichbar! An die Arbeit – miteinander – mit der besseren Mannschaft für die bessere Politik!

Präsident Dr. Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf auch in Ihrem Namen unserem Freunde Rainer Barzel für diesen großen Überblick über die Fragen der Union und die Fragen der deutschen, internationalen Politik sehr herzlich danken. Ich schließe ein in diesen Dank unser herzliches Dankeschön für die Arbeit an der Spitze unserer Bundestagsfraktion.

Es gab nach den Ereignissen der Bundestagswahl nicht wenige skeptische Beobachter des Geschehens innerhalb und außerhalb der Union, die sich die Frage stellten, wie lange wird es dauern, bis die CDU/CSU diese nicht zu bestreitenden Schwierigkeiten – nachdem wir bei der Regierungsbildung ausgebootet waren – überwunden haben wird. Das ist ein ganz erhebliches Verdienst von Rainer Barzel. Daß die Bundestagsfraktion sehr schnell und sehr frühzeitig voll handlungsfähig wurde, dafür wollen wir ihm sehr herzlich danken.

Und ich glaube, lieber Freund Barzel, daß diese gemeinsame Solidarität der verschiedenen Bereiche der Partei, die Sie sehr präzise angesprochen haben, dazu beitragen wird, daß das Ziel – das Sie zum Schluß hier als unser Ziel proklamiert haben – für die Union in Deutschland wiederum die entscheidenden Aufträge der Bürger dieses Landes zu erhalten, realisiert werden kann.

Meine Damen und Herren, ich darf sehr herzlich noch begrüßen den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU Fraktion, unseren Freund Richard Stücklen. Richard Stücklen hat immer ein gutes Stück Zusammenarbeit der CDU/CSU verkörpert. Und zwar in der Fom, die auch vielen bei uns in der CDU ganz besonders sympathisch ist.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung zum Ablauf unseres heutigen Tages. Wir haben gestern in der Übersicht über diesen Parteitag und seinen zeitlichen Ablauf bereits übereinstimmend hier festgestellt, daß wir den ersten Wahlgang die Wahl des Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands gegen 11 Uhr heute hier ansetzen wollen. Im nächsten Wahlgang werden dann anschließend die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, d. h. das Präsidium zu diesem Teil gewählt. Wenn keine Stichwahl notwendig ist, wählen wir anschließend den Bundesschatzmeister.

Wir gehen dann davon aus, daß wir zur Wahl der Beisitzer zum Bundesvorstand kommen können und ich möchte gleich jetzt den Damen und Herren der Presse mitteilen, daß während der Auszählung zu diesem Wahlgang der Beisitzer des Bundesvorstands das vorgesehene Pressegespräch im Goldenen Saal des Hotel Hilton stattfindet. Meine Damen und Herren, dies alles wird nur möglich sein, wenn Sie damit einverstanden sind, daß wir durchtagen und keine Mittagspause einlegen. Angesichts der Schwierigkeiten, diese umfangreiche Tagesordnung heute abzuwickeln und Ihre erwünschte frühzeitige Heimreise sicherzustellen, sehe ich mich gezwungen, Ihnen diesen nicht jedem sympathischen Vorschlag zu machen.

Ich darf fragen, wer von den Delegierten ist damit einverstanden, daß wir durchtagen. – Ich bitte um das Stimmzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltung. – Meine Damen und Herren, es ist ein völlig neuer asketischer Zug, der hier bei der CDU deutlich wird.

Ich darf dann gleichzeitig bitten, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir die Mandatsprüfungskommission mit der Auszählung der Stimmen als Stimmkommission beauftragen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wiederum die Gegenprobe. – Enthaltung. – Damit ist es also beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt 15 Wortmeldungen vorliegen, wir stellen uns die Debatte so vor, daß wir jetzt bis gegen 11 Uhr debattieren, die Debatte dann unterbrechen und in die erste Wahlhandlung eintreten, während der Auszählung die Debatte wieder eröffnen, und so dieses Verfahren fortsetzen und die Debatte insgesamt auch einigermaßen wirtschaftlich vernünftig – was die Zeit betrifft – abwickeln können. Sie sind alle, wie ich sehe, mit diesem Vorschlag einverstanden.

Ich habe da noch einen Wunsch: diese Tagesordnung, Debatte und Wahlen, wird nur zügig durchzuführen sein, wenn der ganze Parteitag ein Höchstmaß von Disziplin aufbringt. Deswegen darf ich Sie bitten, hier in dem Raum solche Gruppengespräche zu unterlassen und sich konzentriert den Geschehen des Parteitags zu widmen. Ich darf Sie aber auch bitten, möglichst zahlreich an den Wahlhandlungen teilzunehmen. Wir eröffnen die Aussprache, jetzt hat das Wort unser Freund Damm vom Landesverband Hamburg.

Carl Damm: Herr Präsident, meine Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde, die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden hat einmal mehr deutlich gemacht, warum Rainer Barzel mit so überwältigender Mehrheit von der neuen Fraktion zum Vorsitzenden gewählt worden ist, Ich glaube, daß der Parteitag allen Grund hat, wie die Bundestagsfraktion der CDU/CSU mit diesem neuen Vorsitzenden, dem wiedergewählten Vorsitzenden, zufrieden zu sein.

Meine Damen und Herren, Dr. Barzel hat deutlich gemacht, wie unsere neue Opposition auszusehen hat. Konstruktiv, kooperativ, konsequent. Die Wahl der jeweiligen Methode hängt von der Sache und manchmal natürlich auch von dem Stil ab, den unser Gegner wählt. Dem verbalen Terror beispielsweise, den Herr Wehner neuerdings wie etwa in der Frage des Atomsperrvertrages im Auswärtigen Ausschuß wieder hervorzukehren beliebt, sollten wir, wie wir das getan haben, nicht nur mit kristallklarer Sachlichkeit, sondern mit schneidender Schärfe entgegentreten, meine Damen und Herren. Hier haben wir überhaupt keinen Grund, pingelig zu sein.

Ein besonders diffiziles Gebiet im Rahmen unserer Opposition ist ohne Zweifel der Bereich der Verteidigungs- und der Sicherheitspolitik, diffizil aus zwei Gründen:

1. weil hier die Bundeswehr betroffen ist,
2. weil Helmut Schmidt über weite Strecken Sicherheitspolitik im Sinne der CDU/CSU betreiben wird.

Wenn irgendwo die drei Kriterien „konstruktiv", „kooperativ" und „konsequent" angebracht sind, dann auf dem Felde der Sicherheitspolitik und der Verteidigungspolitik. Soweit es uns betrifft, werden wir den neuen Verteidigungsminister unterstützen, wo immer wir es können. Ich glaube, er wird unsere Hilfe, die Hilfe der CDU/CSU, brauchen, weil er wahrscheinlich bei manchen der eigenen Freunde entweder mit Ablehnung oder gar mit Fallgruben zu rechnen haben wird.

Aber es gibt einen noch viel wichtigeren Grund in der Verteidigungspolitik, das Gemeinsame zu betonen und die Parteipolitik zurückzustellen. Das ist unsere

Bundeswehr selbst. Lange Jahre gab es das mit böser Absicht ausgegebene Stichwort von der CDU-Armee. Wer unsere junge Armee kennt, meine Damen und Herren, deren Aufbau aus tausend Schwierigkeiten in der Tat das Verdienst der CDU/CSU ist, der weiß, daß die Bundeswehr niemals eine Parteiarmee sein sollte und es niemals war. Diese Armee ist keine CDU-Armee, die Bundeswehr dient vielmehr loyal diesem demokratischen Rechtsstaat. Das wird durch nichts schlagender bewiesen als durch die Tatsache, daß sie sich – wie es ihr auch entspricht – bedingungslos unter den neuen Oberbefehlshaber gestellt hat.

Meine Damen und Herren, es wird in den nächsten Jahren viele große Probleme der Bundeswehr zu lösen geben. Mir scheint, politisch ist das entscheidende Problem, daß die neue Regierung und die neue Opposition täglich klarmachen, daß es kein parteipolitisches Wettrennen um die Bundeswehr, sondern nur den politischen Dienst für die Bundeswehr gibt, den unsere Soldaten von uns erwarten können. Lassen Sie mich Ihnen dazu zwei konkrete Bitten vortragen:

1. Überlassen Sie die politische Fürsorge für die Bundeswehr nicht der SPD und bitte auch nicht nur den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses auf der Seite der CDU/CSU. Kümmern Sie sich, meine Damen und Herren, um die Garnisonen, die Einheiten in ihrem Lebens- und ihrem Wirkungsbereich. Sprechen Sie, ich bitte Sie herzlich, mit den Soldaten, mit den Mannschaften und Unteroffizieren ebenso wie mit den Offizieren. Sie werden alsbald auf viele Möglichkeiten stoßen, die alltäglichen Sorgen der Soldaten zu mildern, denn viele dieser Sorgen sind im kommunalen Bereich zu beheben.

Es genügt nicht, daß der Bundeswehr in den Wehrdebatten des Bundestages der Dank für ihren aufopferungsvollen Dienst ausgesprochen wird, es muß auch die helfende Fürsorge von uns allen dazukommen. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie alle, meine Damen und Herren, die Einfluß- und Entscheidungsmöglichkeiten im Raume der Verwaltung, insbesondere der Schul- und Hochschulverwaltungen haben – und ich bitte vor allen Dingen unsere Kultusminister – dafür zu sorgen, daß den gedienten Soldaten nun auch, wenn Sie ihre Dienstzeit beendet haben, ausgleichende Gerechtigkeit zuteil wird. Hier kann die CDU an tausend Stellen praktische Wehrgerechtigkeit üben.

Eine zweite Bitte betrifft die Kriegsdienstverweigerung. Das Problem ist sehr komplex, ich will es hier nicht in allen Einzelheiten ausbreiten. Ich will aber dies sagen: Lassen Sie uns gemeinsam für die Erhaltung des mit unseren Stimmen ins Grundgesetz hineingeschriebenen Rechts auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen eintreten und im Schutz des Gewissens uns von niemanden übertreffen lassen. Überlassen wir die jungen Menschen nicht den radikalen Verführern. Wo jemand von uns sieht, daß junge, sich bildende Gewissen etwa durch einen Klassenlehrer einseitig ausgerichtet werden, da ist es an uns, mit den jungen Menschen offen und freimütig zu diskutieren. Wer soll denn unserer Jugend die Notwendigkeit und den Sinn eines deutschen Verteidigungsbeitrages erklären, wenn nicht wir.

Eine letzte Bitte in diesem Zusammenhang. Wer von uns Einfluß auf die Bereitstellung von Ersatzdienstplätzen im caritativen Bereich hat, der möge diesen

Einfluß geltend machen, damit jeder anerkannte Kriegsdienstverweigerer auch in die Lage versetzt werden kann, seinen Ersatzdienst zu leisten. Unsere politische Fürsorge darf nicht nur den Soldaten, sie muß ebenso den Ersatzdienstleistern, den Kriegsdienstverweigerern gelten. Es ist unser Auftrag, uns auch um sie zu kümmern.

Zum Schluß meine Damen und Herren: Es ist hier gestern gesagt worden, das politische Schicksal der CDU/CSU entscheide sich nicht mehr auf dem Felde der Außenpolitik, sondern in der Innenpolitik. Das mag so sein, jedenfalls hat die CDU allen Grund, innenpolitische Rückstände aufzuholen. Aber verfallen wir jetzt nicht in die Illusion, die wir Herrn Brandt, Herrn Bahr und Herrn Schütz mit Recht zum Vorwurf machen, daß wir nämlich annehmen, jetzt wäre die Zeit der Entspannung angebrochen. Es hätte nicht des grausamen Exempels der CSSR bedurft, um uns die Gefahren erkennen zu lassen. 20 Jahre haben wir in Freiheit, Wohlstand, Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit voranbringen können, weil wir zur NATO gehörten. Das Gleichgewicht der Welt aber, hat sich in der Zwischenzeit zugunsten des Sowjetblocks verändert. Wehe uns, wir vergäßen, daß der Kreml die Bundesrepublik in seinen Sog hineinziehen und aus der Integration mit dem Westen herauslösen will. Um der großen friedlichen Aufgaben willen brauchen wir auch weiterhin das Gleichgewicht mit dem Osten. Dazu brauchen wir, und das ist der Sinn meiner Ausführungen, unsere Bundeswehr und das heißt: jährlich 20 Milliarden DM, in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch etwas mehr. Das will aber politisch vertreten und durchgesetzt sein. Ich bin sicher, ohne die CDU/CSU schafft der neue Verteidigungsminister das nicht. Darum bitte ich Sie alle, meine Damen und Herren, daß wir auch künftig der Außen- und Sicherheitspolitik die Aufmerksamkeit widmen, wie das in den zurückliegenden Jahren der Fall war.

Präsident Frau Griesinger: Herzlichen Dank, Herr Damm. Den nächsten Diskussionsbeitrag gibt Frau Pieser, Berlin.

Darf ich schon bitten, daß die nächsten Diskussionsredner sich bereit halten, Herr Professor Burgbacher, Landesverband Rheinland. Herr Müller-Herrmann, Landesverband Bremen, und Dr. Luda, Landesverband Westfalen-Lippe.

Lieselotte Pieser: Herr Präsident, verehrte Gäste, meine Damen und Herren. Wir hören immer wieder, bessere Mannschaft. Die Verantwortung dafür liegt dafür, meine Freunde, nicht bei denen, die hier ihre Leistungsberichte gaben, sondern bei diesem Parteitag. Mancher Diskussionsredner begann hier: „Ich halte keine Wahlrede oder ich kandidiere nicht", und erhielt dafür Beifall. Andere aber werden bei Erhalt der Kandidatenliste mit Vorschlägen der Persönlichkeiten, die wir nachher zu wählen haben, sagen: Wer ist Kandidat Schulze? Ich kann ihn nicht wählen, weil ich ihn nicht kenne. Er hat sich ja nicht einmal vorgestellt.

Meine Freunde, richtig muß ja wohl bleiben, daß dieser Parteitag das Gremium ist, auf dem sich unsere Kandidaten vorzustellen und uns ihre politischen Absichten nahe zu bringen haben. Wir wollen eine Auswahl aus einem großen Angebot von Persönlichkeiten vollziehen. Von Persönlichkeiten, deren es bei der CDU wahrhaftig nicht mangelt.

Diese Tatsache wird uns in der Bevölkerung gut tun, wenn wir sie bei den Wahlen zum Ausdruck bringen. Daher halte ich diese sogenannten Wahlreden für legitim und erforderlich, und wir sollten sie auch als Voraussetzung für unsere Meinungsbildung weiter sehr kritisch und mit Ruhe anhören. Sicher hat nun nicht jeder Kandidat mit seinem Beitrag uns alle überzeugt. Aber auch das ist legitim, um auswählen zu können. Wenn nun aber eine der der Regierung nahestehenden Publikationsschriften in ihrer Absicht, Meinung zu machen, erklärt, bei der CDU sehe es so aus, die Macht sei gegangen, die Macher kämen, dann halte ich dafür, daß wir uns einen solchen Stil von einem solchen Presseorgan nicht suggerieren lassen. Die Stärke unserer Partei hat in der Verantwortung der Vergangenheit darin gelegen, daß wir nicht nur zu Wahlzeiten uns auf den Wähler besonnen haben, sondern daß wir bereit waren, unser deutsches Volk in der Verantwortung für alle zu führen und jedem zu dem Maß an Selbständigkeit zu verhelfen, daß ihm als Staatsbürger, als mündiger Staatsbürger und nicht als manipuliertes Wählervolk zuzubilligen ist.

Meine Freunde, nur wenn wir diesen Stil bei aller Modernisierung in der Form auch in Zukunft praktizieren, wird die CDU diese Besinnungspause, die ihr in einer Zeit gegeben ist, in der sie frei ist von Regierungsverantwortung, *dazu benutzen, daß wir uns regenerieren, daß wir uns als die ausweisen, die* Politik für das ganze Volk machen und nicht billige Tagespolitik gezielt auf Wählermeinung: dann werden wir erleben, meine Freunde, daß das gesamte deutsche Volk, für das wir hier aktiv sind, wieder zum Wähler unserer Partei wird. Lassen sie uns heute und hier damit beginnen, aktiv mit Selbstdisziplin und mit überzeugender Leistung diese Aufgabe unserer Partei auch in Zukunft zu tragen.

Präsident Frau Griesinger: Bitte Herrn Prof. Burgbacher, Landesverband Rheinland.

Prof. Burgbacher: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich spreche nur zu einer Frage, zu einem Thema, nämlich zu dem Zugang, zur Schaffung des Zugangs für alle unselbständig Tätigen zum Produktionskapital der Wirtschaft. Ich darf darauf verweisen, daß wir im Berliner Programm unter Ziff. 95 bereits den gesetzlichen Beteiligungslohn beschlossen haben. Ich darf weiter darauf hinweisen, daß im Wahlprogramm unter Ziff. 18 das wiederholt ist, was in Berlin beschlossen wurde. Das Präsidium hat zum Studium dieser Frage eine Kommission eingesetzt. Diese Kommission hat einen Entwurf fertiggestellt und wird ihn der Fraktion übergeben, die ihn dann in der nächsten Zeit beraten wird.

Wir haben seit 12 Jahren Eigentumspolitik gemacht, mit Erfolg, mit begrenztem Erfolg. Was wir nicht erreicht haben bisher, das ist die Beteiligung aller unselbständig Tätigen am Produktivkapital. Das ist das Problem, um das es geht und dessen wir uns annehmen müssen. Dabei sollten wir auch vor neuen Wegen zum alten Ziel nicht zurückschrecken.

Die neue Regierung hat in ihrem Programm zwar ein Bekenntnis zur Vermögensbildung in Händen aller abgelegt. Es ist ihr aber nichts Gescheiteres eingefallen, als die Tatsache, daß 2 × 312,– mehr seien wie 1 × 312,–. Dabei

wissen wir alle, daß das 312-Mark-Gesetz, das von uns geschaffen wurde, noch nicht einmal von 5 Millionen Arbeitnehmern in Anspruch genommen wird. Wir stellen mit Bedauern fest, daß die damals heiß umstrittene Tariffähigkeit des 312-Mark-Gesetzes, die seit Jahren besteht, von den Tarifpartnern nur in höchst unvollkommener Weise in Anspruch genommen wird. Und wir möchten auch heute den Appell an die Tarifpartner richten, sie möchten dem Gedanken des Investivlohns in ihren Tarifvereinbarungen endlich den volkswirtschaftlich und sozialpolitisch und stabilitätspolitisch angemessenen Raum einräumen. Die Unantastbarkeit der Tarifhoheit steht für uns außer Frage. Die Lösung, die notwendige Lösung, des Zuganges aller zum Produktivkapital steht aber für uns auch außer Frage. Und zwar ist das ein Problem des gesamten deutschen Volkes, und wir haben 4 bis 5 Millionen unselbständig Tätige, die keiner Tarifgemeinschaft angehören. Was wir politisch zu lösen haben, ist also ein Problem für alle unselbständig Tätigen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Frage der Schaffung von Eigenkapital für Mittelstandsunternehmen, die also nicht börsenfähige Wertpapiere haben, ebenfalls zu lösen versuchen. Wir haben deshalb vorgesehen, daß Beteiligungsgesellschaften errichtet werden, die an nicht börsenfähige Mittelstandsunternehmen Eigenkapital geben und damit einem ernsten Problem, das viele unserer mittleren und mittelgroßen Betriebe und kleinere Betriebe seit Jahren quälend beschäftigt, wie man zu Eigenkapital kommen kann, ohne die personenbezogene Leistung dieser Unternehmen in Gefahr zu bringen, endlich zu Leibe rücken.

Die Aufgabe ist, den jährlichen Vermögenszuwachs von 50 bis 70 Milliarden im Jahr nicht mehr, wie bisher, sozusagen automatisch, in die Hände derer zu lenken, die bereits Eigentum besitzen, sondern Vorsorge zu tragen – und da auch mit kühnen Wagnissen Vorsorge zu tragen – daß alle unselbständig Tätigen in organischer Entwicklung im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte Anteile am Produktivkapital haben, damit wir nicht eines Tages wenige Reiche und viele ohne Vermögen haben.

Unser Ziel muß sein, neben allen anderen Freiheiten, die wir haben und neben der Notwendigkeit der Anpassung der Masseneinkommen, der Realeinkommen an die jeweilige Entwicklung des Bruttosozialproduktes – das wäre eine halbe Sache – auch der Vermögensverteilung' eine gerechtere Form, organisch und nicht durch Eingriff in das Eigentum, sondern durch Steuerung des Vermögenszuwachses zu geben. Es muß volkswirtschaftlich so richtig sein wie sozialpolitisch. Und wir hoffen, daß wir in dieser Frage endlich kühne und wegweisende Lösungen für die freie Welt finden, wie wir sie gefunden haben damals beim Lastenausgleichsgesetz, das auch einmalig ist und noch viel mehr wie wir es in der dynamischen Rente gefunden haben, deren Lösung zeitlich sehr logisch vor der Diskussion um das Vermögensproblem erfolgte. Denn wir wissen, daß Vermögen soziale Sicherheit im Alter nicht ersetzen kann, sondern, daß es hinzukommen muß als ein wesentlicher Akzent unserer freien und sozialen Wirtschaft und unseres demokratischen Staates.

Wir bitten alle, sich an der demnächst beginnenden Diskussion zu beteiligen und bitten aber auch ebenso alle, sich bewußt zu sein, daß man den Mut zu

neuen Wegen aufbringen muß, um das alte Ziel zu erreichen. – Ich danke Ihnen.

Präsident Frau Griesinger: Herzlichen Dank. Der nächste Redner ist Herr Dr. Müller-Hermann.

Dr. Müller-Hermann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren. Ein schwacher Punkt in unserer Oppositionsposition, ich würde sagen, noch ein schwacher Punkt in unserer Oppositionsposition, ist die Wirtschaftspolitik. Dies empfinden wir durchaus alle aus eigener Einsicht und nicht nur aufgrund von Ermahnungen aus der Presse. In der Öffentlichkeit ist leider der bedenkliche Eindruck entstanden, als ob in der Wirtschaftspolitik die Sozialdemokraten klarere Vorstellungen hätten als wir. Die Bundestagsfraktion ist fest entschlossen, diesen Eindruck schnellstens zu korrigieren und das Feld der Wirtschaftspolitik unter keinen Umständen Herrn Schiller allein zu überlassen. Zweifellos haben wir, meine Freunde, in der Zeit der großen Koalition in diesem Bereich zu viel Enthaltsamkeit geübt oder üben müssen.

Ich füge gleich hinzu, die Aufwertung oder die Nichtaufwertung ist sicherlich kein geeignetes Thema, um in der Wirtschaftspolitik noch viel zu gewinnen, weil das Thema viel zu rückwärts gewandt angelegt ist. Allerdings werden wir nicht zulassen, daß das Thema Aufwertung oder Nichtaufwertung von der neuen Regierung ständig als Alibi benutzt wird für die auf uns zukommenden Preisauftriebsentwicklungen. Wir werden, meine Freunde, der Bundesregierung vorhalten müssen, daß sie die Aufwertungsschäden nicht frühzeitig genug erkannt hat und daß sie eine zu hohe Aufwertungsquote als eine Vorleistung hingegeben hat, für die sich, wie wir jetzt spüren, hinterher nichts mehr einhandeln läßt.

Meine Freunde, wir brauchen als CDU dringend wieder ein wissenschaftlich untermauertes, umfassendes, überzeugendes, zukunftweisendes Wirtschaftskonzept, wie wir es in den goldenen Zeiten, in der Periode Erhard besessen haben.

Die Fraktion, meine Damen und Herren, wird bemüht sein, dieses Konzept nicht nur im Kontakt mit den großen Wirtschaftsverbänden, aber nicht wie das unterstellt wird, in deren Abhängigkeit, sondern auch in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft zu erstellen – ein Konzept, das für die Bewältigung der Probleme unseres Industriezeitalters glaubwürdige Lösungen anbietet, den Menschen auch in diesem Industriezeitalter ein menschenwürdiges Leben gewährleistet und einen gerechten Anteil am wachsenden Sozialprodukt, und das in diesem Sinne von vornherein eine Verzahnung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik darstellt.

Wenn in der Öffentlichkeit so getan wird, meine Freunde, als ob es zwischen Wirtschaftsrat, Mittelstand und Sozialausschüssen unterschiedliche Auffassungen geben könnte, so werden wir den Kritikern diese Freude nicht lassen, meine Damen und Herren, sondern wir sehen in der Fraktion in der gemeinsamen Erstellung einer Konzeption eine Bewährungsprobe für unseren Unionsgedanken.

Bei der neuen Regierung läßt sich ein festgefügtes gesellschafts- und wirtschaftliches Konzept nicht erkennen, meine Damen und Herren. Von dem Auf-

schwung nach Maß und der kontrollierten Expansion ist nichts mehr zu hören in der Regierungserklärung, wohl weil man selbst spürt, damit Schiffbruch erlitten zu haben. Dafür wird uns jetzt Stabilität ohne Stagnation angeboten. Tatsächlich, meine Damen und Herren, beginnt aber die neue Koalition mit einer Politik des leichten Geldes, und wir sollten uns als die Oppositionspartei stets besonders um den Ruf der Solidarität und Stabilität bemühen. Es ist schon vom Herrn Fraktionsvorsitzenden darauf hingewiesen worden, daß die neue Regierung in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu einem Übergewicht der Konsumseite neigt und dabei die Investitionsseite zu vernachlässigen scheint. Damit besteht die Gefahr, daß mangelnde Zukunftsvorsorge betrieben wird und wir sehr schnell nach dem Muster der englischen Krankheit in inflationistische Tendenzen hineingeraten. In diesem Zusammenhang muß man auch die Ankündigung der Regierung sehen, daß sie eine Umorientierung des Güterabsatzes auf dem Binnenmarkt anstrebt, was, wie mir scheint, lebensgefährliche Folgewirkungen für ein Land haben muß, das auf den Export und die Untermauerung seiner Exportpositionen dringend angewiesen ist.

Meine Damen und Herren, die Bundestagsfraktion will das Fundament, das geistige Fundament und die Zielprojektion unserer mit der Gesellschaftspolitik verknüpften Wirtschaftspolitik wieder verdeutlichen. Wir gehen aus von dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, das weiterhin die Basis unserer wirtschaftspolitischen Überlegung bleibt und das wir als ein Ordnungsprinzip verstehen, das sich nicht allein als eine Summierung von Aktivitäten für die Vielfalt von Interessen versteht, die auf die Maximierung des Sozialprodukts ausgerichtet sind, sondern als ein Ordnungsprinzip, in dessen Mittelpunkt der Mensch, die Sicherung seines Freiheitsraumes und in diesem Sinne eine Optimierung des Sozialprodukts steht.

Wir werden, meine Damen und Herren, gerade die langfristigen Grundlinien wieder sichtbar machen müssen, innerhalb deren wir den Wettbewerb gesichert wissen wollen für die Zukunft. Wir werden eine eigene Novelle zum Kartellgesetz vorlegen mit einer Wettbewerbsordnung, die das Leistungsprinzip und den Leistungswettbewerb, eine gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben gewährleistet und das in Anlehnung an die Rechtssituation innerhalb der EWG nachteilige Wirkungen für unsere Volkswirtschaft im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb vermeidet.

Sie mögen auf jeden Fall davon überzeugt sein, daß diese Fraktion mit allen Kräften, die ihr zur Verfügung stehen, das Gespäch, aber auch die Auseinandersetzung mit Herrn Schiller suchen und mit eigenen Initiativen in der Wirtschaftspolitik unserer Partei wieder das Profil geben wird, das sie dringend benötigt. Ich danke Ihnen.

Präsident Frau Griesinger: Herzlichen Dank, Herr Dr. Müller-Hermann. Der nächste Redner ist Herr Dr. Luda. Danach folgen Herr von Bismarck, Frau Hoffmann, Rheinland-Pfalz, und Herr Professor Schlee, Hessen. Danach wollen wir dann mit der Wahlhandlung beginnen und die weiteren Diskussionsredner können dann, während die Stimmen ausgezählt werden, ihre Diskussionsbeiträge noch bringen. Ich will Sie aber ganz herzlich bitten, noch einmal Selbstdisziplin zu

üben und zu versuchen, daß Sie möglichst weniger als 5 Minuten sprechen. Sie werden um so besser bei allen Delegierten in Erinnerung bleiben.

Dr. Luda: Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Dr. Barzel hat in seiner Rede gesagt, die neue Bundesregierung müsse jetzt einmal klarmachen, wie sie die Stabilität des Geldwerts bewahren wolle. Dr. Barzel hat gesagt, wir sind für die Konzertierte Aktion, wir wehren uns aber dagegen, daß sie als ein Instrument des Wirtschaftsdirigismus mißbraucht wird. Er hat gesagt, wir sind für die Konzertierte Aktion, aber wir sind dagegen, daß sie die Ordnungsfunktion der Gewerkschaften beeinträchtige. Nun, meine lieben Freunde, wie berechtigt diese Meinung Dr. Barzels ist, ergibt sich aus einem ganz aktuellen Beispiel, auf das ich kurz eingehen möchte.

Am 24. November findet die nächste Plenarsitzung der Konzertierten Aktion in Bonn statt. Und mit welcher Konzeption die neue Bundesregierung dort hingehen will, hat der Bundeswirtschaftsminister in seinem Monatsbericht für Oktober schon angedeutet. Er hat dort geschrieben, die infolge der Aufwertung der DM bestehende Aussicht auf Dämpfung des Preisauftriebs könnte die Gewerkschaften durchaus veranlassen, ihre Lohnforderungen niedriger anzusetzen als sie dies angesichts der jetzigen Preissteigerungstendenzen sonst tun werden. Meine Damen und Herren, der DGB-Vorsitzende Vetter hat in der Beantwortung dieser Erklärung der Bundesregierung, ich glaube mit Recht, bedauert, daß Schiller einer Dämpfung der Lohnzuwachsraten das Wort rede. Er hat erklärt, wenn die Konzertierte Aktion fortgesetzt werden solle, dann müßten die alten Fehler der Konzertierten Aktion vermieden werden. Und das DGD-Vorstandsmitglied Neemann hat darüber hinaus sich gegen die beabsichtigte „Globaldrosselung der Löhne" durch die neue Bundesregierung erklärt. Nun, meine Damen und Herren, trotz dieses berechtigten Protests der Gewerkschaften hat das Bundeswirtschaftsministerium in seinem neuesten Lagebericht diese Konzeption für die Sitzung vom 24. November aufrechterhalten. Die Orientierungshilfe für diese Konzertierte Aktion heißt also trotz des Protests der Gewerkschaften: Globaldrosselung der Löhne.

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, daß diese Konzeption der neuen Regierung nicht nur für die Arbeitnehmer sondern auch für die Arbeitgeber kein Grund zur Freude sein kann. Denn was sind „die alten Fehler der Konzertierten Aktion", von denen Vetter gesprochen hat. Die ergeben sich doch aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1968, wo die Prognose lautete, das Wachstum des Bruttosozialprodukts 1968 wird nur 4 % betragen. Deshalb sollten die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen dämpfen, die Gewerkschaften haben es getan und nachher war das wahre Wachstum 7 %, so daß die Tarifvertragsparteien sich von dem Sachverständigenrat sagen lassen mußten, im Jahre 1968 hätte die Lohnzuwachsrate konjunkturneutral um 2½ % höher sein können, wenn man nicht von der Richtigkeit dieser Projektion Schillers ausgegangen wäre. Und im Jahre 1969 hat sich dasselbe Spiel wiederholt und die Konsequenz war die, daß ein Lohnstau entstanden ist aufgrund der falschen Prognosen des Bundeswirtschaftsministerium und einen solchen Lohnstau kann man zwar eine gewisse Zeit lang aufrechterhalten, irgendwann aber brechen die Dämme und sie sind im Sommer 1969 gebrochen und wir hatten die wilden

Streiks und das ist der Vorgang, der sich nicht wiederholen darf, meine Damen und Herren.

Wenn die neue Bundesregierung unter Bundeswirtschaftsminister Schiller den Gewerkschaften und den Tarifvertragsparteien heute sagt, daß mit Sicherheit die Aufwertung sich preisdämpfend bemerkbar machen werde und deshalb die Gewerkschaften in ihrer Lohnpolitik ein drittes Mal kurz treten könnten, dann meine ich, meine Damen und Herren, die Teilnehmer an der Konzertierten Aktion sollten dieser neuen Prognose mit der Skepsis begegnen, welche aus den drei Jahren Schillerscher Fehlprognosen sich ergibt.

Ota Sik, der Wirtschaftsprofessor und frühere Wirtschaftsminister in der Tschechoslowakei, inzwischen in den Westen emigriert, hat gefragt, wie soll der komplizierte Wirtschaftsprozeß gelenkt werden? Seine Antwort lautete: Mit Hilfe von Märkten und Preisen, und ich füge hinzu, meine sehr geehrten Damen und Herren: nicht durch Globalsteuerung der Löhne. Ich glaube daher, daß auf dem Parteitag der Partei, welche den Gedanken der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik durchgesetzt hat, es angemessen erscheint, zu appellieren an die Konzertierte Aktion vom 24. November, zu appellieren an alle Teilnehmer der Konzertierten Aktion, die Gesetze der Marktwirtschaft nicht außer Kraft zu setzen; zu appellieren, daß verhindert wird, daß ein erneuter Lohndruck erneut wilde Streiks zur Folge hat und zu verhindern, daß die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor unserer Wirtschaft erneut in Frage gestellt werden könnten, wie das im Sommer 1969 leider schon einmal geschehen ist. Ich danke Ihnen.

Präsident Frau Griesinger: Herzlichen Dank Herr Luda; bitte Herr von Bismarck.

Dr. Philipp von Bismarck: Frau Präsident, meine Damen und Herren, es wurde gestern und heute aus mehreren Beiträgen deutlich, daß diese Union nur dann ihr besseres gesellschaftspolitisches Konzept weiterhin verwirklichen kann, wenn sie sich immer wieder fest auf den nicht immer gemütlichen Boden des „C" stellt, und damit freibleibt, ihren Weg – wie unser Freund Barzel heute morgen sagte – an der sich wandelnden Wirklichkeit messen zu lassen und dabei nicht zu leicht befunden zu werden.

Was bedeutet das in der täglichen Arbeit? Hans Katzer hat gestern hier in einer – wie ich es verstanden habe – signalisierenden Aussage gesagt, wir sollten weniger **vor** andern als **mit**einander reden; auf dieses gute Wort aus einer gemeinsamen Stunde vor diesem Parteitag möchte ich antworten. Auf diesem Parteitag der selbstkritischen Vernunft möchte ich zitieren; daß der letzte Wirtschaftstag der Union seine Resolution damit begonnen hat, daß Wirtschaftspolitik ein Stück Gesellschaftspolitik sein muß, Wirtschaftspolitik ist nicht wertfrei. Sie muß sich vielmehr daran messen lassen, ob und inwieweit sie die Personalität des Menschen, seiner Entscheidungsfreiheit und der Gleichheit der Chancen zu dieser Freiheit dient.

Zu dieser Erkenntnis und zu diesem Bekenntnis gehört der menschliche Aufwand, die sich täglich notwendig und fruchtbar ergebenden Spannungen auszuhalten, die sich zwischen denen zeigen müssen, die von verschiedenen Ausgangspunkten kommend im Alltag um die Verwirklichung der sozialen Markt-

wirtschaft ringen. Die Union wird nicht zuletzt in den nächsten Jahren daran gemessen werden, ob sie sich dieser Herausforderung zu stellen vermag. Hier haben wir – um ein Zitat zu gebrauchen – echt „ein Neues zu pflügen". Ich möchte hier für meine Freunde Hans Katzer antworten: Wir sind dazu bereit.

Präsidentin Frau Griesinger: Herzlichen Dank, Herr von Bismarck für Ihren kurzen guten Beitrag. Die nächste Rednerin ist Frau Hoffmann, Landesverband Rheinland-Pfalz; darf ich die Parteifreunde bitten, daß Sie mitbehilflich sind, in Ihren jeweiligen Landesverbänden, die Freunde, die draußen noch in den Wandelgängen sind, hereinzubitten, weil wir in 10 Minuten mit den Wahlen beginnen wollen.

Ingeborg Hoffmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Ich will versuchen meinen Beitrag auf 5 Minuten zu beschränken und Ihnen damit beweisen, daß auch Frauen diszipliniert sein können.

Eine Kraft, die stärker war als das politische Beharrungsvermögen unserer Spitze, hat uns die Regierungsverantwortung genommen. Das ist die Kraft der unaufhaltsamen fortschreitenden Veränderung, mit der wir nicht Schritt gehalten haben. Die CDU war in den 20 Jahren ihrer Regierung zu selbstsicher geworden, sie hatte sich an den Erfolg gewöhnt, das Errungene wurde nicht genügend ausgebaut und erweitert. Denn was man besitzt, muß man mit viel Phantasie ständig neu erobern. Es ist leichter, etwas Großes zu erreichen, als es auf die Dauer festzuhalten. So haben wir uns den Luxus erlaubt, einen Großteil der deutschen Intellektuellen links liegen zu lassen. Wir dürfen uns nicht wundern, daß sie von Linksstehenden aufgenommen worden sind. Der Riese CDU war träge und bequem geworden.

Wir müssen diesen Schwächeanfall über eine richtige Diagnose, durch eine erstklassige Therapie überwinden und stärker als je zuvor werden. Wir müssen auf unserer guten Tradition aufbauen, aber eine dynamische Politik für die Zukunft betreiben. Dazu sollten wir auf allen parteipolitischen Ebenen den Mut zur Selbstkritik aufbringen. Und die Verantwortung nur nach Tatkraft, Fähigkeit und Erfolgsmöglichkeit verteilen. Hierbei sollte nicht das Alter, sondern nur die Leistung und die Erfahrung als Maßstab dienen. Ein Mann wie unser Dr. Kohl muß in die Parteispitze, damit er seine besonderen Fähigkeiten am wirkungsvollsten für die Gesamtpartei einsetzen kann. Die Tatkräftigsten und die Besten müssen auf die richtigen Plätze. Dies ist der einzige Weg der Selbstbestätigung des Einzelnen, der einzige Weg, der unserer Gemeinschaft den Erfolg und der CDU den Sieg bringt.

Wir müssen dann aber auch ablassen von den kleinen vergiftenden Eifersüchteleien untereinander. Nur das Zusammenstehen für das Ganze bringt uns den gemeinsamen Fortschritt. Das Lebensprinzip ist der Dualismus, ist die Spannkraft der Gegensätze. In diesem ausgewogenen Kräftespiel liegt die Harmonie. In ihr spielt sich das Leben in der Natur ab, im Makro- wie im Mikrokosmos. Denken Sie an Nord- und Südpol, an Tag und Nacht, an Mann und Frau.

Dieses Prinzip des belebenden Dualismus fehlt in unserer Partei fast völlig. Das Element Frau ist faktisch ohne nennenswerten Einfluß. Sehen Sie sich

doch bitte einmal in diesem Saale um. Wieviele Frauen sind hier heute anwesend, sind aktiv beteiligt und wenn, von einigen wenigen abgesehen, fast ausschließlich reifere Jahrgänge. Die mittleren und jüngeren fehlen. Bei unserer Bevölkerung, bei unseren Wählern aber sind mehr als die Hälfte Frauen. Ein kleines Beispiel hierzu: Meine Herren, wenn Sie Ihre Frauen als Mitglieder für die Partei werben, für die Parteiarbeit vorbereiten und dann auch freigeben. so wie dies mein Mann getan hat, dann sind wir beim nächsten Parteitag genauso viel Damen wie Herren. Und wir haben zusätzlich noch das Problem der Mitgliederwerbung fast gelöst.

Lassen Sie uns daher bitte die kluge und vorausschauende Politik unserer besten Männer verbinden mit der notwendigen gegenwartsnahen Tagespolitik unserer Frauen, und die Vielfalt der von der Schöpfung her so unterschiedlich verteilten Kräfte wird uns in dem Miteinander den Erfolg Füreinander nicht versagen.

Präsident Frau Griesinger: Herzlichen Dank, liebe Frau Hoffmann. Daß es in Ihrem Freundeskreis schon praktiziert wird, die richtigen Leute auf die richtigen Plätze zu bringen, das gibt mir Anlaß, Ihnen zu gratulieren, daß Sie vor kurzem zur Kreisvorsitzenden Ihrer Partei gewählt worden sind. Ich wünsche, daß Sie in der Mitgliederwerbung den Erfolg haben, den Sie sich heute hier auch gewünscht haben. Dazu gibt uns die Opposition eine herrliche Gelegenheit, ein klein wenig das zu praktizieren, was Sie zu Hause bereits und auch im beruflichen Leben praktizieren, daß auch in der Politik die partnerschaftliche Arbeit die produktivste ist.

Wir dürfen noch einmal bitten, daß alle Delegierten sich möglichst umgehend in den Saal begeben, je schneller Sie anmarschiert kommen, um so rascher können wir mit dem Wahlgang beginnen und um so früher können Sie heute abend nach Hause fahren. Ich darf als letzten Diskussionsredner – bis die Stühle alle besetzt sind – noch Herrn Schlee bitten.

Prof. Schlee: Herr Präsident, Herr Vorsitzender, meine lieben Parteifreunde, verehrte Damen, meine Herren. Unser Berliner Parteifreund Amrehn hat gestern zu Recht gesagt, daß die Regierungsbildung SPD/FDP eine klare Kampfansage an die CDU ist, die anzunehmen ist. Ich bin der Meinung, daß wir uns profilieren müssen, eindeutig den Unterschied zwischen SPD und CDU herauszustellen. Und ich bin der Meinung, daß das auch sehr gut möglich ist. Es ist nämlich die Frage nach dem Menschenbild. Das ist die Kernfrage, meine ich, auch für unsere zukünftige Politik im innenpolitischen Raum. Es gibt ein Wort von Bollnow, das besagt, die Anthropologie ist der Schlüssel eines jeden pädagogischen Systems. Oder im Klartext gesprochen: Sage mir, welches Bild vom Menschen du hast, und ich sage dir, welche Politik du betreibst. Und wenn Sie diesen Maßstab anlegen, dann wird sich die Politik der SPD und der FDP von der der CDU ganz eindeutig unterscheiden. Und gerade, weil diese Regierungskoalition ihr Schwergewicht auf die Bildung legt, gerade hier wird deutlich, wie wichtig das Menschenbild ist.

Denn nicht Mammutschulen und Mammuthochschulen werden das sein, was wir zu fordern haben, sondern Schulen für den Menschen. Aus diesem Grunde

bin ich der Meinung, daß – wie es der RCDS in der SONDE Nr. 3/69 sehr vorbildlich gemacht hat – die CDU ihr Menschenbild eindeutig herausstellt und zwar das Wißbare vom Menschen.

Wir sollten auch nicht in den Fehler verfallen, die Initiative für die Futurologie den anderen Parteien zu überlassen. Ich bin der Meinung, daß hier das Vorauswissen Macht auch für die Zukunft ist, und daß wir uns dieser Frage zuwenden müssen.

Und lassen Sie mich einen letzten Punkt, den ich hier für diesen Parteitag für sehr wichtig halte, in diesem Zusammenhang ansprechen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß wir mangels profilierter Darstellung dessen, was wir vom Menschen wissen und darstellen wollen, daß wir die Frage des Sports auch hier auf diesem Parteitag so etwas mit linker Hand behandeln. Ich bin der Meinung, daß wir für die Demokratie Kondition benötigen, und daß diese Kondition nirgends anders zu erwerben ist als durch Bewegung im Reiche des Sports. Die CDU muß mehr Puste haben als die anderen Federn. Das sollten wir uns zum Gesetz machen. Dürfen wir doch nicht vergessen, der Deutsche Sportbund ist mit 10 Millionen Mitgliedern die größte freiwillige Mitgliederorganisation der Bundesrepublik und mit 1,8 Mio Frauen die größte Frauenorganisation im gesamten Bundesgebiet. Eine Partei, meine Freunde, die diesen Tatbestand übersieht, handelt politisch unklug. Und wenn in diesen Tagen davon die Rede ist, daß wir uns den jungen Menschen mehr zuwenden sollten, da würde ich der Jungen Union einmal zur Auflage und zur Aufgabe machen, sich um die 3,7 Mio Jugendlichen der Sportjugend zu bemühen, um sie zu aktivieren für die politische Arbeit.

Ich möchte noch ein Wort sagen hierzu: Es ist so viel das Wort von Aggressivität, von angeborener Aggressivität, die Rede. Meine Freunde, es gibt keine angeborene Aggressivität des Menschen. Was wir erleben, ist höchstens ungebundene Vitalität, die es an die Arbeit zu stellen gilt und nichts anderes.

Ein letztes Wort: Unsere Gesellschaft neigt dazu, und vielleicht auch die CDU noch, die großen 4 „F" zu sehr zu kultivieren, die da heißen: Feierabend, Filzlatschen, Fernsehen und Flaschenbier. Ich bin der Meinung, wir sollten für den Staat und in der Opposition und wieder an der Regierung die sportlichen 4 kleinen „f" kultivieren: frisch, fromm, froh, frei an die Arbeit gehen. Herzlichen Dank.

Präsident Frau Griesinger: Herzlichen Dank Herr Schlee. Daß die CDU/CSU sich durchaus dessen bewußt ist, daß der Sport in unserer Gesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinnt, können Sie daran ablesen, daß auf Antrag von Herrn Dr. Barzel, unserem Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, ein Sonderausschuß für Sport und Olympiade geschaffen wurde, dessen Vorsitzender unser Bundesgeschäftsführer, Herr Dr. Kraske, geworden ist. Sie dürfen sicher sein, daß in München auch die CDU/CSU 1972 ein Wort mitzureden hat.

Liebe Parteifreunde, darf ich Sie noch einmal herzlich bitten, möglichst rasch in den Saal zu kommen, damit wir zügig mit den Wahlgängen beginnen können. Sie haben nachher wieder Gelegenheit, draußen Diskussionen zu führen und

sich zu stärken. Aber jetzt wollen wir sehr gerne sofort mit den Wahlen beginnen.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, ich bitte nunmehr alle Delegierten Platz zu nehmen. Ich bitte zweitens, daß an den für die Delegierten vorgesehenen Plätzen nur stimmberechtigte Delegierte Platz nehmen; Gäste und andere Teilnehmer des Parteitages bitte ich, sich an die dafür vorgesehenen Plätze zu begeben.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole die herzliche Bitte, daß alle Delegierten und Gäste nunmehr Platz nehmen. Wir können die Wahlen in dieser Atmosphäre nicht durchführen. Je eher die Damen und Herren, die noch nicht Platz genommen haben, dies nunmehr tun, desto eher können wir zu dem wichtigen Tagesordnungspunkt – Wahlen – kommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf Punkt 12 der Tagesordnung: Wahl nach § 29/b des Bundesstatuts des Vorsitzenden, der 5 stellvertretenden Vorsitzenden, des Bundesschatzmeisters, der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes, der Wahl von 2 Rechnungsprüfern nach § 29/f der Satzung.

Entsprechend der vorhin getroffenen Abrede werden wir zwischen den einzelnen Wahlgängen die Anträge erledigen und die Diskussion zum Fortgang und Abschluß bringen.

Zum Wahlverfahren möchte ich Ihnen folgende Mitteilung machen: Zunächst einmal, die Mandatsprüfungskommission teilt mit, daß heute auf dem Parteitag voll stimmberechtigte Delegierte 482 anwesend sind. Es mag von einem gewissen historischen Interesse sein, zu sagen, daß im Jahre 1967 bei unserem Parteitag in Braunschweig die Zahl der stimmberechtigten Delegierten 576 betrug, also 80 mehr. Der Unterschied erklärt sich im wesentlichen aus dem Fortfall der Stimmberechtigung unserer Freunde von der Exil-CDU für die Wahlen.

Das Wahlverfahren ist geregelt in § 43 des Parteistatuts, die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes sowie die Wahlen der Delegierten und so weiter sind geheim und erfolgen durch Stimmzettel. Die Wahl der 5 stellvertretenden Vorsitzenden nach § 29/b/3 und die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes nach § 29/b/5 erfolgt durch ein auf dem Stimmzettel hinter den Namen eines Kandidaten gesetzten Kreuzes. Der jeweilige Stimmzettel muß die Wahl aller vorgeschlagenen Kandidaten enthalten. Stimmzettel, auf denen nicht mindestens $^3/_4$ der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig. Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind, als der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes entspricht, sind ebenfalls ungültig.

Meine Damen und Herren, dies bedeutet konkret für die beiden Wahlgänge, in denen nicht eine Position zu besetzen ist, sondern mehrere Positionen, nämlich 1.) die Wahl der 5 stellvertretenden Vorsitzenden und 2.) die Wahl der weiteren gewählten Mitglieder folgendes:

Bei den 5 stellvertretenden Vorsitzenden beträgt die Zahl derjenigen Kandidaten, die nach § 43, Absatz 2 anzukreuzen sind, wenn der Stimmzettel nicht

ungültig sein soll, 3,75, d. h. daß 4 Namen mindestens angekreuzt werden müssen, wenn der Stimmzettel gültig sein soll.

In dem 2. eben erwähnten Wahlgang sind außer dem Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister usw. 20 weitere Beisitzer des Vorstandes zu wählen. Die erforderliche Zahl von 3/4 der anzukreuzenden Kandidaten beträgt in diesem Falle also 15. Ich werde das bei den betreffenden Wahlgängen noch einmal gesondert sagen. Ich bitte Sie aber freundlichst, das jetzt schon mitzubeachten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch eine Verfahrensfrage vorab klären, damit nachher keine Meinungsverschiedenheiten entstehen können. § 43 der Satzung spricht in Absatz 3 davon, daß bei allen Wahlen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Die Behandlung der Stimmenthaltung ist in dem gleichen Paragraphen in Absatz 5 geregelt, nämlich: Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, nicht jedoch für die Ermittlung der Mehrheit. Soweit es also auf die Frage ankommt, ob der betreffende Kandidat Mehrheit erreicht hat, sind Stimmenthaltungen unbeachtlich. Die Frage entsteht, wie evtl. abgegebene ungültige Stimmen zu behandeln sind.

Ich möchte die Auffassung vertreten, daß § 43 Abs. 3 der Satzung „bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich" dahin auszulegen ist, daß gemeint ist, „die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen", wobei Stimmenthaltungen nicht mitgezählt werden.

Darf ich fragen, ob insoweit noch Widerspruch erhoben wird? – Das ist nicht der Fall, dann gehe ich davon aus, daß der Parteitag dieser Auslegung der Satzung, die ich eben vorgenommen habe, zustimmt.

Ich möchte Sie aber bitten, ausdrücklich diese Meinung des Parteitages durch eine kurze Abstimmung zu bekräftigen. Ich bitte alle diejenigen Damen und Herren Delegierten, die der Auffassung sind, daß „Mehrheit der abgegebenen Stimmen" „Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen" bedeutet, das Zeichen mit der Stimmkarte zu geben. – Ich danke Ihnen sehr. Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen. – Ich stelle fest, daß einstimmig so beschlossen worden ist. Meine Damen und Herren, damit sind die Verfahrensfragen geklärt. Eine letzte Verfahrensbitte. Es wird dringend darum gebeten, keine Autogrammwünsche während des Wahlganges, insbesondere an die betreffenden Damen und Herren Kandidaten vorzubringen, damit der Wahlgang nicht gestört wird.

Ich rufe dann auf, Buchstabe a) Wahl des Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bundesvorstand und Bundesparteiausschuß haben – wie uns schriftlich mitgeteilt worden ist – einstimmig Herrn Kurt Georg Kiesinger, den bisherigen Bundesparteivorsitzenden und Bundeskanzler, vorgeschlagen. Ich gehe davon aus, Herr Dr. Kiesinger, daß Sie die Kandidatur annehmen. – Ich danke sehr, das ist der Fall. Meine Damen und Herren, werden weitere Vorschläge gemacht? – Ich höre keine weiteren Vorschläge. Wird

das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Damit wird der Wahlgang eröffnet.

Ich bitte Sie, den Stimmzettel Nr. 3 zu benutzen und auf diesen Stimmzettel dann, wenn Sie den vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen wünschen, entweder den Namen Dr. Kurt Georg Kiesinger oder ein „ja" zu schreiben, dann, wenn Sie ihn nicht zu wählen wünschen, ein nein auf den Stimmzettel zu schreiben, wenn sie sich der Stimme zu enthalten wünschen, den Stimmzettel unausgefüllt zu lassen.

Der Wahlgang ist eröffnet, ich bitte Sie, den Stimmzettel auszufüllen, und ich bitte die Einsammler, dann die Stimmzettel einzusammeln.

Ist ein Delegierter im Saal, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Hier vorne bitte am Präsidiumstisch. – Ist jetzt noch ein Delegierter im Saal, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Damit ist der Wahlgang geschlossen. Bevor wir mit der Behandlung der zwischendurch zu behandelnden Tagesordnungspunkte fortfahren, hat Herr Dr. Kohl um das Wort gebeten.

Dr. Helmut Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, soeben erreicht uns die Nachricht, daß in der vergangenen Nacht der Mitbegründer der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der langjährige stellvertretende Bundesvorsitzende unserer Partei, Dr. Friedrich Holzapfel, verstorben ist. Friedrich Holzapfel war lange Jahre stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU. Er hat mit ganzer politischer Leidenschaft am Aufbau unserer Partei und für die Idee, für die Sache der Union gewirkt. Er hat sich ganz besondere Verdienste um die Union in Westfalen erworben. Wir wollen unseres heimgegangenen Freundes im stillen Gebet gedenken. – Ich danke Ihnen.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir jetzt während der Auszählung des ersten Wahlganges den Antrag I/VII verhandeln, das ist der Antrag, den Herr Adorno gestellt hat und einige andere Parteifreunde. Wir gehen davon aus, daß der Parteitag mit diesem Verfahren einverstanden ist, das Wort zur Begründung hat dann zunächst Herr Adorno.

Eduard Adorno: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich darf für die CDU von Baden-Württemberg den Ihnen vorliegenden Antrag begründen. Bei diesem Antrag geht es uns ganz einfach darum, sicher zu stellen, daß die Politik der CDU im Bund und in den Ländern aufs engste koordiniert wird. Es geht uns darum, daß besser, als das bisher der Fall war, und nicht nur von Fall zu Fall, nach Tagesordnung oder nach Ermessen die Zusammenarbeit unserer Partei in Bund und in den Ländern intensiviert wird.

Das Präsidium steht künftig vor ganz anderen Anforderungen, vor schwierigeren Aufgaben als in der Vergangenheit. Das oberste Führungsorgan unserer Partei muß daher auch entschlossener führen können, als das bisher der Fall war. Dazu ist es auch notwendig, daß das Präsidium sich stärker auf die CDU in den Ländern stützt, vor allem in den Ländern, in denen die CDU in der Regierungsverantwortung steht. Denn es kann gar nicht bestritten werden, daß dort, daß in diesen Ländern, wo die CDU in der Verantwortung steht, der CDU und ihre Politik für unsere gemeinsame Aufgabe wachsende Bedeutung zu-

kommt. Mit dem Verlust des Regierungsapparates in Bonn werden die für gemeinsame Arbeit unerläßlichen Informationen von dorther nur noch sehr dünn fließen. Um so notwendiger ist es, daß wir jetzt – und zwar laufend – die Informationen der von uns geführten Länderregierungen nutzen können. Denn ohne diese unterstützenden Informationen, ohne diese verstärkte Zusammenarbeit wird unsere Aufgabe mit viel Leerlauf belastet werden.

Wir müssen daher den Einfluß der CDU in den Ländern für unsere gemeinsame Politik in allen Bereichen mobilisieren. Auf diesen Einfluß können wir bei der schwierigen Aufgabe in der Opposition nicht verzichten. Dies, meine Damen und Herren, setzt aber voraus, daß eine ständige und bessere Abstimmung unserer Absichten im Bund und in den Ländern möglich ist. Deshalb kann die Zusammenarbeit gar nicht eng genug verzahnt werden. Sie muß im Präsidium beginnen und dort auch gewährleistet bleiben. Unser Ziel ist, die Regierungsverantwortung in Bonn zurückzugewinnen. Unser Parteivorsitzender hat gestern gefordert, den Kampf um dieses Ziel an allen Fronten in Bund, Ländern und Gemeinden zu führen. Diesem Ziel, so sind wir überzeugt, dient auch der ihnen vorliegende Antrag. Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident Ernst Benda: Sie haben die Begründung des Antrages gehört. Ich bitte jetzt Herrn Dr. Kraske für die Antragskommission das Wort zu nehmen.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Antragskommission ist sich mit dem Antragsteller in dem Anliegen einig, daß gerade in der gegenwärtigen Situation und angesichts der vor uns liegenden Aufgaben die Zusammenarbeit, die Koordinierung, die Verzahnung zwischen der Bundespartei und den Landesparteien dort, wo wir die Mehrheit haben, mit den Landesregierungen so eng wie möglich gestaltet werden soll. Andererseits ist die Antragskommission der Meinung, daß wir in den von Ihnen zu wählenden höchsten Gremien der Partei durch gewählte Mandate eine klare Verantwortung schaffen sollten. Und daß wir diese Verantwortung nicht aufsplittern sollten, wie es zwangsläufig bei der Annahme einer Satzungsänderung, wie der Ihnen vorliegenden, der Fall wäre, nämlich einerseits in gewählte Mandate und andererseits in beratende Mandate.

Die Antragskommission war überdies der Meinung, daß unseren Freunden, die in den Ländern Ministerpräsidenten sind, zwar eine ganz besondere Aufgabe und Verantwortung zufällt, daß wir aber auch an diejenigen Länder zu denken haben, in denen die CDU etwa wie in Niedersachsen den stellvertretenden Ministerpräsidenten oder in denen sie den Oppositionsführer stellt. Deswegen empfiehlt Ihnen die Antragskommission, dem satzungsändernden Antrag der Antragsteller nicht zuzustimmen, sondern stattdessen den von der Antragskommission vorgelegten Antrag 7 a anzunehmen, in dem die praktischen und politischen Konsequenzen aus diesem Anliegen gezogen werden.

Die Landesvorsitzenden sind in diesem Antrag ausdrücklich nicht erwähnt, weil auf die Landesvorsitzenden, wie Sie wissen, eine andere Bestimmung unseres Statutes zutrifft, in der das Präsidium satzungsmäßig aufgefordert ist, in regelmäßigen Zusammenkünften mit den Landesvorsitzenden zusammenzutreten;

hier geht es um die Koordinierung zwischen Bundespartei, Bundestagsfraktion, unseren Landtagsfraktionen und unseren Ministerpräsidenten. Ich bitte Sie, namens der Antragskommission dem Antrag 7 a ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Ernst Benda: Zu diesem Antrag hat unser Parteifreund Filbinger um das Wort gebeten. Ich gebe Ihnen das Wort.

Dr. Filbinger: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Der Antrag, so wie er eben von der Antragskommission in modifizierter Fassung vorgelegt worden ist, entspricht formal nicht ganz dem, der vorhin von meinem Freund Adorno vorgelegt und begründet worden ist. Es kommt uns aber auf die Sache an, nämlich auf die Koordination und deren Garantie. Wir können ja einmal bis zum nächsten Parteitag sehen, wie das gelingt, und können uns dann vorbehalten, noch einmal auf den Antrag zurückzukommen, falls wir Wünsche offen finden. Deshalb halten wir es für möglich, diesen Antrag der Landesverbände Baden-Württemberg für erledigt zu erklären, falls dieser Parteitag dem Antrag der Antragskommission entsprechen sollte. Ich darf noch persönlich sagen, daß meine eigene Kandidatur zum Präsidium das Ziel hatte, diese Kooperation herbeizuführen. Wenn so verfahren wird, wie angestrebt, dann wäre damit auch meine Kandidatur gegenstandslos.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, wir können also davon ausgehen, daß die Antragsteller mit der abgeänderten Fassung der Antragskommission einverstanden sind. Darf ich fragen, ob zu diesem Antrag weiter das Wort gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag I/7. Doch noch eine Wortmeldung. Herr Fischer, bitte sehr.

Dr. Fischer: Meine Damen und Herren, ich würde nur vorschlagen, im zweiten Satz das Wort „ersucht", „deshalb wird das Präsidium ersucht", zu ersetzen durch „beauftragt".

Präsident Ernst Benda: Ich höre, das geht. Ich höre, daß die Antragskommission mit dieser Änderung einverstanden ist. Wir stimmen dann aber über I/7 in der soeben geänderten Fassung ab, also statt des Wortes „ersucht" das Wort „beauftragt". Diejenigen Damen und Herren Delegierten, die diesem Antrag zuzustimmen wünschen, bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich sehe keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen. – Bei einer Stimmenthaltung ist dieser Antrag im übrigen einstimmig angenommen. Damit ist dieser Punkt erledigt.

Meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, daß wir jetzt doch einen Augenblick unterbrechen, da wahrscheinlich doch das Wahlergebnis in aller Kürze vorliegen wird. Ich bitte Sie aber alle, auf ihren Plätzen zu bleiben. Ich glaube, daß wir jeden Augenblick das Ergebnis haben. Ich höre eben, daß es doch länger dauert, als ich selbst geglaubt habe. Dann würde ich vorschlagen, daß wir in der Diskussion der weiteren Anträge fortfahren. Da ist der nächste Antrag, der Initiativantrag Katzer-Götz, jetzt I/5 a. In der Sache haben wir ja gestern bereits eine Diskussion geführt, der Antrag ist aber erneut eingebracht. Er betrifft das Mindestalter für die Mitgliedschaft, Herabsetzung auf 16 Jahre.

Hierzu hat unser Freund Dr. Götz zur Begründung um das Wort gebeten. Ich bitte Herrn Dr. Götz, das Wort zu nehmen.

Dr. Hermann Götz: Herr Vorsitzender, meine Parteifreunde! Der Antrag Katzer, der gestern abend gestellt worden ist, ist nicht abgelehnt worden, weil es an der Zustimmung der Mehrheit hier gefehlt hätte, sondern weil der „Genosse Präsenz" zu diesem Zeitpunkt nicht mehr anwesend war. Deswegen wird der Antrag heute erneut eingebracht.

Ich darf zur Begründung kurz folgendes ausführen: Dieser Antrag und seine Annahme bedeuten einen wesentlichen Beitrag zum Thema „Theorie und Praxis der Parteireform". Die Debatten des gestrigen und heutigen Tages haben wesentliche Aussagen gemacht zu dem Thema, daß wir uns stärker als bisher um die jüngere Generation bemühen sollten, daß wir sie gewinnen sollten, nicht nur für die Ziele, die Ideen, sondern auch für eine Mitarbeit in der Union.

Es darf für uns nicht genügen, wenn der Regierungssprecher feststellt, daß die politische Reife der Jugend heute früher eintrete als in früheren Jahrzehnten. Wir dürfen uns auch nicht damit zufrieden geben, daß das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt wird. Denn gerade die logische Konsequenz der Herabsetzung des Wahlalters bedeutet für uns, daß wir uns zu einem früheren Zeitpunkt und in verstärktem Maße um die Jugend bemühen sollten. Wir gewinnen die Jugend, wenn wir sie durch Leistungen überzeugen. Zu diesem Thema ist bereits genügend gesagt worden. Wir gewinnen sie aber auch, indem wir das Angebot erneuern und verstärken, in der Union mitzuarbeiten, mitzuarbeiten an neuen Ideen, mitzuarbeiten auch an Sachprogrammen.

Und ein zweites ist noch wesentlich. Wir verstärken gleichzeitig auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der CDU und der Jungen Union. Denn die Mitglieder der Jungen Union mit 16 und 17 Jahren konnten bisher effektiv in der CDU nicht mitreden.

Ein drittes: Wir sind uns bewußt, daß wir als Partei eine staatsbürgerliche Aufgabe erfüllen. Das Wissen um die Notwendigkeit unseres Staates, die Kenntnis der Institutionen, die Kritikfreude und die Kritikfähigkeit, meine lieben Parteifreunde, waren bisher nicht ausreichend vorhanden, das hat die Praxis bewiesen. Notwendig ist das Engagement. Ein echter Beweis für die Demokratie wird aber nur dann geliefert, wenn wir es tatsächlich mehr als bisher erreichen, daß gerade auch die Jugend für unsere Parteien und für unseren Staat Verantwortung übernimmt.

Ich darf Sie, meine lieben Parteifreunde, zum Abschluß sehr herzlich nicht nur um ihre Zustimmung, sondern um ihre überwältigende Zustimmung für diesen Antrag bitten. Wir leisten, wenn wir das Mindestalter für Mitglieder in der Union von 18 auf 16 Jahre herabsetzen, einen praktischen Beitrag zur Reform unserer Union.

Präsident Ernst Benda: Das Wort zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses hat unser Freund Kohl.

Dr. Helmut Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis zur Wahl des Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands bekannt.

Abgegebene Stimmen:	471
Gültige Stimmen:	470
Ungültig:	1
Enthaltungen:	33
Nein:	51
Ja:	386

Meine Damen und Herren, damit ist gemäß den Bestimmungen unserer Satzung Herr Dr. Kurt Georg Kiesinger mit der satzungsmäßigen Stimmenzahl gewählt. Ich darf ihn fragen, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Kurt Georg Kiesinger: Ich nehme die Wahl an.

Dr. Helmut Kohl: Herr Bundesvorsitzender, ich darf Ihnen für den Parteitag unseren herzlichen Glückwunsch aussprechen. Ich verbinde mit diesem Glückwunsch unseren Wunsch, daß diese Ihre Amtszeit, die die erste Amtszeit eines Bundesvorsitzenden der CDU ist, der nicht zugleich ein hohes Regierungsamt innehat, daß diese Ihre Amtszeit für uns alle eine gesegnete Amtszeit sein möge. Wir wünschen Ihnen und uns die Kraft, die auf uns zukommenden schweren Aufgaben zu bewältigen, das Steuer des Schiffs dieser Partei, wie in 20 Jahren als Regierungspartei auch in diesen nächsten Jahren, die uns in einer anderen Rolle sehen, kraftvoll zu führen, zum Segen dieses unseres Landes und auch unserer politischen Heimat, der Christlich Demokratischen Union.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, ich möchte vorschlagen, daß wir die begonnene Diskussion und Entscheidung über den Antrag 5 a jetzt zu Ende bringen, damit wir hier also etwas in der Reihenfolge bleiben. Ich habe dazu erstens mitzuteilen, daß die Antragskommission keine eigene Stellungnahme erneut abzugeben wünscht. Ich habe aber eine Wortmeldung unseres Freundes Damm, Hamburg. Ich bitte zunächst Herrn Damm um das Wort.

Carl Damm: Herr Präsident, meine Damen und Herren, in der Tat hat dieser Antrag die scheinbare Logik für sich. Er sagt nämlich, daß Konsequenzen und Folgerungen aus der erwarteten Herabsetzung des Wahlalters gezogen werden müssen. Ich sagte, die scheinbare Logik. Natürlich müssen die jungen Wähler, die mit 18 Jahren jetzt entscheiden sollen, vorbereitet sein und eingeführt werden in die politische Problematik. Meine Damen und Herren, aber wir sollten ganz klar sehen, das zu tun ist die Aufgabe vieler, insbesondere des Elternhauses, der Schule und vor allen Dingen, was uns betrifft, der Jungen Union. Meine Damen und Herren, die Junge Union hat die Mitgliedschaft, die mit dem 16. Lebensjahr beginnt, und ich kann gar nicht einsehen, warum wir den Eindruck erwecken wollen, als ob wir der Jungen Union nicht zutrauen, daß sie das schafft, was hier nötig ist, nämlich die jungen Leute darauf vorzubereiten, daß sie mit 18 Jahren auch wählen können.

Andererseits, meine Damen und Herren, volle Mitgliedschaft in der CDU, d. h. doch wirklich alle Rechte. Und ich frage mich, ob nicht in dieser Beziehung

junge Leute möglicherweise sogar vor eine Situation gestellt sind, die sie teilweise überfordert. Denn ich glaube, junge Leute brauchen Zeit, um sich umzusehen, bevor sie sich endgültig parteipolitisch binden. Junge Leute müssen die Möglichkeit haben, sich falsch entscheiden zu können, was die politische Entscheidung angeht. Sie müssen die Möglichkeit haben zu suchen, und heute hier und morgen dort das politische Ideal zu sehen. Und darum, denke ich, sollten wir sie noch nicht vor die Alternative stellen, sowohl in die Junge Union als auch in die CDU mit 16 Jahren einzutreten. Es hat für mein Gefühl, meine Damen und Herren, seinen guten Sinn, daß man zwar Mitglied der Jungen Union sein kann, aber nicht gleichzeitig Mitglied der CDU sein muß. Ich bitte Sie, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen und gegen diesen Antrag zu stimmen.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, bevor wir in der Diskussion und Abstimmung weiter fortfahren, bitte ich die Landesgeschäftsführer sich sogleich nach hier vorne zu begeben und für die nächsten Wahlgänge die Stimmzettel in Empfang zu nehmen, damit wir nachher keine Verzögerung haben. Die Landesgeschäftsführer werden gebeten, sofort auf die Bühne zu kommen.

Wir fahren dann in der Diskussion fort. Ich habe zunächst eine Wortmeldung von Herrn Katzer. Ich darf freundlichst auf die gestern beschlossene Verfahrensordnung für die Beratung und Verabschiedung von Anträgen auf dem Bundesparteitag hinweisen. Die Sprecher, die sich zur Beratung einzelner Anträge zu Wort melden, haben mit ihrer Wortmeldung bekanntzugeben, ob sie für oder gegen den entsprechenden Antrag zu sprechen wünschen. Es würde hilfreich sein, wenn das geschehen würde. Zunächst hat das Wort unser Freund Katzer, weitere Wortmeldungen bitte ich, hier schriftlich einzureichen.

Hans Katzer: Meine lieben Parteifreunde, ich spreche für den Antrag, denn ich habe ihn mit eingebracht. Und ich möchte hier folgendes sagen. Mir scheint das, was hier als Begründung von Herrn Kollegen Damm gesagt worden ist, nicht stichhaltig zu sein. Es geht nicht darum, Alternativen aufzubauen, sondern es geht darum, den jungen Freunden, die es wollen, sowohl Mitglied der Jungen Union als auch der Christlich Demokratischen Union zu sein. Deshalb bitte ich Sie, für den Antrag zu stimmen.

Präsident Ernst Benda: Das Wort hat jetzt unser Freund Wolters aus Westfalen, dann Herr Gannsäuer aus Hannover.

Leo Wolters: Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein persönliches Wort vorausschicken, damit ich nicht mißverstanden werde. Ich gehöre bei uns im Landesverband seit Jahren zu den leidenschaftlichsten Verfechtern des Mitarbeitens der jungen Leute in der Partei und ich rede nicht darüber, sondern ich werbe seit Jahren für diese Partei junge Mitglieder. Damit das vorweg klar ist. Aber ich bin der Meinung – das möchte ich auch einmal meinem Freund Katzer hier deutlich sagen –, mit Emotionen allein kann man dieses Problem nicht lösen.

Meine Damen und Herren, es ist in der Begründung von Theorie und Praxis der Parteireform gesprochen worden. Ich habe hier einen Entschließungsantrag

von Filbinger und Genossen vor mir zu liegen, in dem steht, jedem Mitglied muß die Chance der Mitarbeit und der Mitbestimmung in der Partei geboten werden. Dann heißt es weiter, in allen Parteigremien muß die Sacharbeit im Vordergrund stehen. Parteitag und Hauptversammlung müssen auf allen Ebenen der Parteiorganisation Sachprobleme diskutieren und mitentscheiden.

Es ist gestern hier davon gesprochen worden, daß der Parteitag, daß die Beschlüsse des Parteitags ernst genommen werden sollen, daß in allen Organisationsstufen diskutiert werden soll. Ich stelle fest, hier wird ganz gravierend gegen diese Willensbekundung verstoßen, wenn man den Kreisparteien und Ortspartelen nicht die Möglichkeit gibt, über diese wichtigen Fragen zu entscheiden.

Meine Damen und Herren, ich stehe diesem Anliegen sehr wohlwollend gegenüber. Ich möchte, daß wir wirklich in unseren Ortsunionen und Kreisunionen darüber diskutieren. Ich habe aber den Eindruck, daß manche Dinge nicht ganz klar sind. Wir haben in der Vergangenheit in der Partei zwei Arten von Mitgliedschaft gehabt, die zu allerlei Schwierigkeiten geführt haben. Wir haben darum gekämpft und es jetzt erreicht – noch nicht im Bundestag, das kommt ja noch – wir haben erreicht, daß jetzt mit 18 Jahren nicht nur die Mitgliedschaft, die ja schon immer war, sondern das Wahlalter festgelegt ist.

Meine Damen und Herren, darüber sollten wir froh sein. Wir sollten, bevor wir den nächsten Schritt tun, gut überlegen, was wir tun. Ich wäre froh, wenn wir bis zum nächsten Parteitag – wir verlieren nichts – diese Diskussion in der Partei führen würden. Vielen Dank.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, ich habe noch die Wortmeldung unseres Freundes Gansäuer, der angekündigt hat, daß er für den Antrag sprechen wolle und unseres Parteifreundes Riesenhuber, Hessen. Ich nehme an, daß er auch für den Antrag sprechen will. Ich möchte meinen, daß das Für und Wider des Antrages damit hinreichend diskutiert worden ist und schlage ihnen vor, daß wir diese beiden Freunde bitten, noch kurz zu sprechen, damit wir dann zur Entscheidung kommen. – Herr Gansäuer, bitte sehr.

Jürgen Gansäuer: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich muß mich sehr herzlich bei Herrn Katzer für diese, wie sie eben apostrophiert worden ist, „emotionelle" Begründung, bedanken. Ich darf Ihnen nur sagen, wenn dieser Parteitag heute einen Affront gegen die Jungen in der Bundesrepublik starten will – meine Herren, lassen sie mich doch ausreden, ich bin genauso offen für ihre Argumente, die Sie anbringen, lassen Sie mich bitte ausreden – wenn dieser Parteitag einen Affront gegen die Jugend starten will, dann tut er das, indem er diesen Antrag ablehnt. Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas sagen. Ich selber bin Stadtjugendring-Vorsitzender einer Stadt in der Nähe von Hannover. Und ich freue mich über jeden 14- und 16jährigen der in diese Partei will. Und wenn diese Partei nicht bereit ist, hier in Mainz, meine Damen und Herren, diesem jugendlich-kritischen Element in der CDU Raum zu geben, dann kann ich nur sagen und fragen, haben die Leute, die dagegenstimmen werden, Angst vor diesem Element in der Partei?

Meine Damen und Herren, die Sie diesem Antrag skeptisch gegenüberstehen, tun Sie der CDU und tun Sie uns allen und insbesondere diesem Parteitag

den Gefallen und stimmen Sie diesem Antrag zu, auch wenn Sie Bedenken haben, wir unterhalten uns gerne mit Ihnen darüber.

Präsident Ernst Benda: Als letzter Redner zu diesem Antrag jetzt Parteifreund Riesenhuber.

Dr. Riesenhuber: Unser Freund aus Hamburg hat die Frage gestellt, ob die Junge Union der Auseinandersetzung mit der Jugend gewachsen sei. Die Junge Union hat diese Auseinandersetzung seit Jahren geführt und ist der stärkste politische Verband in Deutschland. Und sie ist bereit und im Stand, diese Auseinandersetzung weiter mit aller Kraft zu führen. Das ist das erste. Zweitens, wir sind stolz auf unsere Selbständigkeit als Vereinigung. Und wir stehen dazu. Dazu gehört genauso, daß wir die Vereinigung der CDU sind, die innerhalb der CDU für die Jugend eintritt. Und das tun wir hier. Unsere Mitglieder können Mitglieder der CDU sein, sie müssen es nicht sein. Auch darauf bestehen wir.

Ein drittes. Wollen wir die Jugend in unsere Arbeit hineinziehen oder wollen wir es nicht? Wollen wir die Honoratiorenpartei oder wollen wir eine Partei, die kritisch alle Elemente integriert, die wir haben und die wir brauchen. Das ist zu entscheiden.

Präsident Ernst Benda: Weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren, liegen nicht vor. Der Antrag ist ein Antrag auf Änderung unserer Satzung. Dafür ist nach § 4 des Statuts die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder notwendig. Nach den Zahlen, die die Mandatsprüfungskommission uns mitgeteilt hat, sind stimmberechtigt 482 Delegierte, das erforderliche Quorum beträgt demnach 242. Meine Damen und Herren, wir wollen versuchen, zunächst einmal im Wege der offenen Abstimmung zu klären, ob die erforderliche Mehrheit vorhanden ist. Wenn nicht, dann müssen wir eine schriftliche Abstimmung vornehmen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren Delegierten, die dem Antrage zuzustimmen wünschen, das Handzeichen zu geben. – Danke schön, ich bitte zunächst um die Gegenprobe. – Danke schön, Stimmenthaltung. – Meine Damen und Herren, das erste war sicherlich eine einfache Mehrheit, aber ob es die satzungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit von 242 Delegierten ist, das ist von hier nicht mit Sicherheit zu erkennen. Wir müssen daher eine schriftliche Abstimmung vornehmen. Ich bitte Sie, dafür den Stimmzettelblock zu benutzen, und zwar den Stimmzettel Nr. 4. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag zu stimmen wünschen, ein „ja" daraufzuschreiben, diejenigen, die dagegen zu stimmen wünschen, ein „nein" daraufzuschreiben.

Die Abstimmung ist damit eröffnet. Ich bitte die Stimmzettel auszufüllen und gleich einzusammeln. – Wer hat seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? Haben jetzt alle Delegierten ihren Stimmzettel abgegeben. Das ist der Fall, die Abstimmung ist damit geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir nunmehr in den zweiten Wahlgang eintreten, nämlich Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Wir haben nach § 33, Buchstabe a, fünf stellvertretende Vorsitzende der CDU zu wählen. Der Bundesvorstand hat dem Parteitag mitgeteilt, daß als stellvertretende Vorsitzende Frau Änne Brauksiepe und Paul Lücke nicht mehr kan-

didieren. Außerdem kandidiert unser Parteifreund Kai-Uwe von Hassel nicht mehr, der als Bundestagspräsident nach den Bestimmungen der Satzung von Amts wegen dem Präsidium der Partei angehört. Wir sollten diese Gelegenheit benutzen, um allen Dreien, Frau Brauksiepe, unserem Parteifreund Paul Lücke und auch Herrn von Hassel, der 12 Jahre lang – jeweils mit einer sehr hohen Stimmenzahl gewählt – dem Präsidium als stellvertretender Vorsitzender angehört hat, unseren herzlichen Dank für ihre bisherige Arbeit auszusprechen. Wir verbinden das mit der Zuversicht, daß alle diese Freunde – bei Herrn von Hassel ergibt es sich ohnehin, da er ja dem Präsidium weiter angehören wird – weiterhin der Partei mit Rat und Tat zur Seite stehen werden. Meine Damen und Herren, Sie haben mittlerweile von Ihren Landesgeschäftsführern, so hoffe ich, den Stimmzettel Nr. 1 bekommen. Sie finden auf dem Stimmzettel die Namen von Dr. Alfred Dregger, Josef-Hermann Dufhues, Dr. Hans Filbinger hat vorhin mitgeteilt, daß er nach der Abstimmung, die wir durchgeführt haben, auf eine Kandidatur in dieser Position verzichtet. Hans Katzer, Dr. Helmut Kohl, Dr. Gerhard Schröder, Dr. Gerhard Stoltenberg und Frau Dr. Helga Wex.

Ich frage zunächst, ob weitere Vorschläge für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden gemacht werden. – Ich sehe keine Wortmeldung. Damit ist die Nominierung der Kandidaten abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, darf ich mir die Anregung erlauben, daß wir auf Begründung für die jeweiligen Kandidaturen verzichten. Ich glaube, alle diese Parteifreunde sind dem Parteitag so hinreichend bekannt, daß es nicht notwendig ist, besondere Begründungen zu geben. – Ich gehe davon aus, daß der Parteitag damit einverstanden ist. – Ich bitte Sie, nun zunächst auf dem Stimmzettel 1 den Namen Dr. Hans Filbinger, der auf seine Kandidatur verzichtet hat, zu streichen. Es bleiben dann sieben weitere Vorschläge. Zu wählen sind fünf stellvertretende Vorsitzende.

Nach den Bestimmungen der Satzung, die ich vorhin schon erwähnt habe, müssen mindestens dreiviertel der zu wählenden Positionen angekreuzt werden. Das bedeutet bei fünf Positionen, daß mindestens vier Namen angekreuzt werden. Ich bitte aber herzlichst, keine zusätzlichen Namen auf den Stimmzettel zu setzen, dies würde den Stimmzettel leider ganz ungültig machen. Sie müssen also mindestens vier Namen, höchstens fünf ankreuzen. – Wir können dann in den Wahlgang eintreten. Ich bitte Sie, Ihren Stimmzettel entsprechend auszufüllen. – Bitte, die Stimmzettel einsammeln. – Haben alle Delegierten ihren Stimmzettel abgegeben? – Dort drüben sind die Stimmzettel noch nicht abgegeben. Haben jetzt alle Delegierten ihren Stimmzettel abgegeben? – Nein, das war nicht der Fall. Hat ein Delegierter seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? – Damit ist der Wahlgang abgeschlossen. Ich bitte, die Stimmen auszuzählen.

Meine Damen und Herren, wir stehen jetzt vor der Frage, ob wir die Zwischenzeit benutzen sollten, um entweder mit der Beratung und Entscheidung der Anträge fortzufahren, oder, ob wir den nächsten Wahlgang, nämlich die Wahl des Bundesschatzmeisters, vorziehen können.

Wenn ich davon ausgehen kann, daß keiner der Kandidaten für die stellvertretenden Vorsitzenden eventualiter für den Posten des Bundesschatzmeisters kandidiert, dann würde ich vorschlagen, daß wir jetzt die Wahl des Bundesschatzmeisters vornehmen.

Der Parteitag ist damit einverstanden, dann kommen wir zur Wahl des Bundesschatzmeisters. Der Bundesvorstand hat vorgeschlagen, unseren Parteifreund Kurt Schmücker, der, wie Sie wissen, auf dem Parteitag nicht anwesend sein kann, wieder zum Bundesschatzmeister zu wählen. Wir können davon ausgehen, daß unser Freund Schmücker auch bereit ist zu kandidieren. Ich frage zunächst, ob weitere Vorschläge gemacht werden? – Ich sehe keine Wortmeldung. Weitere Vorschläge werden damit nicht gemacht. Wenn das Wort nicht gewünscht wird, können wir unmittelbar in die Wahl eintreten. Ich bitte Sie dann, den Stimmzettel Nr. 5 zu benutzen, und wenn Sie als Bundesschatzmeister unseren Freund Kurt Schmücker wählen wollen, entweder den Namen oder ein Ja auf diesen Zettel zu schreiben, wenn Sie ihn nicht zu wählen wünschen, ein Nein, und wenn Sie sich der Stimme zu enthalten wünschen, den Stimmzettel frei zu lassen. – Ich bitte, die Stimmzettel auszufüllen und einzusammeln. Der Wahlgang ist eröffnet. – Hat ein Delegierter seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? – Es sind alle Stimmzettel abgegeben. Der Wahlgang ist damit geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich gebe jetzt das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag I/5 a ab, betreffs Herabsetzung des Mindesalters für die Parteimitgliedschaft auf 16 Jahre.

Es sind insgesamt abgegeben worden 472 Stimmen, davon war eine ungültig. Es haben für diesen Antrag gestimmt 311 Delegierte, es haben gegen den Antrag gestimmt 151 Delegierte, 9 Delegierte haben sich der Stimme enthalten. Damit ist die nach der Satzung erforderliche Mehrheit erreicht und überschritten. Dieser Antrag ist damit angenommen und Bestandteil der neuen Satzung.

Meine Damen und Herren, während der Auszählung der weiteren Wahlen können wir in der Beratung der Anträge fortfahren. Ich möchte zunächst dem stellvertretenden Vorsitzenden der Antragskommission, Herrn Dr. Kraske, das Wort zur verfahrensmäßigen Behandlung der noch nicht erledigten Anträge geben. Das Wort hat Herr Dr. Kraske.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anträge der Gruppe I, das heißt alle satzungsändernden Anträge, sind inzwischen erledigt. Es verbleiben die beiden Gruppen II und III. Von der Gruppe III haben wir gestern endgültig die Anträge Nr. 4, Nr. 7, Nr. 9, Nr. 9 a und Nr. 11 erledigt. Die Antragskommission hat sich mit den verbleibenden Anträgen sehr eingehend beschäftigt, sie ist zu dem Ergebnis gekommen, wie sicher auch alle von Ihnen, daß in diesen Anträgen eine ganze Reihe von Forderungen wiederholt werden, nur in verschiedenen Formulierungen vorgebracht worden sind. Die Antragskommission ist deshalb zum Ergebnis gekommen, Ihnen nicht jeden einzelnen Antrag mit einer entsprechenden Stellungnahme vorzulegen, sondern von ihrem Recht Gebrauch zu machen, Anträge zu bündeln und Ihnen eine zusammenfassende Formulierung zu

empfehlen. Diese zusammenfassende Formulierung finden Sie in dem Umdruck II/13, Antrag der Antragskommission. Diese Formulierung II/13 soll die Einzelanträge II/1/2/3/5/6/8/10 und 12 zusammenfassen. Es sollen weiterhin hinzugezogen werden, da sie den gleichen Bereich des Generalthemas „Parteireform" betreffen, die Anträge aus der Gruppe III/Nr. 12 und Nr. 26. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diese Anträge durch Annahme des von ihr vorgelegten Antrags II/13 hier für erledigt zu erklären, sie aber als Material an die Kommission zu überweisen, die nach dem Antrag II/13 – und damit wird ein Vorschlag mehrerer Antragsteller aufgenommen – hier beschlossen und vom Vorstand eingesetzt werden soll. Herzlichen Dank.

Präsident Ernst Benda: Ich danke für den Bericht der Antragskommission. Meine Damen und Herren, der Vorschlag lautet also, eine ganze Anzahl von Anträgen zu verbinden, in der neuen Drucksache II/13 sie für erledigt zu erklären und der vom Bundesvorstand zu bildenden Kommission zu überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das gilt also sowohl für das Verfahren als auch für die evtl. gewünschte Stellungnahme zu dieser Behandlung einzelner Anträge. – War das eine Wortmeldung dort? Herr von Arnim, bitte.

Adolf Heinrich von Arnim: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte das Verfahren, das hier vorgeschlagen wird, ausdrücklich unterstützen und meine, daß es der Antragskommission tatsächlich gelungen ist, das was sowohl in der gestrigen Diskussion herausgearbeitet worden ist, wie auch das, was darüber hinaus in den genannten Einzelanträgen enthalten war, in diesen knappen und guten Formulierungen der Vorlage II/13 zusammenzufassen.

Ich hätte nur eine Bitte noch, die auf eine Änderung der Ziffer 4 hinausläuft. In der Ziffer 4 wird das behandelt, was als Teil des Reformkonzepts, das diese Kommission erarbeiten soll, mit der personellen Erneuerung der Partei zu tun hat. Hier scheint mir noch eine stärkere Akzentsetzung geboten, und ich möchte deshalb vorschlagen, von der Ziffer 4 den ersten Satz durch zwei Sätze zu ersetzen, bei denen zunächst einmal gesagt wird, daß Vorschläge zur personellen Erneuerung der Partei ein wesentlicher Teil des Reformkonzepts sein müssen und daß es darüber hinaus bei der Heranführung jüngerer Kräfte nicht nur auf die Heranziehung, sondern auch auf eine systematische Heranbildung jüngerer Führungskräfte ankommt. Gerade hier scheint mir, daß in den vergangenen Jahren systematische Arbeit bei uns ein wenig gefehlt hat. Ich schlage also vor, anstelle des ersten Satzes der Ziffer 4 zwei Sätze einzusetzen, die wie folgt lauten: Ein wesentlicher Teil des Reformkonzepts müssen Vorschläge zur personellen Erneuerung der Partei sein. Hierzu gehört ein ins einzelne gehendes Programm zur systematischen Heranziehung und Heranbildung jüngerer Führungskräfte. Danke sehr.

Präsident Ernst Benda: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Formulierung doch hergeben können, damit wir den Text haben. Hierzu hat um das Wort gebeten Herr Dr. Kraske.

Dr. Kraske: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission war der Meinung, daß sie mit ihrer Formulierung, insbesondere mit den Sätzen „muß den jungen Mitbürgern die Chance der

Mitarbeit, muß ihnen die Möglichkeit der Mitverantwortung geben" und mit der Ziffer 5 „mit dem Aufbau einer leistungsstarken Organisation muß parallel der Aufbau parteipolitischer Bildungseinrichtungen betrieben werden", diesem Anliegen im Prinzip Rechnung tragen würde; aus politischen und psychologischen Gründen würde ich sagen: sehr viel wichtiger und auch in der Sache sehr viel nötiger ist es, die junge Generation hier zu beteiligen, sie zum Engagement aufzufordern, als ihr gleichzeitig hiermit zu bescheinigen, daß sie nun erst mal sehr viel lernen müßte. Deswegen empfehle ich Ihnen, es bei der Formulierung der Antragskommission zu belassen.

Präsident Ernst Benda: Wird weiter das Wort gewünscht? Das Wort wird nicht gewünscht. Meine Damen und Herren, darf ich davon ausgehen, daß der Parteitag mit der von der Antragskommission vorgeschlagenen Behandlung der erwähnten Anträge einverstanden ist, also die prinzipielle Zusammenfassung in dem neuen Antrag II/13. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann steht zunächst zur Entscheidung der von Herrn von Arnim eben vorgetragene und begründete Abänderungsantrag in Ziff. 4 des Antrages II/13 den ersten Satz zu ersetzen durch den Text, den er eben vorgeschlagen hat. Ich lese ihn noch einmal vor: „Ein wesentlicher Teil des Reformkonzepts müssen Vorschläge zur personellen Erneuerung der Partei sein. Hierzu gehört ein ins einzelne gehendes Programm zur Gewinnung hervorragender Persönlichkeiten für die Mitarbeit in der CDU, sowie zur systematischen Heranziehung und Heranbildung jüngerer Führungskräfte."

Dies ist also eine beantragte Änderung des ersten Satzes der Ziff. 4. Darf ich zunächst diejenigen Damen und Herren Delegierten, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, bitten das Handzeichen mit der Delegiertenkarte zu geben. – Ich danke sehr. Die Gegenprobe. – Das letzte war die Mehrheit. Der Abänderungsantrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den gesamten Antrag II/13 in der Fassung, wie ihn Herr Dr. Kraske hier vorgetragen und begründet hat. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich sehe keine Gegenstimmen und Stimmenthaltungen. Dies ist einstimmig so beschlossen. Ich gehe davon aus, daß der Parteitag dann auch damit einverstanden ist, daß die anderen Anträge der Gruppe II und die zwei Anträge der Gruppe III für erledigt erklärt und der vom Bundesvorstand zu bildenden Kommission überwiesen werden.

Meine Damen und Herren, mir liegt das Ergebnis der Wahl für den Bundesschatzmeister vor:

Abgegebene Stimmen:	446
Gültige Stimmen:	444
Ungültige Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	23

Für Parteifreund Schmücker haben 373 Delegierte gestimmt. Gegen ihn 48.

Damit ist unser Parteifreund Schmücker erneut zum Bundesschatzmeister gewählt. Wir können ihn leider jetzt nicht fragen, ob er die Wahl annimmt. Wir werden uns mit ihm so schnell, wie es geht, in Verbindung setzten und bitten, uns das mitzuteilen.

Meine Damen und Herren, bis das Wahlergebnis des Wahlgangs für die stellvertretenden Vorsitzenden vorliegt, können wir eine Reihe weiterer Anträge in der Gruppe III behandeln. Dazu hat Herr Dr. Heck, der Generalsekretär, um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Dr. Heck.

Dr. Heck: Herr Präsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! In der Gruppe III sind 27 Anträge zusammengefaßt, die politische Sachthemen behandeln. Es ist die Deutschland- und Außenpolitik angesprochen, das Wohnungsgeld, die Probleme der Ballungszentren und des Städtebaues, der Beteiligungslohn, das Betriebsverfassungsgesetz, die Wirtschaftspolitik, die Bildungspolitik, das Mehrheitswahlrecht, die Familienpolitik und das Ladenschlußgesetz. Zwei von diesen Anträgen, nämlich die Ziffer 12 und 26, sind bereits unter I verabschiedet worden.

Die Antragskommission ist einstimmig der Auffassung, daß diese Anträge zu einem beträchtlichen Teil wichtige Sachfragen und wichtige Sachaussagen enthalten, und daß es auf diesem Parteitag nicht möglich ist, diese Anträge ihrer Bedeutung entsprechend gründlich zu beraten. Die Antragskommission empfiehlt deswegen dem Parteitag, alle diese politischen Sachanträge an den Bundesausschuß zu überweisen, der sie nach Vorberatung in den zuständigen Fachausschüssen und unter Hinzuziehung der Antragsteller bescheiden soll. Diese Regelung ist – wie gesagt – deswegen empfolgen worden, weil wir übereinstimmend der Meinung waren, daß auf diesem Parteitag jetzt zwischen den Wahlen die einzelnen Anträge nicht ihrer Bedeutung entsprechend behandelt werden können.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag des Generalsekretärs gehört. Mir liegen zu zwei der noch zu behandelnden Anträge Wortmeldungen zur Begründung dieser Anträge vor. Bevor wir diese Wortmeldungen aufrufen, sollten wir uns aber über das Verfahren einigen. Wenn so verfahren werden sollte, wie Herr Dr. Heck eben vorgeschlagen hat, würde das ja wohl bedeuten, daß ohne nähere Sachbehandlung der einzelnen Anträge sie insgesamt dem Bundesausschuß überwiesen werden. So jedenfalls der Vorschlag. Hierüber muß zunächst gesprochen und entschieden werden. Ich frage zunächst, ob zu dieser verfahrensmäßigen Behandlung der Anträge das Wort gewünscht wird. Freund Witten in Hamburg hat sich dazu gemeldet.

Dr. Witten: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich vermag nicht den gesamten Bereich der Anträge aus dem Block III zu übersehen, aber wir haben vom Landesverband Hamburg den Antrag III/23 gestellt; er richtet sich auf die Neuordnungsmöglichkeiten innerhalb des Bundesgebietes.

Dieser Antrag ist kein Antrag, der heute hier von Ihnen eine konkrete Entscheidung erfordert, sondern ein Antrag an den Bundesvorstand, mit dem dieser beauftragt wird, bis zum nächsten Parteitag Überlegungen anzustellen und Ihnen vorzulegen, die dann zu entscheiden wären. Dieser Antrag entspricht also im Grunde der Meinungsbildung von Herrn Dr. Heck. Nur, Sie sollten ihn schon heute vornehmen, um den Bundesvorstand zu veranlassen oder ihn zu zwingen, möchte ich sagen, auf jeden Fall bis zum nächsten Bundesparteitag Ihnen eine Entscheidung vorzutragen.

Warum? Wir lesen jeden Tag in irgendwelchen Zeitungen Empfehlungen, meistens aus dem Westraum stammend, gerichtet an den Nordwest-Raum, daß man zu einer Neuordnung des Gebietes kommen müßte. Warum die Empfehlungen immer aus diesem Raume kommen und nicht aus dem Nordraum selbst, ist nicht ganz erfindlich. Aber inzwischen, meine Damen und Herren, hat sich eine Entwicklung angebahnt, daß drei von den vier norddeutschen Ländern, drei Parlamente, einen Beschluß gefaßt haben, ein gemeinsames Gremium zu bilden, ein Beratungsgremium ohne genaue Kompetenzen. Das vierte Land, Schleswig-Holstein, wird dem vermutlich folgen, daß also die vier norddeutschen Küstenländer sich bereits entschlossen haben, eine neue Form einer Art von Parlament zu bilden. Was dieses „Parlament" tun soll, weiß man noch nicht genau. Aber jedenfalls sind Fakten geschaffen worden, die in irgendeiner Richtung zu irgendeiner Form von Neuordnung führen werden. Das ist ein Faktum, das jetzt besteht, und wir meinen, daß die Bundespartei in einem solchen Zeitpunkt, wo bereits konkrete Fakten geschaffen worden sind, schleunigst dazu übergehen muß, von sich aus Gedanken zu entwickeln, wie man in allen Bereichen der Bundesrepublik zu Konstruktionen kommen kann, um die Fragen der Gebietsreform erneut zu überdenken.

Ich wäre Ihnen also dankbar, wenn Sie aus dem Bündel Nr. III die Ziffer 22 herausnehmen könnten und heute bereits annehmen. Sie ist im Grunde ein Auftrag an den Vorstand, bis zum nächsten Parteitag zu berichten, und verpflichtet Sie in einer materiellen Entscheidung heute zu nichts.

Präsident Ernst Benda: Das Wort hat jetzt Herr Jäger.

Klaus Jäger: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde! Ich möchte Sie hinweisen auf den Antrag III/24 a, der nunmehr als gemeinsamer Antrag von Exil-CDU und Landesverband Württemberg/Hohenzollern aufzufassen ist. Wir wollen für diesen Antrag kein Sonderschicksal beantragen gegenüber allen anderen. Wir wollen ihn nur dann gesondert beraten haben, wenn der Antrag unseres Generalsekretärs etwa keine Mehrheit finden sollte. Aber ich möchte mir erlauben, eine Bemerkung dazu zu machen. Ein Großteil dieses Antrages, nämlich soweit er sich an die Landes- und Kreisverbände richtet, ist ohnedies nichts anderes als ein Appell an uns alle, in der Frage der Deutschlandpolitik unsere Partei endlich für die Diskussion mit allen Kreisen der Bevölkerung und vor allem für die Jugend dadurch fit zu machen, daß wir die entsprechenden Arbeitskreise einrichten, in denen wir die Parteifreunde zusammenfassen, die an diesen Fragen besonderes Interesse haben und die sich dazu auch ganz besonders bereitfinden und die dazu befähigt sind. Wir möchten deswegen den Appell an Sie richten, auch wenn dieser Antrag jetzt zusammen mit allen anderen, an den Bundesvorstand und an den Bundesparteiausschuß überwiesen wird, den Teil des Antrages in unseren Landes- und Kreisverbänden schon zu realisieren, der ohnedies nur ein Appell an Sie alle ist, diese Arbeitskreise und Ausschüsse zur Behandlung der Deutschlandpolitik zu bilden. Ich darf diesen herzlichen Appell hiermit an Sie alle aus allen Landes- und Kreisverbänden richten. Danke schön.

Präsident Ernst Benda: Schönen Dank, Herr Jäger. Ich verstehe Sie so, daß Sie einen Antrag für den Fall der Annahme des Antrages von Dr. Heck jetzt

nicht stellen wollen. Sollte der Antrag Dr. Hecks abgelehnt werden, würde ja ohnehin eine Einzelbehandlung der Anträge notwendig sein.

Ich habe zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung weitere Wortmeldungen, zunächst Freund Schröder, Hamburg. Ihm folgt Dr. Gündisch ebenfalls aus Hamburg.

Horst Schröder: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte einen weiteren Antrag aus dem Verfahren von Herrn Dr. Heck ausgeklammert wissen. Nämlich den Antrag III/19. Hier handelt es sich um eine Frage, nämlich den Auftrag an die Bundestagsfraktion im Sinne des Berliner Parteitagsbeschlusses tätig zu werden, eine Rahmenkompetenz des Bundes in den bildungspolitischen Fragen herbeizuführen. Ich meine, daß diese Frage auf dem Berliner Parteitag ausgiebig ausdiskutiert worden ist. Dieser Antrag beinhaltet, daß nunmehr die Bundestagsfraktion initiativ wird. Ich halte es nicht für notwendig, daß in der Sache darüber nochmal erneut beraten wird, sondern ich glaube, daß aufgrund der Beratungen des Berliner Parteitages dieser Antrag – die Empfehlung an die Bundestagsfraktion – hier heute verabschiedet werden kann.

Präsident Ernst Benda: Das Wort hat jetzt Freund Dr. Gündig.

Dr. Gündisch: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich beantrage, den Antrag III/27 ebenfalls von der Pauschal- und Globalbehandlung, die die Antragskommission vorschlägt, auszunehmen. Antrag III/27, zu konkreten Fragen der Europapolitik. Nicht, weil ich zu den Antragstellern gehöre und ihn deshalb besonders liebte, sondern deshalb, weil er mir überaus vernünftig und überaus dringlich erscheint. Dieser Antrag bezieht sich nämlich auf die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Länder. Diese Gipfelkonferenz findet in wenigen Wochen statt. Dieser Parteitag sollte dazu ein Signal setzen und nicht warten, bis der Bundesausschuß möglicherweise nach diesem Termin zusammentritt. Außerdem, meine Damen und Herren, gilt für diesen Antrag genau dasselbe, was mein Freund Schröder eben zu dem Antrag der Rahmenkompetenz gesagt hat. In Berlin haben wir gegen den Vorstand zu diesem Punkt ganz besonders detaillierte und herausgehobene Formulierungen in das Berliner Programm eingearbeitet. Genau wie bei anderen Punkten gilt es hier, daß wir nunmehr unseren Parteivorstand und auch die Bundestagsfraktion daran erinnern müssen, die Vorschläge in konkrete und detaillierte Politik umzusetzen. Deshalb bitte ich sehr, den Antrag der Abgeordneten Dichgans, Prof. Furler, Prof. Hallstein und Prof. Burgbacher schon jetzt in dieser Form zu verabschieden.

Präsident Ernst Benda: Wenn weitere Anträge zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung nicht gestellt werden, gebe ich jetzt das Wort Herrn Dr. Heck.

Dr. Heck: Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Vorsitzender der Antragskommission möchte ich sagen, daß ich keine Bedenken habe, die Anträge III/19, III/22 und III/27, wie es in der Debatte zur Geschäftsordnung vorgeschlagen worden ist, hier zu beraten und zu verabschieden.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, der Vorschlag der jetzt gemacht wird, geht also darauf hinaus, alle Anträge außer den Anträgen III/19,

III/22 und III/27, die sofort behandelt und entschieden werden sollen, dem Bundesparteiausschuß zu überweisen. Nun sehe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Gradl. Bitte schön.

Dr. Gradl: Herr Vorsitzender, es war von unseren Freunden aus Württemberg-Hohenzollern gebeten worden, auch den Antrag 24 a in die Sonderbehandlung einzubeziehen, wenn nicht pauschal beschlossen wird, wie es ursprünglich vorgeschlagen war. Ich bitte also, dabei zu bleiben. Wenn wir Anträge gesondert behandeln, dann sollte auch dieser Antrag 24 a jetzt verabschiedet werden.

Präsident Ernst Benda: Zunächst dazu, ich hatte versucht mich zu vergewissern, daß derjenige, der den Antrag gestellt hat, mit dem Verfahren einverstanden ist; wenn er nun unter dem Eindruck, daß einzelne Anträge gesondert entschieden werden, dann auch diesen Antrag einbeziehen möchte, wäre ich ihm dankbar, wenn er das kurz mitteilen würde. Das ist der Fall. Gut, dann werden wir das also machen. Herr Dr. Heck teilt mir mit, daß er auch mit der Behandlung dieses Antrages insoweit einverstanden ist. Zur Geschäftsordnung hat sich gemeldet Herr Wilhelm (Saarland).

Alfred Wilhelm: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bitte Sie auch den Antrag des Landesverbandes Saar Nr. III/18 zum Familienlastenausgleich hier zu verabschieden.

Präsident Ernst Benda: Es wäre also ein weiterer Antrag III/18. Ich möchte mich zunächst einmal vergewissern, ob nunmehr entsprechende Verfahrenswünsche noch vorliegen oder ob wir insoweit die Materie ordnen können.

Es wird nicht mehr das Wort gewünscht. Wir gehen also davon aus, daß es sich zur Zeit um vier Anträge handelt, die gesondert behandelt und entschieden werden sollen. Zunächst noch einmal Dr. Heck.

Dr. Heck: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch der Antrag aus dem Saarland könnte an sich verabschiedet werden. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß es in diesem Antrag heißt: „dabei sollen folgende Grundsätze angewandt werden". Und dann steht unter Ziffer 1 „Zahlung eines einheitlichen Kindergelds ab erstem Kind".

Das ist ein so weitgehender Antrag, der glaube ich, hier auf dem Parteitag heute ohne eine sorgfältige Debatte nicht verabschiedet werden kann. Meine lieben Freunde, wir sollten uns hüten, hier Beschlüsse des Parteitags zu fassen, von denen wir wissen, daß sie bis zum nächsten Parteitag nicht realisiert werden können. Ich möchte deswegen für die Antragskommission doch empfehlen, daß der Parteitag diesen Antrag in dem Paket und in der Behandlung für den Parteiausschuß beläßt.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur verfahrensmäßigen Verhandlung liegen jetzt nicht vor. Darf ich einmal feststellen, daß der Parteitag dann einverstanden ist, daß die Anträge III/19, III/22, III/24, und III/27 jetzt behandelt und entschieden werden. Auf III/18, bei dem die Sache kontrovers ist, komme ich sofort zurück. Also hinsichtlich der Anträge III/19, 22, 24, 27 höre ich keinen Widerspruch dagegen, daß wir sie sofort anschließend behandeln und verabschieden. Das ist der Fall. Darf ich zweitens davon ausgehen, III/18 jetzt auch noch einmal ausgeklammert, daß

17. Bundes

7. Bundesparteitag CDU

der Parteitag damit einverstanden ist, daß alle übrigen Anträge mit Ausnahme also von III/18, über den wir gesondert entscheiden müssen, dem Bundesparteiausschuß überwiesen werden nach Maßnahme des Verfahrens, das Dr. Heck vorgeschlagen hat.

Auch hier höre ich keinen Widerspruch. Können wir so verfahren? Hinsichtlich des Antrages III/18 bleibt der Antrag unseres Freundes Wilhelm, ihn heute zu behandeln und zu verabschieden. Herr Dr. Heck hat sich dagegen ausgesprochen. Wir kommen zur Abstimmung über die Frage, ob der Antrag III/18 jetzt behandelt und entschieden werden soll. Wer für die sofortige Behandlung des Antrages auf diesem Parteitag ist, den bitte ich das durch Erheben der Delegiertenkarte anzuzeigen. – Danke sehr, ich bitte um die Gegenprobe. – Das letztere war die Mehrheit. Damit ist der Antrag, diesen Antrag sofort zu behandeln, abgelehnt. Ich gehe davon aus, daß nunmehr der Parteitag damit einverstanden ist, ihn so wie die übrigen Anträge zu behandeln, nämlich dem Bundesparteiausschuß überweisen.

Ich komme dann zur Behandlung der Anträge, die jetzt sofort entschieden werden sollen. Ich rufe auf zunächst den Antrag III/22. In der Verfahrensdebatte sind einzelne Bemerkungen zur Sache jeweils schon gemacht worden. Darf ich hier von mir aus gegenüber den Antragstellern die Anregung erlauben, in der zweiten Zeile statt „den nächsten Bundesparteitag" zu schreiben „dem nächsten **ordentlichen** Bundesparteitag". Ich höre, daß der Landesverband Hamburg damit einverstanden ist. Begründung ergibt sich von selber. Ich glaube, daß zur Sache nicht mehr gesprochen zu werden braucht. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung über den III/22. Wer für Verabschiedung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr, die Gegenprobe. – Ich sehe zwei Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen. Der Antrag ist gegen zwei Stimmen mit großer Mehrheit verabschiedet.

Ich hätte III/19 als ersten der Ziffer erledigen müssen. Ich rufe auf Antrag III/19. Im Antrag des Landesverbandes Hamburg wird das Wort zur Sache noch begehrt. Bitte schön.

Horst Schröder: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. In der gestrigen Diskussion ist bereits verschiedentlich die Frage der Verpflichtung und der Gültigkeit von Parteitagsbeschlüssen angesprochen worden. Als ein besonders eklatantes Beispiel ist immer wieder auf den Beschluß des Berliner Parteitages hingewiesen worden, in dem der Berliner Parteitag mit einer Mehrheit beschlossen hatte, eine umfassende bildungspolitische Rahmenkompetenz für den Bund zu befürworten. In der Zwischenzeit ist jedoch weder von den Gremien der Partei noch von der Bundestagsfraktion eine sichtbare Initiative in dieser Frage ergriffen worden. Ich halte es für eine Frage des Selbstverständnisses auch unseres Parteitages, daß wir hier mit Nachdruck darauf dringen, daß die von den vorhergehenden Parteitagen gefaßten Beschlüsse durchgeführt werden. Das ist der eigentliche Grund, warum der Landesverband Hamburg noch einmal hier die Frage der Rahmenkompetenz des Bundes in den bildungspolitischen Fragen angeschnitten hat, indem er Sie in seinem Antrag III/19 bittet, daß die Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes mit dem

Inhalt einbringen möge, daß der Bund die Rahmenkompetenz für alle Bereiche des Bildungswesens erhält.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nur zwei kurze Gedanken zur Sache noch hinzufügen, da natürlich in der Zwischenzeit vom letzten Berliner Parteitag bis heute einige Dinge auch in dieser Frage geschehen sind. Lassen Sie mich zunächst einmal kurz auf die sehr umfassende Antwort hinweisen, die unser Freund Benda in seiner Eigenschaft als Bundesinnenminister auf eine Anfrage mehrerer CDU/CSU-Bundestagsabgeordneter über die Weiterentwicklung des föderativen Systems der Bundesrepublik Deutschland gegen hat. Herr Minister Benda hat in dieser Antwort für die Bundesregierung der großen Koalition ausgeführt, den Ländern seien die Bereiche zugeordnet, bei denen ein Bedürfnis zentraler Regelungen nicht vorausgesetzt wurde, in denen vielmehr regionale Besonderheiten zur Geltung gebracht werden sollten. Er fügt dann in bezug auf die Bildungspolitik hinzu, die wachsende berufliche und regionale Mobilität erfordert auch auf dem Gebiet des Bildungswesens eine gewisse Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse innerhalb des Bundesgebietes. Nun, meine Damen und Herren, ich will hier die Frage nicht noch einmal in extenso erörtern, daß zu dieser Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet auch die Regelung der Schul- und Hochschulverhältnisse in unserem Lande gehört.

Meine Damen und Herren, wir haben zwei Punkte, die sich in der Zwischenzeit auf diesem Sektor zugetragen haben, zu registrieren. Einmal die Verfassungsänderung, die der Bundestag Anfang dieses Jahres beschlossen hat. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, daß aus der von uns allen geforderten umfassenden Rahmenkompetenz für die Bildungsplanung, beispielsweise aufgrund der Einwirkung des Vermittlungsausschusses des Bundestages, lediglich eine Ermächtigung des Bundes über Vereinbarungen mit den Ländern betreffs Bildungsplanung geworden ist und daß aus der von uns geforderten und auch von der Bundestagsfraktion zunächst aufgegriffenen umfassenden Rahmenkompetenz für das gesamte Hochschulwesen lediglich eine Regelung für die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens geworden ist.

Ich darf hier auf einen weiteren wichtigen Punkt hinweisen. Wir haben in der Zwischenzeit ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in der Angelegenheit der Berufsbezeichnung der Ingenieure, in welchem sich das Bundesverfassungsgericht mit den rahmengesetzlichen Regelungen des Bundes auseinandergesetzt hat und hier eine außerordentlich restriktive Entscheidung gefällt hat, die ich Ihnen mit Genehmigung des Herrn Präsidenten im Wortlaut zitieren darf.

Es heißt dort im Urteil des Bundesverfassungsgerichts: „Im Gegensatz zur Reichsverfassung von 1871 und zur Weimarer Verfassung verbietet die Systematik des Grundgesetzes eine extensive Interpretation der Zuständigkeitsvorschriften zugunsten des Bundes."

Artikel 30 des Grundgesetzes geht von dem Primat der Länderzuständigkeit aus, und Artikel 70 präzisiert diese Regel für den Bereich der Gesetzgebung dahin, daß die Länder das Recht der Gesetzgebung haben, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bund Gesetzgebungsbefugnisse verleiht. Hieraus ergibt

sich eine allgemeine Schranke für die in Artikel 73 bis 75 aufgeführten Bundeskompetenzen. Das heißt also zusammengefaßt: wir haben in der Zwischenzeit seit dem Berliner Parteitag den Tatbestand, daß wir zwar eine eingeschränkte Rahmenkompetenz in einigen hochschulpolitischen Fragen für den Bund haben, daß aber das Bundesverfassungsgesetz auch diese eingeschränkten Rahmengesetzgebungskompetenz außerordentlich restriktiv interpretiert. Und ich meine, daß es aus diesen Gründen notwendig ist, daß unsere Bundestagsfraktion eine diesbezügliche gesetzgeberische verfassungsändernde Initiative ergreift.

Das ist um so wichtiger, als wir uns ja in dieser Frage in der politischen Situation befinden, daß die neue Bundesregierung sich im Grunde genommen im Gegensatz zu den allgemeinen Erwartungen außerordentlich restriktiv verhalten hat. Die Regierungserklärung der Linkskoalition spricht ausschließlich von einer Zusammenfassung vorhandener Rahmenkompetenzen des Bundes, das heißt, sie bringt in der Sache nichts Neues. Und ich meine, daß das eine große Chance für die CDU ist, auf die Herr Dr. Barzel heute morgen in seinem umfassenden Referat bereits hingewiesen hat, die Chance, für die CDU im Bereich der Bildungspolitik auf Bundesebene die Initiative, sowohl in verfassungsmäßiger Hinsicht als auch in der Gestaltung der Sache selber zu ergreifen. Und ich meine, wir sollten uns diese große, diese einmalige Chance in einem der wichtigsten Aufgabenbereich als Opposition, als starke Opposition, nicht entgehen lassen. In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu dem Antrag des Landesverbandes Hamburg.

Präsident Ernst Benda: Ich danke Ihnen, Herr Schröder, für diese Begründung. Meine Damen und Herren, wir sind in einer ganz wichtigen politischen Sachdebatte im Augenblick. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir mit großer Aufmerksamkeit die Diskussion jetzt hier verfolgen würden. Ich bitte auch insoweit möglichst hier vorne Platz zu nehmen. Herr Prof. Hahn, Sie wünschen das Wort.

Prof. Hahn: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte keine lange Rede halten, aber ich bin der Meinung, daß es sich hier um eine derartig wichtige Frage für unsere gesamte Verfassungswirklichkeit handelt, daß es unmöglich ist, sie jetzt in einem ganz kurzen Gespräch miteinander zu entscheiden. Vielmehr ist es notwendig, nach dem Vorschlag der Antragskommission zu verfahren und diese Frage zunächst einmal an den Ausschuß zu überweisen. Diese ganze Frage, die ja auch tief in das Leben des Föderalismus eingreift, ist zwischen der Bundespartei und den einzelnen Landesverbänden bisher in keiner Weise diskutiert worden. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß das auch in den einzelnen Landesverbänden und auch in den Kreisverbänden noch einmal besprochen wird. Ich möchte darüber hinaus darauf hinweisen, daß wir, wenn wir hier sehr schnell vorgehen, unter Umständen in eine außerordentlich schwierige Situation in unseren Ländern kommen.

In unseren Ländern sind sehr große politische Initiativen im Gange. Im Augenblick ist es so, daß vielfach mit Hinweis auf die möglicherweise zu erweiternde Rahmenkompetenz des Bundes diese Initiativen gelähmt werden. Wir würden also genau das Gegenteil von dem erreichen, was in diesem Augenblick

notwendig ist, es würde in den dringendsten Fragen der Bildungsreformen zu einer Stagnation kommen. Ich bitte also, diesen Antrag jetzt nicht zu schnell anzunehmen, sondern an einen Ausschuß zurückzuverweisen.

Präsident Ernst Benda: Herr Prof. Hahn, ich verstehe Sie so, daß Sie nunmehr erneut den Antrag stellen, diesen Sachantrag nach Maßgabe der Entscheidung über die andern Anträge dem Bundesausschuß zu überweisen, denn an sich hatten wir ja bereits entschieden, daß er heute in der Sache verabschiedet werden soll.

Ich halte es aber für zulässig, insbesondere nach einer Sachdiskussion, dann noch einmal eine Entscheidung darüber zu begehren, ob wir jetzt verabschieden oder zurückweisen sollen. Ich verstehe Sie so, daß dieser Antrag gestellt wird, wir werden dann über ihn zu befinden haben. Ich habe mehrere Wortmeldungen, zunächst Herr Prof. Mikat.

Prof. Mikat: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Auch wenn es zunächst überraschen mag: ich möchte hier ganz klar sagen, daß ich mich dem Votum meines Freundes Hahn anschließe; gerade weil ich für eine solide und dauerhafte Regelung in dieser umstrittenen Frage in Richtung Rahmenkompetenz für das Bildungswesen bin.

Wenn wir heute diesen Antrag aus Hamburg in guter Absicht und in einer auch von mir gewünschten Zielsetzung verabschieden, radikalisieren wir die Schwierigkeiten a), zwischen den Ländern und dem Bund und b) auch unter uns selbst. Wir stehen, und ich glaube, darüber besteht kein Zweifel, vor der Notwendigkeit, die in der fünften Legislaturperiode getroffene Verfassungsänderung noch einmal zu überdenken und in Richtung auf eine stärkere Rahmenkompetenz des Bundes zu erweitern.

Die jetzige Basis ist in der Zukunft sicherlich zu schmal. Aber wir erreichen nicht mehr, wenn wir heute diesem Antrag des Landesverbandes Hamburg folgen, sondern wir sollten nun genau und präzise auch materiell den Inhalt der Rahmenkompetenzen vorher absprechen, um ihn dann in die Verfassung hineinzusetzen. Dieser materielle Inhalt sollte daher an den Ausschuß verwiesen werden, denn es muß sehr sorgfältig geklärt werden, ob wir eine Änderung des Artikels 74 wollen oder eine Änderung des Artikels 75. Darüber muß gesprochen werden. Ich verspreche mir gar nichts von einem erneuten Appell, denn mehr ist dieser Antrag nicht, vielmehr sollten wir jetzt zügig sowohl in der Bundestagsfraktion wie im Ausschuß dieses Problem ansprechen. Seit Jahren kämpfe ich ja für diese Rahmenkompetenz des Bundes, und weil ich hier nicht mit dieser Forderung Schiffbruch erleiden will, deshalb bitte ich Sie, sich dem Votum von Herrn Kollegen Hahn und mir, also Zurückverweisung an den Ausschuß, hier anzuschließen, um die Sache, um die es uns geht, wirklich nicht zu erschweren.

Präsident Ernst Benda: Das Wort hat Herr Langeheine, ihm folgt Herr Popkes.

Richard Langeheine: Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Kultusminister des Landes Niedersachsen bedauere ich außerordentlich, mich in der nicht gerade sehr schönen Situation zu befinden, mich von meinen Kollegen, Herrn Prof. Hahn und Herrn Prof. Mikat distanzieren zu müssen.

Ich bin der Meinung, daß wir den Antrag Hamburg unterstützen sollten, insbesondere gerade deswegen, weil er ja im einzelnen materielle Regelungen

überhaupt noch nicht beinhaltet, sondern gerade weil er einen Appell an die Bundestagsfraktion darstellt, sich nun endlich dieses Problems anzunehmen. Wir sollten als Vertreter der Länder auch einmal den Mut haben zu bekennen, daß man den Föderalismus dadurch überbetonen kann, daß Zeit genug vorhanden war, die man nicht ausgenutzt hat.

Deswegen habe ich meinerseits die Bitte, diesen Appell in eindringlicher Form durch ein eindrucksvolles Votum des Bundesparteitages an die Bundestagsfraktion zu richten.

Präsident Ernst Benda: Meine Damen und Herren, ich habe gegenwärtig 6 weitere Wortmeldungen, ich nehme an, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß ich Ihnen zunächst das Ergebnis für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden mitteile.

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis des Wahlganges für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden bekannt: Es sind abgegeben worden 477 Stimmen; eine davon war ungültig, gültige Stimmen also 476, ein Delegierter hat sich der Stimme enthalten. Es haben erhalten:

Herr Dr. Helmut Kohl	392 Stimmen,
Herr Hans Katzer	387 Stimmen,
Frau Dr. Wex	312 Stimmen,
Herr Dr. Gerhard Schröder	267 Stimmen,
Herr Dr. Gerhard Stoltenberg	451 Stimmen,
Herr Dr. Dregger	226 Stimmen,
Herr Dufhues	202 Stimmen.

Meine Damen und Herren, damit haben die erforderliche Mehrheit der Stimmen erhalten:

Herr Dr. Stoltenberg,
Herr Dr. Kohl,
Herr Katzer
Frau Dr. Wex und
Herr Dr. Schröder.

Ich darf die Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen, zunächst Herrn Dr. Stoltenberg? – Herr Dr. Stoltenberg, der herzliche Glückwunsch und alle guten Wünsche des Parteitages gelten Ihnen für Ihre politische Arbeit als stellvertretender Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union.

Ich frage Sie, Herr Dr. Kohl, ob Sie die Wahl annehmen? – Der Parteitag beglückwünscht Sie, Herr Dr. Kohl und wünscht Ihnen weiterhin eine gute und erfolgreiche Arbeit.

Herr Katzer, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen? – Der Parteitag beglückwünscht Sie, Herr Katzer, und wünscht Ihnen eine erfolgreiche Arbeit.

Frau Dr. Wex, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen? – Frau Dr. Wex, herzlichen Glückwunsch des Parteitages.

Herr Dr. Gerhard Schröder? – Ich danke Ihnen Herr Dr. Schröder. Ich beglückwünsche Sie für den Parteitag und wünsche Ihnen alles Gute in Ihrer weiteren politischen Arbeit.

Präsident Vogel: Meine Damen und Herren, darf ich die Delegierten bitten, die Plätze einzunehmen. Wir fahren fort in der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. Ich bitte sehr darum, daß die Delegierten Platz nehmen.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt vor die Vorlage der bisher nominierten Mitglieder für den Bundesvorstand. Nachdem 8 Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt sind und ihm zwei Mitglieder kraft Amtes angehören, sind zwanzig weitere Mitglieder des Vorstandes zu wählen. Aus dem bisherigen Bundesvorstand stehen heute die Freunde Theodor Blank, Dr. Wilhelm, Dr. Otto Fricke, Ernst Lemmer, Dr. Franz Meyers, Dr. Franz-Josef Röder, Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt nicht erneut zur Wahl.

Diesen bisherigen Mitgliedern des Bundesvorstandes spreche ich im Namen des Parteitages den herzlichen Dank für ihre bisherige Arbeit im Bundesvorstand, für ihre langjährige Arbeit in der Partei und für die Partei aus, verbunden mit der herzlichen Bitte, daß sie weiterhin mit voller Kraft für die Arbeit der Partei zur Verfügung stehen.

Es liegen bisher für die weitere Wahl des Bundesvorstandes folgende Vorschläge vor.

Eduard Adorno, Franz Amrehn, Dr. Norbert Blüm, Frau Aenne Brauksiepe, Dr. Alfred Dregger, Jürgen Echternach, Dr. Johann Baptist Gradl, Konrad Grundmann, Prof. Dr. Wilhelm Hahn, Wilfried Hasselmann, Walter-Leisler Kiep, Dr. Konrad Kraske, Dr. Helmut Lemke, Peter Lorenz, Gustav Niermann, Dieter Rollmann, Hermann-Josef Russe, Dr. Manfred Schäfer, Dr. Klaus Scheufelen, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Josef Stingl, Dr. Richard von Weizsäcker, Heinrich Windelen.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob weitere Vorschläge für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes gemacht werden, und ob Erklärungen zu den von mir vorgelesenen Namen gemacht werden sollen. – Bitte.

Anton Dichtl: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bundesparteitag hat erfreulicherweise den Antrag der Antragskommission I/7a angenommen. Es war uns von Baden-Württemberg ein besonderes Anliegen, bei der besonderen Situation unseres Landes, daß die Ministerpräsidenten im Bundesvorstand die Möglichkeit zur politischen Abstimmung haben. Aufgrund der Annahme hat Herr Ministerpräsident Dr. Filbinger seine Kandidatur als stellvertretender Vorsitzender zurückgezogen. Ich bitte aber den Parteitag um Verständnis, wenn wir Gewicht darauf legen, daß Herr Ministerpräsident Dr. Filbinger – ein ausgezeichneter Mann – in den Bundesvorstand gewählt wird, und ich schlage ihn als weiteren Kandidaten vor. Da der Herr Präsident eine Personaldebatte nicht wünscht, habe ich nur die eine herzliche Bitte, diesem unserem Anliegen zu entsprechen.

Präsident Vogel: Meine Damen und Herren, als weiterer Vorschlag ist der Vorschlag Dr. Filbinger gemacht worden. Darf ich fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden? – Bitte:

N. N. Ich schlage für die Wahl in den Bundesvorstand Herrn Jürgen Wohlrabe, Mitglied des Bundestages, vor. Herr Wohlrabe ist ein anerkannter Fachmann in

Organisationsfragen, und ich glaube, daß ein Fachmann in diesen Fragen im Bundesvorstand nottut.

Präsident Vogel: Meine Damen und Herren, es ist als weiterer Vorschlag der Vorschlag Wohlrabe gemacht. Mir wird soeben gesagt, daß die Kandidatur unseres Freundes Kiep zurückgezogen ist. Darf ich fragen, ob das zutreffend ist? – Es ergibt sich kein Widerspruch. Darf ich fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden? –

Meine Damen und Herren, ich darf davon ausgehen, daß weitere Vorschläge für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes nicht gemacht werden. Ich darf damit die Nominierung abschließen.

Meine Damen und Herren, es ist erforderlich, daß ein neuer Stimmzettel angefertigt wird, der sämtliche jetzt vorliegenden Vorschläge enthält. Wir können in der Zwischenzeit in der Aussprache über den Antrag III/19 fortfahren. Als nächster hat sich Herr Popkes aus dem Landesverband Hannover zu Wort gemeldet.

Löko Popkes: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sollte eigentlich nahe sein für diesen Parteitag, daß der Kultusminister des Landes Niedersachsen – sicher nicht ohne Grund – für den Antrag III/19 des Landesverbandes Hamburg plädiert hat. Der Landesverband Hamburg beantragt, daß die Fraktion, unsere Bundestagsfraktion, einen Gesetzentwurf einbringt. Und wir werden doch wohl unserer Bundestagsfraktion zutrauen, daß sie einen solchen Gesetzesentwurf, der auch die Interessen der Länder berücksichtigt, zustande bringt. Deswegen brauchen wir diesen Antrag nicht zu verschieben oder abzulehnen. Ich gehöre auch zur sogenannten jüngeren Generation und ich habe kein Verständnis dafür, daß in diesem unserem Lande hinsichtlich der Schul- und Bildungspolitik Zustände herrschen, wie sie heute noch vorhanden sind. Und wir haben jahrelang genug Zeit gehabt, die Dinge zu ändern. Daher sollten wir jetzt entsprechend dem Beschluß des Berliner Programmes unsere Bundestagsfraktion zwingen oder drängen, hinter diese Dinge Dampf zu setzen. Ich plädiere deshalb dafür, den Antrag III/19 des Landesverbandes Hamburg anzunehmen.

Präsident Vogel: Schönen Dank, Freund Popkes. Ich darf das Wort Herrn Dr. Lenz aus dem Landesverband Hessen geben. Darf ich, damit es zügiger geht, die nächsten Wortmeldungen in der Reihenfolge bekanntgeben. Es hat als nächster das Wort Herr Rollmann aus dem Landesverband Hamburg. Anschließend Herr Schröder aus dem Landesverband Hamburg. Ich darf diese beiden Freunde bitten, sich ebenfalls hier vorne aufzuhalten, damit wir sehr zügig hier die Beratungen durchführen können.

Dr. Carl Otto Lenz: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte kurz für den Antrag des Landesverbandes Hamburg sprechen. Die Begründung ist ganz klar.

1. In unserem Berliner Programm ist dieser Weg angelegt.

2. Im vergangenen Jahr haben wir im Bundestag bereits eine Gesetzgebungskompetenz beschlossen, die dann im Bundesrat gescheitert ist. Der Antrag hat m. E. zum Inhalt, diese Versuche, hier zu einer besseren Regelung zu kommen,

fortzuführen, und es wäre für die Bundestagsfraktion eine große Unterstützung, wenn dieser Parteitag in diesem Sinne votieren würde. – Schönen Dank.

Präsident Vogel: Herzlichen Dank. Als nächster hat das Wort unser Freund Rollmann aus dem Landesverband Hamburg. Ich darf auch unseren Freund Damm bitten, sich vorne schon bereitzuhalten.

Dietrich Rollmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir alle erinnern uns daran, daß die Diskussion um die Frage der Rahmenkompetenz des Bundes auf dem Sektor des Bildungswesens und die Errichtung eines Bundesministeriums für Bildung in Berlin im vergangenen Jahre mehrere Stunden hin und her gewogt hat. Und wir haben es alle als einen großen Erfolg im Sinne eine reformerischen Willens des Berliner Programms der CDU angesehen, daß wir dann die Rahmenkompetenz um das Bundesbildungsministerium dort in der Ziffer 26 unseres Programms in Berlin verankert haben.

Meine Damen und Herren, seitdem ist ein Jahr vergangen. Es ist einiges geschehen auf diesem Sektor im Rahmen der großen Finanzreform. Aber es ist nichts geschehen für eine vermehrte Zuständigkeit auf dem Sektor des allgemeinen Bildungsweges. Und, meine Damen und Herren, gerade wo die neue Regierung sich in dieser Frage so außerordentlich zurückhaltend gezeigt hat, ist es notwendig, nunmehr auf diesem ersten Bundesparteitag nach Berlin die Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu ersuchen, mit der Verwirklichung des Berliner Programms in dieser Frage Wirklichkeit zu machen und einen entsprechenden Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag einzubringen.

Meine Damen und Herren, es sind hier in der Diskussion von Herrn Professor Mikat, von Herrn Prof. Hahn einzelne Bedenken laut gemacht worden gegen die Formulierung unseres Antrages. Wir haben hier keinen ausgefeilten Gesetzesantrag, kein ausgefeiltes Ersuchen vorgelegt, in dem wir der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vorschreiben wollen, was sie im einzelnen zu beantragen hat.

Meine Damen und Herren, es handelt sich hier um ein generelles Ersuchen an die Bundestagsfraktion. Und ich glaube, wir können unseren Freunden im Deutschen Bundestag vertrauen, daß sie aus diesem Ersuchen des Parteitages dann auch wirklich das Richtige machen würden. Es haben zwischendurch jetzt eben Erörterungen stattgefunden, meine Damen und Herren, ob man eine andere Formulierung finden kann. Ich habe dieses Problem eben noch einmal mit meinen Hamburger Freunden erörtert. Wir sind der Auffassung, daß wir bei unserer Formulierung in unserem Antrag bleiben sollen. Wir haben in Berlin gesagt, der Bund soll eine Rahmenkompetenz bekommen. Meine Damen und Herren, heute ist es notwendig, daß dieser Bundesparteitag die Bundestagsfraktion der CDU/CSU ersucht, einen entsprechenden Antrag auf Änderung des Grundgesetzes demnächst nach sorgfältiger Beratung im Kreis der Fraktion selbst im Deutschen Bundestag einzubringen.

Ich möchte Sie darum bitten, meine Damen und Herren, diesem Antrag genauso Ihre Zustimmung zu geben, wie Sie es vor einem Jahr mit unserem wegweisenden Antrag getan haben: auf Rahmenkompetenz. Denken Sie daran,

daß die deutsche Öffentlichkeit von der großen Oppositionspartei auch von Mainz aus in diesen Tagen ein deutliches Zeichen, ein sichtbares Signal erwartet.

Präsident Vogel: Herzlichen Dank. Darf ich fragen, ob die beiden übrigen Redner des Landesverbandes Hamburg darauf bestehen, daß ihre Wortmeldungmeldung aufrecht erhalten bleibt? – Darf ich dann Herrn Simon vom RCDS das Wort erteilen.

Uwe Rainer Simon: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß dieser Antrag ein Schlüsselantrag dieses Parteitages ist und sein muß. Wir haben uns gestern in einer sehr guten Diskussion über die Zielrichtung unserer zukünftigen Politik hier unterhalten, und ich erinnere an das vorige Jahr, wo wir einen ähnlichen Antrag in Sachen Mehrheitswahlrecht an die Fraktion nur überwiesen haben, ohne einen definitiven Beschluß gefaßt zu haben. Wir haben im vorigen Jahr darüber hinaus einen ganzen Tag lang diese Problematik ausgiebig diskutiert und das letzte Jahr hat gezeigt, daß der Kulturförderalismus, so wie er jetzt praktiziert wird, eindeutig versagt hat. Wenn Herr Minister Langeheine heute das hier als Länderminister für diese Fragen eindeutig zugibt, dann glaube ich, sollte die Partei ihm in diesem Votum folgen.

Herr Mikat, ich kann Sie beim besten Willen nicht verstehen: Sie sind immer eingetreten, daß wir diese Rahmenkompetenz endlich bekommen und hier sagen Sie, wo die Entscheidung nun irgendwann einmal fallen muß, daß wir jetzt noch einmal im Kultusausschuß diskutieren müssen. Ich glaube, wir haben genug diskutiert, wir brauchen jetzt einen Richtpunkt, wo die Diskussion weitergeführt werden muß, und deswegen meine ich, daß wir diesen Antrag hier beschließen sollten, um endlich Wegweiser zu setzen für eine fortschrittliche und zukunftsrechte Kulturpolitik.

Ich bitte Sie deshalb recht herzlich, auch unsere Arbeit an der Universität entsprechend zu unterstützen, denn nur, wenn das endlich geklärt wird und wir die neue Kompetenzverteilung bekommen, können wir neue Ansätze machen, auch an den Universitäten. Ich danke Ihnen.

Präsident Vogel: Als nächster hat das Wort Herr Dichgans aus dem Landesverband Rheinland.

Darf ich die Landesgeschäftsführer bitten, die Stimmzettel für ihre Delegierten abzuholen.

Hans Dichgans: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich habe Verständnis für die Bedenken unseres Freundes Prof. Hahn, der mit der Sache nicht ganz einverstanden ist.

Aber ich verstehe ganz meinen Düsseldorfer Freund Paul Mikat, denn ich habe ihn auch heute wieder so verstanden, daß er in der Sache der Meinung dieses Antrages ist, und ich finde, wir sollten die Gelegenheit benutzen, ihm sehr zu danken, daß er doch überhaupt der erste war, der damals diese Idee gehabt hat.

Schon im Jahre 1963 hat Paul Mikat hier Vorschläge dieser Art vorgetragen. Herr Mikat, ich habe das Gefühl, es kommt mehr auf die juristische Interpretation des Wortes „umgehend" an, der in diesem Antrag steht. Ich möchte ausdrücklich erklären, niemand denkt daran, hier Parteifreunde unter Druck zu setzen und es wäre sicher ganz verkehrt, wenn wir gegen Bedenken der CSU oder auch gegen Bedenken von Württemberg-Baden sozusagen in der nächsten Woche einen Initiativantrag in Bonn einreichen würden.

Aber wir können auch nicht beliebig lang warten, und ich würde vorschlagen, daß wir uns hier um die Verhandlungen bemühen sollen, daß wir uns aber als Bundesfraktion das Ziel setzen, diesen Antrag noch vor dem 1. April 1970 ins Plenum einzubringen.

Präsident Vogel: Herzlichen Dank, ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen vorzuliegen. Zunächst Herr Kultusminister Prof. Hahn, dann Herr Prof. Mikat und anschließend Herr Damm aus dem Landesverband Hamburg. Das Wort hat Herr Prof. Hahn.

Prof. Hahn: Meine Damen und Herren, ich möchte herzlich darum bitten, diesen Beschluß hier nicht über das Knie zu brechen, sondern den Antrag dem Ausschuß zu überweisen und ihn möglicherweise in den Mittelpunkt eines neuen Parteitages zu stellen. Es handelt sich um eine Frage, die von außerordentlicher Bedeutung ist.

Ich muß Herrn Langeheine sagen, daß es ja keineswegs so ist, daß man in allen Ländern die Zeit hat verstreichen lassen und keine fortschrittliche Bildungspolitik eingeleitet hat. Es gibt Länder in der Bundesrepublik Deutschlands, die auch von der CDU regiert werden, die an der Spitze der Bildungspolitik stehen und die vorwärtsweisende Konzeptionen erarbeitet haben. Diese Länder würden gehindert werden, ihre vorwärtsweisenden Konzeptionen jetzt durchzusetzen. Es würde das Gegenteil von dem erreicht, meine Damen und Herren, es handelt sich darum, daß wir uns jetzt nicht lahmlegen lassen sollen, daß wir – in dem Augenblick auch wo eine Flut auf uns zukommt – jetzt nicht warten müssen, daß der Bund überhaupt erst eingreift; der Bund, der überhaupt nicht über den Sachverstand in diesem Moment verfügt, um die Probleme sofort in Angriff nehmen zu können. Die Bonner Ministerien sind ja gar nicht darauf eingerichtet; es ist also gar nicht so ohne weiteres möglich, diesen Sachverstand sofort von den Ländern auf den Bund zu übertragen.

Die Ausfüllung der Rahmenkompetenz ist ein sehr, sehr schwieriges Problem, das erst ganz genau abgeklärt werden muß, und ich meine, das sollten wir vor allen Dingen jetzt erst einmal vorbereiten, bevor wir einen derartigen Beschluß miteinander fassen. Und bitte, achten Sie doch auf das eine: Es sprechen eigentlich nur Länder dafür oder Vertreter aus Ländern dafür, wo die CDU in der Opposition ist. Dagegen sehen die Vertreter der Länder, in denen die CDU die Verantwortung trägt, die großen Bedenken. Aber ich glaube, Sie sind dadurch, daß Sie nun diese Verantwortung durch Jahre jetzt getragen haben und mitten in den Konzeptionen drinstehen und Sie zu verwirklichen trachten, im Grunde kompetenter, etwas dazu zu sagen.

Präsident Vogel: Als nächster hat das Wort Herr Professor Mikat. Darf ich fragen, ob der Parteitag damit einverstanden ist, daß ich die Rednerliste

schließe. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Nach Herrn Professor Mikat hat Herr Damm das Wort.

Prof. Mikat: Herr Präsident, liebe Parteifreunde, wenn ich mich noch einmal in dieser Sache zu Wort melde, dann darum, weil – und das wird mir jeder in diesem Raume abnehmen – die Frage mir nun wirklich am Herzen liegt. Ich habe inzwischen mit einigen Kollegen gesprochen und darf vielleicht auch Herrn Simon sagen: Herr Simon, in der Zielsetzung bin ich mit Ihnen einig. Mir ging es eben darum, ob man nicht vielleicht den Antrag umformulieren könnte, in der Richtung, daß man ganz klar herausstellt, daß man diese Rahmenkompetenz als Ausfluß der ratio legis des Artikels 72 haben will, der sich bisher leider Gottes nur auf die Artikel 74 im Grundgesetz bezogenen Materie bezieht. Nun sehe ich ein, daß heute hier nicht der Ort ist, um diese schwierige Materie auszudiskutieren. Ich habe mit Herrn Rollmann inzwischen gesprochen und Herr Kollege Rollmann – Sie werden mir sicherlich gerne bestätigen, wir haben ja einen Formulierungsversuch gemacht, Herr Rollmann – wir sind uns einig, wenn wir diesen Antrag jetzt als Appell an die Fraktion verstehen, daß wir dann den besten Weg suchen, ob wir nach 74 oder nach 75 gehen. Ich habe mich von Ihnen, Herr Rollmann, überzeugen lassen, warum soll man nicht auch in kurzer Zeit sehen, daß ein Antrag meinem ursprünglichen Anliegen doch besser gerecht wird, um doch noch mal Dampf dahinter zu bekommen. Ich habe mich von taktischen Erwägungen leiten lassen, ich gebe aber zu, daß auch Ihr Antrag uns – genau genommen – doch den notwendigen Verhandlungsspielraum mit unserem noch contravotierenden Freunden läßt, denn mir geht es genau darum, schnell zu einem Erfolg zu kommen. Wenn wir also den Antrag so verstehen, daß jetzt die Fraktion sehr bald sich schlüssig wird, welche Gesetzesinitiative sie, um das von Ihnen und mir angestrebte Ziel zu erreichen, einleitet, dann würde ich auch jetzt dem Antrag zustimmen. Ich glaube, als Motor ist der Antrag geeignet, eine Diskussion in der Fraktion zu bekommen als Ausfluß des Berliner Programms; insofern revidiere ich meine Meinung von eben, weil ich ja stets davon ausgehe, um welches Ziel es hier geht. Ich schließe mich also jetzt nach dem Gespräch, das ich mit Ihnen inzwischen hatte, Ihrem Antrag, Herr Rollmann, an.

Präsident Vogel: Herzlichen Dank. Als nächster hat das Wort Herr Damm aus dem Landesverband Hamburg.

Carl Damm: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Ich würde mich freuen, wenn auch unser Parteifreund Professor Hahn in der Weise, wie Herr Professor Mikat es eben zum Ausdruck gebracht hat, hier nicht als der Verbitterte – bei einer Übereinstimmung – diesen Saal verlassen würde, sondern sagen könnte: ja ich bin auch in der Weise, wie Mikat das meint, dafür, daß dieser Antrag hier angenommen wird. Denn, meine Damen und Herren, darüber ist ja kein Streit. Hier handelt es sich um eine außerordentlich bedeutsame Angelegenheit. Ich unterstreiche das, was Herr Kultusminister von Baden-Württemberg hier gesagt hat. Meine Damen und Herren, aber wenn irgendwo ein Fortschrittssignal von diesem Parteitag zu setzen ist, dann doch in dieser Frage, und darum kann es nicht dahin hinauslaufen, daß wir es an einen Ausschuß überweisen, sondern hier muß der Parteitag noch einmal seine generelle, politische Absicht kundtun und die Bundestagsfraktion beauftragen.

Meine Damen und Herren, es ist keine Frage, und das möchte ich Herrn Professor Hahn sagen, daß unter den CDU regierten Ländern zweifelsohne die fortschittlichen Länder sind, die sich auf dem schulpolitischen Sektor in der Bundesrepublik Deutschland darstellen. Ich erinnere mich sehr wohl, daß ich als Mitglied der Hamburger Bürgerschaft dem Senator Drexelius mehr als einmal gesagt habe: ich wollte, es gäbe einen sozialdemokratischen Mikat und wir würden dann in Hamburg eine bessere, fortschrittlichere Schulpolitik gemacht haben.

Warum sollen wir, meine Damen und Herren, dieses Signal, das mit diesem Antrag gesetzt wäre, etwa hier heute nicht der deutschen Öffentlichkeit geben. Ich meine mit Herrn Dichgans, am 1. April nächsten Jahres müsse ein solcher Gesetzesantrag durch die Fraktion eingebracht werden. Und hier wäre ein Feld, wo sich die hier vielfach geforderte Zusammenarbeit zwischen der Bundestagsfraktion und der Bundespartei einerseits und den Landtagsfraktionen und den Landesparteien andererseits bewähren könnte. Ich bitte sehr, Herr Professor Hahn, in diesem Sinne, daß auch Sie sagen: macht das! Dann werden wir gemeinsam diesen Gesetzentwurf so formulieren, daß er Hand und Fuß hat und fortschrittlich ist.

Präsident Vogel: Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache geschlossen. Bevor ich zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge komme, darf ich fragen, ob inzwischen die Stimmzettel überall verteilt sind. – Zur Ausfüllung der Stimmzettel darf ich bereits auf folgendes hinweisen: Es sind zu wählen 20 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes. Mindestens dreiviertel der zu Wählenden sind auf dem Stimmzettel anzukreuzen, das bedeutet, daß Stimmzettel, die weniger als 15 Kreuze enthalten, ungültig sind; ebenso Stimmzettel, die mehr als 20 Kreuze enthalten. Mindestens 15, höchstens 20 Namen sind auf dem Stimmzettel anzukreuzen.

Ich darf einmal darum bitten, daß die Lautsprecheranlage auch in die Vorräume umgestellt wird. Ich möchte alle Delegierten, die sich in dem Vorraum befinden, bitten, zum Wahlgang zur weiteren Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes in den Saal zu kommen und ihre Delegiertenplätze einzunehmen. Ich möchte noch einmal sämtliche Delegierten bitten, in den Plenarsaal zu kommen und ihre Delegiertenplätze einzunehmen, damit die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes vorgenommen werden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben zu dem Antrag III/19 zunächst einen Antrag auf Überweisung an den Bundesparteiausschuß vorliegen. Über diesen Antrag muß ich zunächst abstimmen lassen. Darf ich diejenigen Delegierten, die diesem Antrag zustimmen wollen, bitten, ihre Stimmkarte zu erheben. – Ich bedanke mich; ich darf um die Gegenprobe bitten. – Meine Damen und Herren, das Präsidium ist übereinstimmend der Auffassung, daß letzteres die Mehrheit war, daß damit der Antrag auf Überweisung an den Bundespartei-Ausschuß abgelehnt ist. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag III/19. Darf ich diejenigen Delegierten, die dem Antrag III/19 – Antrag des Landesverbandes Hamburg – ihre Zustimmung geben wollen, die Stimmkarte zu erheben. – Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. – Ersteres war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag des Landesverbandes Hamburg angenommen.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob nunmehr alle Stimmzettel verteilt sind? Ich darf selbst meinen Landesverband bitten, mir einen Stimmzettel nach hier oben heraufzugeben.

Dann darf ich bitten, daß mit dem Einsammeln der Stimmzettel begonnen wird. – Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob inzwischen die Stimmzettel eingesammelt sind? – Ich möchte die Delegierten darauf hinweisen, daß sie mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwarten haben, daß es zu Stichwahlen kommt. Ich würde also sehr darum bitten, daß die Delegierten hierbleiben, sich möglichst auch in der Nähe des Plenarsaales aufhalten, damit die anderen Wahlgänge zügig durchgeführt werden können. Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß das angekündigte Pressegespräch jetzt im Goldenen Saal stattfindet.

Meine Damen und Herren, sind nunmehr alle Stimmzettel eingesammelt? – Meine Damen und Herren, noch einmal die Frage, ob jetzt alle Stimmzettel eingesammelt sind? – Ich bitte doch sehr darum, diesen Wahlgang zügig zu Ende zu bringen. Es steht nur noch aus der Landesverband Hannover. – Darf ich bitten, daß die Delegierten des Landesverbandes Hannover sich auch entscheiden. – Ich stelle fest, daß nunmehr alle Stimmzettel abgegeben sind. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Der Wahlgang ist damit geschlossen. Ich bitte, mit dem Auszählen der Stimmzettel zu beginnen.

Meine Damen und Herren, wir fahren fort in der Aussprache zunächst über den Antrag III/27. Dazu liegen eine Reihe von Wortmeldungen vor. Zur Begründung hat zunächst das Wort Herr Prof. Furler.

Darf ich die nächsten Redner bereits nach vorne bitten. Das sind die Delegierten Herr Langes aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz und Herr Dr. Gündisch aus dem Landesverband Hamburg. Es hat das Wort Herr Professor Furler.

Prof. Furler: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, dieser Antrag ist insofern von besonderer Dringlichkeit und ich freue mich, daß er jetzt gleich zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt wird, als er einen Appell an die europäische Gipfelkonferenz enthält, die heute in 14 Tagen in Den Haag tagen wird.

Dieser Appell scheint mir notwendig, weil er in der Linie unserer Europa-Politik liegt, der Europa-Politik, die die CDU von Anbeginn an vertreten hat, und deren Weiterführung sie verlangt. Und der Appell sagt, die Gipfelkonferenz, die vielfach etwas mit Speksis besprochen wird, soll dem europäischen Gemeinschaftsgedanken neuen Antrieb geben, aber nicht nur durch Worte, sondern durch Taten, durch einige grundlegende, entscheidende Beschlüsse; Worte haben wir genug gehört, jetzt kommen die Regierungschefs in neuer Zusammensetzung zusammen, wobei vor allem der Wandel in Frankreich eine bedeutende Rolle spielt und wir fordern Sie auf, Beschlüsse zu fassen, d. h. Fortschritte zu erzielen, in der Frage der Vollendung, der Vertiefung und der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft – also der EWG, Euratom und der Kohle- und Stahlgemeinschaft – Erweiterung und Vertiefung, ja, wir wollen, daß wir auf eine Wirtschaftsunion zugehen, was das letzte Ziel des

Gemeinsamen Marktes ist und gerade hier sollen Beschlüsse gefaßt werden. Dieser Schritt beinhaltet eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und eine gemeinsame Währungspolitik und er soll auch dazu helfen, die in der Agrarpolitik eben durch die gemeinsame Währungspolitik entstandenen Schwierigkeiten aufzulockern oder zu beseitigen. Zweitens verlangt er eine Stärkung der Organe, vor allem auch des europäischen Parlaments und da fordern wir auf, endlich dieses Parlament direkt zu wählen, um die europäischen Völker an der europäischen Entscheidung teilnehmen zu lassen und etwas wichtiges, was besonders aktuell ist, gerade auch da, daß das europäische Parlament ein echtes Haushaltsrecht bekommt. Es ist einfach untragbar, daß gemeinsame Einnahmen entstehen, daß die nationalen Parlamente Milliarden nach Brüssel freigeben, es findet überhaupt keine parlamentarische, echte Kontrolle statt. Es geht ein Anruf auch an den deutschen Bundestag, der ihm schon vom europäischen Parlament gemacht worden ist, diese gemeinsamen Einnahmen wohl zu beschließen, aber nur dann, wenn auch dem europäischen Parlament ein wirkliches Haushaltsrecht gegeben wird.

Das Zweite ist die Erweiterung der Gemeinschaften, auch darüber wird seit Jahren verhandelt, blockiert; Vetos sind da, da fordern wir die Gipfelkonferenz auf, wenigstens zu beschließen mit den Verhandlungen über die Aufnahme der beitrittswilligen Staaten, vor allem Großbritanniens bald, in absehbarer Zeit, sagen wir einmal nächstes Frühjahr spätestens zu beginnen und nicht auch das wieder hinauszuschieben.

Schließlich fordern wir die stärkere politische Zusammenarbeit; wir fordern die politische Union dieses Europa, auch hier ein Appell, beginnend mit einer Harmonisierung der Außenpolitik, beginnend mit dem Versuch, eine gemeinsame Verteidigungspolitik im Laufe längerer Zeiträume zu verwirklichen. Was wir hier wollen, ist nicht eine neue Europa-Politik oder eine große europäische Debatte, nein, nur das, daß unser Parteitag die Gipfelkonferenz auffordert, unsere Gedanken weiterzuführen und aktiv zu sein, zu handeln und nicht nur Proklamationen zu erlassen für unser neues Europa.

Präsident Vogel: Herzlichen Dank, Herr Prof. Furler, es hat das Wort Herr Langes aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz, Herr Dr. Gündisch hat zu diesem Punkt seine Wortmeldung zurückgezogen.

Langes: Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Mitunterzeichner dieses Antrages spreche ich natürlich für den Antrag. Ich kann nur unterstreichen, was Herr Prof. Furler gesagt hat, aber ich bin der Ansicht, daß dieser Antrag, der sich bewußt auf die Gipfelkonferenz bezieht, ein wenig zu kurzfristig ist.

Ich bin der Ansicht, daß wir diesem Gesamtantrag einen zweiten Antrag über die Europapolitik beigeben müssen. In einem anderen Zusammenhang hat eben der Delegierte Rollmann aus Hamburg gesagt, diese Bildungspolitik ist eine Schlüsselfrage unseres Parteitages. Ich bin der Ansicht, daß die Frage Europa auch eine der Schlüsselfragen dieses Parteitages sein muß. Leider Gottes haben wir nur einen Antrag darüber vorzuliegen. Ich möchte deshalb, um auch dieser Kurzfristigkeit abzuhelfen, eine Ergänzung vorschlagen.

Die Bundestagsfraktion hat vor den Bundestagswahlen ein Europapapier erarbeitet. Wir sind aber der Ansicht, daß es Aufgabe der Christlich Demokratischen Union und der CSU sein muß, ein Europaprogramm der CDU zu erarbeiten, damit man uns nicht immer die großen Worte und viel Programmatik und viel Artistik ohne Netz vorwirft. Ich möchte deshalb beantragen, daß wir diesen Antrag mit I versehen, dazu zwei, drei Sätze hinzufügen. Ich möchte sie verlesen, ich werde sie dem Herrn Präsidenten dann übergeben, außerdem wird der Bundesvorstand der CDU beauftragt, sofort Schritte zur Erarbeitung eines detaillierten Europaprogramms der CDU einzuleiten. Der Entwurf eines solchen Programmes ist in den Kreisverbänden zur Diskussion zu stellen, und danach auf einem Europakongreß der CDU zu verabschieden. Ähnlich wie wir einen Bildungskongreß für die CDU hatten, sollten wir danach streben, Ende nächsten Jahres nach der Diskussion in den Kreisverbänden einen Europakongreß der CDU zu veranstalten und dieses Arbeitspapier dann noch zu verabschieden.

Ich bitte Sie, diesem meinem Ergänzungsantrag zuzustimmen.

Präsident Vogel: Meine Damen und Herren, ich höre, daß Herr Prof. Furler und die Antragsteller des Antrages III/27 mit dieser Ergänzung einverstanden sind, darf also davon ausgehen, daß der Antrag III/27 mit der hier vorgetragenen Ergänzung jetzt zur Abstimmung steht.

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Darf ich um das Handzeichen durch Erheben der Stimmkarte bitten? Wer diesem Antrag zustimmen will. – Ich danke, darf ich um die Gegenprobe bitten? – Darf ich um Stimmenthaltungen bitten. – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe dann die Anträge III/24 und 25 auf. Dazu liegt inzwischen eine Neuformulierung des Antrages als III/24a vor. Durch diese Neuformulierung sollen die Anträge III/24 und III/25 erledigt sein. Zur Begründung des neu formulierten Antrages hat das Wort Herr Dr. Gradl.

Dr. Gradl: Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese etwas tote Zeit zwischen den Wahlen darf ich benutzen, ein paar zusätzliche Bemerkungen zu dem Gesamtzusammenhang zu machen, in dem die Antragsteller Exil-CDU und Württemberg-Hohenzollern ihren Antrag gesehen haben wollen. Sie wissen, es geht darum, die Partei zu veranlassen, daß sie in ihren regionalen Gliederungen Kreise, Land und zuletzt dann auch auf Bundesebene Gesamtdeutsche Arbeitskreise bildet. Dieser Antrag ist nicht ausgelöst durch die Vorstellung, oder sagen wir so, durch die Verwechslung organisatorischer Geschäftstätigkeit mit wirklicher Politik, sondern hinter diesem Antrag steht die Überlegung, daß die Politik es notwendig macht, konkreter gesagt die Deutschlandpolitik es notwendig macht, daß sich die Christlich Demokratische Union in Zukunft intensiv mit den Fragen der Deutschlandpolitik befaßt.

Es ist nicht mehr selbstverständlich, das zunächst zu sagen. Es ist nicht mehr selbstverständlich, daß in unserem Lande das gesamtdeutsche Bewußtsein und der gesamtdeutsche Wille, die gesamtdeutsche Entschlossenheit breit und aktiv echt vorhanden sind. Wer sich umsieht, weiß, daß bei den Älteren zunehmend Resignation aufkommt.

Unsere Aufgabe ist es, als politische Partei dieser Resignation entgegenzuwirken, gerade weil wir wissen, daß der Weg oder sagen wir, daß diese gesamtdeutsche Durststrecke, die wir durchstehen müssen, daß sie möglicherweise noch lang ist, daß wir möglicherweise noch lange Zeit bis zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Deutschen brauchen. Deshalb müssen wir uns um so mehr anstrengen, das gesamtdeutsche Bewußtsein zu stärken, denn wir werden diesen vielleicht langen Marsch nur durchstehen, wenn es gelingt, den Willen zu Deutschland als Ganzem, zu unserem Volk, in diesem Teil Deutschlands, zu einer politisch bewegenden Kraft zu machen.

Ein zweites, es scheint mir notwendig und es erscheint den Antragstellern notwendig, daß wir uns auch in unserer Partei sehr viel intensiver darum kümmern müssen, die junge Generation für das gesamtdeutsche Engagement zu gewinnen. Dies ist nicht mit einem Beiklang von Vorwurf etwa gegen die junge Generation gesagt oder gemeint, sondern wir müssen uns vor Augen halten, daß diese junge Generation in eine Wirklichkeit hineingeboren ist, die eben nicht die Einheit Deutschlands, sondern die Spaltung Deutschlands ist. Gestern hat der Vorsitzende der Jungen Union, Jürgen Echternach, hier ein Bemerkung gemacht, die wohl rhetorisch gemeint war. Er fragte uns, ist es denn nicht begrüßenswert, daß junge Menschen sich nicht nur für materielle Dinge interessieren, sondern daß sie sich auch politisch, geistig engagieren. Ich für meinen Teil, ich glaube, auch Sie werden auf die rhetorische Frage antworten, natürlich ist es gut, daß es so ist. Aber das bedingt doch sogleich, daß man sich auch darum kümmert, wofür sich diese junge Generation, insbesondere ihre aktivistischen Teile und Gruppen, wofür sie sich konkret engagieren und in welcher Weise sie sich engagieren. Und wenn man sich diese Frage stellt, dann offenbart sich, daß viel zu tun ist, um dieses Engagement der jungen Generation, um ihre Bereitschaft zu politisch-geistigem Engagement in der rechten Weise fruchtbar zu machen, auch für die deutsche Politik, für die Deutschlandpolitik fruchtbar zu machen.

Meine Parteifreunde, ihnen geht es ja sicher genau so wie mir, wir erleben viele Demonstrationen, wir haben z. B. jetzt am Wochenende die Demonstrationen in Verbindung mit dem Krieg in Vietnam erlebt. Manchmal, gar nicht selten, muß man den Eindruck haben, daß das Engagement mancher Gruppen, das politisch-geistige Engagement mancher Gruppen, um so stärker ist, je weiter weg dieses Demonstrationsziel liegt, Portugal oder Griechenland oder Südafrika oder Lateinamerika. Muß sich da nicht die Frage für uns aufdrängen, warum denn diese Teile der jungen Generation sich nicht genauso energisch engagieren gegen die Verweigerung der Menschenrechte für Deutsche im eigenen Land, nämlich jenseits der Mauer und der Zonengrenze. Ich sage gar nichts gegen weltweites Engagement dieser jungen Menschen. Die Welt ist klein geworden heute und alles hängt im Grunde zusammen. Aber, ich meine, es muß doch wieder selbstverständlich werden, und wo es das nicht ist, muß es wieder durch politische Arbeit selbstverständlich gemacht werden, daß unsere Nächsten, um die wir uns also zuerst zu kümmern haben, die 17 Millionen in unserem eigenen Lande, jenseits der trennenden Linie sind.

Eine dritte und letzte Bemerkung, um den Gesamtzusammenhang zu skizzieren, in dem der Antrag der Exil-CDU und der CDU Württemberg-Hohenzollern ge-

sehen werden will. Es genügt für eine politische Partei, im Jahre 25 der deutschen Teilung nicht nur das Ziel lebendig zu machen, das Ziel vor Augen zu stellen, sondern sie muß auch den Weg weisen, von dem sie glaubt, daß auf ihm dieses Ziel erreicht werden kann. Jeder von uns weiß, daß Deutschlandpolitik keine Einbahnstraße ist, daß hier ein schwieriger, langwieriger, komplizierter Weg ist, ein Weg, auf dem viele, bleiben wir einmal bei dem Verkehrsbild, auf dem viele Mausefallen und viele Sackgassen lauern. Und es gibt doch, durch Diskussionen in den letzten Jahren, durch dieses Anerkennungsgerede, durch dieses undifferenzierte Sprechen von zwei deutschen Staaten in der Regierungserklärung, durch das Spiel mit dem Begriff Realität, das mancherorts üblich geworden ist, viel Unsicherheit bei uns im Lande.

Hier ist also, meine Freunde, im Interesse gesamtdeutscher Politik viel Arbeit zu leisten, um unsere Argumente darzustellen, die Zusammenhänge zu zeigen und unsere Taktik und Strategie verständlich zu machen. Nur, meine Freunde, nur in dem Maße, in dem uns dies gelingt, unsere Deutschlandpolitik einsichtig und durchsichtig zu machen, wird es möglich sein, für die Deutschlandpolitik der CDU die notwendige Ausstrahlung auch in die Breite der Bevölkerung zu erreichen und dazu muß am Anfang die Orientierungsarbeit in der eigenen Partei stehen. Dies ist der Sinn dieses Antrages und in diesem Sinne bitten wir Sie, den Antrag anzunehmen.

Präsident Vogel: Herzlichen Dank Herr Dr. Gradl, meine Damen und Herren, darf ich zunächst davon ausgehen, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß durch diesen neuen Antrag III/24a die Anträge 24 und 25 erledigt sind und nur noch der Antrag III/24a zur Abstimmung steht. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, meine Damen und Herren. Darf ich diejenigen Delegierten, die dem Antrag zustimmen wollen, bitten, ihre Stimmkarte zu erheben. – Ich danke, darf ich um die Gegenprobe bitten? – Darf ich um Stimmenthaltungen bitten? – Der Antrag ist einstimmig angenommen. Meine Damen und Herren, damit sind die dem Parteitag vorliegenden Anträge erledigt.

Wir kommen zur Fortsetzung der allgemeinen Aussprache, ich darf diejenigen Delegierten, die sich außerhalb des Saales befinden, und die sich zu Wort gemeldet haben, bitten, in den Saal zukommen, ich werde die einzelnen Wortmeldungen aufrufen. Diejenigen Delegierten, die nicht im Saal sind, haben damit ihre Wortmeldung verwirkt. Sie sind damit einverstanden, daß ich für kurze Zeit unterbreche, damit die Delegierten, die sich außerhalb des Saales befinden, die Möglichkeit haben, in den Saal zu kommen.

Herr Dr. Gündisch hat sich als erster in der Reihenfolge zu Wort gemeldet, ich darf ihm bereits das Wort erteilen. Die nächste Wortmeldung liegt vor von Herrn Stehle aus dem Landesverband Nord-Württemberg, es schließt sich an Herr Dr. Marx aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir uns an die Redezeitbeschränkung halten müssen. Ich werde darauf achten, daß niemand länger als 5 Minuten spricht.

Dr. Gündisch: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Parteifreunde, ich hatte mich zur Generaldebatte zu Wort gemeldet, weil ich im Anschluß an das Referat des Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel noch

einiges zur Europapolitik sagen wollte, was über – wie ich jetzt nachträglich feststelle – über den Rahmen des Antrages unserer Freunde Furler, Dichgans und anderer hinausgeht. Ich glaube, der notwendige Appell zur Fortführung unserer Europäischen Politik, der Appell zu einem Impetus ist schon mit der Annahme dieses Antrages gegeben worden. Dazu muß nichts weiteres gesagt werden. Ich möchte nur diejenigen, die sich in der Bundestagsfraktion und in der Bundespartei insbesondere um Europapolitik bemühen, auf einen besonderen Aspekt hinweisen. Den Aspekt nämlich, daß unsere europäische Einigung Gefahr läuft, zu einer bürokratischen Maschinerie zu werden. Die Europäischen Behörden operieren ohne demokratische Kontrolle und sie machen genau das, was jede Behörde tut, wenn sie keiner demokratischen Kontrolle unterliegt, sie produzieren Verwaltungsanweisungen, sie produzieren Verordnungen der Kommission des Ministerrates, sie produzieren Entscheidungen in einer solchen Fülle, daß kaum mehr ein Bürger der EWG-Mitgliedstaaten diese Produktion übersehen kann.

Ich meine, daß damit nicht nur dem demokratischen Prinzip zuwidergehandelt wird, sondern ich fürchte auch, daß damit unsere gesamte Verwaltung völlig unduchsichtig wird, daß damit dieser Forderung, die heuzutage immer erhoben wird, Transparenz unseres staatlichen Handels, daß dieser Forderung zuwider gehandelt wird. Wenn wir es nicht bald schaffen, diese Tendenz zu bremsen und umzukehren, dann könnte unsere europäische Nation, der europäische Bundesstaat in 15 Jahren, das ist das Jahr 1984, leider eine fatale Ähnlichkeit mit Ortwell's 1984 haben.

Noch einen zweiten Punkt möchte ich hier aus der Rede von Dr. Barzel anschneiden. Einen Punkt, den er nicht behandelt hat und der mir auch unter dem Gesichtspunkt dessen, was in der großen Debatte gestern so häufig angeschnitten wurde, bedeutungsvoll erscheint. Es wurde in keiner Weise auf diesem Parteitag über unsere Bemühungen für eine Reform unseres allgemeinen Rechtswissens gesprochen, insbesondere des Strafrechts, um eine Reform unserer Justiz. Es ist sehr bedauerlich, daß gerade das Bundesjustizministerium zu einem Ministerium geworden ist, das häufig nur wenige Monate von seinem Inhaber wahrgenommen wird. So war das früher, so ist das auch jetzt wieder gewesen. Ich glaube, gerade die kritische Jugend und auch die mittlere Generation, zu der ich mich zähle, gerade die Intelligenz legt großen Wert darauf, daß wir unsere Rechtsordnung reformieren, daß wir das Strafrecht reformieren, daß wir unser Rechtswesen durchsichtiger, die Instanzen-Züge schneller, flüssiger gestalten. Ich meine, die Union sollte auch auf diesem Gebiete wieder führend tätig werden.

Präsident Vogel: Herzlichen Dank Herr Dr. Gündisch, als nächster hat sich Herr Stehle zu Wort gemeldet, ist Herr Stehle anwesend?

German Stehle: Meine Damen und Herren, in der Diskussion am gestrigen Tag wurde verschiedentlich ein sozusagen unvermeidbarer Rückwärtstrend der CDU-Wählerstimmen im Bereich der Großstädte, in den großstädtischen Mittelschichten unterstellt. Daß ein solcher Trend aber keineswegs in allen Großstädten der Fall zu sein braucht, zeigen Wahlergebnisse, insbesondere in süddeutschen Städten, wie z. B. in Stuttgart, wo wir eine Steigerung um 2,1 % der

CDU-Stimmen erreichen konnten. Auch in anderen süddeutschen Großstädten zeigen sich günstigere Ergebnisse als anderswo.

Diese Uneinheitlichkeit des Wahlergebnisses gegenüber anderen Großstädten steht m. E. nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der von der CDU in den Großstädten teilweise mit unterschiedlichem Schwergewicht vertretenen gesellschaftspolitischen Wahlkampflinie, z. B. im Bereich von Mitbestimmung und von Mitbeteiligung.

Im einzelnen würde es hier zu weit führen, dieser Parteitag steht ja unter erheblichem Zeitdruck, das nun auszuführen und zu unterstreichen. Die Ursachen aber dieser Uneinheitlichkeit sollten klargelegt und näher untersucht werden. Regionale und strukturelle Uneinheitlichkeiten im Wahlergebnis müssen klarer als bisher herausgearbeitet werden. Ich möchte mir daher erlauben, einige Wahlkampfunterlagen aus unserem Bereich – aus Stuttgart und Nordwürttemberg – den Delegierten dieses Parteitages zu näherem Studium zur Verfügung zu stellen. Sie liegen nachher mit Zustimmung des Tagungspräsidiums im Foyer aus. Ich möchte dadurch einen Beitrag zur Abkürzung und Straffung der Diskussion auch meinerseits leisten. Ich danke Ihnen.

Präsident Vogel: Als nächster hat das Wort Herr Dr. Marx. Ich danke Herrn Stehle, vor allen Dingen dafür, daß er seine Redezeit nicht voll ausgeschöpft hat.

Dr. Marx: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, heute morgen hat unser Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Barzel, in seiner Rede die Formulierung gebraucht, es sei notwendig, vor allem auf dem Gebiete der Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik Pflöcke einzuschlagen, so daß sie nicht so leicht von der gegenwärtigen Regierung verändert und von ihrer Position weggezogen werden können. Ich glaube, daß gerade auf diesem Felde, nämlich auf dem der Außenpolitik, wo die gegenwärtige Regierung sich auf eine Bahn begeben hat, die uns offensichtlich immer größere Schwierigkeiten bereiten wird, Positionen aufgegeben und Pflöcke ausgezogen werden, die hinterher nur außerordentlich schwer, wahrscheinlich gar nicht mehr, wieder in ihre Position eingerammt werden können.

Wir werden auch, meine Damen und Herren, in der nächsten Zeit mit sehr vielen Problemen in der Außenpolitik selbst konfrontiert. Ich will einige Bemerkungen dazu machen.

Es ist gesprochen worden über den Atomwaffen-Sperrvertrag. Ich glaube, wir in der CDU/CSU sollten großen Wert darauf legen, daß nicht durch eine gewisse fingerfertige Propaganda der Eindruck erweckt wird, als ob wir uns – wenn wir auf gewisse sehr weitreichende Konsequenzen dieses Vertrages hinweisen – dem Grundgedanken, nämlich der Nicht-Weitergabe entgegenstellen würden. Dieser Grundgedanke ist für uns eindeutig. Es ist für uns völlig klar, daß wir nicht für eine nationale Verfügungsgewalt über atomare Waffen sind. Aber wir müssen darauf hinweisen, daß es auf diesem Felde noch eine wichtige Fülle von Fragen und Problemen, von notwendigen Interpretationen geben muß, die gegenwärtig nicht vorliegen und uns daher eine

genaue Überlegung, was in verschiedenen Konseqenzen dieses Vertrages drin sein mag, nicht erlauben.

Ich glaube, es geht nicht darum, daß man sagt, gut, unsere Verbündeten, die Amerikaner, geben uns zu gewissen unklaren Textstellen klare Interpretationen, sondern es kommt auch darauf an, was der andere der Hauptunterzeichnerstaaten, nämlich die Sowjetunion, an Interpretation sagt. Unsere Situation, die der Deutschen ist doch, daß wir dazwischenliegen und daß, wenn wir unterschreiben, dann hinterher die Sowjetunion sich durchaus in der Lage sehen kann, darauf hinzuweisen, daß sie die Interpretationen, die wir mit dem Vertrag aufgrund der Zusagen unserer Verbündeten verbinden, nicht hält.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen zu dem, was man jetzt die Öffnung nach Osten nennt. Meine verehrten Freunde, die Auseinandersetzung mit den politischen Vorstellungen, mit der ideologisch vorgeprägten politischen Welt des europäischen Ostens, mit der wirtschaftspolitischen, mit der außen- und sicherheitspolitischen Realität in diesen Ländern, diese Auseinandersetzung zu führen und die zusätzlichen Kenntnisse uns zu erwerben, ist eine zwingende Notwendigkeit. Aber gerade der Hinweis, daß es notwendig ist, eine größere Fülle von Kenntnissen zu erwerben, führt mich dazu zu sagen, die Voraussetzungen, die in einer sehr sachgerechten Analyse liegen müßten, werden von unserer gegenwärtigen Regierung offenbar nicht im notwendigen Maße erfüllt. Wir stellen oft fest, daß statt einer sachgerechten Analyse Hoffnung und ein Stück von Illusion als politische Wirklichkeit von morgen – wie man sagt – verkauft werden. Ich muß Ihnen sagen, wenn ich mir vorstelle, daß bei der Entwicklung, die jetzt eingetreten ist, Bundesaußenminister Scheel einer der wichtigsten Gesprächspartner mit der sowjetischen Führungsequipe in Moskau sein würde, und daß der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Franke, ein wichtiger Gesprächspartner in Ostberlin sein wird, dann kommen doch Bedenken, ob diese Männer über die entsprechenden subtilen und generellen Kenntnisse und über die entsprechende Härte und Durchsetzfähigkeit verfügen, die zwingend notwendig sind, wenn wir mit unseren politischen Überlegungen für die weitere Entwicklung unseres Landes nicht Stück für Stück an negativen Entwicklungen einhandeln wollen.

Lassen Sie mich, meine Freunde, zum Abschluß kommen. Was unser Freund Gradl eben sagte, auf dem Gebiete der Deutschlandpolitik, wo er ja einige Pflöcke markiert hat, ist eindeutig und die Abstimmung hat gezeigt, daß seinem Antrag zugestimmt wird. Ich möchte aber noch auf seine Schlußbemerkung eingehen, nämlich auf die Notwendigkeit, daß wir in unserer eigenen Partei, in der CDU, mehr Möglichkeiten ergreifen als dies in den letzten Jahren der Fall war, um in unseren Kreisverbänden, in den Bezirksverbänden das generelle und für uns lebenswichtige Thema unserer eigenen Einstellung zu der Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik richtig durchzugehen und für uns verbindlich zu formulieren. Ich habe aus manchen Einlassungen, die wir auch von Parteifreunden draußen in der Presse, im Rundfunk, in Fernsehinterviews erleben, den Eindruck, daß Stück um Stück die verbale, die von der anderen Seite immer tiefer infiltrierte Sprachregelung auch von einigen unserer eigenen Leute übernommen wird.

Dem, meine Freunde, entgegenzuwirken, nicht nur in einer sturen Ablehnung, sondern in der Fähigkeit und Bereitschaft des intellektuell-redlichen, facettenreichen Denkens aber eine politische Lösungsmöglichkeit auch anzubieten, ist eine der entscheidenden Aufgaben, vor der wir heute stehen. Diskussionen über gesellschaftspolitische Veränderungen in unserem eigenen Lande können uns nicht davon abhalten, die Basis unserer Existenz in der Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin an die führende Stelle der politischen Diskussion und Auseinandersetzung zu rücken. Ich bedanke mich.

Präsident Lieselotte Pieser: Als nächster hat in der Generalaussprache Herr Damm, Hamburg, das Wort. Ist Herr Damm im Saal? Das ist nicht der Fall. Wir haben beschlossen, Redemeldungen nicht Anwesender als erledigt zu betrachten. – Als nächster Herr Gehrhardt aus Hessen.

Die nächsten Redner sind Herr Kühnle aus Nord-Baden, dann Frau Starlinger aus Rheinland-Pfalz.

Ernst Gehrhardt: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zu dem Bericht des Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel wollte ich eigentlich einen ganz anderen Beitrag leisten, nämlich ein Thema behandeln, das die Pflicht zur Präsenz und zur Disziplin unserer Bundestagsabgeordneten betrifft.

Meine Damen und Herren, die deutsche Öffentlichkeit, ja, ich möchte meinen, die Weltmeinung, hat mit Spannung die erste Kraftprobe zwischen der Linkskoalition und der größten Fraktion in unserem Bundestag erwartet. Und wir alle waren gespannt darauf, wie diese erste Kraftprobe ausging. Wir hatten mit 242 Stimmen gerechnet und siehe da, es kamen nur 235 heraus. Dieses Ergebnis ist zustande gekommen, weil es, ich muß es sagen, vielleicht weniger intelligente Persönlichkeiten auch in unserer Fraktion gibt, oder aber, weil es Fraktionsmitglieder gibt, die sich an Disziplin nicht gewöhnen können. Denn durch Leichtfertigkeit oder durch politische Dummheit sind sieben Stimmen, unter Einbeziehung der Krankmeldung von Herrn Lücke sechs Stimmen, verspielt worden.

Meine lieben Freunde, ich glaube, daß sollte uns auch interessieren, denn wir haben es notwendiger als früher, auf den Eifer und auf die Disziplin unserer Bundestagsabgeordneten zu achten. Wenn wir den Kampf bestehen wollen, dann heißt es, daß jeder einzelne Abgeordnete seine Pflicht zu erfüllen hat sowohl im Plenum wie auch in den Ausschüssen. Und hier meine ich, wäre es notwendig, daß die Bundestagsfraktion eine verzahnte Zusammenarbeit zu den Kreisverbänden herstellt und die Kreisverbände darüber informiert werden, wo solche Disziplinlosigkeiten vorkommen.

Ich sage das nicht deshalb, weil ich ein Kontrollorgan schaffen möchte, sondern ich sage es deshalb, weil wir auch in den Kreisverbänden das größte Interesse daran haben, daß unsere Fraktion den Kampf besteht, besteht überall dort, wo die schwachen Stellen der Mini-Koalition sind. Ich wollte das vor allem deshalb ausführen, um dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel den Rücken zu stärken, damit er dort, wo es notwendig ist, die Zügel straffer zu fassen, auch der Unterstützung des Parteitages sicher ist.

Präsident Lieselotte Pieser: Zur direkten Erwiderung Herr Leicht.

Albert Leicht: Meine lieben Freunde, ich muß dem Freund aus Hessen zunächst einmal grundsätzlich zustimmen. Ich möchte nur, damit hier nicht ein falscher Eindruck erweckt wird, zum tatsächlichen, zu dem Beispiel, das er angeführt hat, etwas sagen. Es stimmt, daß sieben Leute gefehlt haben. Davon waren zwei krank, nicht nur Herr Lücke, sondern auch unser Freund Gottesleben, der zu Hause schwer bettlägerig war. Und es waren – und darüber kann man nun streiten, aber ich will es einfach hier klarstellen – einige Leute in Neu-Delhi auf einer Tagung. Ich sage noch einmal, man kann darüber streiten, ob das in Zukunft möglich sein kann, wenn wir immer mit Recht die Präsenz im Bundestag verlangen. Lassen Sie mich bitte eine zweite Bemerkung machen: haben Sie draußen in den Kreisverbänden, ich spreche jetzt, glaube ich, im Namen aller meiner Kollegen im Bundestag, auch dafür Verständnis, daß unser erster Platz jetzt in der Opposition in Bonn ist, und deshalb muß man manchmal auf unsere Mitwirkung im Wahlkreis verzichten. Danke schön.

Präsident Lieselotte Pieser: Als nächster bitte Herr Kühnle, Nord-Baden.

Ernst Kühnle: Frau Präsidentin, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir sollten nicht darüber streiten, ob Innenpolitik oder Außenpolitik den Vorrang hat. Denn das eine geht ohne das andere nicht. Diese Verzahnung und gegenseitige Bedingtheit ist besonders deutlich in der Deutschland- und Ostpolitik. Allerdings müssen wir wissen, wie eben betont wurde, daß Weichenstellungen und Entscheidungen auf diesem Gebiet schwerlich oder kaum mehr rückgängig gemacht werden können. Das müssen wir unserem Volk ganz klar machen.

Dabei kommt es mir besonders darauf an, die Behauptung der Regierung Brandt-Scheel von der kontinuierlichen Fortsetzung der Deutschland- und Ostponlitik zurückzuweisen. Diese Behauptung will diese Regierung nur deshalb aufrechterhalten, um damit den Anschein zu erwecken, daß das, was sie auf diesem Gebiet bereits unternommen hat und unternehmen wird, im wesentlichen nichts anderes ist, als was die von der CDU geführten Bundesregierungen getan haben und gewollt haben, um damit das in die Regierungen in diesem Bereich entgegengebrachte Vertrauen auf sich überzuleiten.

Es ist etwas entscheidend Neues geschehen mit der Feststellung von der Existenz zweier deutscher Staaten. Das bedeutet eine de facto-Anerkennung des Ulbricht-Regimes und damit im Hinblick auf die Breschnew-Doktrin, die vor unseren Augen in der Tschechoslowakei praktiziert wird, ein Verbleib des anderen Teils Deutschlands hinter dem Eisernen Vorhang mit Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik. Dabei gibt es ohne den Willen Moskaus keine Rückkehr in die Freiheit.

Somit schafft die SPD, nicht, wie sie es proklamiert hat, das moderne Deutschland, sondern sie schafft das halbe Deutschland und damit zugleich ein halbes Europa. Diese neue Politik, diese neue Deutschland- und Ostpolitik hat unübersehbare Konsequenzen, die uns alle zum Verhängnis werden können. Ich kann auf diese Konsequenzen jetzt nicht eingehen, dazu fehlt die Zeit.

Ich wollte nur mit meinen Ausführungen die Bedeutung dieser neuen Situation unterstreichen und damit auf die Notwendigkeit, die Deutschland- und Ostpolitik in das politische Mittelfeld der Partei und unseres Volkes zu rücken, hinweisen.

Ich begrüße deshalb auch die einstimmige Annahme des Antrages, gesamtdeutsche Arbeitskreise zu bilden. Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, auf die öffentliche Meinung zu wirken. Ich meine, daß auf diesem Gebiet auch in den Bundesländern mehr getan werden kann und muß, weil nämlich die Verantwortung für die staatsbürgerliche und politische Bildung bei den Bundesländern liegt. Es kommt darauf an zu wissen, was in den Schulen darüber gesprochen wird, was gelehrt wird, um so mehr, als wir jetzt dabei sind, das Wahlalter auf 18 Jahre herabzusetzen. Damit bekommt die schulische Bildung in dieser Frage eine viel gravierendere Bedeutung.

Ich möchte das vorschlagen, was wir in Baden-Württemberg im Landtag gemacht haben: wir haben einen Arbeitskreis für gesamtdeutsche Fragen und – weil das auch noch dazu gehört – für Vertriebenen- und Flüchtlingsangelegenheiten gegründet, um von diesem Arbeitskreis aus diese Fragen zu behandeln, zu intensivieren und auf diesen Gebieten Einfluß zu nehmen.

Präsident Lieselotte Pieser: Wir danken unserem Kollegen, der uns ein Programm empfiehlt, das sich in Baden-Württemberg schon bestens bewährt hat. Als Nächste Frau Starlinger, Rheinland-Pfalz. – Ich darf Herrn Viehhof bitten, sich als nächster Redner bereitzuhalten.

Ursula Starlinger: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf die Gefahr hin, hier etwas zu wiederholen, was gesagt worden ist, möchte ich doch noch einmal auf die Formulierungen von gestern, ich glaube, es war Herr Rollmann aus Hamburg, zurückkommen, der einerseits erklärte, daß die Entscheidung zwischen CDU und SPD in der Zukunft auf dem Gebiet der Gesellschafts- und Innenpolitik fallen würde und zweitens, der CDU eine Zukunft als ein Dienstleistungsunternehmen voraussagte.

Ich glaube, dem ist zu widersprechen. Es ist ihm zunächst einmal zu widersprechen, und zwar ganz eindeutig darin, daß der Primat der Außenpolitik erhalten bleiben muß bei einem Land, wie dem unseren im Herzen Europas, bei dem ja praktisch die außenpolitischen Erfolge oder Mißerfolge entscheidend überhaupt für seine Zukunft sind.

Meine Damen und Herren, es wird in gar nicht absehbarer Zeit wahrscheinlich noch viel deutlicher werden als heute, daß diese außenpolitischen Dinge, die hier verschiedentlich angesprochen wurden, sowohl in der Deutschland- und Ostpolitik, aber auch in unserer Weltpolitik unsere Zukunft entscheidend bestimmen werden. Und wenn wir alleine in der Innen- und Gesellschaftspolitik, deren ungeheuere Wichtigkeit ich gar nicht verkenne und auch gar nicht bestreiten will, Erfolge erzielen, werden wir deshalb noch längst nicht abgesichert sein, und es geht ja letzten Endes darum, mit unserer Sicherheit auf der außenpolitischen Basis nicht in größte Schwierigkeiten zu kommen.

Deshalb meine ich, der Primat der Außenpolitik, meine Damen und Herren, darf gerade in unserer Lage nicht angetastet werden. Und ich meine, daß

wir auch kein Dienstleistungsunternehmen werden müssen oder sollten, und wenn wir schon im Bereich des Wirtschaftlichen bleiben, dann meine ich, daß wir ein Führungsunternehmen sind und sein sollten unter allen Umständen. Um aber diese Außenpolitik der CDU und ihre außenpolitischen Vorstellungen transparent zu machen, meine Damen und Herren, ist es von entscheidender Bedeutung, wie wir unsere außenpolitischen Vorstellungen artikulieren und wie wir – und damit beziehe ich mich auf das, was der Vorredner sagte – sie an unsere jungen Menschen herantragen.

Unsere jungen Menschen verstehen unsere außenpolitischen Vorstellungen zu einem großen Teil deshalb nicht, weil wir es nicht verstanden haben, ihre entscheidenden Punkte wirklich so klar aufzuzeigen, das Bild, wie wir es uns in etwa vorstellen, das Ziel, das wir anstreben, immer wieder, und zwar in einer Sprache, die dem jungen Menschen verständlich ist und in einer Terminologie, die er begreift, vorzutragen. Wir geraten in die Gefahr, daß man gerade in der jungen Generation meint, unsere Sicherheit sei dank der anwesenden Amerikaner vollkommen gewährleistet. Ich meine, meine Damen und Herren, daß wir viel stärker darauf abheben müssen, wie unsicher unsere Situation ist und wie notwendig es ist, daß wir auf allen Gebieten der Innen- und Gesellschaftspolitik, genauso wie auf dem Gebiet der Außenpolitik für Sicherheit und Absicherung sorgen müssen. Danke.

Präsident Lieselotte Pieser: Schönen Dank Frau Starlinger. Als nächster bitte Herr Viehof.

Hanshorst Viehof: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren. Herr Dr. Barzel hat sicherlich heute morgen die selbstbewußteste Rede dieser drei Reden des Parteitages gehalten. Ich habe aber die Sorge, insbesondere nach seinem Schlußkapitel, das der jungen Generation galt und in dem er auch den bedeutenden Satz sagte „wir sagen ja zu dieser jungen Generation und stellen uns gern ihren Fragen", daß dies nur eine Fortsetzung der Wortorgie war, die hier zwei Tage lang Reform machte. Meine Damen und Herren, wenn Sie die heutige Morgenpresse lesen, dann würden Sie mir zustimmen, daß ich mit Recht Faust zitieren darf, die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Meine Damen und Herren, wenn man das Verfahren schon vor diesem Parteitag beobachtet hat, daß man nämlich behauptete, dieser Parteitag könne nicht die künftigen Richtlinien und Perspektiven praktisch vollziehen, dies müsse einem Sonderparteitag überlassen bleiben, es lägen noch keine endgültigen Analysen vor, dann muß ich fragen, wieso ist es z. B. dem Landesverband Rheinland möglich, am kommenden Samstag auf seinem Parteitag anhand eines vollständig ausgearbeiteten Papiers seine Konsequenzen für seine künftige Politik zu ziehen.

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß man mit Hinweis auf weitere Analysen und mit Hinweis auf den künftigen Sonderparteitag elegant, personell wie sachlich, über diesen Parteitag hinauskommen wollte. Meine Damen und Herren, es gibt für mich auch ein sehr konkretes Zeichen, daß dieser Parteitag gegenüber der Jugend auch nur zwei Zeichen akklamiert, einmal als gestern abend der Antrag „Herabsetzung auf

16 Jahre" anstand. Meine Damen und Herren, da fand die Reform dieser CDU nach 18 Uhr am Kaffeetisch statt. 180 Delegierte waren nicht mehr in diesem Parteitag. Meine Damen und Herren, ich habe Verständnis dafür, daß sich jetzt die Reihen gelichtet haben, weil es elementare menschliche Grundbedürfnisse gibt. Ich habe kein Verständnis dafür, daß dies gestern abend um 19.30 Uhr passieren konnte. Ich glaube nur, wenn wir in der Tat, in der Tat glaubwürdig sind, werden wir auch vor der Jugend glaubwürdig sein müssen. Meine Damen und Herren, ein weiteres Zeichen. Ich bedauere es, daß derjenige, den ich jetzt ansprechen möchte, in der Pressekonferenz ist. Ich habe es in der Tat heute morgen vermißt, daß der Fraktionsvorsitzende, Dr. Barzel, in der Diskussion über den Antrag „Herabsetzung auf 16 Jahre" das Wort ergriff, nachdem er eine Stunde vorher diesen Satz gesagt hatte: „Wir sagen ja zu dieser jungen Generation und stellen uns gerne ihren Fragen." Meine Damen und Herren, ich erwarte, daß man auch solche Akklamationen einhält und nicht zusieht, wie sich das in diesem Saal entwickelt.

Meine Damen und Herren, meine große Sorge ist, daß wir uns hier auf diesem Parteitag nur mit Worten begnügen und nicht jetzt Taten folgen lassen. Meine herzliche Bitte ist, wir werden die sieben Jahrgänge, die 1973 an die Wahlurne gehen, nur überzeugen können, für uns zu stimmen, wenn wir uns nicht in Wortorgien erschöpfen, sondern Taten diesen Worten folgen lassen. Schönen Dank.

Präsident Lieselotte Pieser: Ich darf Herr Viehof darauf aufmerksam machen, daß entgegen dem Ergebnis des gestrigen Abends der Parteitag heute mit überzeugender Mehrheit einem entsprechend eingereichten Antrag zugestimmt hat. Vielleicht war in diesem Augenblick Herr Viehof nicht anwesend. Als nächster bitte Herr Eisenacher, Landesverband Hannover.

Walter Eisenacher: Herr Präsident, meine Damen und Herren, einleiten möchte ich meine Ausführungen mit der Feststellung: die CDU hat sich endlich auf diesem 17. Bundesparteitag zu einer neuen Jugendpolitik bekannt, und ich hoffe, daß sie dies auch durchführen wird. Ich möchte Herrn Dr. Barzel und der Bundestagsfraktion danken für die sehr schnelle und rechtzeitige Einbringung der Vorlage für die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.

Aber, meine Parteifreunde, damit ist aber für uns alle eine zwingende neue Jugendpolitik in der Union verbunden. Dazu muß die Unterstützung der Breitenarbeit gehören. Förderung des allgemeinen und des Leistungssports auf allen Ebenen, damit ist verbunden, die gesamte Jugendpolitik zu einem nationalen Anliegen zu erklären, mit besonderer Blickrichtung auf die Olympischen Spiele. Zur neuen Jugendpolitik gehört aber auch, in Anbetracht des stärker werdenden Potentials junger Wähler und dessen Trend zur Linksorientierung, der Jungen Union und dem RCDS eine breitere finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir erwarten als Gegenleistung aktuelle ständige Wirksamkeit bei den jungen Menschen und lebensnahen Kontakt.

An dieser Stelle möchte ich auch Herrn Katzer für die Einbringung seines Antrages danken, die Mitgliedschaft in der CDU mit 16 Jahren beginnen zu lassen.

Aber zu einer neuen Jugendpolitik gehört auch, Herr Parteivorsitzender Dr. Kiesinger, daß wir – ich komme aus der Univertsitätsstadt Göttingen – mehr Unterstützung von der Bundespartei erhalten. Herr Dr. Kiesinger, gehen Sie jetzt nach der Wahl in die Universitätsstädte und sprechen Sie mit der Jugend und den Intellektuellen. Wir werden Ihnen dabei helfen. Denn die nächsten Wahlen müssen auch bei uns mit der Jugend gewonnen werden.

Aber nun ein Wort zur Parteiarbeit auf den unteren Ebenen. Der Generalsekretär Herr Dr. Heck hat gestern in seinen Ausführungen unterstrichen: wir müssen heraus mit der Partei aus den Hinterstuben der Lokale und unsere Arbeit transparenter gestalten. Dies müssen wir voll unterstützen. Herr Dr. Heck, geben Sie bitte bald den Kreisverbänden ihre Vorstellungen über moderne Parteiarbeit bekannt. Denn die unteren Ebenen, die Kreisverbände, sind die Quelle für gute Parteiarbeit. Daß nun endlich unsere Mandatsträger in den Kommunalparlamenten eine Würdigung auf diesem Bundesparteitag erhielten, ist sicherlich fortschrittlich in dieser Partei. Aber gute Kommunalpolitik setzt gute Parteipolitik auf den unteren Ebenen voraus. Und nur hier werden für die CDU die nächsten Wahlen mitgewonnen oder verloren. Danke schön.

Präsident Lieselotte Pieser: Damit sind wir am Ende unserer Diskussion angelangt. Wie ich höre, ist das Ergebnis der Auszählung in etwa 5 Minuten zu erwarten. Ich darf vorschlagen, um die Zeit zu überbrücken, jetzt den Punkt 12 e) unserer Tagesordnung abzuwickeln: Wahl der Rechnungsprüfer.

Der Vorstand und der Bundesausschuß haben den Vorschlag vorgetragen, die Herren Blumenfeld und Horten wieder mit dieser Aufgabe zu betrauen. Meine Freunde, es ist von der Satzung her nicht erforderlich, diese Wahlen in der bisher üblichen Form vorzunehmen. Ich darf deshalb fragen, wer ist dafür, daß wir diese Wahl durch Akklamation vornehmen. – Ich bitte um ein Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe. – Damit können wir in die Abstimmung über die Wahl der Rechnungsprüfer für die beiden Kandidaten Blumenfeld und Horten eintreten. Ich darf die Delegierten, die für die Bestätigung dieser beiden Parteifreunde als Rechnungsprüfer sind, um das Handzeichen mit der Delegiertenkarte bitten. – Die Gegenprobe bitte. – Das erstere war die überzeugende Mehrheit. Ich darf fragen: Herr Blumenfeld, nehmen Sie die Wahl an? – Nicht im Saal – Herr Horten? – auch nicht im Saal –.

Damit wären wir auch an diesem Punkt zum Abschluß gekommen und warten nun auf das Ergebnis der Auszählung des Wahlvorganges für den Bundesvorstand.

Ich darf in der Zwischenzeit darum bitten, daß die stimmberechtigten Delegierten, die sich noch in den Gängen und in der Vorhalle aufhalten, doch bitte jetzt ihre Plätze im Plenum wieder einnehmen möchten, denn es sind ohne Zweifel Stichwahlen zu erwarten.

Präsident Dr. Ritz: Meine Damen und Herren, wir können die Pause beenden, das Wahlergebnis liegt vor, wir sind in der seltenen günstigen Situation, daß keine Stichwahl erforderlich sein wird.

Meine Damen und Herren, es sind abgegeben worden, 478 Stimmen, davon sind 4 Stimmen ungültig, eine Stimmenthaltung; es haben im einzelnen erhalten:

Herr Adorno	286 Stimmen,	Herr Lorenz	316 Stimmen,
Herr Amrehn	374 Stimmen,	Herr Niermann	298 Stimmen,
Herr Dr. Blüm	249 Stimmen,	Herr Rollmann	212 Stimmen,
Frau Brauksiepe	379 Stimmen,	Herr Russe	223 Stimmen,
Herr Dr. Dregger	396 Stimmen,	Herr Dr. Schäfer	379 Stimmen,
Herr Echternach	352 Stimmen,	Herr Dr. Scheufelen	286 Stimmen,
Herr Dr. Filbinger	336 Stimmen,	Herr Dr. Schwarz-Schilling	281 Stimmen,
Herr Dr. Gradl	238 Stimmen,	Herr Stingl	365 Stimmen,
Herr Grundmann	220 Stimmen,	Herr Dr. von Weizsäcker	443 Stimmen,
Herr Prof. Hahn	307 Stimmen,	Herr Windelen	398 Stimmen,
Herr Hasselmann	339 Stimmen,	Herr Wohlrabe	124 Stimmen.
Herr Dr. Kraske	365 Stimmen,		
Herr Dr. Lemke	290 Stimmen,		

Meine Damen und Herren, nicht gewählt sind damit die Herren Grundmann, Rollmann, Russe und Wohlrabe.

Das ist das Ergebnis der Vorstandswahlen. Meine Damen und Herren, ich muß jetzt der Reihenfolge nach fragen, ob die Gewählten die Wahl annehmen, ich frage Herrn Adorno, nehmen Sie die Wahl an? Danke. Ich frage Herrn Amrehn, nehmen Sie die Wahl an? Ich frage Herrn Dr. Blüm, nehmen Sie die Wahl an? Ich frage Frau Brauksiepe, nehmen Sie die Wahl an? Ich frage Herrn Dr. Dregger, ob er die Wahl annimmt. Ich frage Herrn Echternach, ob er die Wahl annimmt. Ich frage Herrn Dr. Filbinger, ob er die Wahl annimmt. Ich frage Herrn Dr. Gradl, ob er die Wahl annimmt. Ich frage Herrn Prof. Hahn, ob er die Wahl annimmt. Ich frage Herrn Hasselmann, ob er die Wahl annimmt. Ich frage Herrn Dr. Kraske, ob er die Wahl annimmt. Herr Dr. Lemke, nehmen Sie die Wahl an? Herr Lorenz, nehmen Sie die Wahl an? Herr Niermann, nehmen Sie die Wahl an? Herr Dr. Schäfer, nehmen Sie die Wahl an? Herr Dr. Scheufelen, nehmen Sie die Wahl an? Herr Dr. Schwarz-Schilling, nehmen Sie die Wahl an? Herr Stingl, nehmen Sie die Wahl an? Herr Dr. von Weizsäcker, nehmen Sie die Wahl an? Herr Windelen, nehmen Sie die Wahl an?

Meine Damen und Herren, damit dürfen wir allen Gewählten sehr herzliche Glückwünsche sagen und die Hoffnung ausdrücken, daß damit ein Bundesvorstand gewählt ist, der dieser Partei in den nächsten Jahren die notwendigen Impulse für unsere Arbeit geben wird.

Präsident Dr. Kohl: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Wir wollen zum letzten Punkt unserer Tagesordnung kommen. –

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zum letzten Punkt unserer Tagesordnung des Mainzer Parteitags. Ich erteile dem Herrn Parteivorsitzenden das Wort zu seiner Schlußerklärung.

Dr. Kiesinger: Meine lieben Parteifreunde, meine Damen und Herren. Mein erstes muß sein, diesem Parteitag herzlich zu danken für das große Vertrauen, das er mir dadurch erwiesen hat, daß er mich zum Parteivorsitzenden gewählt hat. Ich danke denen, die mich gewählt haben. Denen, die glaubten, mir ihr Vertrauen nicht schenken zu können, versichere ich, daß ich in meiner künftigen Arbeit versuchen werde, ihr Vertrauen zu gewinnen. Mein zweites ist ein Glückwunsch an alle, die von diesem Parteitag für wichtige Ämter gewählt worden sind. Mit denen, die in das Parteipräsidium gewählt worden sind, werde ich ja am engsten zusammenzuarbeiten haben, ebenso mit allen, die Mitglieder des Parteivorstandes geworden sind. Ich verspreche Ihnen, daß in Zukunft diese Gremien das nicht mehr sein werden, als was ich sie in meinem Referat bezeichnet habe, nämlich politisch unterernährt. Ich fürchte, es wird eher dazu kommen, daß sie sich über zu viele Nahrung gelegentlich beklagen werden. Ich darf bei der Gelegenheit denen danken, die ausgeschieden sind. Noch einmal ein herzliches Wort des Dankes an die ausgeschiedenen stellvertretenden Vorsitzenden, an erster Stelle an Frau Aenne Brauksiepe, die im Parteivorstand sicher mit derselben Energie weiterarbeiten wird. Einen herzlichen Dank unserem kranken Freund Paul Lücke, der ebenso, wie Frau Brauksiepe, auf eine neue Kandidatur verzichtet. Sie stimmen sicherlich alle mit mir überein, daß ich ihm im Namen des Parteitages herzlichste Genesungswünsche übersende. Seine Tätigkeit für die Union ist ihnen allen bekannt, der hohe Respekt, den seine grundredliche und grundsolide Persönlichkeit sich sowohl in den Reihen der Union wie außerhalb unserer Partei erworben hat.

Ein besonders herzliches Wort des Dankes und in diesem Falle des Abschieds von einer langjährigen Zusammenarbeit sage ich unserem gemeinsamen Freund Hermann Josef Dufhues. Lieber Freund Dufhues, wir alle wissen, daß Sie in den vergangenen Jahren nicht Ihre volle Kraft für die Arbeit der ihnen so teuren CDU einsetzen konnten. Wir haben das zwar verstanden, jedoch sehr bedauert. Bedauert sowohl für die Arbeit im größten deutschen Bundesland, wie aber auch für die Arbeit in den Führungsgremien der CDU. Dennoch habe ich es während des Wahlkampfes feststellen können: Sie waren immer zur Stelle, obwohl ich bemerken konnte, daß Ihnen das keineswegs immer leicht fiel. Sie gehören zur Geschichte der CDU, Sie haben von der allerersten Stunde an eine bedeutende und führende Rolle in dieser CDU gehabt. Wir alle erinnern uns Ihres Einsatzes sowohl in den Führungsgremien als auch auf den Parteitagen wie in der Öffentlichkeit. Aber dies ist ja kein endgültiger Abschied. Ich jedenfalls werde Sie bitten, mir mit Ihrem Rat, Ihrer Erfahrung auch bei meiner künftigen Arbeit zur Seite zu stehen. Sie dürfen überzeugt sein, ich werde diesen Rat immer wieder einholen. Unsere alte lang bewährte politische Freundschaft hoffe ich so fortsetzen zu können. Dank für alles, was Sie an führender Stelle für die CDU getan haben!

Meine Damen und Herren, ich wiederhole den Dank an diejenigen Parteifreunde, die aus eigenem Willen aus dem Vorstand der CDU ausgeschieden sind. Wir dürfen annehmen, daß sie auch in Zukunft uns mit Rat und Tat zur Seite stehen werden. Auch ihnen gilt unser aller gemeinsamer herzlichster Dank.

Meine Damen und Herren, auf mich warten ganz neue Aufgaben. Ich war in den vergangenen drei Jahren Bundeskanzler einer schwierigen Koalition. Da mußte ganz notwendig die Arbeit des Parteivorsitzenden darunter leiden. Wir wußten es ja schon in Braunschweig und wir haben ja damals aus diesem Grunde das Amt des Generalsekretärs geschaffen. Lassen Sie mich aber gleich hinzufügen: Dieses Amt ist zwar damals im Blick auf den Umstand geschaffen worden, daß der Parteivorsitzende zugleich Bundeskanzler war, es ist aber keineswegs überflüssig oder weniger wichtig geworden. Denn jetzt befinden wir uns in der Opposition, und wir können nicht genug Führungskräfte haben, um die Arbeit in der Opposition zum Erfolg zu führen.

Ich benütze diese Gelegenheit, dem Generalsekretär Dr. Bruno Heck als bisheriger und neugewählter Parteivorsitzender meinen herzlichen und aufrichtigen Dank für seine Arbeit in diesem neugeschaffenen Amt ebenso wie in seinem früheren Amt als Bundesgeschäftsführer zu sagen. Ich habe schon einmal gesagt, Dr. Heck ist nicht ein Mann, der sich nach vorn drängt, aber er ist ein Mann der soliden Arbeit, und wenn er selbst in seinem Referat von den befähigten Kurzstreckenläufern gesprochen hat und denen, die eher für eine langfristige Strategie begabt sind, dann gehört er zu den letzteren, und ich bin fest davon überzeugt, das wird sich in Zukunft unserer Partei als glücklich erweisen.

Er hat uns einen ungeschminkten Bericht gegeben, weder die Partei noch die Parteimitglieder noch die Parteiführung geschont; ehrlich und ohne Scheuklappen hat er die Situation der CDU dargestellt. Nur so werden wir aufbrechen können zu neuen Ufern.

Ich sagte, ich selbst habe eine ganz neue Aufgabe vor mir. In den letzten 11 Jahren beruhte meine Wirksamkeit, und ich darf wohl sagen, auch meine Wirkungskraft, wesentlich in der Verbindung von Person und staatlichem Amt: nachdem ich im Jahre 1958 den Bundestag verlassen hatte, Ministerpräsident in Baden-Württemberg geworden war und dann Ende 1966 das schwierige Amt des Bundeskanzlers übernahm. Nun schwebe ich sozusagen frei in der Opposition, und ich werde mir selber beweisen müssen, daß ich das, was ich nun ergreife, kann. Was ich dem Parteitag versprechen kann, ist nur dies: daß ich wie in allen Stationen meines bisherigen politischen Weges vom Landesgeschäftsführer der CDU Württemberg-Hohenzollern an, über das Mitglied des Bundestages, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und Vermittlungsausschusses, dem Sprecher in manchen parlamentarischen Schlachten im Bundestag, über meine achtjährige Tätigkeit als Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und dann im Kanzleramt, daß ich auch diese neue Aufgabe mit derselben Entschiedenheit und Redlichkeit ergreifen und wahrnehmen werde, wie alles, was ich bisher in dieser Partei getan habe.

Jeder von uns hat einen eigenen Stil und er tut gut daran, wenn er bei diesem eigenen Stil bleibt und nicht verkrampft etwas anderes darstellen will. Mich hat es während des Wahlkampfes immer wieder gefreut, wenn die Menschen zu mir gesagt haben: Bleiben Sie so, wie Sie sind! Ich habe das aufgefaßt als eine Zustimmung zu meinem persönlichen politischen Stil, den ich auch für meine eigene Partei dargestellt habe.

Das soll nicht ein selbstzufriedenes Urteil über das Vergangene sein. Es soll meinen Parteifreunden sagen, daß ich dieses Amt nicht übernommen habe, weil ich meinte, es bliebe schließlich nach den Ereignissen der letzten Wochen nichts anderes übrig, als daß ich für eine gewisse Übergangszeit noch das verbindende Element, die Klammer oder das Dach über der Union sein sollte. Wenn ich Parteivorsitzender bin, dann bin ich es ganz, sonst hätte ich für dieses Amt nicht kandidiert.

Sie werden im Jahre 1971, wenn wir uns alle wieder gesund auf jenem Parteitag wiedersehen, Gelegenheit haben, über meine Arbeit als Parteivorsitzender zu urteilen und zu prüfen, ob Sie mir auch darüber hinaus Ihr Vertrauen schenken können und schenken werden. Die Arbeit des Parteivorsitzenden ist außerordentlich umfangreich; in der Opposition ist sie völlig verschieden von dem, was vorher war. Er muß in der ganzen Breite unserer Partei führend und zusammenführend wirken, und das heißt, in Bonn, im Bund, zwischen der Partei und der Fraktion, aber auch zwischen der Partei und dem Bundesrat, denn der Bundesrat wird in den kommenden Jahren eine viel wichtigere politische Rolle spielen als bisher. Er ist das zweite Gesetzgebungsorgan neben dem Bundestag, und es ist wichtig, daß wir im Bundesrat – die von der CDU geführten Länder – eine, wenn auch knappe, Mehrheit besitzen. Es wird sehr viel auf eine enge Kooperation zwischen der Partei und unseren Ministerpräsidenten im Bundesrat ankommen. Wir werden zusammenarbeiten müssen mit den Landesregierungen, mit den Landesverbänden, mit den Gemeinden. Es muß dazu kommen, was ich schon in meinem Referat gefordert habe, daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen der CDU und der CSU nun wirklich ausgebaut wird.

Für all das können wir gar nicht genug qualifizierte Mitarbeiter haben, und ich gestehe Ihnen, daß ich noch einige Sorgen habe, woher wir sie alle bekommen sollen, zudem wir ja in der Fraktion nun auch eine Konkurrenz haben, da ja die einzelnen Abgeordneten ihre Assistenten haben, und natürlich auch die Fraktion in der Zeit der Opposition ihre Organisation und ihre personelle Bestückung stärken muß. Wir werden also gleich in den kommenden Wochen sozusagen mit der Laterne auf die Suche gehen müssen.

Aber nicht nur diese innere Arbeit ist wichtig. Die Zeit, in der wir darauf angewiesen sind, in der Opposition zu arbeiten, darf nicht dahin führen, daß die vielfältigen Verbindungen, die während der zwei Jahrzehnte, in denen die CDU die Bundesregierung führte, zum Ausland aufgenommen worden sind, verkümmern. Wir müssen alles daran setzen, daß diese Verbindungen nun eben nicht mehr vom Bundeskanzler oder von den Ressorts, sondern von der Partei nach allen Ländern gepflegt werden. Ich hoffe, daß, wenn wir endlich ein würdiges Parteihaus haben, die Besucher aus anderen Ländern an diesem Parteihaus nicht vorbeigehen werden. Wir können nicht genug Freunde in der Welt haben, und wir können diesen Freunden, die wissen, wie stark wir in diesem Lande sind, nicht deutlich genug machen, was wir politisch wollen und tun. Wer bei den Trauerfeierlichkeiten für Konrad Adenauer zugegen war, und wen es beeindruckte, wie die Großen unserer Erde zusammenkamen im Kölner Dom, um diesem großen Staatsmann und diesem größten Repräsentanten der CDU ihren Respekt zu erweisen, der konnte mit Händen greifen,

wie groß das Kapital an Vertrauen ist, das er für uns, mit uns und für dieses Volk in der Welt gesammelt hat. Und dieses Erbe dürfen wir nicht verkümmern lassen.

Vertrauen und Freundschaft suchen wir. Ich hatte Anlaß, in den letzten Wochen in der Auseinandersetzung mit der Opposition zu sagen: nicht jede Maßnahme, die die Zustimmung eines Teiles der ausländischen Presse oder des einen oder anderen ausländischen Politikers finde, sei deshalb richtig. Nicht jede solche Zustimmung dürfen wir ohne weiteres als Zeichen des Vertrauens, des Respektes oder der Freundschaft werten. Ich will den Streit um die Aufwertung nicht mehr aufwärmen am Schluß dieses Parteitages. Aber, wenn man im Ausland der deutschen Aufwertung zugestimmt hat, dann hat darin sicherlich auch eine Anerkennung gelegen für das Verständnis der Nöte des anderen. Aber eine Aufwertung wird im Ausland überall populär sein und überall Zustimmung finden. Ich sage dies auch noch in einem anderen Zusammenhang. Es mag manche Leute in der Welt geben, die der ewigen deutschen Frage, der ewigen deutschen Problematik müde sind, und die es vielleicht gerne sehen würden, wenn wir diese Frage vom Tisch bringen würden, durch eine Politik, die zu Anerkennungen drängt.

Meine Damen und Herren, das ist verständlich. Aber nicht jenen ist die Sorge für unsere 17 Millionen drüben und für dieses Land und Volk aufs Gewissen gebunden, sondern uns, und wir haben diese Verantwortung aus uns heraus und für unser Volk nach eigenem Ermessen zu erfüllen.

Respekt ist auch etwas, was wir neben Vertrauen und Freundschaft in der Welt gewinnen wollen. Und zum Respekt, den man in Moskau für eine deutsche Regierung und für eine große deutsche Oppositionspartei hat, gehört, daß man uns ernst nimmt, d. h. daß man sich in unsere Lage hineinversetzt und sich fragt, was man an unserer Stelle tun würde. Und es könnte sehr wohl sein, daß eine deutsche Regierung einmal etwas tut, was ihr ein Strohfeuer von Beifall von vielen in der Welt einbringen könnte, was ihr aber ebensoviel Verlust an Respekt – und dies dann auf die Dauer – eintragen würde.

Meine Damen und Herren, es fiel während der Debatte das Wort von den geruhsamen 50er Jahren. Ich habe ein wenig lächeln müssen, weil da deutlich wurde, wie verschieden die Generationen eben doch die Dinge erleben. Für die jüngeren unter uns sind diese 50er Jahre schon Geschichte geworden. Für uns waren sie ein Kampffeld heftigster, leidenschaftlichster Auseinandersetzungen um ganz große Fragen. Es waren Auseinandersetzungen auf außenpolitischem Gebiet um die westliche Orientierung der Bundesrepublik, also die europäische Einigung, die europäische Verteidigungsgemeinschaft, die dann scheiterte, und den Eintritt in das nordatlantische Bündnis.

Und es ist gut, wenn unsere jüngeren Freunde sich jene Jahre in die Erinnerung rufen. So leicht war das nicht! Und ich erinnere mich auch an die Sorgen einiger unserer Parteifreunde damals: Daß nach ihrem Eindruck diese Politik nicht dem Willen unserer Bevölkerung entspreche und daß wir deswegen Gefahr liefen, bei den bevorstehenden Bundestagswahlen zu verlieren. Und in der Tat, man konnte gelegentlich draußen in den heftigen Auseinandersetzungen diesen Eindruck bekommen. Ich habe diesen Parteifreunden damals

gesagt: es gibt Entscheidungen, die wir nach unserem eigenen Wissen und Gewissen treffen müßten, wo wir einer vielleicht noch uneinsichtigen öffentlichen Meinung nicht nachgeben dürfen, sondern wo wir diese öffentliche Meinung für uns gewinnen müßten. Und wenn uns dies nicht gelingt, dann müssen wir auch das Risiko des Scheiterns eher auf uns nehmen, als daß wir eine für das Wohl unseres Volkes unerläßliche Entscheidung versäumen.

Und wer erinnert sich nicht an die Auseinandersetzungen jener Zeit über unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik. An die großen Redeschlachten im Bundestag über die soziale Marktwirtschaft, und nicht nur im Bundestag, sondern überall draußen im Lande, wo wir – voran Ludwig Erhard – jenes wirtschaftspolitische Prinzip durchgekämpft haben, das ebenso wie schließlich die Außenpolitik, von unseren Gegnern hat übernommen werden müssen, wenn sie politisch existent bleiben wollten.

Das war die Zeit der großen Alternativen. Deswegen konnte damals der Bundestag eine viel entscheidendere Rolle in der Meinungsbildung des deutschen Volkes spielen, und ich erinnere mich daran, wie intensiv auch Menschen im Ausland unsere Debatten in atemloser Spannung mitgehört haben, weil sie wußten, daß sich da in Deutschland etwas entschied, was auch für ihr eigenes Schicksal von größter Bedeutung war. Wie ist das heute?

Es ist anders. Wir müssen uns das zugestehen. Gewiß gibt es erhebliche programmatische Verschiedenheiten zwischen uns und der SPD. Denn die Auseinandersetzung spielt sich ja zwischen uns und der SPD ab. Es gibt Gegensätze, die sich im Laufe der Arbeit im Parlament deutlich zeigen werden. Dr. Bruno Heck hat darauf hingewiesen, daß für uns vieles davon abhängen wird, wie die Regierungskoalition sich darstellen wird, welchen politischen Willen sie manifestieren wird, wo sie es wagt, aufs offene Kampffeld zu gehen, oder wo sie sich darauf beschränkt, auf neutralem Grunde zu verharren. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Bundestagsfraktion unter der so lange bewährten Führung Dr. Rainer Barzels alles tun wird und auch alles tun kann, damit im Vergleich, im Gegeneinander von Regierung und Opposition im Bundestag unsere Opposition das bessere Bild machen wird. Was an mir liegt, werde ich als Parteivorsitzender tun, um die Zusammenarbeit zwischen den zentralen Parteiinstanzen und der Fraktion so eng wie nur möglich zu gestalten.

Also nicht mehr die Zeit der großen Alternativen, wo jedermann wußte, um was es ging. Hier Bündnislosigkeit – dort europäische Verteidigungsgemeinschaft oder Nordatlantisches Bündnis, hier soziale Marktwirtschaft – dort dirigistische Wirtschaft. Aber warten wir ab, wie sich die ost- und deutschlandpolitische Konzeption der Regierung und damit die gesamte Außenpolitik der Regierung entwickeln wird. Hier könnte sich noch einmal eine große Alternative entwickeln.

Wenn es aber schon so ist, daß sich die Gegner und Freunde der CDU nicht mehr so klar scheiden können, dann bedeutet das eben für uns, daß wir diesen Kampf um den Wiedergewinn der Regierungsverantwortung nur in voller Breite von der Basis aus im ganzen Lande führen und gewinnen können. Das heißt also, wir müssen überall überzeugen. Die Debatten auf diesem Parteitag haben ja schon erwiesen, was die Menschen von uns erwarten. Nicht Anpassung,

sondern eine Politik des kontrollierten, gestalteten, permanenten Wandels – damit wir nicht in die Situation des Zauberlehrlings geraten, sondern Herr unseres Geschickes bleiben. Aber das erreicht man nicht durch große Proklamationen, sondern durch Arbeit überall, auf allen Ebenen, von der Gemeinde an aufwärts.

Wir können nicht einfach das Erbe der CDU wegwerfen. Diese große Partei hat zwei Jahrzehnte lang unser Land geführt. Ihr ist es zu verdanken, daß dieses Land da steht, wo es heute steht, und wenn die SPD im Wahlkampf versprochen hat, das moderne Deutschland zu schaffen, dann dürfen wir mit vollem Recht und mit voller Überzeugungskraft unserer Bevölkerung sagen, daß wir diese moderne Deutschland schon längst geschaffen haben.

Nun kommt der kritische Einwand: Ein großes Erbe kann sich auch als ein Hemmnis erweisen. Ein großer Reichtum der politischen Tradition kann die Bewegung nach vorne verstellen und deswegen muß es uns gelingen, beides miteinander zu verbinden. Ich weiß persönlich keine bessere Formel dafür als die, unsere Aufgabe als Partei der integrierten Mitte sowohl zu bewahren als auch zu erneuern, in einem beständigen lebendigen Prozeß, an dem wir alle teilnehmen. Da wird viel neues zu tun sein.

Ich habe im Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen ein Experiment junger Freunde beobachtet und auch durch meinen eigenen Besuch unterstützt, wo in einer Stadt ganz neue Dinge probiert, ganz neue Modelle der Arbeit in- und außerhalb des Wahlkampfes demonstriert worden sind. Ich habe in meinem Referat gesagt, wir müßten aus dem Parteighetto heraus in eine ständige Kommunikation mit unseren Mitbürgern. Das gilt für die älteren, aber vor allem darf ich diesen Appell, den ich seit mehr als einem Jahrzehnt immer wieder ausgesprochen habe – an unsere jungen Freunde in unserer Partei richten, die noch etwas mehr Zeit und Kraft für dieses weite Feld der Parteiarbeit im vorpolitischen Raum haben als manche älteren von uns.

Jeder von uns, der einmal in Amerika gewesen ist, weiß, wieviel dort die Bürger einer Gemeinde spontan von sich aus tun, und zwar auch die Mitglieder und Wähler der beiden großen Parteien, um für ihre eigene Politik, für ihre eigenen Parteien zu werben. Das ist eine Fülle an Aktivitäten. Das ist sicher – von wenigen Ausnahmen abgesehen – für uns alle etwas Neues, und deswegen müssen wir in den Führungsinstanzen der Partei so geartete Modelle durchdenken, dann müssen wir sie überall im Lande anwenden, müssen Erfahrungen sammeln, um dann von Mal zu Mal, von Gemeinde zu Gemeinde, diejenigen Modelle, die sich am besten bewährt haben, anzuwenden. Und das gilt vor allem für jene großstädtischen Ballungsräume, von denen wir in unseren Diskussionen gesprochen haben und die unsere große Sorge sind. Denn es ist nicht nur die Großstadt schlechthin, sicher, auch sie stellt als solche ihre Probleme für uns. Es sind vor allem jene Ballungsräume, in denen die Menschen unverbunden nebeneinander leben in den großen Mietskasernen, wo sie nichts miteinander verbindet, wo schon der Nachbar nicht mehr weiß, wie der Nachbar heißt. Hier muß integriert werden, um die politische Partei, der es gelingt, auf vielfältige Weise – und ich beziehe mich wieder auf den vorpolitischen Raum – in diesen Ballungsräumen zu integrieren,

die Menschen zusammenzuführen und sie dabei mit ihrem politischen Gedankengut vertraut zu machen, die Partei wird am Ende diese großen Ballungsräume und ihre Wähler gewinnen können.

Meine Damen und Herren, das klingt vielleicht noch vage, es soll ja auch nur ein erster Hinweis sein. Ich konnte im Wahlkampf über weite Strecken der Bundesrepublik Kundgebung über Kundgebung, fast 500 an der Zahl, halten, es kamen 100 Menschen oder 17 000 zusammen, und fast überall hat es sich erwiesen, daß hier die traditionellen Kundgebungen – und viele von Ihnen sind ja Zeuge davon – die Wählerstimmen unserer Partei stark ansteigen oder in gefährdeten Gebieten jedenfalls viel weniger abnehmen ließen, als da, wo man nicht hinkam. Wie wir etwa durch die Außenquartiere Kölns fuhren, in die Messehallen, wo 4000 oder 5000 Leute zusammen waren, da hatte man das Gefühl, daß dies nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sei, daß 5000 Personen in einer Stadt, die sich auf die Million zubewegt, keinen entscheidenden Einfluß auf die Wahlen ausüben könnten. Das zeigt uns eben, wo wir in einem Wahlkampf mit traditionellen Methoden noch großen Erfolg haben können und wo nicht. Und daher bleibt uns gar nichts anderes übrig, als neben der Überzeugungskraft der Politik, die wir im Bundestag, im Bundesrat, in den Landtagen, in den kommunalen Parlamenten und den Gemeinderäten machen, Haus um Haus, Wohnung um Wohnung in diesen großen, sonst nicht zugänglichen Ballungsgebieten mit uns in Verbindung zu bringen. Sie nehmen es dem Parteivorsitzenden gewiß nicht übel, wenn er – nachdem er so viel hat hören müssen, was die Parteispitze tun soll – nun, nachdem Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt haben, auch sagt, was nach seiner Meinung an der Basis geschehen muß. Meine Damen und Herren, Mitgliederpartei! Wir haben im letzten Jahr 14 000 neue Mitglieder geworben, das sind 5 % unseres gesamten Mitgliederbestandes. Es muß doch merkwürdig zugehen, wenn es uns nicht gelänge, diese Zahl von 14 000 in einem Jahr zu verdreifachen. Das können wir nun aber nicht dadurch tun, daß wir einfach eine Zeitungsannonce aufgeben: Schneiden Sie diesen Abschnitt aus und melden Sie sich schleunigst bei der nächsten Geschäftsstelle der CDU an! Wir können es auch nicht nur durch andere allgemeine Appelle tun. Wir können es nur so tun, daß wir in dieser Basisarbeit, in dieser vielseitigen Kommunikation im vorpolitischen Raum überzeugen. Die Leute müssen sich sagen: das ist die Partei, die uns gibt, was wir brauchen an Sicherheit und Fortschritt im Großen und an all dem, was wir an Kleinem für das tägliche Leben nötig haben.

Es kann sehr wohl sein, daß auch eine imponierende Außenpolitik und eine imponierende Wirtschaftspolitik dadurch in einer Gemeinde scheitert, daß dort ein ständiges Verkehrschaos herrscht, oder daß nicht die notwendigen Krankenhäuser zur Verfügung stehen, oder die Altenheime, und vieles andere, was der Bürger von uns erwartet; beides muß eben zusammengehen. Besonders wichtig ist natürlich das Bildungswesen, ist der Blick der Eltern auf die Schule und die Möglichkeiten, die unser Bildungswesen ihren Kindern gibt. Wir wissen aus den Umfrageergebnissen, daß das für unsere Bürger eines der großen Anliegen geworden ist und eine der großen Fragen an uns, auf die sie von uns Antwort haben wollen.

Wir werden alle noch eine gewisse Zeit brauchen, um so Tritt zu fassen, wie es diese große Oppositionspartei tun muß. Jeder von uns muß dabei mittun und das ist genau das, was uns gut tun wird. Ich habe in den letzten Wochen immer wieder gesagt, selbst wenn wir den kleinen Sprung zur absoluten Mehrheit der Sitze im Bundestag noch getan haben würden, hätten wir uns über genau dieselben Probleme Gedanken machen müssen, wie wir es auf diesem Parteitag getan haben. Ich habe vorhin davon gesprochen, daß es der Triumph der CDU ist, daß sie ihre politischen Gegner gezwungen hat, sich in ihrer Programmatik auf die CDU zuzubewegen. Wir erinnern uns, daß, als schon der Erfolg der sozialen Marktwirtschaftspolitik Ludwig Erhards mit Händen zu greifen war, der bald fällige Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft von der SPD vorhergesagt wurde. Auch hier haben wir die SPD auf unsere Linie gedrängt. Aber unser Triumph ist nun heute – und auch das müssen wir nüchtern sehen – unser Problem geworden. Weil die SPD sich programmatisch auf uns zubewegt hat, hat sie ohne Zweifel neue Wählerschichten gewonnen, und das ist der Grund dafür, daß wir uns in diesem Lande wohl zu einem Zweiparteiensystem entwickeln, in dem es für die beiden großen Parteien nur einen verhältnismäßig geringen Abstand der Wählerzahlen geben wird, so wie das auch in anderen Ländern mit einem traditionellen Zweiparteiensystem ist. Weil es also dann darum geht, daß der eine oder andere die Mehrheit bekommt, deswegen bedarf es einer außerordentlichen Anstrengung von uns allen auf allen Ebenen in vollster Breite und mit vollster Energie.

Dabei darf das Bild der CDU nicht verworren und unsicher werden bei all denen, die bei uns Solidität, Verläßlichkeit, Redlichkeit der politischen Aussage und der politischen Verwirklichung gefunden haben. Das ist ein großer Kredit, den wir aus der Vergangenheit in die Zukunft dieser Oppositionspartei mitnehmen.

Und zweitens: Es darf nicht – natürlich nicht, das war ja das Anliegen vieler, die hier gesprochen haben – der Eindruck entstehen, als verschlössen wir uns dem notwendigen Neuen. Die Vorbereitung des nächsten programmatischen Parteitags, die breite Diskussion unter unseren Mitgliedern – und ich hoffe es – unter aufmerksamer Beteiligung möglichst weiter Teile unserer Bevölkerung werden dabei viel helfen. Gewiß gilt auch hier, was ich vorhin von dem großen Kampf um die Wiederbewaffnung gesagt habe. Diese 70er Jahre werden keine ruhigen Jahre werden, weder bei uns im Lande noch in der Welt draußen. Es mögen Probleme aufkommen und Entscheidungen notwendig werden, für die wir vielleicht nicht sofort die ungeteilte Zustimmung eines großen Teiles unseres Volkes finden werden. Ich hoffe, daß dann diese Partei ihrer großen Tradition treu bleiben und dann den Mut haben wird, trotzdem zu sagen: So soll es sein!

Es bleibt dabei, meine Damen und Herren, wir wollen als erstes den Frieden wahren helfen in dieser Welt, denn ohne Frieden kann auch unser Volk nicht gedeihen. Frieden wahren heißt für uns: keinen Illusionen nachjagen, sondern jene feste Ausgangsbasis für alle unsere Friedensbemühungen erhalten und festigen, die uns bis jetzt Frieden und Freiheit gesichert haben: Das Nordatlantische Bündnis. Wir, die wir an der äußersten Grenze der freien Welt stehen, sollten auch diejenigen sein, die am stärksten an der Fortentwicklung

und Festigung dieses Bündnisses interessiert sind. Und da heißt es: Selbstverständlich die notwendige Mitarbeit leisten. Und nun in der Opposition so, wie wir sie mit den Mitteln der Opposition leisten können. Wir sind überzeugt, daß dieses Bündnis auf die Dauer nicht halten wird, wenn es den Europäern nicht gelingt, ihre Kräfte miteinander zu verbinden, und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet – so wichtig das ist.

Die Europäer müssen so rasch wie möglich jenen solidarischen weltpolitischen Willen entwickeln, den sie bisher versäumt haben, mit dem sie aber erst wieder in dieser Welt eine Rolle spielen können, die sie zu Herren ihres eigenen Geschickes und zu Mitgestaltern der Zukunft unserer Welt machen kann. Rainer Barzel sprach davon: Mit Bedrücken blicke ich auf die kommende Gipfelkonferenz ohne uns, für die ich in Rom zäh gekämpft habe, weil ich davon überzeugt war, daß sie notwendig sei, Jahr für Jahr, damit wir uns auf dem Weg zu einem solidarischen weltpolitischen Willen weiter bewegen könnten.

Wir sind keine politischen Wunschdenker, und das wendet unseren Blick nach Osten, und es ist ja schon gar nicht mehr nur der Osten, die Sowjetunion ist im Mittelmeer, in der Ostsee, ist nördlich von Skandinavien präsent. Und kein Mensch kann sagen, was sich im kommenden Jahrzehnt – wie bald wird es vorüber sein – entwickeln wird in den Beziehungen zwischen den beiden gigantischen kommunistischen Weltmächten, die vor unser aller Augen riesenhaft emporwachsen. Wir sind keine kalten Krieger, aber wir kennen die Realität des Kommunismus, wir täuschen uns über diese Realität nicht, und hier, – ich wünschte, es wäre und käme nicht so – wird sich vielleicht zwischen uns und der Regierung künftig ein großer Gegensatz der Meinungen und des politischen Willens auftun. Wir wissen, daß kein Anzeichen dafür vorhanden ist, daß der kommunistische Osten etwas anderes will als die Festigung des status quo, wie er ihn versteht, nämlich als gefestigte Ausgangsbasis für weitere politische Aktionen, vor allem im europäischen Raum. Darum gehen wir nicht mit Illusionen an Verhandlungen und Gespräche heran. Ich habe in den vergangenen drei Jahren in der Großen Koalition immer wieder warnen müssen, daß es sinnlos ist, blindlings in Gespräche zu gehen, von denen man doch von vornherein weiß, daß sie in unserer großen nationalen Frage zu keinem Ergebnis führen werden, daß sie höchstens dazu führen, daß der Osten ein Stück weiter vorstößt. Was man machen kann und soll, das habe ich in meiner Regierungserklärung gesagt und habe es in den vergangenen 3 Jahren zu verwirklichen versucht: Angebote zur Aufhellung des politischen Klimas, Angebote zu Regelungen, die möglich sind, auch solange die großen politischen Streitfragen noch nicht entschieden werden können. Dazu sind wir bereit, dazu werden wir neue Initiativen ergreifen, und nur vom Osten wird es abhängen, ob er zu diesen unseren Initiativen „Ja" sagt. Beides also, eine konsequente Politik im Westen und eine nüchterne und redliche Politik nach Osten tut uns not. Und ich warne davor, wie ich es immer getan habe, daß man die Außenpolitik dazu benützt, um unserem Volke Scheinerfolge vorzuweisen, die in Wahrheit meistens Niederlagen sind.

Wir hatten die Debatte über den Atomsperrvertrag. Meine Damen und Herren, wir haben auf Atomwaffen verzichtet und uns kann niemand bezichtigen, daß

wir atomwaffenlüstern seien. In dieser Auseinandersetzung mit der Regierung geht es aber darum, ob, abgesehen von allen anderen Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Absicherung, unser Verhältnis zur Sowjetunion uns nicht gebieten muß, das, was sie von uns vor allem will, unsere Unterschrift unter diesen Vertrag, mit einzuwerfen in künftige Verhandlungen mit der Sowjetunion.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur bei unseren Verbündeten großes Vertrauen und viel Respekt in den vergangenen Jahren gewonnen, sondern überall in der Welt. Unsere Kanzler, viele unserer politischen Freunde haben viele Länder besucht. Viele Besucher sind bei uns gewesen. Man kennt uns, man weiß, was wir wollen und wer wir sind. Ich kann es am besten jedem von Ihnen nachfühlen, wenn er nach dem Ergebnis der Bundestagswahl durch die Bildung dieser Regierung sehr herb empfand. Aber so ist das nun einmal im Leben und wir haben so, wie es im Einzelleben ist, auch im Leben unserer Partei das zu ergreifen, was das Geschick uns anbietet. Nun ist es diese große Verantwortung der Opposition, und es liegt an uns, daß wir sie erfüllen. Von Konrad Adenauer ist ein Wort überliefert, das heißt: Nichts kann die CDU zerstören, außer sie sich selbst! Meine Damen und Herren, niemand wird die CDU für die Zukunft mit der Lebenskraft ausstatten, die sie braucht, um wieder die Regierung zu übernehmen, als die CDU selbst. Auf uns sind wir gestellt, auf uns alle kommt es an. Ich verspreche Ihnen, ich werde bis zur Erschöpfung meine Kraft in diesen Dienst stellen und ich bitte Sie um Ihre Hilfe und Unterstützung.

Dank Ihnen, meine lieben Freunde, und nun obliegt es mir, noch einen Schlußdank, einen sehr herzlichen Schlußdank abzustatten. Zunächst an unseren Gastgeber, unseren Parteitagspräsidenten und Parteifreund, den Ministerpräsidenten dieses Landes, Dr. Helmut Kohl, für die souveräne Art, mit der er diesen Parteitag organisiert und geleitet hat und natürlich für die ganz unübertreffliche Gastfreundschaft, die er uns gestern abend gewährt hat.

Diese Gastfreundschaft hat unseren Freund Rainer Barzel gestern ein wenig besorgt gemacht. Er meinte, er kenne das, wenn einmal in Rheinland/Pfalz guter Wein dieses Landes getrunken würde, da würden ja morgens, wenn er sein Referat beginnen würde, alle noch verkatert sein. Ich finde, dieser Wein hat eine ganz merkwürdige Eigenschaft. Er belebt, statt eines morgendlichen Katers verleiht er morgendlichen Schwung.

Ich danke auch allen übrigen Mitgliedern des Präsidiums des Parteitages für die Mühe, die sie sich gegeben haben. Ich danke allen denen, die an der Aussprache so lebhaft teilgenommen haben und ich sage noch einmal, das, was sich hier im Gegeneinander oft gezeigt hat, steht ja alles unter der großen Losung des Füreinander. Und so danke ich auch noch zum Schluß allen sonstigen Helfern, die diesen Parteitag gestaltet haben, herunter bis zum kleinsten und wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, eine gute Heimfahrt und frischen Mut und Kraft für die kommende Arbeit.

Anhang

1. Wortlaut der Grußbotschaft des neugewählten Generalsekretärs der Democrazia Cristiana Italiens Arnaldo Forlani.

Herr Präsident, liebe Freunde,

Im Sinne der alten und tiefgehenden Bindungen zwischen unseren zwei Parteien versichere ich Ihnen für diesen Parteitag die Solidarität der Democrazia Cristiana Italiana.

Viele Jahre fruchtbarer Zusammenarbeit in der europäischen und weltumspannenden christlich-demokratischen Bewegung haben unsere Freundschaft gefestigt und uns für unsere gegenseitigen nationalen Probleme verständiger werden lassen.

Die italienische Democrazia Cristiana gibt ihren Respekt vor Ihrer zwanzigjährigen politischen Tätigkeit Ausdruck, durch die die Strukturen Ihrer Demokratie geschaffen und gefestigt wurden, und die Ihr Land mit Aufrichtigkeit und großer Intelligenz in die neue europäische Wirklichkeit eingereiht hat.

Unsere Parteien werden durch eine gemeinsame Inspiration charakterisiert, der tiefere Beweggrund für das Bestehen unserer politischen Richtung muß jedoch immer mehr auf unserer Fähigkeit zur Interpretation der wichtigsten Anliegen unserer Völker beruhen, wie auch auf unserem Geschick, auf die Forderungen nach Fortschritt und Erneuerung unserer Gesellschaft präzise und aufeinander abgestimmte Antworten zu geben.

Der von Adenauer und De Gasperi nach dem Krieg mutig eröffnete demokratische Weg ist lang und die Eindrücke, die die christlichen Demokraten an der Spitze unserer Länder darauf zurückgelassen haben, tief.

Auch heute sind unsere grundsätzlichen Zielsetzungen die gleichen: Verteidigung und Ausweitung der Freiheit, soziales und politisches Wachsen unserer Völker, ein internationales und offenes Europa, offen für jegliche äußere Realität und sich damit mit den Problemen des Friedens und der Entwicklung befassend.

Was auch immer unsere Rolle in den Wechselfällen des politischen Lebens unserer Länder sein mag, grundlegend ist die ständige Bindung an die Erfordernisse unserer Völker, entscheidend unsere Fähigkeit, in den Methoden und im politischen Stil modern zu sein und eine klare politische Linie, die auf der Höhe der Aktualität steht, zu vertreten. Wir können nicht auf der Stelle treten, wir müssen im Gegenteil auf jeder Ebene mit unserer politischen Initiative in aktiver Weise präsent sein. Wir müssen auch die in der Bewegung der Jugend

innewohnenden Werte verstehen und sie im Sinne einer neuen Bindung zwischen Bürger und demokratischem Staat zum Tragen kommen lassen.

Unsere Welt ist in ständiger Spannung, junge und arme Völker wenden sich an die hochzivilisierte Welt und bitten dringend und mit Recht um Hilfe.

Wir europäischen christlichen Demokraten müssen ihnen zu Hilfe kommen, ihnen begegnen und ihnen die Sensibilität unserer Länder gegenüber ihren Problemen zeigen. Schließlich geht es darum, klar zu demonstrieren, daß ein freiheitliches System die erste Bedingung jeder realen Entwicklung ist. Der Erfolg einer solchen Anstrengung unsererseits wird um so größer sein, je besser es uns gelingt, unseren Standpunkt in Einigkeit zu vertreten.

Wir müssen mit Aufmerksamkeit die Entwicklung im Osten betrachten, offen für jede ernsthafte und positive Entwicklung der Beziehungen, aber auch wachsam unsere Freiheiten verteidigend, denen wir gemeinsam verantwortlich innerhalb unserer Bündnisse zu neuem Wert verholfen haben.

Ein politisch schwaches Europa ist weder für die osteuropäischen Staaten noch für unsere Verbündeten interessant. Wenn wir politisch, kulturell und wirtschaftlich attraktiver sein wollen, wenn wir wirklich dem Frieden in Europa dienen wollen, müssen wir klar auf die politische Einheit abzielen: nur so können wir ein wirklicher Entwicklungspol in der Welt werden. Deshalb müssen wir die europäische Gemeinschaft konsolidieren und ausweiten, sie besonders für die Bedürfnisse Lateinamerikas öffnen, ein Kontinent, in dem sich so viele christliche Demokraten mutig engagiert haben. Deshalb müssen wir auf eine Gesamteuropäische Konferenz hinarbeiten, die die Völker unseres Kontinents einander näherbringen soll.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Freunde, ich bin sicher, daß ihre Beschlüsse hier einen wichtigen Beitrag für ihr Land leisten und auch als Ansporn für alle demokratischen Kräfte auf dem Weg der europäischen Einheit wirken. In diesem Sinne erneuere ich die Solidarität der Democrazia Cristiana und meine sehr herzlichen persönlichen Wünsche.

Arnaldo Forlani

2. Beschlüsse des 17. Bundesparteitages

A. Verfahrensordnung für die Beratung und Verabschiedung von Anträgen auf dem Bundesparteitag

1. Anträge, die nach § 6 der Geschäftsordnung fristgemäß 14 Tage vor dem Termin des Bundesparteitages bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind sowie Anträge von Bundesvorstand und Bundesausschuß liegen dem Parteitag als Drucksache vor.
2. Anträge können auf dem Parteitag nur eingebracht werden, wenn sie von 30 stimmberechtigten Delegierten unterzeichnet sind; Ausnahmen regelt Ziffer 3, Satz 3.
3. Alle Anträge werden, sobald sie vom Präsidenten des Parteitages zur Beratung aufgerufen sind, zunächst begründet. Dabei kann eine vom Parteitag einzusetzende Antrags- und Redaktionskommission vorschlagen, daß mehrere Anträge gemeinsam behandelt und infolgedessen auch gemeinsam begründet werden. Die Antrags- und Redaktionskommission kann auch eigene Anträge stellen.
4. Sprecher, die sich zur Beratung einzelner Anträge zu Wort melden, haben mit ihrer Wortmeldung bekanntzugeben, ob sie für oder gegen den entsprechenden Antrag sprechen wollen.
5. Der Präsident des Parteitages kann – soweit der Fortgang der Beratungen dies erfordert – die Aussprache über einzelne Anträge abkürzen, indem er die Zahl der Redner begrenzt. Dabei sollen in der Regel ebenso viele Sprecher für wie gegen einen Antrag zu Wort kommen.
6. Auch bei einer Begrenzung der Zahl der jeweiligen Redner ist dem Bundesvorstand und der Antrags- und Redaktionskommission jederzeit das Wort zu geben.
7. Redeberechtigt auf dem Parteitag sind alle stimmberechtigten Delegierten und die Mitglieder des Bundesvorstands. In Ausnahmefällen kann das Präsidium auch Gästen das Wort erteilen. Die Redezeit kann vom Präsidenten bis auf fünf Minuten, bei Stellungnahmen zu Geschäftsordnungsanträgen bis auf drei Minuten begrenzt werden.

B. Finanz- und Beitragsordnung

6. Fassung

§ 1 Die Aufwendungen der CDU werden durch ordentliche und außerordentliche Beiträge, durch Einnahmen und Zuwendungen gedeckt.

§ 2 (1) Ordentliche Beiträge sind
a) die Mitgliedsbeiträge,
b) die Sonderbeiträge der Amts- und Mandatsträger.

(2) Außerordentliche Beiträge sind
a) Aufnahmegebühren,
b) Sonderbeiträge aus besonderen Anlässen (Umlagen),
c) Spenden.

§ 3 Einnahmen und Zuwendungen sind
a) Einkünfte aus Liegenschaften,
b) Erlöse aus wirtschaftlichen Unternehmungen,
c) Einnahmen bei Veranstaltungen,
d) Zuwendungen aufgrund von Bundes- und Landesgesetzen,
e) sonstige Einnahmen.

§ 4 (1) Die Höhe der Mitgliedsbeiträge setzt der Bundesparteitag fest.
(2) Der Kreisverband kann in besonderen Fällen Mitgliedsbeiträge erlassen, ermäßigen oder stunden.
(3) Beschlüsse von Vereinigungen und Sonderorganisationen, Beiträge von ihren Angehörigen zu erheben, sowie Beschlüsse über deren Höhe bedürfen der Zustimmung des Bundesausschusses.

§ 5 (1) Für die Abführung der Sonderbeiträge der Amts- und Mandatsträger erläßt der Bundesfinanzausschuß Richtlinien (siehe § 2 (1) b).
(2) Mitgliedsbeiträge und Beiträge an die Fraktionen werden von der Entrichtung der Sonderbeiträge nicht berührt.

§ 6 Aufnahmegebühren verblieben dem Kreisverband.

§ 7 (1) Öffentliche Sammlungen im ganzen Bundesgebiet bedürfen eines Beschlusses des Bundesvorstandes. Öffentliche Sammlungen im Bereich eines Landesverbandes bedürfen seiner Zustimmung.
(2) Öffentliche Sammlungen im Bereich nachgeordneter Verbände bedürfen der Zustimmung des Bundesschatzmeisters sowie der Schatzmeister der übergeordneten Verbände.

§ 8 (1) Der Bundesparteitag beschließt, welchen Betrag die Landesverbände für jedes Mitglied an die Bundespartei abzuführen haben.
(2) Der Landesverband bestimmt, welchen Betrag die Kreisverbände für jedes Mitglied an ihn abzuführen haben. Bilden Bezirksverbände die nächstniedrige Organisationsstufe, so können sie an die Stelle der Kreisverbände treten. In diesem Fall bestimmt der Bezirksverband, welchen Betrag die Kreisverbände für jedes Mitglied an ihn abzuführen haben.

§ 9 (1) Der Bundesausschuß kann in besonderen Fällen beschließen, daß die nachgeordneten Verbände, die Vereinigungen und Sonderorganisationen zusätzliche Beträge an die Bundespartei abzuführen haben (Umlagen).
(2) Den nachgeordneten Verbänden steht für ihren Bedarf dieses Recht gegenüber den Verbänden zu, denen sie übergeordnet sind.

§ 10 Der Verwaltung von Liegenschaften durch die Bundespartei dient ein Hausverein. Er besteht aus den Mitgliedern des Präsidiums. Vorsitzender ist der Bundesschatzmeister. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch den Bundesvorstand.

§ 11 (1) Dem Betrieb von wirtschaftlichen Unternehmungen durch die Bundespartei dient eine GmbH. Sie führt den Namen „Union-Betriebs-GmbH". Gesellschafter können nur sein die Mitglieder des Präsidiums einschließlich des Bundesgeschäftsführers, die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen.

(2) Der Gesellschaftsvertrag muß vom Bundesvorstand genehmigt werden.

(3) Die Gesellschaftsversammlung beruft einen oder mehrere Geschäftsführer. Es ist ein Aufsichtsrat (§ 52 GmbHG) zu bilden, dessen Vorsitzender Bundesschatzmeister ist.

(4) Die Union-Betriebs-GmbH kann ihre Aufgaben auch durch Tochtergesellschaften wahrnehmen. Der Bundesschatzmeister gehört deren Aufsichtsräten an.

§ 12 (1) Die nachgeordneten Verbände, die Vereinigungen und Sonderorganisationen sind berechtigt, nach vorheriger Zustimmung des Generalsekretärs und des Bundesschatzmeisters eigene Wirtschaftsunternehmungen und sonstige Vermögensträger zu unterhalten.

(2) Die den Landesverbänden nachgeordneten Verbände bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Landesschatzmeisters.

(3) Der Bundesschatzmeister kann an allen Sitzungen der Aufsichtsgremien der von den Landesverbänden, den Vereinigungen und Sonderorganisationen unterhaltenen Wirtschaftsunternehmungen und sonstiger Vermögensträger teilnehmen. Er kann sich jederzeit über deren Vermögensstand und Geschäftslage unterrichten.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Schatzmeister der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände gegenüber den wirtschaftlichen Unternehmungen und sonstigen Vermögensträgern, die ihnen nachgeordnete Verbände gegründet haben.

§ 13 Soweit das Statut der CDU und diese Finanz- und Beitragsordnung nichts anderes bestimmen, führt der Bundesschatzmeister die finanziellen Geschäfte im Rahmen einer vom Bundesfinanzausschuß zu erlassenden Geschäftsordnung.

§ 14 (1) Es wird ein Bundesfinanzausschuß gebildet.
Ihm gehören an:
der Bundesschatzmeister
die Schatzmeister der Landesverbände und Vereinigungen
der Bundesgeschäftsführer
die Geschäftsführer der Union-Betriebs-GmbH.
Den Vorsitz führt der Bundesschatzmeister.
Auf seinen Vorschlag hin kann der Bundesfinanzausschuß weitere Mitglieder berufen.

(2) Die Rechnungsprüfer können an den Sitzungen des Bundesfinanzausschusses teilnehmen.

(3) Der BFA setzt zur Beratung von Einzelfragen eine ständige Kommission ein.

§ 15 (1) Der Beschluß des Bundesvorstandes über den Etat ist zu Beginn des Rechnungsjahres zu fassen.

(2) Dies gilt auch für die entsprechenden Beschlüsse der Vorstände der nachgeordneten Verbände, der Vereinigungen und Sonderorganisationen. Sie sind dem Schatzmeister des nächsthöheren Verbandes zur Kenntnisnahme vorzulegen. Die Landesverbände und die Vereinigungen legen sie dem Bundesschatzmeister vor.

§ 16 Die Zustimmung des Generalsekretärs zu den Etats der Vereinigungen (§ 46 Absatz 2 Satz 3 Statut) ist im Einvernehmen mit dem Bundesschatzmeister zu erteilen.

§ 17 (1) Der Bundesschatzmeister ist für die Beschaffung der finanziellen Mittel der Bundespartei verantwortlich, die für die politische und organisatorische Arbeit der CDU erforderlich sind.

(2) Der Bundesschatzmeister kann im Benehmen mit dem BFA alle Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um ein optimales Spendenaufkommen zu gewährleisten.

(3) Der Landesschatzmeister hat gegenüber den dem Landesverband nachgeordneten Verbänden die dem Bundesschatzmeister nach Absatz 2 zustehenden Rechte.

§ 18 (1) Der Bundesschatzmeister verfügt über alle Einnahmen der Bundespartei. Die Mittel für die im Etat vorgesehenen Ausgaben überweist er der Bundesgeschäftsstelle. Der Vollzug der im Etat vorgesehenen Ausgaben obliegt dem Bundesgeschäftsführer.

(2) Der Bundesschatzmeister kann sich vorbehalten, Rechtsgeschäfte und Ausgaben, die einen bestimmten Betrag überschreiten, von seiner vorher einzuholenden Zustimmung abhängig zu machen. Das gleiche gilt für Dienst- und Arbeitsverträge, die eine bestimmte Honorar- oder jährliche Gehaltssumme überschreiten. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

(3) Die Deckung unabweisbarer zusätzlicher Ausgaben im Rahmen einer Position des Etats durch für eine andere Position vorgesehene Mittel bedarf der Zustimmung des Generalsekretärs und des Bundesschatzmeisters.

(4) Sonstige während des Haushaltsjahres notwendig werdende Änderungen des Etats bedürfen eines vom Bundesschatzmeister zu beantragenden Beschlusses des Bundesvorstandes.

§ 19 (1) Neben dem jährlichen Rechenschaftsbericht über die Einnahmen aufgrund des fünften Abschnittes des Parteiengesetzes legt der Bundesschatzmeister dem Bundesvorstand auch einen Rechenschaftsbericht über die Ausgaben vor. Über beide faßt der Bundes-

vorstand Beschluß. Dieser Beschluß wird dem Bundesausschuß mitgeteilt.

(2) In jedem zweiten Jahr wird dem Bundesvorstand vom Bundesschatzmeister der für den Bundesparteitag bestimmte Rechenschaftsbericht über die Entwicklung der Finanzen der CDU zur Beschlußfassung vorgelegt. Danach ist der Bericht Gegenstand der Prüfung durch die beiden Rechnungsprüfer.

(3) Die Rechnungsprüfer untersuchen, ob die Ausgabenwirtschaft sinnvoll vorgenommen worden ist.

(4) Der Bundesvorstand legt den von ihm beschlossenen Bericht und den Prüfungsbericht der beiden Rechnungsprüfer dem Bundesparteitag vor.

§ 20 (1) Nach Abschluß des Rechnungsjahres ist jeder nachgeordnete Verband dem ihm übergeordneten Verband verpflichtet, über seine finanzielle Lage zu berichten und seine Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen. Die Landesverbände legen ihre Berichte dem Bundesschatzmeister vor. Das gleiche gilt für die Vereinigungen. Deren nachgeordnete Organisationsstufen legen ihre Berichte dem Schatzmeister des Verbandes vor, dem sie zugeordnet sind.

(2) Die Berichte an den Bundesschatzmeister müssen ihm bis zum 31. März zugegangen sein.

§ 21 Die jährlichen Berichte müssen von einem Wirtschaftsprüfer geprüft sein.

§ 22 (1) Der Bundesschatzmeister kann sich jederzeit über die finanziellen Angelegenheiten der nachgeordneten Verbände, der Vereinigungen und Sonderorganisationen unterrichten.

(2) Den Schatzmeistern der nachgeordneten Verbände steht das gleiche Recht gegenüber den ihnen nachgeordneten Verbänden zu.

§ 23 (1) Finanz- und Beitragsordnungen der nachgeordneten Verbände, der Vereinigungen und Sonderorganisationen dürfen den Bestimmungen dieser Finanz- und Beitragsordnung sowie den zu ihrer Ausführung ergangenen Beschlüssen der Bundesorgane nicht widersprechen.

(2) Verstößt ein nachgeordneter Verband, eine Vereinigung oder eine Sonderorganisation gegen diese Finanz- und Beitragsordnung, gegen einen zu ihrer Ausführung ergangenen Beschluß eines Bundesorgans oder eine Vereinbarung, so kann der Bundesschatzmeister alle Maßnahmen ergreifen, um den Verstoß zu unterbinden. Zu diesen Zweck kann er die Erfüllung von Verbindlichkeiten verweigern. Der Bundesfinanzausschuß ist von dem Verstoß und den ergriffenen Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten.

§ 24 Diese Finanz- und Beitragsordnung tritt mit ihrer Verabschiedung in Kraft. Die vorläufige Finanzordnung vom 28. September 1959 tritt damit außer Kraft.

C. Verabschiedete Anträge

Satzungsändernde Anträge

Von den satzungsändernden Anträgen an den 17. Bundesparteitag sind die folgenden nach Beratung angenommen worden und finden in der Satzung der CDU ab sofort Berücksichtigung:

Antrag I/2

§ 30c erhält folgende Fassung: „je einem Vertreter der Vereinigungen".

Antrag I/4 (in folgender abgeänderter Form)

§ 29a des Statuts ist durch einen zweiten Halbsatz zu ergänzen:
„ . . . ; sie sind als Grundlage für die Arbeit der CDU-Fraktionen und die von der CDU geführten Regierungen in Bund und Ländern verbindlich."

Antrag I/5a

§ 4 Abs. 1 des Statuts der CDU Deutschlands erhält folgende Fassung:
„Mitglied der Christlich Demokratischen Union Deutschlands kann jeder Deutsche werden, der ihre Ziele zu fördern bereit ist, **das 16. Lebensjahr vollendet hat** und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt."

Antrag I/6

Das Statut der CDU wird wie folgt geändert:

§ 29 b	letzter Satz ist zu streichen.
§ 33 d	erhält folgenden Wortlaut: „Der Bundesgeschäftsführer nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil."
§ 34 Abs. 4	ist zu streichen.
§ 37	ist zu ergänzen durch b (neu) „Der Generalsekretär bestellt im Einvernehmen mit dem Präsidium den Bundesgeschäftsführer."
§ 37 b	(alt) wird c (neu)
c	(alt) wird d (neu)
§ 37	letzter Satz ist zu streichen.

Anträge zu Fragen der Parteiarbeit und politische Sachanträge

Von den Anträgen zu Fragen der Parteiarbeit und den politischen Sachanträgen wurden die nachfolgenden zu Beschlüssen des Bundesparteitages: Fast alle übrigen Anträge wurden an den Bundesvorstand, den Bundesausschuß oder die neu zu bildende Reformkommission überwiesen.

Antrag I/7a

„Die politische Situation nach der Bundestagswahl verlangt eine enge Zusammenarbeit der CDU in Bund und Ländern. Deshalb wird das Präsidium ersucht, in regelmäßigen Zusammenkünften mit den Ministerpräsidenten der Länder, die der CDU angehören, und den Fraktionsvorsitzenden der CDU der Länderparlamente das politische Vorgehen abzustimmen.

Der Generalsekretär hat auf dem nächsten Parteitag darüber zu berichten."

Antrag II/9a

Betr.: Bau eines Bundesparteihauses

„1. Um den Bau des Hauses der CDU Deutschlands in Bonn organisatorisch, technisch und finanziell sorgfältig vorbereiten zu können und um den Bundesvorstand für die laufenden dringenden politischen Aufgaben zu entlasten, wird eine „Kommission zur Errichtung des Parteihauses" von Mitgliedern eingesetzt. Der Bundesschatzmeister soll Mitglied dieser Kommission sein. Sie ist dem Bundesvorstand gegenüber verantwortlich.

2. *Die Kommission wird insbesondere beauftragt*

mit der Planung und Durchführung aller mit der Errichtung des Parteihauses anstehenden Aufgaben sowie

mit der Durchführung einer Baustein-Aktion in allen Organisationsstufen der Partei und in der Öffentlichkeit."

Antrag II/11

Betr.: Fachausschuß „Ballungsräume"

„Der Bundesvorstand wird aufgefordert, einen aus 25 Personen bestehenden *ständigen Fachausschuß ‚Ballungsräume' zu berufen. Aufgaben dieses* Ausschusses sollen sein:

a) die Analyse der politischen Situationen in den Ballungsräumen,

b) die Entwicklung eines Programms der CDU für die Ballungsräume,

c) Empfehlungen für die Politik der CDU in den Ballungsräumen.

Für die Arbeit des Fachausschusses sind ausreichend Personal und Finanzmittel zur Verfügung zu stellen."

Antrag II/13

Betr.: „Reformkommission"

„1. Die Union ist seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland die moderne und führende Volkspartei. Sie hat zur Zeit im Bund die für eine Demokratie wesentliche Funktion der Opposition übernommen. Sie begreift ihre Rolle kritisch und konstruktiv. Sie muß daher ihre neue Aufgabe als eine Chance zur personellen, organisatorischen und sachlichen Erneuerung nutzen.

2. Der Bundesparteitag fordert deshalb den Bundesvorstand auf, unverzüglich eine Kommission einzusetzen, die aufgrund einer sorgfältigen Analyse der Bundestagswahl und unter Berücksichtigung der neuen Aufgaben der Union ein Reformkonzept entwickelt, das dem Bundesparteitag 1970 zur Beschlußfassung unterbreitet wird. Zur Entscheidungs- und Planungshilfe soll die Kommission wissenschaftlichen Sachverstand heranziehen.

3. Im Hinblick auf den Charakter der Union als Volkspartei soll die Kommission bei ihrer Arbeit berücksichtigen, daß die Politik der Union insbesondere der jüngeren Generation, der Großstadtbevölkerung und Arbeitnehmerschaft verständlich und annehmbar gemacht wird.

Eine Opposition kann ihre Aufgabe nur erfolgreich bewältigen, wenn ihre Arbeit in das öffentliche Bewußtsein eingeht. Deshalb sind die in den publizistischen Berufen Tätigen besondere Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit der Union.

4. Zur personellen Erneuerung der Partei gehört vor allem auch die Heranziehung jüngerer Kräfte. Die CDU muß den jungen Mitbürgern nicht nur die Chance der Mitarbeit, sondern auch die Möglichkeit der Mitverantwortung in allen Gremien gewährleisten. Zur personellen Erneuerung gehört ebenfalls eine größere, der Bevölkerungsstruktur entsprechende Zusammensetzung des personellen Angebots bei Wahlen und eine möglichst schnelle Beseitigung von vielfachen Doppelfunktionen mancher Parteifreunde zur Erreichung einer größeren innerparteilichen Demokratie.

5. Mit dem Aufbau einer leistungsstarken Organisation zur Bewältigung der Aufgaben als Oppositionspartei muß parallel der Aufbau parteipolitischer Bildungseinrichtungen großzügig betrieben werden."

Antrag III/19

Betr.: Bundesrahmenkompetenz

„Der Bundesparteitag ersucht die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, in Ausführung des Berliner Programms umgehend einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes mit dem Inhalt einzubringen, daß der Bund die Rahmenkompetenz für alle Bereiche des Bildungswesens erhält."

Antrag III/22

Betr.: Neugliederung des Bundesgebietes

„Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand der CDU, dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag ein Konzept für die zeitgemäße Fortentwicklung unseres Bundesstaates und die Neugliederung des Bundesgebietes nach Artikel 29 des Grundgesetzes vorzulegen."

Antrag III/24a

Betr.: Gesamtdeutsche Arbeitskreise

„Die Landesverbände und Kreisverbände der CDU werden beauftragt, innerhalb der Union die gesamtdeutsche Arbeit zu intensivieren. Zu diesem Zwecke wird ihnen empfohlen, auf Landes- und Kreisebene gesamtdeutsche Arbeitskreise zu bilden.

Sobald auf diese Weise solide Mitarbeit in den Landesverbänden gesichert ist, wird empfohlen, auf Bundesebene einen gesamtdeutschen Fachausschuß zu schaffen.

Der Generalsekretär wird beauftragt, konkrete Empfehlungen für die Organisation und die Arbeit der Arbeitskreise zu entwickeln und zu geben."

Antrag III/27

Betr.: Europapolitik

Die Delegierten des 17. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands erwarten von der bevorstehenden „Gipfelkonferenz" der Staats- und Regierungschefs der EWG-Länder in Den Haag konkrete Fortschritte bei der Vollendung, Vertiefung und Erweiterung der Europäischen

Gemeinschaften. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des gleichgewichtigen Ausbaus der Wirtschaftsunion einschließlich einer gemeinsamen Währungspolitik, der engen politischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie der baldigen Aufnahme von Verhandlungen mit den beitrittswilligen Ländern. Dem Europäischen Parlament, für das die in den Verträgen vorgesehenen Direktwahlen zu verwirklichen sind, müssen unverzüglich größere Befugnisse übertragen werden, vor allem im Haushaltsrecht. Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, der Schaffung von Eigeneinnahmen für die Europäischen Gemeinschaften mit der Bedingung zuzustimmen, daß dem Europäischen Parlament ein echtes Haushaltsrecht zugestanden wird.

Außerdem wird der Bundesvorstand der CDU beauftragt, sofort Schritte zur Erarbeitung eines detaillierten Europaprogrammes der CDU einzuleiten.

Der Entwurf eines solchen Programmes ist in den Kreisverbänden zur Diskussion zu stellen und danach auf einem Europakongreß der CDU zu verabschieden.

D. Ergebnisse der Wahlen für Präsidium und Vorstand der CDU

1. Der Vorsitzende

Abgegebene Stimmen:	471	Ja:	386
Gültige Stimmen:	470	Nein:	51
Ungültige Stimmen:	1	Enthaltungen:	33

Damit ist Dr. Kurt Georg Kiesinger zum 1. Vorsitzenden gewählt.

2. Stellvertretende Vorsitzende

Abgegebene Stimmen:	477	Gewählt wurden:	
Gültige Stimmen:	476	Dr. Gerhard Stoltenberg	451
Ungültige Stimmen:	1	Dr. Helmut Kohl	392
Enthaltungen:	1	Hans Katzer	387
		Dr. Helga Wex	312
		Dr. Gerhard Schröder	267

3. Schatzmeister

Abgegebene Stimmen:	446	Ja:	373
Gültige Stimmen:	444	Nein:	48
Ungültige Stimmen:	2	Enthaltungen	23

Damit ist Dr. h. c. Kurt Schmücker zum Bundesschatzmeister gewählt.

4. Bundesvorstand

Abgegebene Stimmen:	478	Ungültige Stimmen:	4
Gültige Stimmen:	473	Enthaltungen:	1

Gewählt wurden:

Dr. Richard Frhr. von Weizsäcker	443	Dr. Hans Filbinger	336
Heinrich Windelen	398	Peter Lorenz	316
Dr. Alfred Dregger	396	Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn	307
Aenne Brauksiepe	379	Gustav Niermann	298
Dr. Manfred Schäfer	379	Dr. Helmut Lemke	290
Franz Amrehn	374	Eduard Adorno	286
Dr. Konrad Kraske	365	Dr. Klaus Scheufelen	286
Josef Stingl	365	Dr. Christian Schwarz-Schilling	281
Jürgen Echternach	352	Dr. Norbert Blüm	249
Wilfried Hasselmann	339	Dr. Johann-Baptist Gradl	238

5. Rechnungsprüfer

Erik Blumenfeld, MdB, und Alphons Horten, MdB, wurden in ihren Ämtern als Rechnungsprüfer wiedergewählt.

Rednerverzeichnis (mit Seitenangabe)

Adorno, 145
Albers, 116
Amrehn, 93
v. Arnim, 155

Bach, 89
Barzel, 120
Benda, 68, 143, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 163, 164, 165
v. Bismarck, 139
Blüm, 63, 71, 73, 74, 76, 78, 80, 81, 83, 84, 85, 87, 88, 89, 91, 92, 93
Blumenfeld, 48
Blohme, 97
Burgbacher, 134

Damm, 131, 149, 171
Dichtl, 166
Dichgans, 54, 169
Dregger, 74

Echternach, 43, 65, 94, 96, 97, 98, 100, 102, 103, 106, 107, 108, 109, 110, 113, 116, 117, 118
Eisenacker, 185
Emmet, 15

Filbinger, 45, 147
Fischer, 147
Fuchs, 11
Furler, 173

Gansäuer, 151
Gehrhardt, 181
Götz, 148
Gradl, 160, 175
Griesinger, 133, 134, 136, 137, 139, 140, 141, 142
Gündisch, 159, 177

Hahn, 163, 170
Hasselmann, 92
Heck, 26, 66, 102, 116, 157, 159, 160
Hoffmann, 140
Holkenbrink, 103
Horten, 106

Jäger, 59, 158

Katzer, 73, 150
Kiep, 83
Kiesinger, 5, 16, 59, 96, 149, 188
Kohl, 5, 11, 13, 14, 16, 26, 37, 43, 45, 47, 48, 98, 120, 129, 145, 149, 187
Kraske, 107, 108, 109, 112, 117, 118, 146, 154, 155
Kühnle, 182

Langeheine, 164
Langes, 174
Leicht, 87, 182
Lemke, 68
Lenz, 167
Lorenz, 52
Luda, 138

Marx, 179
Mick, 94
Mikat, 164, 171
Müller-Hermann, 136

Pieser, 133, 181, 182, 183, 184, 185, 186
Popkes, 100, 167

Riesenhuber, 61, 152
Ritz, 186
Rollmann, 91, 168

Scelba, 13
Simon, 57, 169
Soénius, 56, 109
Schäfer, 38
Schlee, 141
Schmöle, 84
Schönbohm, 86
Schröder, 97, 159, 161
Schwarz-Schilling, 69
Schwieres, 115
Starlinger, 183
Stehle, 178
Streibl, 11
Stoltenberg, 51, 54, 56, 57, 59, 61, 62, 64, 65, 66, 68, 69
Strouk, 71

Teufel, 64
Theisen, 103

Viehof, 184
Vogel, 100, 166, 167, 168, 169, 170, 172, 174, 175, 177, 178, 179
Vogt, 76

Weller, 88
Wese, 78
Wilhelm, 160
Witten, 157
Wörner, 80
Wohlrabe, 81
Wolters, 96, 150